

## 1. BPT der LD am 28.11.1982 in Bochum

### Beschlüsse der Liberalen Demokraten

Vorläufiges Bochumer Programm vom 28.11.1982

#### PUNKTUATION ALS ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGE FÜR DIE GRÜNDUNG EINER NEUEN PARTEI

1. Wir, die Teilnehmer der Konferenz „Die Zukunft der Liberalen“ in Bochum am 28.11.1982, gründen eine neue Partei.
2. Die neue Partei führt den Namen „*Liberale Demokraten*“ (LD).
3. Aufgabe der neuen Partei ist es, in unserem Land den Liberalismus als freiheitliche, demokratische und soziale Politik zu vertreten. Sie nimmt damit das von anderen ausgeschlagene Erbe von 1789 und 1848 auf, wie es in der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit seinen zeitlosen Ausdruck findet.
4. Gründungsmitglied ist jeder, der dies hier und heute schriftlich erklärt. Darüber hinaus rufen wir alle zum Beitritt auf, die in diesem Land für liberale Politik arbeiten wollen.
5. Die *Liberalen Demokraten* geben die sich als Anlage beigefügte vorläufige Satzung.
6. Die *Liberalen Demokraten* haben das Ziel, bei der nächsten Bundestagswahl zu kandidieren.  
Aufgabe der Landesverbände ist es, die organisatorischen Voraussetzungen durch die Aufstellung von Kandidaten zur Teilnahme an den nächsten Bundestagswahlen zu schaffen.  
Ein Parteitag prüft rechtzeitig die Ergebnisse dieser Vorbereitungen und endgültig über die Teilnahme an der Wahl.

#### I. Grundsätze

Die *Liberalen Demokraten* stehen in der Tradition des deutschen Liberalismus. Sie verstehen sich als Erbe der bürgerlichen Revolutionen und ihrer Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Sie nehmen Partei

- für Menschenwürde und Selbstbestimmung
- für Fortschritt durch Vernunft
- für Demokratisierung der Gesellschaft
- für Reform des Kapitalismus: Marktwirtschaft und Eigentum sind für sie Mittel zum Zweck der Wahrung und  
Mehring menschlicher Freiheit, nicht Selbstzweck.

Die *Liberalen Demokraten* machen sich die liberalen Grundsätze zu Eigen, die in den Programmen der früheren F.D.P. niedergelegt sind, insbesondere in

- den Freiburger Thesen von 1971,
- den Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik von 1973,
- den Thesen „freie Kirche im freien Staat“ von 1974,
- dem Programm zur Bundestagswahl 1980,

- dem ökologischen Aktionsprogramm „Umweltpolitik für die 80 iger Jahre“ von 1981.

## II. Frieden und Sicherheit

Die Entspannungspolitik hat unser Leben sicherer gemacht. Sie ist Existenzgrundlage unseres Landes. Sie wurde von Liberalen entwickelt und durchgesetzt. Heute steht sie in einer schweren Krise. Um sie zu überwinden, benötigen sie neue Anstöße.

Die Politik der Verträge mit unseren östlichen Nachbarn muß fortgesetzt werden.

Im westlichen Bündnis muß das besondere Interesse Europas an Fortschritten zur Entspannung und Abrüstung mutig vertreten werden; wir dürfen uns nicht selbst zum Satelliten der USA machen. Bewaffnung und Einsatzplanung der Bundeswehr müssen auf reine Verteidigung umgestellt werden (z. B. Panzerabwehrraketen statt Panzer, Flugabwehrraketen statt Flugzeugen, dezentraler Einsatz statt Massierung). Die Strategie der totalen Abschreckung hat nie gegolten und gilt heute erst recht nicht. Die statt dessen entwickelte Strategie der flexiblen Verteidigung und neuerdings der begrenzten Atomkriege ist für Mitteleuropa lebensbedrohend. Der Westen soll auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten. Neue Kernwaffenträger sind bei einer solchen Konzeption entbehrlich; soweit sie gleichwohl angeschafft werden, sind sie auf See zu stationieren. Wir lehnen in jedem Fall die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land ab.

Ziel von Abrüstungsverhandlungen muß eine ganz Europa umfassende Zone frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen mit einer ausgewogenen Verminderung der konventionellen Rüstung sein. Als ersten Schritt befürworten wir die Schaffung von Gebieten beiderseits der Blockgrenzen in gleicher Breite, die gänzlich von Atomwaffen geräumt werden (Vorschlag der Palme - Kommission).

*Liberale Demokraten* unterstützen jedes ernsthafte und ehrliche Eintreten für den Frieden. Deshalb sind wir zur Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung bereit.

Die unabhängige Friedensforschung muß erhalten und weiter ausgebaut werden.

## III. Inneres, Recht und Bildung

Die hohen Ziele des Grundgesetzes sind in unserem Land noch lange nicht verwirklicht. *Liberale Demokraten* wollen das Grundgesetz in die Gesellschaft hineintragen.

Um die Gleichberechtigung der Frau vom Papier in die Wirklichkeit umzusetzen, fordern wir in erster Linie ein Antidiskriminierungsgesetz, eine Gleichberechtigungskommission und die Reform des § 218 StGB im Sinne der Fristenlösung.

Um das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes zu gewährleisten, fordern wir die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer ohne Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den Soldaten.

Niemand darf in einer Demokratie wegen einer rechtmäßigen politischen Tätigkeit Nachteile erleiden. Die Regelung des Zuganges zum öffentlichen Dienst ist diesem Grundsatz anzupassen. Der Extremistenbeschluß ist in Bund und Ländern ersatzlos aufzuheben, ebenso alle darauf aufbauenden Erlasse und Verordnungen.

Die Ausländer, die wir ja selbst ins Land geholt haben, müssen als Mitbürger behandelt werden. Soweit sie bei uns bleiben wollen, ist ihr Aufenthaltsrecht nach der Dauer des Aufenthaltes zu verfestigen und die Einbürgerung zu erleichtern; das Recht auf Zusammenführung von Familien ist zu gewährleisten. Der Anwerbestopp muß bleiben, die illegale Zuwanderung ist wirksam zu bekämpfen; das Asylrecht darf nicht angetastet werden. Hilfen zur Erleichterung der freiwilligen Rückkehr dürfen nur ohne Druck angeboten werden.

Minderheiten sollen nicht benachteiligt werden. Im Drogenbereich ist für Süchtige Therapie an die Stelle der Strafe zu setzen. Sondergesetze gegen sexuelle Minderheiten lehnen wir ab; § 175 StGB ist aufzuheben. Neue Formen des Zusammenlebens sollen gleichwertige Chancen wie die alten erhalten. Gleiche und gute Bildungschancen für alle sind nicht nur Gebote von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern auch die wichtigste Zukunftsinvestition.

Der Staat hat insbesondere über Ausgleichsabgaben und Schaffung weiterer überbetrieblicher Ausbildungsstellen zu gewährleisten, daß für alle Schulabgänger ein zumutbarer Ausbildungsplatz angeboten wird. Ebenso muß im Hochschulbereich der Numerus Clausus überwunden werden und zwar in erster Linie durch stärkere Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten. Kürzungen der Ausbildungsförderung lehnen wir ebenso ab wie die Gewährung als Darlehn.

#### IV. Umwelt und Wirtschaft

Mehrbelastung der Umwelt und Mehrverbrauch an Energie und Rohstoffen können künftig nicht mehr hingenommen werden; geboten sind vielmehr Entlastungen und Einsparungen. Das schränkt die Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum erheblich ein. Ökologie ist Langzeitökonomie.

Zur Verbesserung der Umweltsituation fordern wir insbesondere:

- die Verschärfung der Wasserschutzbestimmungen und eine umfassende Gewässersanierung,
- ein Verbot der Verklappung auf See,
- eine Senkung der zulässigen Immissions- und Emissionswerte, als Sofortmaßnahme bei Großfeuerungsanlagen auf  
400 mg Schwefeldioxid je m<sup>3</sup> Abgas,
- die Erhebung von Abgaben für den verbleibenden Schadstoffausstoß,
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz,
- Einführung der Verbandsklage.

Durch eine konsequente Politik der Energieeinsparung und der Förderung alternativer Energien wollen wir die Chance für einen Ausstieg aus der Atomenergie schaffen.

Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit setzen wir auf Zinssenkungen, Nachfragestützungen, Arbeitszeitverkürzungen und beschäftigungsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik. Zur Nachfragestützung sind kurzfristig höhere Defizite in den öffentlichen Haushalten hinzunehmen, bei längerfristigem Abbau der strukturellen Defizite. Die Konsolidierung hat dabei vorrangig durch Abbau von Privilegien zu erfolgen. Durch vermehrte und unbürokratische Hilfen bei der Existenzgründungen und Offenheit gegenüber neuen Unternehmungsformen und alternativen Produktionsweisen soll der Arbeitsmarkt entlastet werden.

Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung, durch Gaben an die Unternehmer die Investitionen anzukurbeln und gleichzeitig den Haushalt zu Lasten der breiten Massen zu sanieren, lehnen wir als ungerecht und unwirksam ab. Diese Politik fördert allenfalls die Rationalisierungsinvestitionen, drosselt gleichzeitig den Verbrauch und vernichtet auf beiden Wegen weitere Arbeitsplätze. Produktivitätsfortschritte sollen künftig vorrangig in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Tarifparteien. Die Arbeitszeitordnung ist zu novellieren.

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Weiterentwicklung in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehört ihre Beteiligung an Produktivvermögen.

## 2. BPT der LD am 15./16.01.1983 in Bonn-Beuel

### Friedens- und Sicherheitspolitik

Friedenssicherung durch Friedensbereitschaft im eigenen Land und internationale Friedensfähigkeit ist das grundsätzliche Ziel der *Liberalen Demokraten* auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die Menschheit ist akut durch die hohen Rüstungspotentiale in der Welt gefährdet. Deshalb setzen sich die *Liberalen Demokraten* für massive Abrüstung und eine umfassende Friedenssicherung ein. *Liberalen Demokraten* wissen, daß Frieden, der die positive Entwicklung einer Gesellschaft ermöglichen soll, mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg voraussetzt. Frieden darf auch nicht verwechselt werden mit „Waffenstillstand auf hohem waffentechnischen Niveau“, wie es in den herrschenden Militärdoktrinen der Fall ist. Wichtiger Bestandteil einer wirksamen Friedenspolitik ist nach Ansicht der *Liberalen Demokraten* eine Politik des internationalen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und des kulturellen Austauschs.

Fernziel ist es, Konflikte in ihren Ursachen zu bekämpfen, so die daß Sicherung des Friedens auch ohne Waffen möglich ist.

Wir halten es für eine gefährliche Annahme, daß durch immer mehr Waffen größere Sicherheit produziert werden kann. Der Begriff „Sicherheit“ darf nicht auf rein militärische Denkweise reduziert bleiben.

Die Strategie der Abschreckung ist in ihrer friedenssichernden Funktion zweifelhaft und wird den Frieden auf Dauer nicht sichern können. Dies birgt die Gefahr nicht rational faßbarer Aktionen und Reaktionen. Zur Sicherung des Friedens müssen daher neue, rein auf Verteidigung basierende Strategien entwickelt werden. Wir sind bereit, auf vermeintlichen Schutz durch atomare, biologische und chemische Waffen zu verzichten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ohnehin auf Herstellung, Besitz und Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel verzichtet. Die *Liberalen Demokraten* wollen, daß derartige Massenvernichtungsmittel künftig auch nicht mehr auf unserem Territorium gelagert werden.

Konkret setzen sich die *Liberalen Demokraten* ein für

- sofortiges Einfrieren der atomaren Rüstung
- Verzicht auf die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen, egal ob see- oder landgestützt (inklusive der gegenwärtig diskutierten „Nachrüstung“)
- Abschluß eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen
- Ächtung der Neutronenwaffe
- vorurteilsfreie Eingehen auf sowjetische Abrüstungsangebote nach dem Prinzip der Sicherheitspartnerschaft
- eine atomwaffenfreie Zone in Europa; insbesondere für die Schaffung eines 300 km breiten atomwaffenfreien Gürtels
  - in Europa im Sinne der Palme - Kommission als ersten Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa
- kalkulierte einseitige Vorleistungen bei der Abrüstung, um die Verhandlungen über den Abbau aller Nuklearwaffen zu beschleunigen
- Umrüstung auf reine Verteidigungswaffen, konventionelle Bewaffnung
- Prüfung und Erarbeitung sozialer Verteidigungsstrategien (Mittel wie Generalstreik und passiver Widerstand)
- Freihaltung des Weltraumes von jeglichen Waffen
- Ablehnung des Ersteinsatzes von Atomwaffen
- Ablehnung der Frauenwehrpflicht und des Frauendienstes in der Bundeswehr

- gesellschaftliche Kontrolle der Rüstungsforschung
- Ablehnung jeglicher Militärhilfe.

Die *Liberalen Demokraten* werden alle legalen Möglichkeiten gegen die Nachrüstung ausschöpfen. Sollte es zunächst nicht gelingen, die Aufstellung weiterer Raketen oder sonstiger atomarer Systeme zu verhindern, so werden die *Liberalen Demokraten* gemeinsam mit der Friedensbewegung zivilen Ungehorsam leisten und durch andere Formen des gewaltfreien Protestes weiter für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa kämpfen.

Die *Liberalen Demokraten* sind generell der Auffassung, daß die Sicherheitsinteressen der europäischen Staaten, insbesondere der Staaten in Mitteleuropa, nicht identisch sind mit denen der USA oder auch der UdSSR.

Daher sollten auch eigene friedens- und sicherheitspolitische Initiativen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der UdSSR bzw. der DDR kein Tabu sein. Die *Liberalen Demokraten* fordern die Bundesregierung auf, auch im militärpolitischen Bereich ihre Souveränität voll wahrzunehmen. Diese Souveränität muß auch ein Widerspruchsrecht gegen die Stationierung von Waffensystemen beinhalten. Die bestehenden Verträge mit den Alliierten sind daraufhin zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Im Hinblick auf die Massenvernichtungswaffen fordern die *Liberalen Demokraten* ein Einsatzverweigerungsrecht, welches in die NATO - Statuten eingearbeitet werden soll.

Die souveränen Rechte der Bundesrepublik Deutschland sollen im Wege der Ablösung des Deutschlandvertrages durch einen allgemeinen Friedensvertrag gestärkt werden.

Wir wenden uns gegen deutsche Waffenexporte, auch über Drittländer und in der Form des waffentechnischen Transfers, insbesondere in die „Dritte Welt“. Auch eine Beteiligung an Rüstungsprojekten innerhalb der NATO (z. B. MRCA) ist dann abzulehnen, wenn sie zu einem Export seitens der kooperierenden Länder führt.

Kapazitäten der Rüstungsindustrie, die nur durch Rüstungsexport oder Aufrüstungsprogramme erhalten werden können, sind auf Zivilproduktion umzustellen.

Für *Liberalen Demokraten* ist Friedenspolitik aber umfassender, geht über Abrüstungspolitik hinaus.

- Der Erhalt und forcierte Ausbau einer unabhängigen Friedens- und Konfliktforschung ist die Grundvoraussetzung sowohl für das Verstehen der Problemzusammenhänge des vermeintlichen Gegners, als auch für das Schaffen einer Friedensfähigkeit in der eigenen Bevölkerung. Die Ereignisse dieser Forschung müssen in die Bildungs- und Medienpolitik einfließen. Die Diskriminierung und die Kriminalisierung der Friedensbewegung ist illiberal und undemokratisch und untergräbt die Friedensbereitschaft der Bevölkerung. Der Schutz der Friedensbewegung und die konstituierende Zusammenarbeit mit ihr sind wesentliche Schritte, um dem Frieden international Geltung zu verschaffen. Die *Liberalen Demokraten* verstehen sich als Teil der Friedensbewegung.

- Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen hat internationale Bedeutung. Dort, wo es bisher nicht in Form eines allgemeinen Verfassungsrecht verankert ist - wie z. B. in den Ländern des Warschauer Vertrages -, sollte es alsbald eingeführt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland fordern die *Liberalen Demokraten* die tatsächliche Abschaffung des Prüfungsverfahrens für jeden Kriegsdienstverweigerer ohne Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den

Soldaten. Zivildienst muß zum Friedensdienst werden. Die *Liberalen Demokraten* lehnen die Dienstpflicht für Frauen im Kriegsfall ab.

- Die Einleitung einer gesamteuropäischen Politik, die durch blockübergreifende Kooperation in den Bereichen Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft, Verkehrswesen und Energieversorgung eine gegenseitige Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit ausschließt, vermeidet Konflikte. Wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit hilft, den Frieden auf Dauer zu sichern. Die *Liberalen Demokraten* sind der Überzeugung, daß ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, befreit von Blockdisziplin und Blockdenken, ein entscheidender Schritt zu einer weltweiten Friedensordnung wäre.

- Entwicklungshilfe sollte auf dem Prinzip der Friedenssicherung basieren und muß in erster Linie zur selbstbestimmten Entwicklung und eigenständigen Existenzsicherung der Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer Ernährung, Bildung und medizinischen Versorgung dienen. Dabei muß die Bundesrepublik mindestens die Auflage der UNO erfüllen, 0,7% ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Ferner muß der Grundsatz gelten, daß Entwicklungshilfe unabhängig vom politischen Wohlverhalten der Empfängerländer erbracht wird. Sie darf kein Instrument zur Rückdrängung von Befreiungsbewegungen darstellen.

- Demokratische und soziale Bewegungen in aller Welt können der engen Solidarität und festen Unterstützung durch die *Liberalen Demokraten* sicher sein.

## **Wirtschaftspolitik**

### **These 1**

Die Wirtschaftspolitik der *Liberalen Demokraten* dient dem allgemeinen Ziel des Liberalismus, die Lebenschancen des Einzelnen zu erweitern, indem sie die sozialen und individuellen Lebensbedürfnisse aller zu sichern sucht.

Damit dient liberale Wirtschaftspolitik dem Grundziel der Sicherung und Erweiterung der Freiheit. Liberale Wirtschaftspolitik will nicht „Freiheit für die Wirtschaft“, sondern „Wirtschaft für die Freiheit“.

Diese Freiheit ist bedroht durch:

1. Wirtschaftliche Abhängigkeiten, die die Bürger daran hindern, ihre formal garantierten Rechte auch tatsächlich wahrzunehmen,
2. durch die Zerstörung der menschlichen Umwelt, die zwangsläufig zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zwängen führen wird.

Liberale Wirtschaftspolitik ist nicht dogmatisch auf die Strukturen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems festgelegt.

Liberale Wirtschaftspolitik hält die Reform des Kapitalismus für notwendig.

Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik sind Markt und Wettbewerb, soweit sie dem Ziel der Verwirklichung von Freiheit dienen.

Dazu ist die traditionelle Zieldefinition der Wirtschaftspolitik (sogenanntes magisches Viereck: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, abgewogenes Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) nicht mehr hinreichen und deshalb zu überprüfen und um folgende Zielwerte zu erweitern:

- Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung,
- langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen (dies schließt die Mobilität der Arbeitsplätze ein),
- Durchsetzung qualitativer Aspekte des Wachstums,
- Umweltfreundlichkeit der Produktion und der Produkte,
- humane Gestaltung der Arbeitsprozesse,
- Stärkung der Stellung der Verbraucher
- Begrenzung, Kontrolle und Abbau wirtschaftlicher Macht (Verschärfung der Kartellgesetzgebung),
- Stärkung von Selbstbestimmungselementen im wirtschaftlichen Bereich,
- Förderung selbstverwalteter wirtschaftlicher Einheiten,
- Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung

## **These 2**

Auf absehbare Zeit ist der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit das wichtigste Ziel der wirtschaftspolitischen Forderungen der *Liberalen Demokraten*.

Seit Mitte der 70iger Jahre haben grundlegend veränderte Wachstumsbedingungen der Wirtschaft (Rohstoff-, Energie- und Umweltprobleme), schwierige Wettbewerbsbedingungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, enorme technologische Möglichkeiten der Einsparung von Arbeitsplätzen (z. B. Mikroelektronik), sowie der dem gegenläufigen Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter zu einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit geführt. Kurzatmiges und teilweise prozyklisches Verhalten der öffentlichen Haushalte haben mit zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktkrise geführt.

Die daraus folgenden sozial- und finanzpolitischen Probleme sind mit einer traditionellen Wachstums- und Investitionsförderungs politik nicht mehr zu lösen, seitdem die Rationalisierungseffekte aller Investitionen überwiegen. Die Lösung der Beschäftigungskrise darf nicht im Festhalten an wirtschaftspolitischen Dogmen scheitern. Die *Liberalen Demokraten* halten es für wichtig, daß sogenannte Einsparinvestitionen gefördert werden. Einsparinvestitionen sind öffentliche und private Investitionen, durch die Umweltschäden vermieden werden und Güter langlebiger werden.

Ziel muß es dabei sein, zu einer dauerhaften Reduzierung des Verbrauchs von Gütern und Ressourcen, insbesondere knapper Energieressourcen zu gelangen. Dadurch würden später öffentliche und private Haushalte spürbar entlastet werden.

Es steht heute schon fest, daß Investitionen in Energieeinsparung und regenerativer Energie einen größeren und strukturell besseren Beschäftigungseffekt mit schnellerer Verwirklichung haben als großtechnische Investitionen.

Unstreitig ist, daß die Reparatur von Umweltschäden, wie z. B. Waldsterben und umgekippte Gewässer die öffentlichen und privaten Kassen unvorstellbar belasten wird.

Mit der positiven beschäftigungspolitischen Wirkung der „Einsparinvestitionen“ ist eine Vermehrung der Kaufkraft und eine Stärkung des Sozialversicherungssystems verbunden.

„Einsparinvestitionen“ setzen wegen der dauerhaften Entlastung öffentlicher und privater Haushalte von Verbrauchs- und Wiederbeschaffungskosten künftige Kaufkraft frei. Dies ermöglicht es einerseits, diese Investitionen teilweise mit Krediten zu finanzieren, andererseits erlauben sie künftig, zusätzliche Beschäftigung im sozialen Bereich zu tragen. Zu Förderung beschäftigungsintensiver Unternehmen, insbesondere des Mittelstandes, fordern die *Liberalen Demokraten* eine Umstellung der lohnbezogenen Sozialversicherungsabgaben auf eine Bemessung nach der Wertschöpfung.

### **These 3**

Ohne arbeitszeitverkürzende Maßnahmen wird die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig zu vermindern sein. Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig zu vermindern sein. Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen dienen einerseits dem Ziel einer gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit und der gerechten Einkommensverteilung. Andererseits ist eine kürzere Arbeitszeit auch wegen des damit verbundenen Gewinn an Freiheit für alle erstrebenswert. Den *Liberalen Demokraten* gilt Arbeit nicht als Selbstzweck und als ausschließlicher Lebensinhalt der Menschen.

Daher sind vorrangig die tägliche und die wöchentliche Arbeitszeit zu kürzen und die Arbeitszeiteinteilung mit Partnerarbeitszeit u. ä. flexibler zu machen. Zusätzlich sind humanere Arbeitsbedingungen auch durch Arbeitszeitverkürzungen im Bereich der Schwerarbeit zu schaffen. Die Ausbildungsgänge und -zeiten sind zu verlängern.

Die Altersgrenze für den freiwilligen Einzug in den Ruhestand ist weiter zu senken. Insbesondere bei den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen kann auf einen vollen Lohnausgleich nicht verzichtet werden.

### **These 4**

Die herkömmliche Politik des Wirtschaftsliberalismus, durch Gaben an die Unternehmer die Investitionen anzukurbeln und gleichzeitig den öffentlichen Haushalt zu Lasten der breiten Massen zu sanieren, lehnen die *Liberalen Demokraten* als sozial ungerecht und beschäftigungspolitisch unwirksam ab. Diese Politik fördert allenfalls Rationalisierungsinvestitionen, drosselt aber gleichzeitig den Verbrauch und vernichtet damit weitere Arbeitsplätze.

Über Investitionsförderung und Angebotsstärkung wird die Konjunktur nicht zu beleben sein. Kapazitäts- und Produktionsausweitungen erfolgen nur, wenn das Mehrangebot an Gütern auch abgesetzt werden kann. Vergünstigungen und Finanzhilfen an Unternehmer und einkommensstarke Schichten führen dort zwar zu höheren Gewinnen bzw. Einkommen, jedoch wegen der hohen Konsumsättigung nicht oder nur in geringem Umfang zu zusätzlicher Nachfrage. Erforderlich ist daher eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Finanzkraft der einkommensschwachen Bevölkerungskreise mit hohem Konsumbedarf verbessert und auf diese Weise Nachfrage schafft. Das Warenangebot wird sich in einer Marktwirtschaft rasch ohne staatliche Eingriffe einstellen.

Zur Finanzierung der erforderlichen beschäftigungs- und nachfragewirksamen Haushaltspolitik sowie der sogenannten Einsparinvestitionen kann der Staat vorrangig folgende Maßnahmen ergreifen:

- Konsequenter Abbau von Subventionen, Steuerprivilegien und Steuerschlupflöchern,
- strengere Ahndung von Schwarzarbeit und Wirtschaftskriminalität,
- Eindämmung der Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst,

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes,
- Erhöhung der Erbschaftssteuer und Ausweitung der Kapitalertragssteuer auf Zinsen,
- Beschränkung der Gehaltssteigerung der höheren Besoldungsgruppen im öffentlichen Dienst,
- Streichung der Ministerialzulage und ähnlicher Sondervergütungen,
- Ausstattung der Rechnungshöfe mit Exekutivbefugnissen, um Verschwendung öffentlicher Mittel wirkungsvoller zu unterbinden und Regreßansprüche besser durchsetzen zu können.

Die Unabhängigkeit aller Beteiligten im Wirtschaftsprozeß ist durch Verbraucherschutz, Mietrecht, Wettbewerbspolitik und Kontrolle von Machtgruppen zu sichern.

### **These 5**

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Teilhabe von Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehört die betriebliche Gewinn- und Vermögensbeteiligung z. B. in Form von Aktien.

Freiheit und Würde des Menschen verlangen, daß er nicht nur im Staat, sondern auch an seinen Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen mitbestimmen kann. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter. Die unternehmerische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 muß zu einer echten paritätischen Mitbestimmung ausgebaut werden.

Der Betriebsrat muß künftig auch über Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren mitbestimmen können. Soweit das Unternehmen nicht unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976 fällt, muß sich das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch für wirtschaftliche Angelegenheiten wie Rationalisierungsinvestitionen, Betriebsänderungen und Stilllegungen erstrecken. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist auszubauen. Die Beschäftigten eines Arbeitsbereichs eines Betriebes sollen Arbeitsgruppen bilden können. Die Arbeitsgruppen sollen Träger der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sein. Ihnen sind Entscheidungskompetenzen zu übertragen. Die Arbeitsgruppen artikulieren sich über ihre gewählten Sprecher. Die unterste (aber natürlichste) Ebene der Mitbestimmung - die Mitbestimmung am Arbeitsplatz - hat noch keine gesetzliche Verankerung. Sie kommt aber der liberalen Forderung nach Selbstbestimmung am nächsten. Die Arbeitsgruppen sollen keine Statusgruppen sein.

### **These 6**

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für Offenheit der politischen Instanzen gegenüber neuen Unternehmensformen und alternativen Produktionsformen ein. Denn Initiativen von Bürgern, ihre wirtschaftliche Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, entsprechen dem liberalen Menschenbild. Dieser zweite ökonomische Weg wird von solchen Bürgern beschritten, die mit neuen, oft genossenschaftlichen Unternehmensformen und mit alternativen Produktionsverfahren, die ein höheres Maß an Selbstbestimmung der Arbeit ermöglichen sollen, zunehmend Erfolg haben. So wie die Liberalen Demokraten die Bedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe besonders anerkennen, suchen sie auch nach Methoden, um selbstverwalteten und kooperativ organisierten neuen Unternehmen Chancengleichheit am Markt zu verschaffen. Die verschiedenen Selbsthilfegruppen von und für Arbeitslose wollen die Liberalen Demokraten gesondert gefördert wissen.

### **These 7**

Subventionen und andere Maßnahmen der Wirtschaftsförderung müssen, soweit sie unvermeidbar sind, an klar ausgewiesenen regionalen, sektoralen oder arbeitsmarktpolitischen Zielen ausgerichtet sein und sind stärker auf ihre sozialen Folgen und auf ihre Auswirkungen auf Arbeitsplätze zu kontrollieren. Subventionen sollen, bis auf begründete Ausnahmefälle, nur zeitlich befristet und Defensiv vergeben werden und müssen Teil einer noch näher zu konzipierenden Vermögenspolitik werden. Öffentliche Subventionen dürfen nicht zur Kapitalbildung auf Arbeitgeberseite führen. Vielmehr müssen sie an die Schaffung von Arbeitnehmeranteilen gekoppelt sein.

### **These 8**

Die indirekte und nicht projektgebundene Forschungs- und Entwicklungsförderung namentlich kleiner und mittlerer Unternehmen ist grundsätzlich zu Lasten der direkten und projektgebundenen Forschungsförderung insbesondere von Großunternehmen zu stärken. Die Forschung privater und staatlicher Träger ist auf deren Antrag hin durch öffentliche Mittel zu unterstützen und die Ergebnisse sind Interessierten zugänglich zu machen.

### **These 9**

Im Kartellrecht muß der Kampf gegen wettbewerbsschädliche Zusammenschlüsse fortgesetzt werden. Für Wirtschaftsbereiche, in denen weder Wettbewerb noch kartellrechtliche Mißbrauchsaufsicht zufriedenstellend funktionieren, (z. B. Mineralölkonzerne) müssen Lösungen für die Wiederherstellung wettbewerblicher Verhältnisse bis hin zur Entflechtung gefunden werden.

### **These 10**

Zur Stärkung des Wettbewerbs sind die Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge für jeden Beteiligten nachprüfbar auszugestalten und so vor willkürlicher Handhabung zu schützen. Bei Ausschreibungen sollten, wo dies möglich ist, umweltfreundliche Produktionsverfahren und die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze vorgeschrieben werden.

### **These 11**

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen eine Wiederbelebung der Verbraucherpolitik. Verbraucherschutz muß durch Stärkung von Verbraucherorganisationen gefördert werden. Neben den bisher bevorzugten Verbraucherzentralen müssen auch andere Organisationen an den staatlichen Fördermitteln beteiligt werden. Die Produkthaftung und die Haftung für irreführende Werbung ist zu verbessern. Der Handel muß die Möglichkeit haben, die Haftung auf den Produzenten überzuwälzen, wenn die die Haftung begründenden Fakten nicht aus seiner Einflußsphäre stammen und nicht erkennbar waren. Das Ladenschlußgesetz ist aufzuheben.

## **Umweltpolitik**

### **These 1**

Eine menschenwürdige Umwelt und der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen vor der Zerstörung und der Vergiftung muß für die heutigen und die künftigen Generationen als Menschenrecht grundgesetzlich verbürgt werden.

### **These 2**

Ein solches „Umweltgrundrecht“ muß durch ein umfassendes „Vorsorgeprinzip“ ausgeführt werden. Ein bloßes „Verursacherprinzip“ ohne „Vorsorgeprinzip“ würde - wegen der langfristigen und komplexen Wirkungszusammenhänge - häufig leerlaufen, meist zu einer staatlichen Finanzierung der Wiedergutmachung führen und angesichts leerer Kassen leicht zur bloßen staatlichen Verwaltung der Umweltschäden führen.

### **These 3**

Die ersten Schritte zur Durchführung des Vorsorgeprinzips sind:

- daß die Maßnahmen verstärkt werden, Schadenszusammenhänge zu erforschen (z. B. Erstellung eines Umweltkatasters)
- daß alle die Umweltressourcen beeinträchtigenden Nutzungen publik gemacht werden (Publizität aller Wassereinleitungen, Giftstofflagerungen etc.),
- daß eine Produktinformation über Umweltbeeinträchtigung durch - sei es bestimmungsgemäßen oder bestimmungswidrigen - Gebrauch oder Verbrauch von Produkten in allgemein verständlicher Form die Bürger/innen zum alltäglichen Umweltschutz befähigt.

### **These 4**

Im Umweltschutz ist die Aktivierung der Bürger/innen nicht durch bürokratische Hemmnisse zu behindern. Außer durch Verbandsbeteiligung und Verbandsklage muß der Grundsatz der Bürgeraktivierung auch im Arbeitsleben durch Arbeitsverweigerungsrecht und im Verbraucherschutz durch Boykottbefugnisse legitimer Verbraucherverbände verwirklicht werden.

### **These 5**

In vielen Bereichen mangelt es nicht an Zielvorgaben für Umweltschutzmaßnahmen, sondern an geeigneten Durchsetzungsstrategien. Kavaliersdeliktmentalität, Kompetenzwirrwarr zwischen Bund, Ländern und Kommunen, untätige und gleichwohl ausufernde Überwachungsbürokratie haben dem

Umweltschutz mehr geschadet als fehlende Gesetze und Verordnungen. Unterlassene Umweltschutzinvestitionen müssen auch betriebswirtschaftlich zu einer Kostenbelastung führen (Beispiel: Abwasserabgabengesetz).

Dieses Prinzip ist auch im volkswirtschaftlichen Maßstab anzuwenden, indem Einflüsse von staatlichen Planungen auf die Umwelt in vollem Umfang berücksichtigt werden. Die Forschung über die Möglichkeiten der Meßbarkeit solcher Einflüsse in einem mit anderen volkswirtschaftlichen Faktoren vergleichbaren Maßstab ist deshalb erheblich zu intensivieren.

### **These 6**

Ziel aller Umweltschutzmaßnahmen sind neben der Erhaltung der Lebensgrundlagen auch die Schonung von Ressourcen und der Schutz natürlicher Vielfalt (z. B. Artenschutz) auch soweit diese nicht unmittelbar unsere Lebensgrundlagen beeinflussen. Das entscheidende Kriterium für die Tolerierung menschlicher Eingriffe in die Natur ist daher die Reversibilität bzw. Ausgleichsmöglichkeit.

### **These 7**

Der Umweltschutz darf nicht länger im Konkurrenzkampf mit den Interessen der Landwirtschaft unterliegen.

Die *Liberalen Demokraten* fordern daher die Ausgliederung der Umweltschutzbereiche aus dem Landwirtschaftsministerium und die Schaffung eigenständiger Umweltministerien im Bund und in den Ländern.

### **These 8**

In diesem Rahmen muß Umweltpolitik auch Bestandteil der Außen- und Entwicklungspolitik werden. Sie ist auch eine internationale Aufgabe. Der Schutz und die Erhaltung unserer Umwelt ist eine globale Aufgabe. Deshalb sind alle Bestrebungen zu unterstützen, ein internationales Umweltrecht zu schaffen. In der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen muß das Recht auf eine gesunde Umwelt in bestem Zustand entsprechend der analogen Forderung im Grundgesetz aufgenommen werden.

Durch internationale Konventionen müssen Meßmethoden, Warnsysteme, Registrierverfahren und Kontrollen harmonisiert, sowie die Verbringung umweltgefährlicher Stoffe aus dem eigenen Staatsgebiet in hoheitfreie Gebiete oder das Gebiet anderer Staaten drastisch reduziert bzw. unterbunden werden. Dazu gehört das Verbot der Abfallbeseitigung aller Art in den Meeren, sowie die Schadstoffbelastung von Nachbarstaaten durch eine Politik der hohen Schornsteine, d.h. grundsätzliche Begrenzung von Emissionen statt von Immissionen. Ein internationaler Gerichtshof sollte auf die Einhaltung dieser Konvention achten.

### **These 9**

Import und Export von Produkten, die den Umweltgesetzen der Bundesrepublik Deutschland nicht entsprechen, sind zu unterbinden.

Dies gilt ebenso für die Transportart gefährlicher Stoffe, z. B. für Billigflaggentanker mit völlig unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen. Der Hinweis auf schlechteren Umweltschutz in Nachbarländern darf kein Grund für die Verzögerung von eigenen Umweltschutzmaßnahmen sein. Die Einfuhr von Produkten aus vom Ausstreben bedrohten Tier- und Pflanzenarten, sowie von Produkten, deren Gewinnung eine nicht wieder gutzumachende Naturzerstörung am Gewinnungsort zur Folge haben, sind ebenfalls zu unterbinden. Die internationale Umweltpolitik der Bundesrepublik muß sich als Beitrag zu internationalen Programmen und Maßnahmen verstehen. Besonders im Bereich der Europäischen Gemeinschaften soll die Bundesrepublik für eine einheitliche Gesetzgebung initiativ werden. Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt, sowie die Art der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dieser und den Industriestaaten sind darauf zu überprüfen, ob sie ein Leben und eine Entwicklung der ärmeren Länder ermöglichen bzw. fördern, ohne daß diese aus Überlebensgründen gezwungen sind, Raubbau an ihren Ressourcen bzw. ihrer Natur zu treiben, wie z.B. die immer schneller fortschreitende Rodung der tropischen Regenwälder. Bürgschaften und Kredite aus öffentlichen Mitteln dürfen nicht für Investitionen gewährt werden, wenn damit in der Bundesrepublik verbotene oder mit strengeren Auflagen Produktionen in Drittländern aufgebaut werden sollen.

### **These 10**

Die teils bereits eingetretenen und teils unmittelbar drohenden schweren und irreversiblen Umweltschäden machen die Verwirklichung eines umweltpolitischen Sofortprogramms erforderlich: Dazu gehört aus Sicht der *Liberalen Demokraten*:

- Verschärfte Anwendung der geltenden Wasserschutzbestimmungen,
- Schutz des Grundwassers vor unkontrollierter Wasserentnahme durch Großbetriebe,
- Verbot der Verklappung auf See,
- Senkung der Immissionswerte bei Großfeuerungsanlagen,
- obligatorische Senkung der Schadstoffgehalte bei Autoabgasen,
- Stilllegung veralteter Großfeuerungsanlagen zugunsten kleinerer, dezentraler Kraftwerke,
- Umstrukturierung der Energieversorgung,
- Reduzierung der Energieproduktion auf den tatsächlichen Bedarf,
- Einführung der Verbandsklage,
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz,
- verstärkte Begrünung der Städte und Einschränkung der Landschaftszersiedlung,
- Stop der landschaftszerstörenden Arbeiten am Main - Donau - Kanal,
- Überprüfung sämtlicher umweltzerstörender Großprojekte (z.B. Startbahn West),
- vorbereitende Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kernenergie,
- verstärkte Kraftwärmekoppelung insbesondere in Ballungsgebieten,
- Ausbau des Fernwärmenetzes, wobei insbesondere in Ballungsgebieten ein System kleiner Einheiten Vorrang vor einer Großversorgung haben sollte.

### **Energiepolitik**

Liberaler Energiepolitik ist mit anderen Politikbereichen wie der allgemeinen Wirtschaftspolitik eng verflochten. Sie orientiert sich nicht nur an den herkömmlichen Zielen der Sicherheit, Unabhängigkeit und Preisgünstigkeit der Energieversorgung, sondern z.B. auch an der

Umweltfreundlichkeit und dem Arbeitplatzeffekt. Darüber hinaus müssen die gesellschaftlichen Folgen energiepolitischer Entscheidungen verstärkt beachtet werden.

### **These 1**

Aus dem Vorsorgeprinzip der gesamten Umweltpolitik ergibt sich die Vorrangigkeit umweltverträglicher Energieerzeugungs- und Energieverwendungsarten.

### **These 2**

Sparsame und rationelle Energienutzung ist ein Hauptziel liberaler Energiepolitik. Rationell Energieverwendung bezweckt, den gleichen wirtschaftlichen Nutzen und Lebensstandard mit weniger Energieaufwand zu erreichen. Die Einsparung hat absoluten Vorrang vor den Absatzinteressen der Lieferanten von Öl, Gas, Kohle, Uran und Strom. Die Steuer- und Abgabepolitik sowie die Tarifgestaltung müssen dieses Ziel unterstützen; z.B. durch progressive Kostenbelastung des Energieverbrauchs.

### **These 3**

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist massiv zu fördern. Insbesondere müssen für diesen Bereich Forschungsmittel in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind insbesondere dezentral einsetzbare Technologieentwicklungen zu fördern.

### **These 4**

Die Städte und Kreise müssen planerisch und koordinierend die sparsame und umweltschonende Versorgung ihrer Bürger, der Wirtschaft und der öffentlichen Energieeinrichtungen mit Energie, insbesondere Wärme, sicherstellen.

Bei der örtlichen Koordinierung von Versorgungskonzepten, die alle örtlichen Koordinierungs- und Sparpotentiale einschließlich der sogenannten Alternativenergien zu erschließen haben, müssen politische Entscheidungen und versorgungswirtschaftliche Monopolunternehmen entgegengesetzt werden. Deshalb fordern die *Liberalen Demokraten* die sofortige Reform des Energiewirtschaftsrechts:

- Aufhebung des Anspruchs auf Flächen- und Leitungsmonopole der Energieversorgungsunternehmen
- Gesetzliche Verpflichtung nicht nur auf die Bereitstellung von Strom und Gas, sondern auf eine rationelle Energieverwendung (Kraft - Wärme - Kopplung)
- Einspeisung von eigenerzeugter elektrischer Energie in das Netz zu Marktpreisen
- Förderung von kommunalen und genossenschaftlichen Selbstversorgungsinitiativen.

### **These 5**

Da bereits in wenigen Generationen eine Energieversorgung ohne Öl und Kernenergie unter weitgehender Nutzung regenerativer Energiequellen und sparsamen Einsatz der noch relativ lange

verfügbaren Kohle denkbar ist, muß die Kernenergienutzung wegen der schwerwiegenden umweltpolitischen und gesellschaftlichen Bedenken gegen die für unvorstellbar lang Zeiträume verursachten, noch längst nicht übersehbaren Gefahren abgelehnt werden. Vorhandene Kernkraftwerke werden so schnell abgeschaltet wie Energieeinsparungsanstrengungen und Verzicht auf vermeidbaren Stromeinsatz es zulassen. Auf den Zubau oder Ersatzbau mit Kernkraftwerken wird verzichtet. Die Sachzwänge, die aus einer jahrelangen Priorität für Kernenergie und aus einer Illusion der billigen und unbegrenzten Strom- und Ölversorgung herbeigeführt wurden, sind rückgängig zu machen. Es ist eine Umstellung der Forschungsförderung zugunsten der Energieeinsparung und der regenerativen Energien vorzunehmen. Die Arbeiten am Schnellen Brüter und am Hochtemperaturreaktor sind sofort einzustellen.

## **Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik**

### **Jugendpolitik**

Kinder und Jugendliche sind Grundrechtsträger. Diese Auffassung der *Liberalen Demokraten* ist Ausgang für alle Forderungen zur Jugendpolitik, und diese Auffassung soll auch in der Beziehung der Eltern und der Gesellschaft zu den Kindern deutlich sein, z.B.

- Eltern müssen den Schulwunsch ihrer Kinder und ihre Berufswahl sachgerecht vorbereiten und möglichst berücksichtigen.
- Bei Trennung der Eltern und beim Wiederauftauchen von leiblichen Eltern gegenüber Pflegeeltern soll der Wunsch des Kindes, bei wem es leben möchte, stärker berücksichtigt werden. Es soll an die Eltern des Kindes appelliert werden, die Zustimmung des Kindes zur Rückkehr nicht durch Überschüttung mit Konsumgütern zu erreichen zu versuchen.
- Bei der Regelung des Sorgerechts soll der Wille des Kindes berücksichtigt werden.
- Familienerziehung vor Heimerziehung.
- Erleichterung der rechtlichen Möglichkeiten zur Adoption.
- Auf Wunsch der Jugendlichen Verlängerung der Sorgepflicht des Staates bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.
- Stärkere pädagogische Unterstützung und Weiterbildung für Eltern, Pflegeeltern, Adoptiveltern und Heimerzieher, stärkere finanzielle Unterstützung von Pflegeeltern.
- Verbesserung der Möglichkeiten alleinerziehender Männer, Pflegevater zu werden.
- Abschaffung der geschlossenen Heimerziehung.

Die *Liberalen Demokraten* erkennen, daß viele Jugendliche dieser Gesellschaft, diesem Staat mit seinen Repräsentanten und Institutionen skeptisch, ja ablehnend gegenüberstehen und die erkennen, daß dies eine verständliche Reaktion der Jugendlichen auf die gegebene gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Welt der Erwachsenen ist.

Wenn diese Reaktion zu Versuchen alternativer Lebensformen mit dem Ziel der Verbesserung mitmenschlicher Beziehungen führen, so wird dies von den *Liberalen Demokraten* begrüßt und unterstützt; wenn jedoch Resignation oder Gewalt folgen, so sehen sich die *Liberalen Demokraten* in besonderem Maße gefordert, diese Jugendlichen für eine konstruktive Mitwirkung an der Entwicklung unserer Gesellschaft zu gewinnen.

Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, daß die erwachsenen Generationen in Kontakt mit Jugendlichen die Bereitschaft zeigen, ihre eigenen Werte und Normen in Frage zu stellen, sie gegebenenfalls zu ändern, sie aber auch energisch zu verdeutlichen und zu verteidigen und danach zu leben.

Die Perspektiven der Jugendlichen sind abhängig von der Bildungs- und Arbeitsplatzpolitik. Deshalb kommt der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine besondere Bedeutung zu.

Besonders wichtig ist es für die *Liberalen Demokraten*, dafür einzutreten, daß Jugendlichen Entscheidungsräume zubilligt und daß diese auch gewährt werden. Die Entwicklung zur Selbständigkeit setzt Selbstverantwortung voraus, sie ist auch entscheidend für die eigene Gestaltung von Lebensqualität. In diesem Sinne fordern die *Liberalen Demokraten* u.a.:

1. Intensivierung von Elternbildung (Wer lernt erziehen?).
2. Entschiedenere Maßnahmen gegen Kindesmißhandlung. Es soll versucht werden, durch verstärkte Familientherapie den Verbleib der Kinder in der Familie zu ermöglichen. Es soll an Nachbarn und Lehrer appelliert werden, Kindesmißhandlungen bei den Behörden bekannt zu machen. Kindesmißhandlungen müssen von Amts wegen verfolgt werden.
3. Mehr offenen Angebote für Kinder, z. B. Aktivspielplätze.  
Dabei sollen diese Möglichkeiten auch für Kinder über 14 Jahre geöffnet werden, wenn für diese keine anderen Angebote vorhanden sind.
4. Überprüfung der Bauordnungen mit dem Ziel, kindgerechtere Lebensräume zu schaffen.
5. Kindergärten, Kinderkrippen und Schulen, in denen wieder das Kind / der Jugendliche zum Mittelpunkt aller Bemühungen wird.
6. Jugendpressen (Schülerzeitungen) müssen frei und unzensuriert sein.
7. Die Rechte der Schülervertretungen sind zu stärken.  
Sie sollen auch das Recht zur allgemeinen politischen Äußerung erhalten.
8. Freizeitangebote sind zu erweitern und zu differenzieren. Die Freizeitangebote für Jugendliche, Kinder und junge Erwachsene sollen auf Nachfrage ganzjährig angeboten werden; Vorrang vorhandener Gebäude gegenüber Neubaumaßnahmen. Es soll Eigeninitiative gefördert werden, Informationen und Motivationen sollen an die Jugendlichen herangetragen werden.
9. Mehr selbstverwaltete Jugendzentren sind durch Vermittlung geeigneter Räumlichkeiten zu schaffen. Nicht selbstverwaltete Jugendzentren sind möglichst in Selbstverwaltung zu überführen.
10. Spezielle Förderung kultureller Aktivitäten Jugendlicher.
11. Rechtzeitige und ausreichende Schaffung geeigneten Wohnraums für jugendliche Erwachsene (geburtenstarke Jahrgänge!).
12. Aufklärung, Hilfe und Therapie statt Strafe bei Drogenabhängigen.
13. Rehabilitation und Wiedereingliederung straffällig gewordener Jugendlicher in der Gesellschaft durch intensive Sozialarbeit. Möglichst frühzeitige Betreuung straffällig gewordener Jugendlicher durch Sozialarbeiter.

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für die konsequente Anwendung des Prinzips „Vorrang für freie Träger“ (Subsidiaritätsprinzip) im Bereich der Jugendarbeit ein. Freie, von Bürgern getragene Initiativen als Mittel zur Selbstgestaltung und Kreativität müssen nach Auffassung der *Liberalen Demokraten* Vorrang haben. Dabei muß allerdings ein offenes und vielfältiges Angebot gewährleistet sein und Eigeninitiativen der Jugendlichen der Vorzug gegeben werden. Die *Liberalen Demokraten* fordern daher eine ausreichende Förderung der freien Träger zwecks Aufrechterhaltung und Ausbau ihrer Tätigkeit.

Die *Liberalen Demokraten* fordern ein Gesetz zur staatlichen Förderung der Jugend- und Sozialarbeit als Nachfolger des immer noch geltenden Jugendwohlfahrtsgesetzes aus dem Jahre 1922. Dabei muß die finanzielle und materielle Unterstützung der Verbände und Initiativen festgeschrieben sein muß.

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich ein für die Beibehaltung des Schüler - Bafög und lehnen eine Umstellung auf ein reines Darlehnsverfahren ab.

## **Medienpolitik**

### **I. Präambel**

Das Grundrecht der Meinungsfreiheit, der Informationsfreiheit und der Pressefreiheit ist nicht ein Grundrecht neben anderen. Für die Liberalen ist dieses Grundrecht von zentraler Bedeutung für die Bewahrung und Ausübung aller anderen Grundrechte. Dieses Grundrecht sichert Vielfalt und Wettbewerb der Meinungen und ist damit unabdingbare Voraussetzung für die Lebendigkeit der parlamentarischen Demokratie.

Medienrecht ist nach unserer Verfassung Landesrecht. Um der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sollte jedoch der Bund seine Rahmenkompetenz voll nutzen.

### **II. Presse**

Die innere Pressefreiheit erfordert unabhängig von tarifvertraglichen Regelungen gesetzlich festgelegte Mindestmitwirkungsrechte für journalistische Mitarbeiter. Die *LD* unterstützt die Forderung nach Redaktionsstatuten.

Jedes Presseorgan sollte seine publizistischen Grundsätze offenlegen, damit dieser Bestandteil der Anstellungsverträge werden können. Vor einer Änderung der Eigentums- oder Besitzverhältnisse an der Zeitung durch Vertrag (mit Ausnahme Erbvertrag) oder einer Fusion muß die Redaktion rechtzeitig informiert und gehört werden. Redaktionen dürfen nicht wie Schreibtische und Druckmaschinen über Nacht verkauft werden. Die Fusionskontrolle im Pressebereich ist zu verschärfen.

Die *LD* will eine unabhängige Presse. Deshalb unterstützen die Liberalen vor allem Modelle der Selbstorganisation (Zeitungen im Eigentum der Journalisten, bzw. der Abonnenten). Ein funktionierender „Deutscher Presserat“ ist geeignet, Zensur zu verhindern.

### **III. Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen)**

Der Rundfunk kann seine wichtigen politischen, kulturellen und unterhaltenden Aufgaben nur erfüllen, wenn seine Unabhängigkeit gewährleistet ist; die gegenwärtige öffentlich - rechtliche Struktur stellt keinen Stellenwert dar. Der Rundfunk - Auftrag wird bei Abhängigkeit von politischen Parteien ebenso pervertiert wie bei Abhängigen von Kapitalinteressen.

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kontrollgremien von ARD und ZDF sind reformbedürftig. Regierungen sollen durch Journalisten kontrolliert werden - deshalb dürfen Regierende nicht die „Oberkontrolleure“ von Journalisten sein.

Die LD fordern im einzelnen

- Im Rundfunkrat dürfen höchstens zu einem Drittel Vertreter der politischen Parteien sitzen. Regierungsmitglieder dürfen nicht gleichzeitig einem Rundfunkrat angehören.
- Die Kontrollgremien müssen öffentlich tagen, damit eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit möglich ist.
- Mitglieder von Gremien sollen ihren entsendenden Stellen in regelmäßigen Abständen Tätigkeitsberichte vorlegen, und sie müssen, soweit es sich um Verbands- oder Parteienvertreter handelt, in einem demokratischen Verfahren gewählt werden.
- In den Aufsichtsgremien müssen sich die Zuschauer und Hörer, entsprechend ihrer sozialen Struktur, wiederfinden können (d.h. auch Arbeiter, Hausfrauen, U - Bahn - Benutzer, Jugendliche). Vorstellungen von einer „Bürgerbank“ analog zum Schöffen - System sind weiterzuverfolgen.

Fremdbestimmte Sendungen (z. B. Programmbeiträge der Kirchen) sind ebenso wie Werbung deutlich zu kennzeichnen.

Die Entscheidung über die Höhe der Rundfunkgebühren darf kein Hebel sein, mit dem Politiker Druck auf die Rundfunkanstalten ausüben können.

Werbung mit Kindern und Werbung, die sich gezielt an Kinder wendet, soll von den Anstalten nicht zugelassen werden.

#### **IV. Neue Medien**

Politische Entscheidungen im Bereich der Neuen Medien (z. B. Bildschirmtext, Video - Text, Kabelfernsehen) haben sich für Liberale daran zu orientieren, welche Organisationsformen es dem Bürger gestattet, über eine optimale Auswahl aus einem vielfältigen Programmangebot zu verfügen. Das erfordert differenzierte Regelungen für die unterschiedlichen Neuen Medien, bzw. die neuen Übertragungswege. Neue Formen der Individualkommunikation sind ebensowenig regelungsbedürftig wie es z. B. Herstellung und Verbreitung von Filmen, Büchern oder Schallplatten sind. Eine Selbstkontrolle im Bereich der Videokassetten wird unter dem Aspekt des Jugendschutzes begrüßt.

Die Neuen Medien dürfen nicht zu neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration führen. Der publizistische Wettbewerb darf nicht weiter eingeschränkt werden. Die Neuen Medien dürfen nicht desintegrierend wirken.

Die Medienpolitik muß durch organisatorische Weichenstellungen wie Dekonzentration von Medienmacht und Dezentralisation der Programmträger die Freiheit des Bürgers, sich zu informieren und aus einem vielfältigen Angebot auszuwählen, wahren und vermehren.

Bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen für die Neuen Medien ist eine klare Trennung zwischen der Netzträgerschaft und dem Nutzungsbereich vorzusehen: Der Netzträger darf keinen Einfluß nehmen können auf die über das Netz verbreiteten Inhalte. Dies bezieht sich nicht allein auf die Veranstaltung von Programmen, sondern auch auf die Frage, welche Programme angeboten (verteilt) werden sollen.

Auch bei der Nutzung der Neuen Medien muß der Schutz personenbezogener Daten für jedermann garantiert werden. Die vom einzelnen Teilnehmer getroffene Auswahl der Informationen darf nicht kontrollierbar sein.

Der freie Empfang drahtlos ausgestrahlter Information darf durch niemand behindert werden. Für Kabelanlagen darf es keinen Anschlußzwang geben.

Durch die Verkabelung darf es nicht zur Einführung von kommerziellem Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland kommen. Die Verkabelung wird in all den Fällen begrüßt, wo es zu einer Verbesserung der Empfangsbedingungen für Hörer und Zuschauer kommt. Die Kosten sind nicht auf die Allgemeinheit umzulegen, sondern ausschließlich von Verursachern und / oder Begünstigten zu tragen.

### **3. BPT der LD am 30.04./01.05.1983 in Kassel**

#### **Emanzipation des Menschen**

Die *Liberalen Demokraten* vertreten die Selbstbestimmung und -verwirklichung des Menschen, die in der Vergangenheit besonders den Frauen vorenthalten wurde.

Veränderungen in Familie und Gesellschaft haben das traditionelle Rollenverständnis nicht beseitigen können. Der noch ungelöste Gleichberechtigungsanspruch von Frau und Mann muß durch gesetzliche Bestimmungen gegen Diskriminierung einfordern sein; die Gleichheit der Chancen, z.B. in der Ausbildung, im Berufsleben aber auch in der politischen Mitwirkung ist zu gewährleisten.

Für die *Liberalen Demokraten* ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau die Grundlage der Selbstbestimmung des Menschen. Sie unterstützen daher alle Bestrebungen, die Benachteiligung der Frauen abbauen und setzen sich für kommunale und sektorale Gleichberechtigungsstellen ein.

Auf Bundesebene ist die Schaffung einer Zentralstelle für Frauenfragen entsprechend dem hessischen Modell einzurichten, jedoch mit folgenden Rechten zusätzlich:

Ihre Beteiligung an allen Vorhaben der Bundesregierung, die speziell Frauen betreffen, muß festgeschrieben und ihre Einwirkung auch außerhalb der Verwaltung gesichert werden.

Die Zentralstelle für Frauenfragen soll jährlich über ihre Tätigkeit dem Deutschen Bundestag berichten. Sie soll darüber hinaus immer dann, wenn die von ihr vertretenen Frauenbelange dies zweckmäßig erscheinen lassen, Rederecht im Deutschen Bundestag beanspruchen können.

Die *Liberalen Demokraten* werden ein Antidiskriminierungsgesetz in das Gesetzgebungsverfahren des Bundes bringen.

Um die Forderungen nach gleichen Rechten für Mann und Frau vom Papier in die Wirklichkeit umzusetzen, benötigen wir ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG), das Diskriminierung genau definiert und verbietet und auch andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen einbezieht.

In diesem Gesetz müssen folgende Forderungen enthalten sein:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
2. Im Ausbildungsbereich kann - als Übergangslösung bis zur Gleichstellung - Quotierung helfen, Benachteiligungen zu beseitigen.
3. Quotierung bei der Besetzung von Aufsichtsgremien aller öffentlich - rechtlichen Körperschaften (z. B. Rundfunkrat, Fernsehrat).
4. Frauenförderungspläne, zumindest bei Firmen, die staatliche Aufträge und / oder Zuschüsse erhalten.
5. Arbeitsschutzbestimmungen dürfen für Männer und Frauen nur aus arbeitsmedizinischer Sicht aufrecht erhalten werden. Arbeitsschutzbestimmungen müssen in ihren Auswirkungen daraufhin überprüft werden, ob sie lediglich die Ausbildung oder Arbeitsaufnahme insbesondere im gewerblichen Bereich verhindern. Insofern sind sie zu verändern oder aufzuheben.
6. Umwandlung der Soll - Bestimmungen des § 611b BGB, der die geschlechtsspezifische Stellenausschreibung verbietet, in eine Mußbestimmung und Einführung von Bußgeldern bei Zuwiderhandlungen.
7. Hilfen zur Wiedereingliederung von Personen, die wegen Erziehungszeiten die Berufstätigkeit unterbrochen haben.

Der Bereich Strafvollzug für Frauen und Mädchen wird in das ADG aufgenommen. In allen Bundesländern sind Frauenhaftanstalten Voraussetzungen zu schaffen, die den inhaftierten Frauen eine qualifizierte Berufsausbildung bzw. einen Schulabschluß ermöglichen und Müttern Gelegenheiten geben, ihre Säuglinge bei sich zu behalten.

Damit ein solches Gesetz wirksam durchgesetzt werden kann, ist eine Gleichberechtigungskommission mit umfassenden Kompetenzen - ähnlich denen des Bundeskartellamtes - einzurichten. Auf Länderebene werden Kommissionen nach Vorbild der Kommission auf Bundesebene eingerichtet.

Die *Liberalen Demokraten* gestehen keiner staatlichen, politischen oder gesellschaftlichen Stelle das Recht zu, Frauen und Männern bestimmte Rollen und Funktionen zu diktieren. Sie lehnen es auch bei knapper gewordenen Arbeitsplätzen ab, die Frauen auf Heim und Familie zu verweisen und ihnen das Recht auf Berufstätigkeit abzusprechen.

Mehrfachverdienst in einer Familie kann allein noch nicht als Kündigungsgrund gelten.

Die Sonderprogramme des Bundes zur Eingliederung der Frauen in den Ausbildungs- und Arbeitsprozeß, insbesondere die Modelle der Ausbildung der Mädchen für gewerblich - technische Berufe sind auszubauen oder, falls solche nicht existieren, neu einzurichten.

Angesichts des statistisch nachweisbaren geringen Beteiligung der Frau in leitenden Funktionen im öffentlichen Dienst fordern die *Liberalen Demokraten*, daß bei gleicher Qualifikation Frauen bei der Besetzung leitender Stellen genauso berücksichtigt werden wie Männer.

Die Benachteiligung von Frauen aus Gründen des Mutterschutzes lehnen die *Liberalen Demokraten* ab. Deshalb setzen sich die *Liberalen Demokraten* u.a. für eine Umwandlung des geltenden Mutterschaftsurlaubs in einen wahlweise von Vätern oder Müttern beanspruchbaren Elternurlaub ein. Es müssen Mechanismen eingeführt werden, die den Arbeitgebern die Nachteile ausgleichen, die ihnen aufgrund des Mutterschutzes entstehen.

Fort- und Weiterbildungsangebote sind auf die besonderen Belange der Frauen abzustellen, da die Erziehung und Fürsorge für die Kinder nicht nur den Frauen obliegt, sondern als gesellschaftliche Aufgabe in partnerschaftlicher Verantwortung von der Gemeinschaft unterstützt werden muß. Hierzu gehören auch eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt. Teilzeitarbeitsplätze sind auch bei qualifizierten Berufen einzurichten und so attraktiv zu gestalten, daß sie auch von männlichen Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden.

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Reform des § 218 i. S. der Fristenlösung. Sie lehnen jedoch jede der strafrechtlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch ab.

Ein in diesem Rahmen möglicher Schwangerschaftsabbruch darf nicht von Krankenhausträgern eingeschränkt werden.

Die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung gehört für sie zu den selbstverständlichen Solidarleistungen unseres Versicherungssystems.

In der ganzen Bundesrepublik Deutschland muß ein ausreichendes Angebot an Beratungsstellen für Familienplanung zur Verfügung stehen. Ebenso sollen Frauen, bei denen ein Schwangerschaftsabbruch erforderlich wird, in allen Teilen der Bundesrepublik die Möglichkeit haben, dies in einer Tagesklinik durchführen lassen zu können.

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich dafür ein, die Beratungsdienste instandzusetzen, vorbeugend das Problem der Gewalt in der Familie zu behandeln. In allen größeren Städten soll ein Notruf- und Beratungsdienst für vergewaltigte Frauen zur Verfügung stehen.

In allen Bundesländern sind örtliche Initiativen bei der Einrichtung von Frauenhäusern zu unterstützen. Existenz und Fortbestehen sind ohne Angriffe in die Autonomie der Häuser durch staatliche Finanzierung sicherzustellen,

Die Finanzierung der Frauenhäuser soll einheitlich mit Zuschüssen des Landes und der Gemeinden bzw. Kreise geregelt werden. Die *Liberalen Demokraten* treten dafür ein, daß Frauen, die in Frauenhäusern Schutz gefunden haben, nicht durch die Art der Sozialhilfeleistungen diskriminiert werden dürfen. Unterstützungen aufgrund des § 72 BSGH werden daher abgelehnt. Es bestehen andere, nicht diskriminierende Möglichkeiten, diese Frauen und Kinder nach dem BSHG zu unterstützen. Durch Änderungen des BSHG sind die Voraussetzungen für die Gewährung von so begründeter Sozialhilfe für Frauen und Kinder zu erleichtern.

Die besonderen Schwierigkeiten der wachsenden Zahl alleinerziehender Väter und Mütter bedürfen gemeinschaftlicher Hilfen. Für diejenigen Elternteile, die erwerbstätig sein wollen oder müssen, ist ein ausreichendes Platzangebot qualifizierter Ganztagsbetreuung der Kinder bereitzustellen.

Anerkennung von Kindererziehungszeiten (3 Jahre pro Kind) bei der Berechnung der Rentenansprüche. Die Rentenreform ist entsprechend dem Gleichberechtigungsgrundsatz zu gestalten.

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform des Einkommenssteuersystems, mit der die unzulässige Benachteiligung Alleinerziehender beseitigt werden soll, ist umgehend in Kraft zu setzen. Gleichzeitig sind die Steuervorteile für Ehepaare aufgrund des Einkommenssteuer - Splittingverfahrens und anderer nur an den Verheiratetenstatus geknüpfte Sonderrechte abzuschaffen.

### **Sexualstrafrecht:**

Eine generelle Reform des Sexualstrafrechts ist dringend erforderlich.

### **Innen- und Rechtspolitik**

Die *Liberalen Demokraten* begreifen sich als Bürgerrechtspartei.

### **These 1**

Die liberale Forderung nach Sicherung und Ausbau der Freiheitsrechte steht nicht im Gegensatz, sondern in enger Verbindung mit der Forderung: Gleiche Freiheiten für alle! Ganz vorrangig muß die Gleichberechtigung von Mann und Frau vorangebracht werden. Der noch ungelöste Gleichberechtigungsanspruch von Mann und Frau muß durch gesetzliche Bestimmungen gegen Diskriminierung einforderbar sein; die Gleichheit in den Startchancen z. B. in der Ausbildung, im Berufsleben, aber auch in der politischen Mitwirkung ist zu gewährleisten.

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Neuregelung des § 218 im Sinne der Fristenregelung.

## These 2

Die Verwaltung muß durchschaubar sein, denn ohne Transparenz bleibt sie unkontrollierbar. Zum Ausgleich von Informationslücken zwischen Regierung und politisch Verantwortlichen sowie betroffenen Bürgern, fordern die *Liberalen Demokraten* deshalb ein Recht auf Akteneinsicht für jeden Bürger. Dieses Akteneinsichtsrecht muß wie in den USA grundsätzlich auch gegenüber staatlichen Sicherheitsorganen gelten. Es endet da, wo persönliche Daten Dritter geschützt werden müssen.

Alle öffentlich Bediensteten haben die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wenn sie aus politischen Gründen in den regelmäßigen Gesetzesvollzug eingreifen (Einschränkung der beamtenrechtlichen Verschwiegenheitspflicht bei Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Informationsinteressen).

## These 3

Die *Liberalen Demokraten* verurteilen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Ziel ist die Integration der hier lebenden Ausländer bei Wahrung ihrer kulturellen Identität. Die *Liberalen Demokraten* fordern, die Ausländer als Mitbürger zu behandeln.

Dazu ist notwendig

- die Rechtsstellung der Ausländer durch eine Reform des Ausländergesetzes zu verbessern,
- den Nachzug von Ehepartner und Kindern bis zum Erreichen der Volljährigkeit zu ermöglichen,
- das Kommunalwahlrecht bei mehrjährigem Aufenthalt einzuführen sowie die Bildung von Ausländerbeiräten als Vorstufe zu ermöglichen,
- die Einbürgerung - wo sie gewünscht wird - zu erleichtern,
- die völlig unzulänglichen Bildungsmaßnahmen für junge Ausländer, die ihnen eine zufriedenstellende Zukunftsperspektive bislang nicht ermöglichen, dringend umzugestalten,
- im schulischen Bereich auf Antrag den Unterricht der Muttersprache spätestens an Stelle der ersten Fremdsprache einzuführen, wenn nicht schon eine Alphabetisierung in der ersten Klasse unter der Zuhilfenahme der Muttersprache sinnvoll ist,
- eine interkulturelle Erziehung und deren Absicherung in Rahmenplänen für Deutsche und Ausländer zu entwickeln und zu fördern,
- freie Träger im Ausländerbereich, die Integrationskonzepten verpflichtet sind, insbesondere zur Förderung der Kulturarbeit, zur Alphabetisierung von erwachsenen Ausländern, zur Einrichtung von Deutschkursen und zur Förderung von Frauen- und Mädchen - Programmen, finanziell zu unterstützen.

## These 4

Das Grundrecht auf politisches Asyl ist in den vergangenen Jahren fortwährend eingeschränkt worden. Nach den beiden Gesetzen zur Beschleunigung des Asylverfahrens von 1978 und 1980 wurde schließlich mit dem neuen Asylverfahrensgesetz für viele politische Flüchtlinge das Asylrecht praktisch abgeschafft. Die *Liberalen Demokraten* fordern die Aufhebung aller bisher eingeführten Beschneidungen des Rechtsweges für Asylsuchende:

- Den Ausländer- und Grenzbehörden dürfen keinerlei Entscheidungsbefugnisse über Asylanträge mehr eingeräumt werden. Die alleinige Zuständigkeit des Bundesamtes für die Anerkennung politischer Flüchtlinge ist wieder herzustellen.

- Das Bundesamt muß verpflichtet werden, jeden Fall individuell zu entscheiden. Schematische Entscheidungen per Schreibautomaten werden dem Grundrecht auf Asyl nicht gerecht. Die Anerkennungsausschüsse müssen wieder anstelle der allein entscheidenden Sachbearbeiter treten.
- Jedem Asylsuchenden muß der Klageweg gegen einen ablehnenden Bescheid des Bundesamtes offenstehen.
- Abschaffung der Sonderzuständigkeit von Einzelrichtern in Asylverfahren
- Wiederherstellung des vollen Rechtsweges auch in Asylverfahren
- Ausweisung, Auslieferung und Abschiebung Asylsuchender vor dem endgültigen Abschluß des Verfahrens dürfen nicht zulässig sein.
- Alle Bewegungseinschränkungen für Asylbewerber sind abzuschaffen, allen Asylsuchenden ist für die Dauer des Verfahrens eine vollwertige Aufenthaltserlaubnis auszustellen.
- Kriminalisierende Strafbestimmungen des Asylverfahrensgesetzes sind zu streichen.
- Die Arbeitsverbote sind aufzuheben, damit nicht die Asylbewerber zu Sozialhilfeempfängern gemacht werden und dadurch noch weitere Vorurteile geschürt werden. Die Zwangseinweisung in Sammellager und -unterkünfte wird abgelehnt. Der individuellen Unterbringung ist Vorrang einzuräumen. Kasernenartige Unterbringung ist abzulehnen.
- Familien dürfen nicht getrennt werden, die gesetzliche Schulpflicht gilt auch für Asylsuchende und deren Kinder.
- Für die Dauer des Verfahrens sollen jedem Asylsuchenden die Leistung des Bundessozialhilfegesetzes zustehen.

### **These 5**

Aus politischen und verfassungsrechtlichen Gründen lehnen die *Liberalen Demokraten* eine Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer ab (Art. 12a Grundgesetz). Der Zivildienst darf nicht länger dauern als der Wehrdienst.

Der Zivildienst muß jedem Antragsteller offenstehen und ist zu einem echten Friedensdienst auszubauen.

Kriegsdienstverweigernde Soldaten müssen vom Waffendienst befreit und unverzüglich aus der Bundeswehr entlassen werden. Der harte Dienst der Zivildienstleistenden und der hohe Einberufungsgrad aller Kriegsdienstverweigerer belegt deren Gewissensentscheidung ausreichend. Gewissen ist durch nichts und von niemanden überprüfbar.

### **These 6**

Der Berufszugang darf grundsätzlich weder in der Privatwirtschaft noch im öffentlichen Dienst einer Überprüfung politischer Gesinnung unterworfen werden. Das beim Zugang zum öffentlichen Dienst zu fordernde Bekenntnis zum demokratischen und sozialstaatlichen Gemeinwesen darf nicht zu kritiklosen Treuepflicht gegenüber Staatsorganen eingeengt werden und auch nicht Schwächen eines parlamentarischen Systems in eine Tabuzone stellen. Erst recht darf nicht der Spielraum für eine kritische und auf Veränderung abzielende Auffassung über die Wirtschaftsordnung und die sozialen Bedingungen und Konflikte in der Gesellschaft unter dem Vorwand der „Prüfung der Verfassungstreue“ beschnitten werden.

### **These 7**

Die *Liberalen Demokraten* lehnen eine Verschärfung des Demonstrationsrechts etwa durch gesetzliches Vermummungsverbot oder die Bezahlung von Polizeieinsätzen durch Demonstranten ab. Demonstrationskosten sind Demokratiekosten.

Die Demonstrationsfreiheit ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaftsordnung und grundgesetzlich geschützt. Gegen gewaltsame Ausschreitungen bei Demonstrationen bieten das geltende Versammlungsrecht und das Strafrecht ausreichende Handhabe.

### **These 8**

Die *Liberalen Demokraten* lehnen den Todesschuß („Finaler Rettungsschuß“) ab. Die bestehenden allgemeinen Regeln der Notwehr und der Nothilfe sind auch für die Polizei ausreichend. Ebenso lehnen die *Liberalen Demokraten* eine Ausrüstung der Polizei mit z. B. CS, aber auch mit Gummigeschossen ab. Hinsichtlich ihrer Ausrüstung und bezüglich ihrer Taktik muß sich die Polizei strikt an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit halten. Polizeieinsätze dürfen Gewalt bei Demonstranten nicht provozieren. Polizeibeamte müssen im Dienst persönlich identifizierbar sein. „Streifen zu Fuß“ sollen erheblich verstärkt werden, um den Kontakt zum Bürger und die Sicherheit der besser wahren zu können.

Der Polizeibeamte muß seine Handlungen auch seinem Gewissen und seiner „Einstellung“ unterstellen können; ein Einsatzverweigerungsrecht ist vorzusehen. Die *Liberalen Demokraten* lehne es ab, daß weiterhin jeder Polizeibeamte mit einer Schußwaffe ausgestattet wird.

### **These 9**

Das Kontaktsperrgesetz und das Verbot gemeinschaftlicher Verteidigung sind abzuschaffen. Weitere Einengungen des Rechts von Angeklagten und ihrer Verteidiger im Strafprozeß durch Maßnahmen zur sogenannten Straffung des Verfahrens lehnen die *Liberalen Demokraten* ab. Jeder Angeklagte muß in jeder Lage eine dem Rechtsstaatsgebot entsprechende effektive Verteidigung vorbereiten und haben können. Neue, der Verteidigung bisher nicht bekannte Akten, dürfen nicht bis zur Hauptverhandlung zurückgehalten werden. Zeugen vom Hören und Sagen (sogenannte V - Leute) sind nicht zuzulassen. Die *Liberalen Demokraten* fordern, Untersuchungshaft nur anzuordnen, wenn Freiheitsbeschränkungen absolut unverzichtbar sind.

Die U - Haft für 14 - und 15 jährige ist gänzlich abzuschaffen. Die *Liberalen Demokraten* fordern die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.

### **These 10**

Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes und die in diesem Bereich zulässige Rechts- und Amtshilfe sind gesetzlich einzuschränken. Die *Liberalen Demokraten* fordern eine rechtsstaatlich einwandfreie und präzise Eingrenzung der Tätigkeit der Nachrichtendienste. Die Kontrollmöglichkeiten durch Regierung, Parlament und Gerichte sind umfassend und lückenlos zu gestalten. Den Gerichten ist das Recht auf vollständige Akteneinsicht zu gewähren.

Rechtswidrig erlangte Informationen sind zu vernichten.

Die Weitergabe von Erkenntnissen an staatliche und nicht - staatliche Stellen ist restriktiv zu regeln und an die politische Verantwortung sowohl des zuständigen Ministers als auch des Parlaments zu binden. Der Bürger muß die Möglichkeit haben, gegen Maßnahmen des Verfassungsschutzes den Rechtsweg zu beschreiten.

## These 11

Der Schutz personenbezogener Daten ist von größter Bedeutung für den einzelnen Bürger und die Demokratie in unserem Lande. Daher ist ein weiterer Ausbau des Datenschutzes eine dringende politische Aufgabe. Die *Liberalen Demokraten* fordern im einzelnen:

- Einführung eines Grundrechts auf Datenschutz in das Grundgesetz
- Datenschutz muß von einem Schutz der in Dateien gespeicherten Daten zu einem allgemeinen Persönlichkeitsschutz weiterentwickelt werden.
- Verwaltungsaufgaben müssen dahingehend untersucht werden, ob zu ihrer Erfüllung auch anonymisierte Datenerhebung und -verarbeitung ausreicht.
- Die Information des Bürgers über die über ihn gespeicherte Daten und ihre erfolgte Weitergabe muß verbessert werden.
- Nur durch bessere Information ist es auch möglich, dem Bürger ein weitergehendes Recht auf Löschung und Sperrung der ihn betreffenden Daten zu gewährleisten.
- Der Betroffene muß einen Anspruch auf Berichtigung und Ergänzung bestehender Datensammlungen haben.
- Bei Beeinträchtigung der schutzwürdigen Belange eines Betroffenen durch Verstöße gegen das Datenschutzgesetz oder andere Vorschriften des Datenschutzes ist nach dem Prinzip der Gefährdung von der datenverarbeitenden Stelle der Schaden in voller Höhe zu ersetzen.
- Der Datenschutzbeauftragte muß zu einem selbständigen Bürgeranwalt in Sachen Datenschutz weiterentwickelt werden, was als erstes eine von der Verwaltung unabhängige Stellung bedingt. Dementsprechend ist er nur vom Parlament zu wählen und auch nur diesem verantwortlich.
- Im Bereich der privaten und öffentlichen Datenverarbeitung muß vor Weitergabe von Daten vom Betroffenen eine Erlaubnis eingeholt werden.
- Datenschutz muß grundsätzlich auch für private Dateien in gleichem Umfang gelten wie für Daten der öffentlichen Hand.
- Grundsätzlich ist die Verpflichtung zur Veröffentlichung über Art und Umfang von Dateien sowie den betroffenen Personenkreis auf die Polizei- und Sicherheitsbehörden auszudehnen.
- Der Geltungsbereich des hessischen Datenschutzgesetzes ist auch auf nicht der elektronischen Datenverarbeitung unterliegenden Datensammlungen (Akten / Handakten) auszudehnen.

## These 12

Neue Formen des Zusammenlebens müssen gleichwertige Chancen wie die bisherigen erhalten. Dies betrifft vor allem die Neuregelung des Steuerrechts, des Sorgerechts, der Unterhaltungspflicht, der sozialen Vergünstigungen, des Rentenrechts, des Erbrechts und des Adoptionsrechts.

Die Diskriminierung von Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlich veranlagter Menschen ist zu beenden.

## These 13

Trotz der Reform des § 175 StGB besteht die gesellschaftliche und rechtliche Diskriminierung von Homosexuellen weiter. Die *Liberalen Demokraten* fordern:

- Abschaffung der § 175 StGB
- Aufnahme des Verbots der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Orientierung in ein Anti-Diskriminierungsgesetz

- Entschädigung der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus
- Information über Homosexuelle im schulischen Sexualkundeunterricht
- Abschaffung der sogenannten Rosa Listen zur behördlichen Erfassung Homosexueller
- Homosexualität darf nicht als Krankheit angesehen werden, wie dies zur Zeit noch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) tut.

#### **These 14**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Fortsetzung der Strafrechtsreform. Sie setzen sich ein für:

- Streichung des § 182, da dieser § keinem kriminalpolitischen Bedürfnis entspricht. Der Gesetzgeber bringt selbst zum Ausdruck, daß die Tat nur dann verfolgt werden darf, wenn der Täter die Verführte nicht geheiratet hat.
- Streichung der §§ 183 und 183a, da es sich um Bagatelldelikte handelt; statt Strafe würde sich hier besser eine psychotherapeutische Behandlung eignen. In schwerwiegenden Fällen greift das Beleidigungsstrafrecht.  
Der Schutz der Sexualsphäre bei Kindern ist ausreichend durch die §§ 174 und 176 StGB gewährleistet.
- In § 80a ist das Wort „aufstachelt“ durch „auffordert“ zu ersetzen.
- Die Streichung der §§ 90, 90a, 90b, 103, 104, 104a, 166 und 167, weil die dort geschützten Rechtsgüter bereits durch das allgemeine Beleidigungsstrafrecht sowie durch die Straftatbestände des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung hinreichend geschützt sind.

#### **These 15**

Die Gefährdung des Rechtsstaats durch politische Gewalttäter darf nicht verharmlost werden.

Die *Liberalen Demokraten* fordern:

- Umfassende Aufklärung über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus und des Antisemitismus sowie die Auseinandersetzungen mit totalitären Ideologien und Systemen in der schulischen und außerschulischen Bildung.
- Einführung eines Straftatbestandes gegen die Verbreitung nationalsozialistischer und neofaschistischer Propaganda.

#### **These 16**

Die *Liberalen Demokraten* fordern, daß durch einen einmaligen Gesetzgebungsakt die Nichtigkeit aller Urteile des Volksgerichtshofs aller Sondergerichte der Hitlerdiktatur festgestellt wird, da die Urteile dieser Pseudogerichte keine Gerichts-, sondern Exekutivakte waren. Sie bezweckten nichts anderes als die Vernichtung des politischen Gegners und die Verfolgung rassenpolitischer Ziele.

#### **These 17**

Die *Liberalen Demokraten* betrachten die Wirtschaftskriminalität auch gesellschaftspolitisch nicht als Kavaliersdelikt.

Deshalb ist das zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität schnellstens zu verabschieden. Bei Verfolgungsbehörden und Gerichten sind die Voraussetzungen für die

Bewältigung auch großer und schwieriger Fälle der Wirtschaftskriminalität in kürzerer Zeit zu schaffen. Der Verfeinerung der Methoden und dem Auffinden immer neuer Gebiete bei der Begehung von Wirtschaftskriminalität muß auch mit einer Verstärkung kriminologischer Forschung auf diesem Gebiet und Unterrichtung der Öffentlichkeit begegnet werden.

### **These 18**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts für den öffentlichen Dienst (Gleichstellung aller im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitgebern gemäß dem Model des Deutschen Gewerkschaftsbundes).

### **These 19**

Liberaler Politik beinhaltet die Aufforderung an alle Bürger zur politischen Mitarbeit. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben für Liberale, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen bzw. zu verbessern, allen teilen der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, am politischen Willensbildungsprozeß aktiv teilzunehmen. Zwei unverzichtbare Mittel hierzu sind Volks- und Bürgerbegehren, die aber nach liberaler Ansicht erweitert werden müssen.

Das Bürgerbegehren ist umzuwandeln in ein Einwohnerbegehren, damit auch ausländische Mitbürger die Gelegenheit erhalten, Beratung und Entscheidung des zuständigen Gemeindeorgans über eine bestimmte Angelegenheit zu verlangen. Darüber hinaus sollten bestimmte Angelegenheiten der Entscheidung der Einwohner unterstellt werden (Bürgerentscheid).

Das Volksbegehren sollte nicht nur als Gesetzgebungsverfahren, sondern auch als Abstimmung über andere politische Vorhaben in der Verfassung vorgesehen werden.

Ferner soll in Zukunft durch eine Vereinfachung des Verfahrens ein Volksbegehren komplikationsloser durchgeführt werden können.

### **These 20**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Einführung der Verbandsklage entsprechend § 16 Natuschutzgesetzes des Landes Hessen. Die Verbandsklage ist auch auf solche Bereiche auszuweiten, bei denen das Allgemeininteresse gegenüber staatlichen Planungsvorgängen und gegenüber erteilten Genehmigungen u. ä. so groß ist, daß eine organisierte Interessenvertretung gerechtfertigt erscheint. Vielfach fallen staatliche Entscheidungen, ohne daß von der Entscheidung betroffene Dritte an den Verfahren beteiligt sind (z.B. Zulassung von Unternehmenszusammenschlüssen durch das Bundeskartellamt oder Genehmigung von Strompreiserhöhungen durch die Energiepreisaufsicht). Um die entsprechenden Entscheidungen kontrollierbar zu machen, müssen auch in diesen Bereichen Klagebefugnisse oder ähnliche Instrumente geschaffen werden. Besonders im Umweltbereich ist die Umkehr der Beweislast gesetzlich zu verankern.

### **These 21**

Inhaber staatlicher Spitzenämter müssen aus den Führungspositionen der Parteien ausscheiden und mit der Annahme eines Ministeramtes ihren Parlamentssitz aufgeben bzw. sollte ihre Abgeordnetentätigkeit ruhen, solange das staatliche Spitzenamt ausgeübt wird.

Die Zusammenfassung der staatlichen und der Parteimacht birgt eine erhebliche, dem Verfassungsauftrag und der inneren Demokratie der Parteien zuwiderlaufende Gefahr in sich, daß die Parteien an einer kritischen Beurteilung und Einflußnahme gegenüber der Politik der von Ihnen in die Staatsämter bestellten Politiker gehindert werden.

## **These 22**

Das Wahlsystem bei Bundestagswahlen ist zu ändern, damit der Wähler seine politischen Vorstellungen besser durchsetzen kann. Das gegenwärtige System mit seiner Tendenz, Großparteien zu begünstigen, erfüllt das Demokratiegebot nicht in ausreichendem Maße. Die *Liberalen Demokraten* fordern daher die Abschaffung der 5 % Klausel, Auswahlmöglichkeiten der Wähler unter Listenbewerbern (z. B. durch Kumulieren und Panaschieren) sowie das Ersetzen des d' Hondtschen - Höchstzahlverfahrens durch das Hare - Niemeyer - Verfahren.

## **Deutschlandpolitik**

### Neuregelung der Staatsbürgerschaft:

1. Unter der Voraussetzung des Fortbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit ist eine Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland neu einzuführen, die - dem britischen Vorbild von 1948 folgend - den deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in der DDR oder in den Oder - Neiße - Gebieten das Recht einräumt, nach Verlegung des Wohnsitzes in die Bundesrepublik Deutschland oder nach West - Berlin diese nach Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu erwerben.
2. Im Rahmen der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ist daher der Deutschen - Begriff des Grundgesetzes, Artikel 116, im folgenden Sinn neu zu bestimmen:  
„Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik besitzt.“
3. Im Einvernehmen mit den Alliierten und der DDR ist sicherzustellen, daß diese Neuregelung der Staatsbürgerschaft das Gebiet Berlins (West) vollständig miteinbezieht.
4. Die Staatsbürgerschaft der DDR ist anzuerkennen.

## **Verfassungsklage gegen die Stationierung von A - B - C - Waffen**

1. Der Bundesverband der *Liberalen Demokraten* erhebt gegen die Stationierung von A - B - C - Waffen, insbesondere der Pershing 2 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die Verfassungsbeschwerde.
2. Zur Ausarbeitung und Einreichung wird aus der Mitte des Bundestages eine Kommission gebildet, die die Arbeit unverzüglich aufnimmt und die Fertigstellung innerhalb eines Monats ins Auge faßt.

## Volkszählung

### Liberale Demokraten gegen Volkszählung - für Fortsetzung der Arbeit der Initiativen und Widerstandsgruppen.

Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aussetzung des Vollzugs des Volkszählungsgesetzes.

Die *Liberalen Demokraten* lehnen eine Volkszählung ab, da über den Mikrozensus unter Wahrung der Anonymität ausreichende Planungsdaten gewonnen werden können.

Die *Liberalen Demokraten* werden im Widerstand gegen das zu erwartende Volkszählungsgesetz weiterarbeiten.

Sie werden

- über Informationsstände, Materialien und öffentliche Veranstaltungen die Bürger über Hintergründe und Gefahren jeder Volkszählung informieren.
- in den örtlichen Initiativen verstärkt mitarbeiten und das liberale Element in diese Bündnisse einbringen.
- im Sommer ein Expertenhearing zur Frage der Notwendigkeit von Volkszählungen veranstalten.

#### **4. BPT der LD am 29./30.10.1983 in Düsseldorf**

##### **Friedensbewegung**

„Die Friedensbewegung muß weiter gestärkt werden.“

Die *Liberalen Demokraten (LD)* werden sich durch die Mobilisierung aller Parteimitglieder dafür einsetzen, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik (auch nach dem „heißen Herbst“) in ihrer politischen Kraft und Ausstrahlung weiter gestärkt wird.

Die *Liberalen Demokraten* verstehen sich als der Liberale Teil der Friedensbewegung und haben deshalb aktiv an den Friedensveranstaltungen dieses Jahres teilgenommen.

## 5. BPT der LD am 18./19. 02.1984 in Augsburg

### **19 Thesen für eine liberale Europapolitik**

1. Ziel der Europapolitik der *Liberalen Demokraten* ist die Schaffung einer einheitlichen demokratischen und sozialen, dem Frieden verpflichteten europäischen Föderation bei Wahrung der kulturellen Vielfalt der beteiligten Völker.
2. Die *Liberalen Demokraten* betrachten die pluralistische Demokratie, den sozialen Rechtsstaat, den Schutz der sozialen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Grundrechte sowie der Erfüllung der sich hieraus ergebenden Pflichten als grundlegende Prinzipien der europäischen Gesellschaft.
3. Durch ein vertraglich festgelegtes flexibles stufenweises Vorgehen ist das föderalistische Element im Aufbau der europäischen Institution zu stärken, u. a. durch die Erweiterung der Entscheidungskompetenzen des europäischen Parlaments, die Schaffung einer durch das Parlament gewählten europäischen Regierung, die Ablösung des Ministerrats durch eine aus den Regionen zu wählenden zweiten Kammer (Regionalrat).
4. Wir befürworten eine Erweiterung der EG um alle demokratischen Länder Europas, die beitreten wollen.
5. Die demokratische Kontrolle über den Entscheidungsprozeß auf der Gemeinschaftsebene muß ausgeweitet werden. Das Verhältniswahlrecht ist einzuführen.
6. Der Entspannungsprozeß in Europa muß verstärkt vorangetrieben werden, unabhängig von krisenhaften Entwicklungen in anderen Weltregionen. Die sicherheitspolitischen Interessen der Europäer und der jeweiligen Weltmächte sind unterschiedlich bis gegensätzlich. Die Europäer können und dürfen daher nicht länger auf eine eigenständige Sicherheitspolitik verzichten.
7. Die jetzigen militärisch - politischen Abhängigkeiten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs gefährden den Frieden. Die *LD* sind der Überzeugung, daß ein europäisches Sicherheitssystem, basierend auf dem Grundgedanken der blockübergreifenden Sicherheitspartnerschaft, ein entscheidender Schritt zu einer weltweiten Friedensordnung wäre. Das angestrebte Sicherheitssystem darf nicht auf rein militärische Strategien reduziert werden.
8. Die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Rechte und Freiheiten des Einzelnen sind von allen EG - Mitgliedsstaaten anzuerkennen und zu gewährleisten.
9. Wahlrecht ist Bürgerrecht! Der Beschluß des Europa - Parlamentes zur Einführung des einheitlichen Wahlrechts zum Europa - Parlament ist durchzuführen. Allen EG - Bürgern ist an ihrem jeweiligen Wohnort das aktive und passive Kommunalwahlrecht und das Wahlrecht zum europäischen Parlament einzuräumen.
10. Die Unterschiede zwischen den Systemen der sozialen Sicherung in den Mitgliedsstaaten der EG sollten zugunsten einer Harmonisierung abgebaut werden.
11. Das Recht auf Bildung darf nicht durch Herkunft und Geschlecht eingeschränkt werden. Durch die Bildung sollte die Achtung der Identität einer Kultur auf der Basis gegenseitiger Toleranz gefördert werden, wobei Kulturen regionaler Minderheiten zu schützen sind.
12. Eine wesentlich größere Mobilität und Durchlässigkeit zwischen den bestehenden nationalen und / oder regionalen Bildungssystemen ist erforderlich, so daß Studenten und Schüler mehr Möglichkeiten haben, einen Teil ihrer Studienzeiten und Ausbildungszeiten in einem anderen europäischen Land zu verbringen. Dazu gehört die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen.
13. Umweltschädigungen machen nicht vor den Grenzen halt. Auch international gilt: Vorsorgende Ökologiepolitik hat Vorrang vor Gewinnstreben. Wer Umweltschäden verursacht, muß für dessen Behebung aufkommen. Jede Generation muß sich ihrer Verantwortung bei der Schaffung des Lebensrahmens für

die künftige Generation bewußt sein. Ein umfassendes „Vorsorgeprinzip“ ist gesetzlich zu verbürgen. Eine

europäische Umweltpolitik muß insbesondere auch die Bekämpfung und Verhütung grenzüberschreitender

Umweltverschmutzung umfassen. Die Planung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich muß die Notwendigkeit

berücksichtigen, die gefährdete Flora und Fauna zu erhalten.

Der Verbrauch nicht nachwachsender Rohstoffe (z. B. Öl, Kohle, Erze) soll massiv besteuert werden.

Nachwachsende Rohstoffe können in die Besteuerung einbezogen werden, wenn ihre Gewinnung die Natur

überfordert (Holz, Grundwasser) Die neue Steuer soll in der EG einheitlich sein.

Sie ersetzt die Mehrwertsteuer bei etwa gleichem Aufkommen.

14. Vorsorgende Ökologiepolitik beinhaltet auch eine umweltverträgliche Energiepolitik. Daher ist die einseitige Förderung der Atomenergie durch die EG zu überführen in die Förderung von Alternativenenergien auf der Basis regionaler, dezentraler Energieversorgungskonzepte, die auch alle Möglichkeiten sparsamer Energieverwendung umfassen.

15. Die regionale und sektorale Strukturpolitik darf nicht länger nur für den Ausgleich der Schäden von Industrie und Landwirtschaft zuständig sein.

Ihre Aufgabe ist vielmehr das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der EG zu verwirklichen.

Dem haben sich die egoistischen Interessen von Industrie und Landwirtschaft unterzuordnen.

16. Die Gemeinschaft muß Instrumente erhalten, um wirksame, gemeinschaftsumfassende Regionalpolitik zu fördern. Außerdem sind die regionalen Wirtschaftspolitiken zu koordinieren. Besondere Aufmerksamkeit muß die Gemeinschaft der Zusammenarbeit beiderseits der Binnengrenzen widmen, an der die Bürger beteiligt werden sollen.

17. Die *Liberalen Demokraten* fordern den Abbau von Bürokratie und administrativen Beschränkungen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft und lehnen auch die verstärkte Kontrolle des Bürgers z. B. durch einen maschinenlesbaren Personalausweis ab.

Solange die Personenkontrolle grenzüberschreitenden Verkehrs innerhalb der EG nicht abgeschafft ist und solange

für den EG - Raum insgesamt die Einreisebedingungen aus Drittländern nicht gemeinsam geregelt wurden, lehnen

die *LD* auch den nichtmaschinenlesbaren Europa - Paß ab.

18. Die Preisbildung für Agrarprodukte ist wieder dem Markt zu überlassen, so daß die Preise auf das Niveau des Weltmarktes sinken und Überschußprobleme sich von selbst lösen. Die berechtigten Ziele der Agrarpolitik (Sicherung der Versorgung und angemessene Einkommen für die Bauern) sind durch direkte Zuschüsse zu erreichen. Diese Zahlung erhält der Bauer als prozentuale Prämie auf seine Verkaufserlöse, aber begrenzt auf einen Höchstbetrag je Betrieb. (Z. B.: Für jede Mark, die er am Markt erläßt, erhält der Bauer eine Mark hinzu, aber höchstens 20.000 DM jährlich.) Diese Regelung sichert die bäuerlichen Einkommen, vermeidet aber unsinnige Vergeudung und die übermäßigen Gewinne, die Großgrundbesitzer (oft zugleich Bauernfunktionäre) aus dem heutigen System ziehen; sie ist daher nicht nur zweckmäßiger, gerechter und sozialer als die heutige, sondern auch billiger.

19. Die Entwicklungshilfe der Gemeinschaft muß unabhängig vom politischen und wirtschaftlichen Wohlverhalten der Empfängerliste erfolgen. Sie darf kein Instrument zur Rückdrängung von Befreiungsbewegungen darstellen.

Entwicklungspolitik muß den Menschen unmittelbar zugutekommen und darf nicht Systeme der Unterdrückung und

Menschenrechtsverletzungen stützen. Die Mittel der Europäischen Entwicklungsfonds sind zu verdreifachen. Die

Gemeinschaft muß ihren Markt gerade für jene Produkte öffnen, die die Entwicklungsländer liefern können.

Grundlage ist das Abkommen von Lomé über die Zusammenarbeit mit den afrikanischen, karibischen und

pazifischen Vertragsstaaten, das weiter zu entwickeln ist.

## **Augsburger Thesen zu Wirtschaft - Energie - Umwelt**

### Präambel

Die gesamtpolitische Situation der Bundesrepublik ist in erster Linie von der zukünftigen Entwicklung sowohl der eigenen Wirtschaft, als auch der Weltwirtschaft abhängig.

Dabei dürfen wirtschaftliche Prozesse nicht mehr - wie in der klassischen Wirtschaftspolitik - isoliert von anderen gesellschaftlichen oder politischen Vorgängen betrachtet werden.

Die Aufgabe einer positiv zukunftsorientierten Politik liegt insbesondere in der Berücksichtigung weltwirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die entweder objektiv meßbar sind, wie etwa im Bereich der Ökologie, oder subjektiv festgelegt werden, also politische Entscheidungen darstellen.

Liberaler stehen prinzipiell zu einer freiheitlichen Wirtschaftsform, d. h. zu einem System, welches das Recht auf selbstbestimmte wirtschaftliche Tätigkeit ebenso garantiert, wie das im Grundgesetz verbürgte Recht auf Eigentum. Aber ebenso wie das Grundgesetz das Recht auf Eigentum durch die Sozialbindung einschränkt (Eigentum verpflichtet), muß der freien wirtschaftlichen Tätigkeit ein politischer Rahmen gegeben werden, der Fragen des Umweltschutzes, der Beschäftigungssituation, der Eigentumsverteilung und der sozialen Sicherung zufriedenstellend Rechnung trägt.

Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit - was auch bedeutet: Prinzip des gerechten Ausgleiches innerhalb einer Gesellschaft - macht es dabei erforderlich, daß eine Verfassung, die auf der einen Seite das Recht auf Eigentum und auf selbstbestimmte wirtschaftliche Tätigkeit verbrieft, auf der anderen Seite über das Recht auf freie Berufswahl hinausgeht und als wesentliche Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensführung das Recht auf Arbeit garantiert.

Liberaler, die am Kampf für freiheitliche Verfassung stets beteiligt waren, verkennen die Errungenschaften des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nicht; die Kenntnis dieser Errungenschaften befreit aber nicht von der Aufgabe, im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder für die Garantie zusätzlicher Grundrechte einzutreten.

Insbesondere in der aktuellen Situation der 80er Jahre zeigt sich, daß die wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Entwicklung neuen Prämissen unterworfen ist:

Die zunehmende Vernichtung unserer natürlichen Lebensbedingungen, der Mangel an Rohstoffen, der stete Abbau von Arbeitsplätzen und die von den Industrienationen zu verantwortende Situation der Entwicklungsländer machen deutlich, daß eine Politik des Krisenmanagements völlig verfehlt ist; wir leben nicht in einer zeitlich begrenzten wirtschaftlichen Krise, sondern wir befinden uns in einer Situation, die gekennzeichnet ist von den Fehlern und Versäumnissen einer Politik, die 15 Jahre

lang sehenden Auges die notwendigen Schritte zur Umstrukturierung unserer hochentwickelten Gesellschaft unterlassen hat.

Die politische Konsequenz daraus ist, daß vor allen Diskussionen über Maßnahmen, die unmittelbar die wirtschaftliche Entwicklung betreffen, zunächst Entscheidungen zur Neustrukturierung der Rahmenbedingungen getroffen werden müssen.

Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit befassen sich ausschließlich mit Symptomen der aktuellen Situation: So ist die Diskussion über Wachstum allgemein, über qualitatives oder „Null“wachstum allenfalls nachrangig von Bedeutung, weil Wachstum ein Ergebnis wirtschaftlicher Tätigkeit und Produktion ist, aber keine Voraussetzung; auch der Zusammenhang von Wachstum und sozialer Sicherheit ist nur ein unmittelbarer, weil die Entscheidung über die Nutzung von Wertschöpfung eine politische ist - nicht aber eine naturgegebene.

Ebenso ist die Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn angebots- oder nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik ein Scheingefecht; die Kritik an der stringent angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage, auf den realen Einkommensrückgang der Arbeitnehmer und auf die Nachfrageentwicklung sicher berechtigt, aber die Entscheidung der Bundesregierung bezüglich der Streckenschließung der Deutschen Bundesbahn wegen zu geringer Nachfrage ist ein schwerwiegender ökologischer und beschäftigungspolitischer Fehler - obwohl dieser Schritt eindeutig einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik entspricht.

Die heftige wirtschaftspolitische Auseinandersetzung an der Oberfläche des eigentlichen Problems wird nur dann verständlich, wenn man berücksichtigt, daß bundesdeutsche Politik im Allgemeinen einen Horizont von allenfalls vier Jahren hat. Die notwendigen Strukturveränderungen können aber nicht binnen einer Legislaturperiode vorgenommen werden, insbesondere wenn dabei eine zeitweise Verschärfung der Situation des Einzelnen vermieden werden soll, weil Neuorientierung im gesamten gesellschaftlichen Bereich notwendig sind: So müssen neben den bereits angeführten ökologischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch Veränderungen im Bildungs- und Sozialversicherungssystem zum Tragen kommen.

Die Komplexität des Problems macht deutlich, daß jedwede Politik, die vermeintlichen Sachzwängen wie Neuwahlrhythmus, Wahlarithmetik und Machterhalt unterworfen wird, nicht nur nutzlos, sondern auch verantwortungslos ist.

Liberales Politik dient aber der verantwortbaren, schrittweisen Entwicklung der gesamten Gesellschaft; sie darf daher weder durch zeitliche Vorgaben, noch durch kritiklosen Systemglauben behindert werden.

### Politische Vorgaben für eine freie Wirtschaft

Freiheit für die Wirtschaft bedeutet ein Minimum an staatlichem Eingriff in den Wirtschaftsprozess, d. h., daß exakt diejenigen Vorgaben für wirtschaftliche Tätigkeit gemacht werden können und müssen die nachweisbar gesellschaftlich notwendig sind. Derartige Vorgaben sind notwendige Voraussetzungen für jede Eigenständige wirtschaftliche Planung. Das Problem der Freiheitsbeschränkung liegt vielmehr in

- der Unsicherheit über den ständigen Wechsel in den politische Vorgaben, der auf Entscheidungen zurückzuführen ist, die sich nicht an gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientieren, sondern an überkommenden Ideologien oder an den Interessen einzelner, wirtschaftlich mächtiger Gruppen der Gesellschaft,
- der Unsicherheit über die Anwendung staatlicher Instrumente zur Wirtschaftslenkung, welche auf ein unübersichtliches und somit weder nachvollziehbares, noch überprüfbares System von Steuer-, Steuererleichterungs- und Subventionsmechanismen zurückzuführen ist,
- der Erkenntnis der damit verbundenen möglichen staatlichen Willkür zu Gunsten von Großunternehmen (siehe Flick - Affäre),
- der Unsicherheit, die durch mangelnde Konsequenz des Staates bei der Durchsetzung gesellschaftlich notwendiger Maßnahmen bedingt ist, und
- in der Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft, die aufgrund konfuser Nutzung der Wirtschaftsmechanismen durch den Staat zu einer Abhängigkeit ehemals gesunder Klein- und Mittelbetriebe von nationalen und internationalen Großkonzernen geführt hat.

Unberechenbarkeiten, Inkonsequenz und Feigheit oder Zögern im Bezug auf unabdingbar notwendige politische Entscheidungen sind die gefährlichsten staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß die denkbar sind.

Hinzu kommt die Beschneidung der Freiheit durch die heutige Praxis staatlicher Kontrolle; das Fehlen ausreichender Kontrollmaßnahmen ist gleichbedeutend mit Inkonsequenz in der politischen Führung, bürokratische, unflexible Kontrollmaßnahmen durch staatliche Behörden werden häufig weder ihrer eigenen Aufgabe, noch der Notwendigkeit eigenverantwortlicher wirtschaftlicher Tätigkeit gerecht.

Liberalen setzen sich aber grundsätzlich für ein Höchstmaß an Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung ein. Dies bedeutet, daß liberale Politik konsequent ein Gerüst aus gesellschaftlich und ökologisch notwendigen Vorhaben schafft, in dessen Rahmen sich wirtschaftliches Engagement frei entfalten kann. Wenn politische Vorgaben langfristig durchschaubar und verlässlich sind, wenn durch staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß durch Entflechtung „wirtschaftlicher Großmächte“ wieder Chancengleichheit hergestellt ist und wenn bürokratische Kontrolle durch konsequente Demokratisierung der Wirtschaft weitgehend ersetzt werden konnte - erst dann sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen, die eine freie langfristige wirtschaftliche Planung jedes einzelnen Unternehmers gewährleisten.

#### a. Wirtschaft

Der soziale Liberalismus ist eine bewußte Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus alter Prägung. Er nimmt nicht Partei für die Starken, sondern im Zweifel für die Schwachen. Er ist deshalb das Gegenteil einer Lobby für Wirtschaftsinteressen.

Dies gilt nicht bei der nur bei der Verteilung von Zuwächsen in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums, sondern erweist sich erst recht in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation. Erst die Knappheit finanzieller Mittel zwingt Politiker und Parteien zum Offenbarungseid über ihre tatsächlichen politischen und

sozialen Prioritäten aufgrund von Interessen- und Wertentscheidungen. Dann erweist sich, wer von wem privilegiert oder zusätzlich belastet werden soll, ob die Krisenfolgen von den sozial Schwachen oder der Solidargemeinschaft getragen werden. Für Liberale gilt das Gebot der Solidarität der Starken mit den Schwachen, der Arbeitenden mit den Arbeitslosen, der Mehrheit mit den Minderheiten, des Menschen mit der Natur.

Angesichts der weiträumigen Zerstörung unserer natürlichen Umwelt und damit der Schädigung des Menschen selbst, stellt sich uns darüber hinaus die neue liberale Frage nach den materiellen Bedingungen der Freiheitssicherung nicht nur der heutigen, sondern auch zukünftiger Generationen.

Die derzeitige ökonomische Krise in den Industrieländern ist weitgehend weltwirtschaftlichbedingt und wird durch die Bedarfsdeckung bei den meisten Verbrauchs- und Gebrauchsgütern in der Mittel- und Oberschicht sowie durch die demographische Entwicklung und den eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum des Staates deutlich verschärft.

In dieser Situation des Umbruchs ist die Besinnung auf grundsätzliche volkswirtschaftliche Alternativen zur gescheiterten bisherigen Wirtschaftspolitik notwendig. Keine Lösung ist aber von den Dogmen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu erwarten, die Massenarbeitslosigkeit, verschärft.

Für Liberale ist die Grundsatzdebatte um das zukünftige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nur undogmatisch, orientiert an den Eckwerten des Liberalismus, möglich. Ordnungsprinzipien sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Verwirklichung dieser liberalen Werte. Liberalismus hat heute weniger denn je eine Zukunft, wenn er sich mit Kapitalismus gleichsetzt.

Kritische Befragung des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, ob es in Zukunft liberale Grundsätze mit Leben zu erfüllen vermag und undogmatische Diskussion aller Alternativen sind die aktuelle Aufgabe der Liberalen.

## **Wirtschaftspolitik**

### **These 1**

Ziele liberaler Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der *Liberalen Demokraten* dient dem allgemeinen Ziel des Liberalismus, die Lebenschancen des Einzelnen zu erweitern, indem sie die sozialen und individuellen Lebensbedürfnisse aller zu sichern sucht.

Damit dient liberale Wirtschaftspolitik dem Grundziel der Sicherung und Erweiterung der Freiheit. Liberale Wirtschaftspolitik will nicht „Freiheit für die Wirtschaft“, sondern „Wirtschaft für die Freiheit“.

Diese Freiheit wird bedroht durch:

A 1 Wirtschaftliche Abhängigkeiten und bürokratische Hürden, die die Bürger daran hindern, ihre formal garantierten Recht auch tatsächlich wahrzunehmen

A 2 die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die zwangsläufig zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zwängen führen wird

A 3 Liberale Wirtschaftspolitik hält die Reform des Kapitalismus für notwendig und ist nicht dogmatisch auf dieses gegenwärtige Wirtschaftssystem festgelegt.

Daraus ergeben sich folgende Teilziele:

- Erhalt und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze - denn der Entzug der natürlichen Lebensgrundlage ist der massivste Eingriff in die Freiheit.
- Vollbeschäftigung - denn die Unmöglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, nimmt nicht nur dem Arbeitslosen eine zentrale Lebenschance, sondern verschärft auch die Abhängigkeit der Beschäftigten von ihrem Arbeitgeber unerträglich.
- Soziale Gerechtigkeit - denn ohne materielle Mindestausstattung wird Freiheit zur Illusion.
- Begrenzung und Abbau wirtschaftlicher Macht gegenüber Arbeitnehmern, Verbrauchern und der Allgemeinheit - denn Freiheit bedeutet auch, daß die Macht beim Volk liegt und nicht beim Geld.

Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Markt, Wettbewerb und demokratische Lenkungsmechanismen werden als Mittel angewandt, soweit sie zur Erreichung der vorgenannten Ziele beitragen.

*Liberale Demokraten* sind weder wachstums- noch technikfeindlich; aber sie verlangen, daß Wirtschaft und Technik dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

## **These 2**

Wesentliches Mittel und sogar Ziel der Politik des Wirtschaftsliberalismus war in der Vergangenheit das Wirtschaftswachstum.

Die *Liberalen Demokraten* lehnen aber die traditionelle Vorstellung ab, das Wachstum des Bruttosozialprodukts sei unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik:

- Die Maßgröße Bruttosozialprodukt sagt nicht über die Qualität und den Nutzen der erzeugten Waren und Dienstleistungen,
- Wachstum der Produktion bedeutete bisher meist auch Wachstum an Energieverbrauch, Umweltbelastung, Rohstoffverwendung, allgemeine Verschwendungsproduktion und Ausbeutung der Dritten Welt,
- Wachstum ist angesichts von Warenüberangebot, Bedarfssättigung in vielen Bereichen, unausgelasteten Kapazitäten und Kurzarbeit nicht geeignet, das Problem der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern zu lösen.

Wirtschaftswachstum war früher eine Konfliktvermeidungsstrategie (Abmilderung von Verteilungskämpfen), ist heute aber - wegen der Begrenzung durch eine überlastete Umwelt und der Unmöglichkeit, durch Wachstum die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen - eine Konflikterzeugungsstrategie.

Langfristig streben die *Liberalen Demokraten* daher eine Wirtschaftsordnung an, die nicht auf Wachstum angewiesen ist. Dies bedeutet weder eine Ablehnung jeder Investitionstätigkeit noch einen Verzicht auf jede Produktionsausweisung:

- Sozial- und umweltverträgliche Investitionen sind unabdingbar (z. B. zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, zur Steigerung der Umweltfreundlichkeit von Produktion und Produkten, zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen, zur Erhöhung der Lebensdauer und Qualität von Waren und zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur),
- Veränderungen und Verbesserungen der Produktionsstruktur bedingen Investitionen und Wachstum in Wirtschaftszweigen, die einen Bedarf der Bevölkerung an Gütern und Dienstleistungen befriedigen, der zur Zeit z. B. mangels Kaufkraft nicht als Nachfrage wirksam wird.

Ob am Ende des Jahres der politisch erwünschte Wachstumseffekt dieser Bereiche die politisch ebenfalls gewollte Schrumpfung sozial- und umweltverträglicher Bereiche übertrifft ist lediglich von statistischem Interesse. Die politisch entscheidende Frage lautet daher nicht „Wachstum - ja oder nein?“, sondern „Wachstum welcher Produkte, mit welchem Aufwand und Ertrag, für wen?“.

Zur Messung der tatsächlichen Wohlstandswirkung des Wachstums ist das Bruttosozialprodukt zu ergänzen durch Sozial- und Umweltindikatoren, um die Aussagekraft dieser Kennziffer zu erhöhen.

### **These 3**

A 1 Seit Mitte der 70er Jahre haben grundlegend veränderte Wachstumsbedingungen der Wirtschaft (Rohstoff-, Energie- und Umweltprobleme), schwierige Wettbewerbsbedingungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, enorme technologische Möglichkeiten der Einsparung von Arbeitsplätzen (z. B. Mikroelektronik), in das erwerbsfähige Alter zu einer dauerhafte hohen Arbeitslosigkeit geführt.

A 2 Kurzatmiges und teilweise prozyklisches Verhalten der öffentlichen Hand führt mit zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktkrise.

Die daraus folgenden sozial- und finanzpolitischen Probleme sind mit einer traditionellen Wachstums- und Investitionsförderungs politik nicht mehr zu lösen, seitdem die Rationalisierungseffekte der Investitionen überwiegen. Die Lösung der Beschäftigungskrise darf nicht im Festhalten an wirtschaftspolitischen Dogmen scheitern.

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit müssen qualitative Investitionen und Kaufkraftstärkung (These 4), Arbeitszeitverkürzung und gerechte Arbeitsverteilung (These 5), eine beschäftigungswirksame Wirtschafts- und Finanzpolitik (These 6) und öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme (These 7) ihrem Beitrag leisten.

### **These 4**

Wachstum und kapazitätserweiternde Investitionen müssen heute nach neuen Maßstäben beurteilt werden. Sie müssen ausgerichtet werden am durchaus vorhandenen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen, der sich mangels Kaufkraft - verursacht durch die Einkommensentwicklung und -verteilung in den letzten Jahren - nicht als Nachfrage äußert. Und sie müssen die Notwendigkeit

sogenannter qualitativer Investitionen berücksichtigen, die zur Bedürfnisbefriedigung ebenfalls erforderlich sind.

Unter qualitativen Investitionen verstehen wir Vorhaben, die nicht nach Kapazitäts-, sondern unter gesellschaftspolitischen Kriterien erfolgen. Dazu zählen Vor allem:

- Investitionen zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen und zur Erhöhung der Lebensdauer und Qualität der Erzeugnisse;
- Investitionen zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit von Produkten und Produktionsverfahren, zur Entwicklung von Umwelttechnologien, zur Reinhaltung der Luft, Boden und Wasser, zur Abfallbeseitigung und zum Lärmschutz;
- Investitionen zur Einsparung und rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Erschließung alternativer Energien;
- Investitionen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur (vor allem Wohnungsbau, Stadtentwicklung, öffentlicher Personen - Nahverkehr, Verkehrsberuhigung, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen).

Der Staat muß sich vorrangig für eine nachfragegestützte Politik der Wirtschaftsbelebung entscheiden.

Notwendige Belastungen müssen dort erfolgen, wo die Sparquote hoch ist; Entlastungen und Transferleistungen müssen dorthin gehen, wo die Konsumquote hoch ist, also zu den Beziehern niedriger Einkommen. Deren Bedarf an Waren und Dienstleistungen eines angemessenen Lebensstandards, der bislang mangels Kaufkraft unbefriedigt blieb, wird dann als Nachfrage auftreten und beschäftigungswirksame Investitionen zunächst in der Konsumgüter-, dann in der Investitionsgüterindustrie veranlassen.

Qualitative Investitionen setzen wegen der dauerhaften Entlastung öffentlicher und privater Haushalte von Verbrauchs- und Wiederbeschaffungskosten künftige Kaufkraft frei. Dies ermöglicht es einerseits, diese Investitionen teilweise mit Krediten zu finanzieren, andererseits erlauben die künftig, zusätzliche Beschäftigung im sozialen Bereich zu tragen.

## **These 5**

### Arbeitszeitverkürzung und gerechte Arbeitsteilung

Zur Konsolidierung des Beschäftigungsmarktes ist es erforderlich, die unmittelbar zu erwartende Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit, die durch den massierten Einsatz rationalisierender Technologien gerade im Bereich der Büro- und Verwaltungsberufe entstehen wird, zu verhindern. Hierzu können arbeitszeitverkürzende Maßnahmen dienen, sofern sie zügig und umfassend zum Tragen kommen.

Die Palette denkbarer Möglichkeiten einer gerechten Verteilung der Arbeitszeit ist breit. Dabei bilden die einzelnen Maßnahmen keine Alternative, sondern miteinander verzahnte Wege. Erst ihr kombinierter Einsatz erlaubt es, die Chancen der Arbeitszeitverkürzung voll zu nutzen. Drei Gruppen sind zu unterscheiden:

- Arbeitszeitverkürzung (im eigentlichen Sinne): Hierunter fällt vor allem die Verkürzung der Erwerbslebensdauer (durch frühere Beendigung, späteren Beginn oder Unterbrechung des Berufsleben), der Jahresarbeitszeit und der Wochenarbeitszeit.

- Arbeitsaufteilung: Hier stehen Teilzeitarbeitsplätze und die Aufteilung von Arbeitsstellen auf mehrere Personen im Vordergrund bei voller arbeitsrechtlicher und sozialer Absicherung.

- Arbeitsumverteilung: Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Einschränkung von Nebentätigkeit, Überstunden und Schwarzarbeit sowie Unterbindung illegaler Beschäftigung.

Für *Liberale Demokraten* müssen derartige arbeitszeitverkürzende Maßnahmen über den arbeitsmarktpolitischen Wert hinaus gesellschaftspolitischen Anforderungen und liberalen Grundsätzen genügen.

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich daher für eine umfassende Arbeitszeitverkürzung in folgender Weise ein:

Die Arbeitszeitordnung ist zu novellieren. Hierbei stellen die *LD* folgendes Modell zur Diskussion:

1. ein Index für die von jede Erwerbstätigen zu leistenden Lebensarbeitsstunden ist festzuschreiben, der deutlich unter dem heute real existierenden Wert liegt,
2. eine Höchstgrenze der zulässigen Tages- und Wochenarbeitszeit ist zu definieren, um inhumane Auswüchse dieser Regelung zu vermeiden.
3. eine Minimierung der Zahl zulässiger Überstunden ist vorzunehmen.

Den Tarifparteien bleibt dann überlassen, innerhalb dieser Ordnung Arbeitszeitregelungen zu vereinbaren. Diese tariflichen Arbeitszeitvereinbarungen sollen berücksichtigen:

- arbeitsmarktpolitische Bedürfnisse, d. h. die Verteilung der branchenspezifisch vorhandenen Arbeit auf die in dieser Branche existierenden Erwerbstätigen,

- innerbetriebliche Flexibilität, durch Betriebsvereinbarungen über Arbeitszeitverkürzung, Partnerarbeitszeit und sozial abgesicherte Teilzeitbeschäftigung u. ä.

- gesellschafts- und bildungspolitische Forderungen, d. h. Berufsunterbrechung oder Arbeitszeitminderung auf Zeit, etwa zum Zwecke der beruflichen Weiterbildung oder aus Gründen wie Kindererziehung und -betreuung

- individuelle Bedürfnisse, d. h. Langzeiturlaub, flexible Altersgrenze u. ä.

Das Sozialversicherungssystem muß dieser Gesamtregelung angepaßt werden, wobei die in der Arbeitszeitordnung indizierte Lebensarbeitszeit gleichzeitig notwendig und hinreichende Bedingung für den Erhalt des vollen Arbeitsruhegeldes ist.

Zumindest bis zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung muß aus sozialen wie arbeitsmarktpolitischen Gründen den gehobenen und hohen Einkommensschichten die Möglichkeit

der Doppelbeschäftigung (Nebentätigkeit) genommen werden; dies gilt insbesondere im öffentlichen Dienst.

Auf Lohnausgleich im Zuge der Arbeitszeitverkürzung kann in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus sozialen Gründen nicht verzichtet werden, sei es durch Auszahlung oder durch Beteiligungsmodelle.

Im Zuge der Novellierung des Sozialversicherungsrechts erscheint eine Entlastung der Unternehmen im Bereich der sogenannten Lohnnebenkosten sinnvoller, als der Verzicht auf Lohnausgleich.

### **These 6**

Bei allen gesamt- und einzelwirtschaftlichen Entscheidungen der öffentlichen Hand müssen die quantitativen und die strukturellen Beschäftigungseffekte in den Vordergrund gestellt werden, insbesondere muß dies bei konjunktur- und strukturpolitischer Investitionsförderung gelten. Bei der Auswahl von Projekten, bei der Erarbeitung von Investitions- und Konjunkturprogrammen, bei der Gestaltung von Steuer- und anderen Wirtschaftsgesetzen sind entsprechende Prioritäten zu setzen.

Z. B. fordern die *Liberalen Demokraten* zur Förderung beschäftigungsintensiver Unternehmen, eine Umstellung der lohnbezogenen Sozialversicherungsabgaben auf eine Bemessung nach der Wertschöpfung.

### **These 7**

Grundlegendes Ziel muß es sein, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr zur Alimentierung von Bürgern zu verwenden, die zum Nichtstun gezwungen sind, sondern sie zur Finanzierung zusätzlich geschaffener Arbeitsplätze für jene Aufgaben einzusetzen, die mangels Finanzierung sind ungetan bleiben. Nebenziele können und sollen sein die Wiedereingliederung von Problemgruppen von Arbeitslosen (z. B. Ältere, Ungelernte, Frauen, längerfristig Arbeitslose), eine zusätzliche berufliche Qualifizierung / Fortbildung und die Vermeidung des Umstands, daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit Kenntnisse veralten und Berufserfahrungen schwinden.

Grundsätzlich läßt sich dies auf zwei Wegen angehen.

Die Mittel können - wie bei den sogenannten ABM - Mittel (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) - privaten Arbeitgebern als Zuschüsse zu den Lohnkosten für Arbeiten gewährt werden, die „sonst nicht, nicht in demselben Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden.“ Oder die öffentliche Hand könnte selbst diese Mittel nutzen und die Arbeitslosen einstellen.

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehören die betriebliche Gewinn- und Vermögensbeteiligung z. B. in Form von Aktien.

Freiheit und Würde des Menschen verlangen, daß er nicht nur im Staat, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen mitbestimmen kann. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter. Die unternehmerische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 muß zu einer echten paritätischen Mitbestimmung ausgebaut werden.

Der Betriebsrat muß künftig auch über Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren mitbestimmen können. Soweit das Unternehmen nicht unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976 fällt, muß sich das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten wie

Rationalisierungsinvestitionen, Betriebsänderungen und Stilllegungen erstrecken. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist auszubauen. Die Beschäftigten eines Arbeitsbereiches sollen Arbeitsgruppen bilden können. Diese Arbeitsgruppen sollen Träger der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sein. Ihnen sind Entscheidungskompetenzen zu übertragen. Die Arbeitsgruppen artikulieren sich über ihre gewählten Sprecher. Die unterste (aber natürlichste) Ebene der Mitbestimmung - die Mitbestimmung am Arbeitsplatz - hat noch keine gesetzliche Verankerung. Sie kommt aber der liberalen Forderung nach Selbstbestimmung am nächsten. Die Arbeitsgruppen sollen keine Statusgruppen sein.

### **These 9**

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für Offenheit der politischen Instanzen gegenüber neuen Unternehmensformen und alternativen Produktionsformen ein. Initiativen von Bürgern, ihre wirtschaftliche Zukunft in die eigene Hand zu nehmen, werden von Liberalen grundsätzlich begrüßt.

Dieser zweite ökonomische Weg wird von solchen Bürgern beschritten, die mit neuen, oft genossenschaftlichen Unternehmensformen und mit alternativen Produktionsverfahren, die ein höheres Maß an Selbstbestimmung der Arbeit ermöglichen sollen, zunehmend Erfolg haben. So wie die *Liberalen Demokraten* die Bedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe besonders anerkennen, suchen sie auch nach Methoden, um selbstverwalteten und kooperativ organisierten neuen Unternehmen Chancengleichheit am Markt zu verschaffen. Die verschiedenen Selbsthilfegruppen von und für Arbeitslose wollen die *Liberalen Demokraten* besonders gefördert wissen.

### **These 10**

Subventionen und andere Maßnahmen der Wirtschaftsförderung müssen, soweit sie unvermeidlich sind, an klar ausgewiesenen regionalen, sektoralen oder arbeitsmarktpolitischen Zielen ausgerichtet sein und sind stärker auf ihre sozialen Folgen und auf ihre Auswirkungen auf Arbeitsplätze zu kontrollieren. Subventionen sollen, bis auf begründete Ausnahmefälle, nur zeitlich begrenzt und degressiv vergeben werden.

Öffentliche Subventionen dürfen nicht zur Kapitalbildung auf Arbeitgeberseite führen. Vielmehr müssen sie an die Schaffung von Arbeitnehmeranteilen gekoppelt werden.

### **These 11**

Die Forschungs- und Entwicklungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen bei Vereinfachung der Antragsverfahren zu Lasten direkten und projektgebundenen Forschungsförderung insbesondere von Großunternehmen zu stärken. Die Forschung privater und staatlicher Träger ist auf deren Antrag hin durch öffentliche Mittel zu unterstützen und die Ergebnisse sind Interessierten zugänglich zu machen.

### **These 12**

Mit dem Kartellrecht muß der Kampf gegen wettbewerbsschädigende Zusammenschlüsse fortgesetzt werden. Für Wirtschaftsbereiche, in denen weder Wettbewerb noch kartellrechtliche Mißbrauchsaufsicht zufriedenstellend funktionieren (z. B. Mineralölkonzerne), müssen Lösungen für die Wiederherstellung wettbewerblicher Verhältnisse bis hin zur Entflechtung gefunden werden.

### **These 13**

Zur Stärkung des Wettbewerbs sind die Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge für jeden Beteiligten nachprüfbar auszugestalten und so vor willkürlicher Handhabung zu schützen. Bei Ausschreibungen sollten, wo dies möglich ist, umweltfreundliche Produktionsverfahren und die Beteiligung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorgeschrieben werden.  
Die preisrechtlichen Prüfungen bei öffentlichen Aufträgen sind auszuweiten und zu intensivieren.

### **These 14**

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen eine Wiederbelebung der Verbraucherpolitik. Verbraucherpolitik muß durch Stärkung von Verbraucherorganisationen gefördert werden. Neben den bisher bevorzugten Verbraucherzentralen müssen auch andere Organisationen wie Formen der Selbstorganisation der Verbraucher, an den staatlichen Fördermitteln beteiligt werden. Produkthaftung, Haftung für irreführende Werbung und Haftung öffentlicher Unternehmen sind zu verbessern. Der Handel muß die Möglichkeit haben, die Haftung auf den Produzenten überzuwälzen, wenn die die Haftung begründenden Fakten nicht aus seiner Einflußsphäre stammen und nicht erkennbar waren.

Das Ladenschlußgesetz ist nur unter Berücksichtigung notwendiger Schutzmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer im Einzelhandel zu liberalisieren.

#### **b. Energiepolitik**

Liberaler Energiepolitik ist mit anderen Politikbereichen wie der allgemeinen Wirtschaftspolitik eng verflochten.

Sie orientiert sich nicht nur an den herkömmlichen Zielen der Sicherheit, Unabhängigkeit und Preisgünstigkeit der Energieversorgung, sondern z. B. auch an der Umweltfreundlichkeit und dem Arbeitplatzeffekt. Darüber hinaus müssen die gesellschaftlich verändernden Folgen energiepolitische Entscheidungen verstärkt beachtet werden.

Die bestehende Struktur der Energieversorgung, die Preisstrukturen, die Energieverbrauchswerbung und energiepolitische Propaganda beeinflussen die wirtschaftlichen Strukturen einerseits und das Verbraucherverhalten andererseits. Große Zweifel sind daher angebracht, ob die Energiepolitik des Aus- und Neubaus immer größerer Energieerzeugungsanlagen für einen erwartenden steigenden Verbrauch aus den monopolistischen Versorgungssystemen freiwillig von den Bürgern mitgetragen wird (oder würde, wenn diese die Chance hätten, mit ihrem Verhalten als Verbraucher die Energieversorgungsstrukturen zu verändern).

Die *LD* setzen in der Energiepolitik, wie auch in der Umweltpolitik mehr als anderen Parteien auf die Bürger, die bereit sind, einen generellen strukturellen Wandel sowohl von den reinen Energieverbrauchssystemen zu Systemen sparsamen und umweltschonenden Gebrauchs aller Energiedienstleistungen als auch hin zu Energieintensität bei Arbeitsplätzen und Konsumgütern mitzumachen.

### **These 1**

Aus dem Versorgungsprinzip der gesamten Umweltpolitik ergibt sich die Vorrangigkeit umweltverträglicher Energieerzeugungs-, Energieverteilungs- und Energieverwendungsmöglichkeiten.

## **These 2**

Sparsame und rationelle Energienutzung ist ein Hauptziel liberaler Energiepolitik. Rationelle Energieverwendung bezweckt, den gleichen wirtschaftlichen Nutzen und Lebensstandart mit weniger Energieaufwand zu erreichen. Die Einsparung hat absoluten Vorrang vor den Absatzinteressen der Lieferanten von Öl, Gas, Kohle, Uran und Strom.

Die Steuer- und Abgabepolitik muß diese Ziel unterstützen. Die Tarife für leistungsgebundene Energie sind für alle Abnehmer - auch für sogenannte Sonderkunden - einheitlich progressiv zu gestalten.

## **These 3**

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist massiv zu fördern. Insbesondere müssen für diesen Bereich Forschungsmittel in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind insbesondere dezentral einsetzbare Technologieentwicklungen zu fördern.

## **These 4**

Die Städte und Kreise müssen planerisch und koordinierend die sparsame und umweltschonende Versorgung ihrer Bürger, der Wirtschaft und der öffentlichen Energieeinrichtungen mit Energie, insbesondere Wärme, sicherstellen.

Deshalb fordern die *Liberalen Demokraten* die sofortige Reform des Energiewirtschaftsrechts:

- Aufhebung des Anspruchs auf Flächen- und Leistungsmonopole der Energieversorgungsunternehmen
- Gesetzliche Verpflichtung nicht nur auf die Bereitstellung von Strom und Gas, sondern auf eine rationelle Energieverwendung (Kraft - Wärme - Kopplung)
- Die Versorgungsunternehmen müssen als Netzeigentümer Strom, den Unternehmen mit eigener Stromerzeugung haben, zu Marktpreisen übernehmen. Gemeinden, Unternehmen und Verteilerunternehmen dürfen nicht von den Strom- und Gaslieferanten gezwungen werden, auf die Errichtung oder auf die Nutzung von eigenen Erzeugungsanlagen zu verzichten, die heute zunehmend in öffentlichen Einrichtungen u. ä. technologisch möglich und sinnvoll sind.
- Förderung von kommunalen und genossenschaftlichen Selbstversorgungsinitiativen.
- Die Zielsetzung und die Gegenstände der Energieaufsicht sind auf allen bedeutsamen Energiemärkten und auf die Verpflichtung zu erstrecken, die Sparsamkeit im Umgang mit knappen Energieressourcen und die Einbeziehung regenerativer und dezentraler (Selbst-) Versorgungspotentiale zu ermöglichen.
- Hierzu gehören auch, daß Kraftwerke ohne Abwärmenutzung und dementsprechend Heizkraftwerke ohne Stromerzeugung nicht mehr energieaufsichtsdlich zugelassen werden sollen.
- Infolgedessen sind auch Durchleitungsrechte lokaler oder regionaler Energieerzeuger in den Verbundnetzen der Großherzeuger zu schaffen.

- Zur Energieeinsparung, vor allem auf dem Wärmemarkt, müssen die Gemeinden kommunale Energieversorgungskonzepte unter Einbeziehung bei planungs- und bauordnungsrechtlicher Mittel entwickeln.

### **These 5**

Da bereits in wenigen Jahrzehnten eine Energieversorgung ohne Öl und Atomenergie unter weitgehender Nutzung regenerativer Energiequellen und sparsamer Einsatz der noch relativ lange verfügbaren Kohle denkbar ist, muß die Atomenergienutzung wegen der schwerwiegenden umweltpolitischen und gesellschaftlichen Bedenken gegen die für unvorstellbar lange Zeiträume verursachten, noch längst nicht übersehbaren Gefahren abgelehnt werden. Vorhandene Atomkraftwerke sollen abgeschaltet werden.

Auch auf den Zubau oder Ersatzbau von Atomkraftwerken wird verzichtet. Die Sachzwänge, die aus einer jahrelangen Priorität für Atomenergie und aus einer Illusion der billigen und unbegrenzten Strom- und Ölversorgung herbeigeführt wurden, sind rückgängig zu machen. Es ist eine Umstellung der Forschungsförderung zugunsten der Energieeinsparung und der regenerativen Energien vorzunehmen. Die Arbeiten am Schnellen Brüter und am Hochtemperaturreaktor sind sofort einzustellen.

Der Bau von Wiederaufbereitungsanlagen ist abzulehnen.

Für die sichere Endlagerung der bereits vorhandenen Kernbrennstäbe ist Sorge zu tragen.

### **These 6**

Der Bund, die Länder, die Regionalverbände, die Kreise und Gemeinden sollen ab sofort bei Auftragsvergabe die Energie und die Umweltfolgekosten zu einem maßgeblichen Gesichtspunkt der Auswahl der günstigsten Angebote machen und hierdurch der Industrie und vor allem dem Handwerk den strukturellen Wandel erleichtern.

### **These 7**

Eine sinnvolle Aufgabenverteilung und Koordination der verschiedenen Verkehrsträger durch ein Verkehrsrahmenkonzept ermöglicht auf diesem Sektor erhebliche Energieeinsparungen (vgl. These 12 des Umweltprogramms).

## **c. Umweltpolitik**

### **These 1**

Eine heute und in Zukunft unzerstörte und unvergiftete Umwelt ist für die persönliche Entfaltung aller Menschen so unverzichtbar, daß der Umweltschutz künftig Verfassungsrang haben muß.

Die elementare Bedeutung der „öffentlichen Güter“ Luft, Wasser, Boden , Klima etc., rechtfertigen deren Schutz durch Einschränkung der Grundrechte auf persönliche Entfaltung, Berufs- und Eigentumsfreiheit.

## **These 2**

Ein solches Umweltgrundrecht muß durch das „Verursacherprinzip“ und darüber hinaus durch ein umfassendes Vorsorgeprinzip ausgeführt werden, weil es sonst wegen der langfristigen und komplexen Wirkungszusammenhänge häufig leerlaufen würde, meist zu einer staatlichen Finanzierung der Wiedergutmachung und - angesichts leerer Kassen - leicht zur bloßen staatlichen Verwaltung der Umweltschäden führen könnte.

## **These 3**

Die ersten Schritte zur Durchführung des Vorsorgeprinzips sind:

- daß verstärkt die Schädlichkeit von Stoffen und die Schadenszusammenhänge des Zusammenwirkens oder des langfristigen Wirkens von Stoffen untersucht werden; diese Aufgaben müssen von Wirtschaft und Staatsbürokratie unabhängigen Forschungsinstituten übertragen werden.
- daß schnellstens Klarheit über den Zustand der Umwelt geschaffen wird und alle die Umweltressourcen beeinträchtigenden Nutzungen öffentlich bekannt gemacht werden (Umweltkataster und Veröffentlichung aller Einleitungen, Lagerungen von umweltgefährdenden Stoffen usw.) mit laufender Fortschreibung und regelmäßiger Parlamentsdebatte.
- daß schnellstens lokale und regionale Umweltbelastungshöchstwerte festgelegt werden und Maßnahmen zu ihrer Einhaltung entwickelt werden (entsprechend dem Smog - Alarm).
- Produktinformationen sollen in allgemeinverständlicher Form über Umweltbeeinträchtigungen - sei es durch bestimmungsgemäßen oder bestimmungswidrigen Gebrauch oder Verbrauch dieser Produkte - aufklären.
- daß für alle Stoffe und Produktionsverfahren der Hersteller und Verwender die volle Verantwortlichkeit für die Umwelt - Unbedenklichkeit einschließlich der Beweislast trägt,
- daß für alle noch nicht sicher beherrschten Stoffe und Produktionsverfahren ein Herstellungs- und Verwendungsmoratorium bis zum geführten Unbedenklichkeitsnachweis eintritt, sobald begründete Zweifel an der Umwelt - Unbedenklichkeit eines Stoffes oder eines Produktionsverfahrens auftreten; hierdurch soll an der Haftung durch das Verursacherprinzip nichts geändert werden.
- daß für unvermeidbar im Wirtschaftsprozeß bisher notwendige gefährliche Stoffe vorrangig vor der Neuherstellung die Weiterverwendung bzw. Wiederrückgewinnung vorhandener und in Sondermüll - Lagerung befindlicher Stoffe stattfindet, um die Gesamtmenge solcher Stoffe so gering wie möglich zu halten.
- daß die Kontrolle über Sondermüll bis zu einer schadstofffreien Beseitigung verschärft wird. Eine Verbrennung von Sondermüll darf nur erfolgen, wenn diese umweltbelastungsfrei durchgeführt werden kann.
- daß die Altdeponien auf ihre Gefährlichkeit für die Umwelt untersucht werden; sollte sich eine Gefährdung der Umwelt herausstellen, muß diese umgehend beseitigt werden.
- daß umgehend für alle Produkte aus knappen, umweltgefährdenden oder energieintensiven Stoffen umfassende, geordnete Rücklauf- und Recycling - Maßnahmen eingeführt werden; von der Bundesregierung sind sofort örtliche Modellprojekte im Ballungsgebiet und im ländlichen Raum

für die Verminderung und für das Recycling bzw. den geordneten Rücklauf einer möglichst breiten Palette von solchen Stoffen und Produkten einzuleiten.

#### **These 4**

In der Umweltpolitik ist die Aktivierung der Bürger/innen der öffentlichen Verwaltung durch die Bürokratie grundsätzlich vorzuziehen. Außer durch Verbandsbeteiligung und -klagebefugnisse (siehe hierzu auch die Thesen zur Innen- und Rechtspolitik) muß dieser Grundsatz auch im Verbraucherschutz durch allgemeine Boykottbefugnisse verwirklicht werden, wenn sich ein solches Verhalten gegen einen rechtswidrigen Zustand richtet.

#### **These 5**

In vielen Bereichen mangelt es nicht an Zielvorgaben für Umweltschutzmaßnahmen, sondern an geeigneten Durchsetzungsstrategien. Kavaliersdeliktmentalität, Kompetenzwirrwarr zwischen Bund, Ländern und Kommunen, untätige und gleichwohl ausufernde Überwachungsbürokratien haben dem Umweltschutz mehr geschadet als fehlende Gesetze und Verordnungen.

Entsprechend den finanziellen Funktionsbedingungen des Wirtschaftssystems sind für Umweltbelastungen finanzielle Belastungen in der Höhe aufzuerlegen, daß unterlassene Umweltschutzinvestitionen als höhere Belastung und als Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung eingehen; während umgekehrt vorgenommene Umweltschutzinvestitionen die Situation im Wettbewerb verbessern müssen. Die *Liberalen Demokraten* unterstützen ausdrücklich die Regelungen wie ein Abwasserabgabegesetz und den Entwurf eines Schwefelemissions - Abgabegesetzes. Der Verbrauch nicht nachwachsender Rohstoffe (z. B. Öl, Kohle, Erze) soll massiv besteuert werden. Nachwachsende können in die Besteuerung eingezogen werden, wenn ihre Gewinnung die Natur überfordert (Holz, Grundwasser). Diese neue Steuer soll innerhalb der EG einheitlich sein. Sie ersetzt die Mehrwertsteuer bei etwa gleichem Aufkommen. Für Einfuhr und Ausfuhr wird an der Grenze des Steuergebietes ein Grenzausgleich durchgeführt.

Die Neuregelung begünstigt energie- und rohstoffsparende sowie umweltfreundliche Produkte und Verfahren; sie verbessert damit entscheidend die Voraussetzung für das Recycling von Rohstoffen und für die Nutzung sich erneuernder Energiequellen (Wasserkraft, Sonnenkraft, Windkraft). Sie regt außerdem Anpassungs- und Einsparinvestitionen an, verbilligt die menschliche Arbeit und trägt durch beide Effekte zur Verbesserung der Beschäftigungslage bei.

Die staatliche Gewerbeaufsicht ist zu einer Umweltschutz - Aufsicht fortzuentwickeln und entsprechend den branchen - spezifischen Problemen sachlich und personell zu verbessern.

#### **These 6**

Ziel vorsorgender Ökologiepolitik ist neben der Erhaltung der Lebensgrundlagen auch die Schonung von Ressourcen und der Schutz natürlicher Vielfalt (z. B. Artenschutz) auch soweit diese nicht unmittelbar unsere Lebensgrundlage beeinflussen. Das entscheidende Kriterium für die Tolerierung menschlicher Eingriffe in die Natur ist daher die Reversibilität bzw. Ausgleichsmöglichkeit.

## **These 7**

Der Wasserhaushalt muß durch Maßnahmen zur Eindämmung des Wasserverbrauchs (einschließlich verbrauchshemmender, linearer Preisstruktur anstelle bisheriger Ermäßigung für Großverbraucher der Industrie) und durch Vorrang von gebrauchsnahem Wasserrecycling für Brauchwasser entlastet werden.

Zur Entlastung der bisher übermäßig ausgebeuteten Wassergewinnungsgebiete sind die großräumigen Wasserverbundnetze durch ergänzenden Einsatz der dezentralen kommunalen Wassergewinnung zu entlasten.

Ebenso fordern die *Liberalen Demokraten* die flächendeckende Einführung biologischer und chemischer Klärungsstufen, um die Qualität des Brauchwassers zügig zu verbessern. Oberflächenwasser aus stark belasteten Flüssen ist generell nicht zur Trinkwassergewinnung heranzuziehen.

Im Rahmen der Dorferneuerung und des Hochwasserschutzes ist ein Programm zur Freilegung verrohrter Bäche und zur Wiederherstellung natürlicher Bachläufe anstelle der hochwasserverursachenden Bachbegradigung aufzulegen.

## **These 8**

Die Umweltpolitik darf nicht länger im Konkurrenzkampf mit den Interessen der Landwirtschaft unterliegen.

Die *Liberalen Demokraten* fordern daher die Ausgliederung der Umweltschutzbereiche aus dem Landwirtschaftsministerium.

## **These 9**

Umweltpolitik muß auch Bestandteil der Außen- und Entwicklungspolitik werden; sie ist eine globale Aufgabe.

Deshalb sind alle Bestrebungen zu unterstützen in die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen das Recht auf eine gesunde Umwelt entsprechend der Forderung im Grundgesetz aufzunehmen.

Durch internationale Konventionen müssen Meßmethoden, Warnsysteme, Registrierverfahren und Kontrollen harmonisiert, sowie die Verbindung umweltgefährlicher Stoffe aus dem eigenen Staatsgebiet in hoheitsfreie Gebiete oder das Gebiet anderer Staaten drastisch reduziert bzw. unterbunden werden. Dazu gehört das Verbot der Abfallbeseitigung aller Art in den Meeren, sowie die Schadstoffbelastung von Nachbarstaaten durch eine Politik der hohen Schornsteine, d. h. grundsätzlich Begrenzung von Emissionen statt von Immissionen. Ein internationaler Gerichtshof sollte auf die Einhaltung dieser Konvention achten.

## **These 10**

Auf europäischer Ebene soll sofort mit einem Programm zur Sanierung der geschädigten Wälder begonnen werden; dabei werden folgende Maßnahmen getroffen:

- Flächenmäßige Erfassung der Schäden und ungeschminkte Veröffentlichung, auch in grafischer Form.
- Verstärkung der Ursachenforschung.
- die Sanierung der Schäden darf nicht auf ein Herumkurieren an Symptomen (z. B. an Bäumen) beschränkt werden, sondern muß sich auf die Ursachen und Verursacher konzentrieren.
- Begrenzung der Verwendung chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel durch die staatliche Forstverwaltung.
- Bei der Sanierung der geschädigten Wälder soll der Mischwald größere Bedeutung erhalten, als er es bisher bei der kommerziell orientierten Waldwirtschaft des Landes hatte.

### **These 11**

Der Handel mit Produkten, die den Umweltgesetzen der Bundesrepublik nicht entsprechen, ist zu verbieten.

Transporte, die europäischen Sicherheitsbestimmungen oder denjenigen europäischer Klassifikationsgesellschaften nicht entsprechen, sind zu unterbinden.

Dies gilt ebenso für die Transportart gefährlicher Stoffe, z. B. für Billigflaggentanker mit völlig unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen. Der Hinweis auf schlechteren Umweltschutz in den Nachbarländern darf kein Grund für die Verzögerung von eigenen Schutzmaßnahmen sein. Die Einfuhr von Produkten aus vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten, sowie von Produkten, deren Gewinnung eine nicht wieder gutzumachende Naturzerstörung am Gewinnungsort zur Folge haben, sind ebenfalls zu unterbinden. Die internationale Umweltpolitik der Bundesrepublik muß sich als Beitrag zu internationalen Programmen und Maßnahmen verstehen. Besonders im Bereich der Europäischen Gemeinschaften soll die Bundesrepublik für eine einheitliche Gesetzgebung initiativ werden. Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt, sowie die Art der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dieser und den Industriestaaten sind darauf zu überprüfen, ob ein Leben und eine Entwicklung der ärmeren Länder ermöglichen bzw. fördern, ohne daß diese aus Überlebensgründen gezwungen sind, Raubbau an ihren Ressourcen bzw. ihrer Natur zu treiben, wie z. B. die immer schneller fortschreitende Rodung der tropischen Regenwälder. Bürgschaften und Kredite aus den öffentlichen Mitteln dürfen nicht für Investitionen gewährt werden, wenn damit in der Bundesrepublik verboten oder strengeren Umweltauflagen unterliegenden Produktionen in Drittländern aufgebaut werden sollen.

### **These 12**

Eine konsequente Umweltpolitik muß im Verkehrsbetrieb im Sinne von Luftreinerhaltung und Landschaftsschutz dem elektrifizierten Schienenverkehr absolute Priorität einräumen, sowohl im ÖPNV als auch im Personen- und Güterfernverkehr.

Dabei kann uns die Entwicklung von neuen Technologien (Fernschnellverkehr, Individualisierung des ÖPNV) bereits mittelfristig weitgehend unabhängig vom Luftverkehr machen, die Umweltbelastung durch Straßenbau und Autoabgase vermindern und bei raschem Ausbau des Schienennetzes eine moderne, umweltfreundliche Infrastruktur schaffen.

Die Kosten dieser Maßnahmen können durch die Umschichtung der „Autobahn - Milliarden“ finanziert werden.

### **These 13**

Auch in der Raumordnungspolitik ist darauf zu achten, daß ein Höchstmaß an natürlicher gesunder Umwelt erhalten bzw. wieder hergestellt. Dazu ist eine Änderung der Baupolitik erforderlich, die eine gezielte, einseitige Förderung von flächensparenden Baumaßnahmen vornimmt.

Die Entwicklung flächenrationalisierter Baukörper macht eine quantitativ wie qualitativ ausreichende Wohnbebauung unter dieser Voraussetzung möglich, ohne dabei auf Hochhäuser zurück greifen oder auf Freiflächen verzichten zu müssen; im Gegenteil ist die Schaffung neuer größerer Frei- und Grünflächen in diesem Zusammenhang sinnvoll und möglich.

Architektur und Landschaftsplanung werden neuen Lösungen für die Raumordnung finden, wenn der Staat entsprechende Vorgaben macht und für Anreize sorgt (öffentliche Wettbewerbe).

### **These 14**

Die teils bereits eingetretenen und teils unmittelbar drohenden schweren und nicht behebbaren Umweltschäden machen die Verwirklichung eines umweltpolitischen Sofortprogramms erforderlich: Dazu gehören aus Sicht der *Liberalen Demokraten*:

- Verschärfte Anwendung der geltenden Wasserschutzbestimmungen
- Schutz des Grundwassers vor schleichender Vergiftung und übermäßiger Wasserentnahme insbesondere durch Großbetriebe
- Verbot der Verklappung auf See (Deponieren von Abfällen und Ablassen von Öl)
- Senkung der Emissionswerte bei Großfeuerungsanlagen auf das niedrigst mögliche Maß
- obligatorische Senkung der Schadstoffgehalte bei Autoabgasen
- gesetzliche Einführung bleifreier Kraftstoffe und Abgaskatalysatoren (-entgifter) entsprechend den strengen amerikanischen Vorschriften
- Stilllegung veralteter Großfeuerungsanlagen
- Einführen der Verbandsklage
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz
- verstärkte Begrünung der Städte und Einschränkung der Landschaftszersiedlung
- Stop der landschaftszerstörenden Maßnahmen am Main - Donau - Kanal
- Überprüfung sämtlicher Großprojekte auf ihre ökologische Verträglichkeit
- Ausstieg aus der Atomenergie
- verstärkte Kraftwärmekopplung insbesondere in Ballungsgebieten
- Ausbau des Fernwärmenetzes, wobei insbesondere in Ballungsgebieten ein System kleiner Einheiten Vorrang vor einer Großversorgung haben sollte.
- unverzüglich sind die Kohlekraftwerke mit geeigneten technischen Einrichtungen gegen Schadstoffemission nach dem fortgeschrittenen Stand der Technik auszustatten (z. B. Wirbelschichtverfahren).
- ein konsequentes Verbot von Fluorkohlenwasserstoff als Treibgasmittel
- für die Flüsse sind unter Einbeziehung aller Anliegerstaaten Gesamtpläne zu erstellen (fehlt z. B. für die Weser), die auch die damit verbundene Belastung der Nordsee, sowie die des Wattenmeeres erfassen.
- wesentliche Teile des Wattenmeeres sind unter Naturschutz zu stellen

- Bundesbauten und NATO dürfen künftig nicht mehr ohne die notwendige Rücksichtnahme auf die wichtigen Funktionen von Grünzonen errichte werden. Militärische Einrichtungen (NATO - Straßen) in Naturschutzgebieten sind wo möglich zu beseitigen, zumindest aber nicht auszubauen.

Bei allen Bemessungsgrenzen und Schadstoffindizierungen ist grundsätzlich der bisher weltweit günstigste technologisch erreichbare Wert zugrunde zu legen.

## 7. BPT der LD am 22./23.02.1985 in Berlin (West)

### Die Liberalen Demokraten rufen auf, die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu erneuern

Die Deutschen haben diese Demokratie nicht erkämpft. Sie hatten die Chance nach einem verlorenen Krieg, in Deutschland die Demokratie erneut aufzubauen. Die Nachkriegsgeneration hat aus den Trümmern ein Haus des Wohlstands für Gesellschaft und Staat geschaffen. Nach 40 Jahren ist zu fragen: Sind auch die Fundamente unserer Demokratie tief genug angelegt? Ist die Republik käuflich? Sind die Parteien Machtkartelle? Hat der Bürger noch Einfluß auf den Gang der Dinge? Ist unsere Demokratie breit genug angelegt? Umfaßt sie die Lebensbereiche des Menschen besonders in Ausbildung, Arbeitsplatz und Familie?

Die *Liberalen Demokraten* halten es für an der Zeit, die Demokratie des Grundgesetzes mit neuem Leben zu erfüllen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - diese Ideale der Französischen Revolution sind nach wie vor die grundlegenden Werte für das politische Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind gleichrangig und bedingen einander - was allzu häufig in der tagespolitischen Diskussion übersehen wird.

Aus der Freiheit jeder einzelnen Person folgen ihre Grundrechte, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten, sich zu informieren, ihre Meinung auszudrücken, für sie bei anderen zu werben und sich mit ihnen zusammenzuschließen.

Aus der Gleichheit folgt, daß die Stimme jedes Mannes und jeder Frau gleich zählt, daß jede einzelne Person mit gleichen Rechten ausgestattet ist.

Aus der Brüderlichkeit folgt die Pflicht, mit anderen zusammenzuleben und für dieses Zusammenleben Opfer zu bringen. Opfer, die zugleich Einschränkungen von Freiheit und Gleichheit bedeuten.

So ergeben sich aus den Idealen der Französischen Revolution heute Forderungen nach Gleichberechtigung von man und Frau, nach Humanität, nach Wahrung der Freiheit und Würde jedes Menschen, nach Solidarität unter allen Menschen - insgesamt damit nach einer Füllung des Grundgesetzes mit neuem Leben.

Die *Liberalen Demokraten* sehen die Demokratie vom Bürger her, also von unten nach oben. Sein Recht, Abgeordnete und Vertreter für politische Entscheidungsgremien zu wählen, steht im Mittelpunkt. Aber es ist zu wenig, um seinem Willen wirklich Einfluß zu verschaffen. Ein lebendiger Ausgleich von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Herrschaft des Volkes verlangt mehr. Dieses Mehr ist möglich, ohne ein Wort oder Komma des Grundgesetzes zu ändern.

Der Ausgleich zwischen den Forderungen, der sich aus den Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ergibt, ist im wesentlichen bestimmt von den politischen Erkenntnissen und Erlebnissen der Generation von Politikern, die den Nationalsozialismus erlebt und erlitten haben. Zum Teil reichen die Einflüsse noch weit in die Zeit des Absolutismus zurück. In den letzten Jahrzehnten aber hat sich das Bewußtsein der Bürger unseres Landes gewandelt; der Wille zur Wahrnehmung und Ausgestaltung demokratischer Rechte und Pflichten ist vom Ansatz her stärker geworden. Die Freiheit und die Gleichheit des einzelnen Wählers beschränkende Regelung wie die 5 % - Klausel, die Unzulässigkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden in weiten Bereichen

unseres Staatswesens zu überprüfen, insbesondere gilt es abzuwägen, ob die Einschränkung an Freiheit und Gleichheit sich gegenwärtig noch im Gleichgewicht mit dem Gewinn an Stabilität für die Gesellschaft befinden, denn ein solches Gleichgewicht ist für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich. Es ist für die **Liberalen Demokraten** heute nicht mehr gewahrt. Zur Erneuerung von Demokratie und politischer Kultur fordern sie alle Bürger auf, an der Entwicklung eines Bewußtseins zur Änderung der politischen Struktur mitzuwirken. Dies schließt ein, demokratische Kultur in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Hier werden die **Liberalen Demokraten** arbeiten und Vorschläge unterbreiten.

### **Die Liberalen Demokraten fordern:**

#### **1. die gesetzliche Regelung von Abstimmungen (Volksbegehren und Volksentscheid) gemäß Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz**

Über 35 Jahre nach der Schaffung des Grundgesetzes erscheint es angesichts des nunmehr erreichten Maßes an demokratischem Bewußtsein nicht mehr erforderlich zu sein, die Gleichheit der Bürger derart einzuschränken, daß ihre politische Artikulation im wesentlichen auf die einmalige Stimmabgabe zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beschränkt wird.

#### **2. die Streichung der 5 % - Klausel in Wahlgesetzen**

Ihre ehemals möglicherweise stabilisierende Wirkung hat die 5 % - Klausel inzwischen verloren. Weil sie die Artikulation neuer politischer Strömungen weitgehend verhindert, führt sie ihrerseits sogar zur Destabilisierung, wobei die 5 % - Klausel im Zusammenhang mit der Medienwirklichkeit gesehen werden muß.

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn sie nur dazu dienen kann, Gruppen unterschiedlichster Art in z. B. den GRÜNEN mit dem Ziel zusammenzuführen, die Sperrwirkung zu überwinden, und nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß sich die Strömungen in der Gruppierung nicht gegenseitig blockieren, was schließlich ebenso zur „Unregierbarkeit“ führen kann wie die Zulassung eines Wahlerfolges auch kleinerer Parteien?

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn sie zur übermäßigen Machtkonzentration an der Spitze „etablierter“ Parteien führt - weil viele fürchten, den Aufbau einer neuen Partei nicht bewältigen zu können?

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn gerade aufgrund der Machtkonzentration bei einigen wenigen Personen jene Kräfte im besonderen Maße angelockt werden, die an die Stelle von Wählerstimmen bares Geld setzen?

#### **3. die Ausgestaltung des Wahlrechts, um den Einfluß des einzelnen Wählers zu vergrößern**

Nach demokratischem Verständnis in der Bundesrepublik Deutschland werden weder ausschließlich Parteien noch ausschließlich Personen gewählt. Zwischen beiden Aspekten der Wahl muß ein Gleichgewicht herrschen. Gegenwärtig kommt dem Persönlichkeitswahlaspekt (z. B. durch die erste Stimme durch die Bundestagswahl) nur eine untergeordnete Rolle zu. Dies führt dazu, daß die

Verantwortlichkeit des Gewählten gegenüber der Partei als sehr viel stärker empfunden wird als diejenige gegenüber dem Wähler.

#### **4. die Mitwirkung des Bürgers bei der Aufstellung von Kandidaten und Listen**

Heute bestimmen die Parteien - und in ihnen kleine Gruppen von Personen -, wer zur Wahl aufgestellt oder benannt wird. Dabei spielen viele Interessen mit, nur nicht die Belange derer, um deren Stimme es geht. Daher gilt es, Formen und Verfahren zu finden und einzuführen, die dem Bürger Möglichkeiten der Beteiligung eröffnen.

#### **5. die Gewissensfreiheit des Abgeordneten zu stärken**

Viele Abgeordnete sind nicht unabhängig genug, um in der politischen Willensbildung eigenen Gedanken und Wünschen der Wähler Ausdruck zu geben. Auf diese Weise leidet eine Demokratie, die auf Diskussion, Argumentation und Überzeugung beruht, an Atemnot. Mehrheitsentscheidungen dürfen nicht allein aus Parteiräson und Fraktionsmanagement beruhen. Die Hürden, die die parlamentarische Praxis (um Art. 38 Grundgesetz) aufbaut, müssen niedergerissen werden.

#### **6. ein System der Parteienfinanzierung, das den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts entspricht**

Parteien brauchen Geld. Aber der Bürger muß wissen, woher es kommt. Das gilt für private (Spenden, Spender) und öffentliche Mittel. Umwege, Grauzonen u. ä. darf es nicht mehr geben. Die Verschleierung der Namen muß unter Strafandrohung gestellt werden.

Die Parteien brauchen Geld, aber nicht mehr in dem Maße, wie in den vergangenen Jahrzehnten, in denen wahre Materialschlachten von Plakaten und anderen Werbemitteln stattfanden, um beim Bürger angeblich ein Wahlbewußtsein zu erzeugen.

#### **7. die Freiheit der Information für jedermann, soweit Daten nicht zum Schutze des Persönlichkeit von einzelnen verschlossen bleiben müssen**

„Herrschaftswissen“ ist nicht nur ein Modewort, sondern drückt die realen Verhältnisse von Machtausübung aus. Wer will, daß mehr Macht vom Wähler ausgeübt wird, muß dafür sorgen, daß dessen Herrschaftswissen größer wird. Andere Demokratien haben inzwischen erkannt, welche große Bedeutung für die politische Kultur der freie Zugang zu allen wesentlichen Akten und Unterlagen der Behörden hat. Die Bundesrepublik Deutschland sollte ihnen nachfolgen.

Mit der Befürwortung eines strikten Datenschutzes für die unbeteiligten Personen ist es dabei durchaus vereinbar, daß die Vermittler und zugleich Verantwortlichen der Politik, das heißt Abgeordnete, Minister und hohe Beamte, ihrerseits verpflichtet sein müssen, über ihre privaten Verhältnisse Auskunft zu geben. Die gläsernen Taschen der Abgeordneten sollten der gläsernen Verwaltung und den gläsernen Kassen der Parteien entsprechen.

## **8. BPT der LD am 12./13.04.1986 in Osnabrück**

### **Arbeit für Alle -**

ein umfassendes Konzept der *Liberalen Demokraten* zur Arbeitspolitik

#### **I. Arbeit und Arbeitslosigkeit**

Erwerbsarbeit besitzt heute eine überragende Bedeutung für die Selbst- und Fremdbewertung von Menschen. Entlohnte abhängige oder selbständige Arbeit verschafft überwiegend die Grundlage für den Lebensunterhalt des einzelnen. Arbeit ist Element unserer Kultur und bietet ein Handlungsfeld zur Entfaltung der Persönlichkeit. So richten die Menschen ihre individuelle Lebensplanung, ihr Bildungsstreben, ihre Berufswahl, ihre soziale Anerkennung, ihren Aufstieg, ihren Status, ihre Kontakte zu ändern, ihren Beweis eigenen Könnens, ihre Ausprägung von Fähigkeiten, Tugenden und Verhaltensweisen, die Einstellung von Tag, Woche und Jahr sowie manches andere an bezahlter Arbeit aus. Zugleich ist diese Arbeit wesentlicher Faktor der Wertschöpfung in der Volkswirtschaft, Teile ihres Ertrages kommen daher auch Unternehmern und Staaten zugute.

Die Entwicklung unserer Industriegesellschaft vermindert die Gelegenheit zur Erwerbsarbeit:

1. Die Produktivität steigt ununterbrochen, nicht zuletzt durch den Einsatz neuer Technologien und durch neue Organisationsformen. Das heißt, eine gleiche Menge an Gütern kann mit immer weniger menschlicher Arbeit hergestellt werden.
2. Die Ausdehnung der Produktion stößt an Grenzen: Weder können Rohstoffe beliebig verbraucht, noch darf die Umwelt weiter mit Abfall aller Art belastet werden.

Hinzu kommt, daß mehr Menschen als früher Zugang zur Erwerbsarbeit suchen, nämlich die Angehörigen der großen Jahrgänge (von 1957 bis 1966) und langfristig ein höherer Anteil von Frauen. Außerdem ist Arbeit in hohem Maß ungleich verteilt. Die einzelnen leisten vielfache Überstunden, die anderen bleiben ausgeschlossen und sind arbeitslos.

Die hohe Zahl der registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen hält seit Jahren an und ein Ende ist nicht abzusehen, Millionen Menschen müssen unmittelbar oder als Familienangehörige mittelbar mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit fertig werden.

Der vor dreißig bis vierzig Jahren begonnene allmähliche Wandel zur Informationsgesellschaft stellt nun einen geschichtlichen Prozeß dar, der zwingend sowohl die individuelle Einstellung zu bezahlter Arbeit als auch ihre gesellschaftliche Bedeutung verändern wird.

Gleichzeitig steigt die soziale Bedeutung von Hausarbeit, Eigenarbeit, Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt in gemeinnützigen Einrichtungen, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegediensten sowie Bürgerengagement. Das muß schon bald Folgen haben auch für die Finanzierung des Netzes der sozialen Sicherung wie die Aufgabenerfüllung des Staates.

Eine Gesellschaft, die von den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgeht, kann das sich aus der Arbeitslosigkeit ergebene Unrecht nicht dulden und muß sich gegen Machtverschiebungen wenden. Die Erneuerung der Demokratie verlangt die Teilhabe aller. Dies alles begründet die Notwendigkeit einer Arbeitspolitik.

#### **II. Grundsätze und Ansatzpunkte einer Arbeitspolitik**

Ziele und Mittel für eine Arbeitspolitik zu entwickeln, die zu tragfähigen Lösungen der genannten Probleme führt, ist Auftrag der politischen Instanzen und der Inhaber von demokratisch kontrollierter Macht in Staat und Gesellschaft. Die *Liberalen Demokraten* verstehen die Arbeitspolitik als Bestandteil nicht nur der Wirtschaft, sondern der gesamten gesellschaftlichen Kultur. Bei der Formulierung ihrer Arbeitspolitik gehen die *Liberalen Demokraten* von folgenden Grundsätzen aus:

### **1. Ganzheitliches Leben:**

Eine Beschränkung des Menschen auf seine Arbeitskraft ist inhuman.

Jeder muß Gelegenheit erhalten, aus bezahlter wie nicht - bezahlter Arbeit, aus Muße und aus Genuß sein individuelles Leben zu gestalten und zwar nicht auf Kosten anderer.

### **2. Wahlfreiheit:**

Wer bezahlte Arbeit leisten will, muß Möglichkeiten vorfinden.

Dabei muß geleistete Arbeit so entlohnt werden,

- daß sich die materielle Existenz und den sozialen Standart angemessen sichert und
- daß sie die geistig - seelische Persönlichkeit des Einzelnen erhält und fördert sowie seine Gesundheit nicht beeinträchtigt.

Wer Leistungen erbringen will, die der Gesellschaft nützlich sind, die aber gegenwärtig nicht entlohnt werden (z. B. Kindererziehung, Altenpflege, Ehrenamt, Bürgerengagement, Fort- und Weiterbildung) darf nicht diskriminiert werden, etwa, bei der Aufnahme bezahlter Arbeit oder bei der Alterssicherung.

### **3. Gleichstellungsgebot**

Frau und Mann sind im Arbeitsleben gleichzustellen. Dies gilt für die Entlohnung ebenso wie für die Beförderung auf höherwertige Stellen und die Wiedereingliederung nach vorübergehendem Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis.

### **4. Aufwertung der Nicht - Erwerbsarbeit:**

Die aus klassischer Arbeitsethik überkommene Überbewertung bezahlter Erwerbstätig ist zu überwinden. Die Erfüllung von Aufgaben zugunsten anderer verdient soziale Anerkennung und begründet Ansprüche auf Lebensunterhalt und soziale Sicherung bei Krankheit, Unfall und im Alter, auch wenn diese Tätigkeit nicht marktfähig sind und nicht entlohnt werden.

### **5. Abgabepflicht**

Die Neugestaltung des Arbeitslebens und eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine erfordern zwingend, die bisherigen Anknüpfungspunkte im System von Steuern und Abgaben zu überprüfen.

### III. Arbeitszeitverkürzung

Der Ausgleich zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistungen muß in der Hauptsache durch eine Verminderung des Angebots erzielt werden. Denn eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitsleistungen ist wegen der erreichten Grenzen des Wachstums weder in dem erforderlichen Umfang möglich, noch wünschenswert.

Den Ansatz, das Angebot von Arbeitsleistungen zu vermindern, lehnen die *Liberalen Demokraten* ab. Es würde in der Praxis überwiegend die Frauen treffen und den Emanzipationsprozeß beeinträchtigen, wenn nicht sogar teilweise rückgängig machen.

Es bleibt der Weg der Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit.

#### 1. Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit

Eine Neuverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ist dringend erforderlich. Dabei muß die Arbeitszeitverkürzung in ihrem Ausmaß hinreichen,

- das Absinken des Bedarfs an Arbeitsleistung durch den Produktivitätsfortschritt auszugleichen,
- Arbeitsmöglichkeiten für die starken Jahrgänge zu schaffen und
- zur Aufnahme der bisher Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß beizutragen.

Aus diesem Grund sollen bis 1990 der 6 - Stunden - Tag bzw. 30 - Stunden - Woche als Eckwerte für die Arbeitsorganisation eingeführt werden. Bis dahin haben die Tarifparteien Zeit, den schrittweisen Übergang zum neuen Zustand durch Tarifverträge zu sichern. Kommt es nicht dazu, so soll eine entsprechende Neufassung der Arbeitszeitordnung bis zum 31.12.1990 in Kraft treten.

Diese Regelungen gelten auch für den öffentlichen Dienst.

Wenn aus arbeitsorganisatorischen Gründen der 6 - Stunden - Tag bzw. Die 30 - Stunden - Woche nicht realisiert werden kann, kann statt dessen auch die Jahresarbeitszeit entsprechend verkürzt werden.

Der Übergang zum 6 - Stunden - Tag führt nicht nur zu einer erhöhten Beschäftigung, sondern schafft außerdem für Berufstätige noch mehr Möglichkeiten, sich im privaten Bereich zu engagieren. Damit öffnet sich auch historisch zum ersten Mal der Weg für eine Aufgabenteilung im privaten / familiären Bereich, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann entspricht.

Die Kosten dieser Arbeitszeitverkürzung sind differenziert zu verteilen. Eine Lohneinbuße ist unumgänglich, ihre Höhe soll und kann jedoch niedrig gehalten werden. Dazu gibt es mindestens folgende drei Ansätze:

- Der stetige Fortschritt der Produktivität erlaubt einen teilweisen Ausgleich des Reallohnverlustes; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitszeitverkürzung selbst zusätzliche Produktivitätsfortschritte auslöst: Die Arbeitsintensität wird 6 Stunden am Tag höher sein als bei 8 Stunden; außerdem ergeben sich neue Möglichkeiten der Betriebsorganisation, nämlich zur verbesserten Ausnutzung der Anlagen bei mehrschichtigem Betrieb und zu Einsatz von Teilzeitkräften.
- Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung ermöglicht eine Senkung der Abgabesätze, die Arbeitnehmern und Arbeitgebern direkt zugute kommt; im übrigen sind weitere steuerliche Entlastungen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus gleichem Anlaß denkbar (z. B. aufgrund geringerer Aufwendungen in der Sozialhilfe), die dem weiteren Ausgleich von Reallohneinbußen dienen.

- Verbleibende Einkommenseinbußen für alle Beschäftigten einschließlich des öffentlichen Dienstes sind - verteilt über fünf Jahre - hinzunehmen in Solidarität mit denen, die sonst arbeitslos wären; dabei ist anzustreben, daß diese Einbußen zu einem verhältnismäßig größeren Anteil von den oberen Einkommenschichten getragen werden.

Einzelheiten sind den Tarifparteien zu überlassen.

Überdurchschnittliche Belastungen besonders lohnintensiver Wirtschaftsbereiche durch die geforderte Arbeitszeitverkürzung sollen durch geeignete steuerliche Maßnahmen aufgefangen werden.

Teilzeitarbeit kann einen wirksamen beschäftigungspolitischen Beitrag leisten, da die Bereitschaft zur Übernahme von Teilzeitplätzen erheblich größer ist als das Angebot. Der Gesetzgeber ist daher gefordert, Benachteiligungen von Teilzeitbeschäftigten in arbeits- und sozialrechtlicher Sicht abzubauen.

Das Angebot an solchen Arbeitsplätzen sollte flexibel sein und nicht nur Halbtagsstellen umfassen; der öffentliche Dienst muß hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

## **2. Jahresarbeitszeit**

Durch eine Neufassung des Bundesurlaubsgesetzes sind allen abhängig Beschäftigten 30 Arbeitstage Urlaub als Minimum zu sichern.

Davon sind 20 Tage jährlich als Erholungsurlaub gedacht. Zehn Arbeitstage können angespart werden und nach einer Reihe von Jahren für eine längere Unterbrechung des Arbeitslebens verwendet werden.

Diese Regelung soll ebenfalls bis zum 31. 12. 1999 in Kraft treten.

## **3. Lebensarbeitszeit**

### **a. Berufseinstieg**

Erwerbsarbeit wie Nicht - Erwerbsarbeit verlangen unter den Anforderungen des Übergangs von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ein Bestmaß an allgemeiner und beruflicher Bildung. Deshalb muß jedem Absolventen der Pflichtschule die Gelegenheit geboten werden, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen.

Wer keine Berufsausbildung findet, soll in der Berufsschule die Möglichkeit haben, eine vollzeitschulische Berufsausbildung abzuschließen. Im späteren Versicherungsverlauf gilt die vollzeitschulische Berufsausbildung als versicherungsrelevante Ausbildungszeit. Im übrigen werden Verzögerungen des Berufseintritts durch Schulzeitverlängerungen und „Warteschleifen“ abgelehnt.

### **b. Unterbrechung der Berufstätigkeit**

Anstelle eines Elternurlaubs sollen beiden Eltern unter Verbesserung des Familienlastenausgleichs der Anspruch auf Teilzeitarbeit von der Geburt eines jeden Kindes an eingeräumt werden.

Nach sechsjähriger Tätigkeit beim gleichen Arbeitgeber soll ein Anspruch auf unbezahlten Urlaub von einem Jahr ohne weitere Voraussetzungen gegeben sein. Wenn auch davon voraussichtlich nur wenige Gebrauch machen werden, so daß die Wirkung auf den Arbeitsmarkt gering bleibt, so handelt es sich um eine wünschenswerte Möglichkeit zur eigenen Lebensgestaltung.

### c. Eintritt in das Rentenalter

Schon heute findet in weiten Bereichen der Eintritt in das Rentenalter im Durchschnitt vor Vollendung des 60. Lebensjahres statt (z. B. in der Metallindustrie mit 58 Jahren). Ein noch früheres Herausdrängen der Alten aus dem Arbeitsprozeß halten die *Liberalen Demokraten* generell nicht für vertretbar, und zwar sowohl mit Rücksicht auf die Alten selbst als auch mit Rücksicht auf die Rentenfinanzen. Wünschenswert sind weitere Möglichkeiten zu einem gleitenden Übergang aus der Arbeit in die Rente.

Als Regel für die Dauer eines Arbeitslebens sind 40 Jahre anzusetzen.

Hiervon ausgehend, sind Regelungen für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben für abhängig wie selbständig Tätige einander anzugleichen.

## 4. Überstunden und Mehrfacharbeit:

### a. Überstunden

Überstunden sind grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Bezahlte Überstunden sind in der neuen Arbeitszeitordnung nur in geringem Ausmaß zuzulassen. Soweit bezahlte Überstunden zugelassen sind, werden sie dem Arbeitnehmer nur mit dem normalen Stundensatz vergütet. Der Arbeitgeber hat für jede Überstunde einen zusätzlichen Betrag zur Arbeitslosenversicherung in der Höhe von 50 % des Stundenlohnes abzuführen. Entsprechende Regelungen für die Akkordarbeit zu entwickeln ist Sache der Tarifparteien.

### b. Mehrfach Tätigkeiten

Mehrfach Tätigkeiten sind für Vollzeit Arbeitnehmer grundsätzlich unzulässig. Jeder erhält eine Steuerkarte. Wer als Selbständiger ein durchschnittliches Arbeitseinkommen erzielt, darf nicht zugleich als Arbeitnehmer tätig sein.

Ausnahmen von dem Verbot der Nebentätigkeit bedürfen der Genehmigung. Solche Genehmigungen sind nur in geringem Ausmaß zu erteilen.. Für die Vergütung sind entsprechende Regelungen wie bei Überstunden vorzusehen.

Die Erwerbstätigkeit von Rentnern und Pensionären ist zu beschränken, z. B. durch die Anrechnung der Einkünfte auf die Rente oder Pension.

## IV. Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsleistungen

### 1. Arbeitslosigkeit und Staatsaufgaben

Während Millionen arbeitsfähiger Menschen als Arbeitslos registriert sind und unterstützt werden müssen, bleiben auf der anderen Seite öffentliche Aufgaben im großen Maß unerledigt, weil es an öffentlichen Mitteln fehlt. Diese Situation ist unverständlich. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb die bessere Erfüllung öffentlicher Aufgaben, selbst um den Preis eines mittelfristig höheren Defizits im Staatshaushalt. Es ist besser, Menschen für gesellschaftlich nützliche Arbeit zu bezahlen, als Gelder für das Fernbleiben von Arbeit auszugeben.

Öffentliche Investitionen sowie die Förderung privater Investitionen zum Umweltschutz (z. B. Kläranlagen, Rauchgasreinigung von Kraftwerken) sowie Investitionen zur Einsparung von Energie und Rohstoffen sind Beispiele für Ausgaben, die in Zukunft die öffentlichen Haushalte entlasten werden.

Die Sanierung der Wälder und der Böden überhaupt ist eine weitere gewaltige Investitionsaufgabe. Ein weiteres Beispiel ist die Rekultivierung zerstörter Landschaften (auch Industriebrachen, Startbahn West, Rhein - Main - Donau - Kanal). Aber auch in den Bereichen der sozialen Dienstleistungen und der Bildung gibt es zahlreiche unerledigte Aufgaben. Gleiches gilt für den kulturellen Bereich (z. B. Künstler in den Schulen, selbstorganisierte Theater).

## **2. Vermögensverteilung**

Eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen und Vermögen, beispielsweise durch steuerliche Mittel, ist zugleich ein Beitrag für mehr Beschäftigung, weil einkommensschwache Schichten eine höhere Konsumneigung haben als einkommensstarke.

## **3. Zinspolitik**

Eine Politik niedriger Zinsen erleichtert die private Investitionsnachfrage und die Neugründung selbständiger Existenzen. Auch dies wirkt entlastend auf den Arbeitsmarkt. Eine Politik niedriger Zinsen erleichtert zugleich die Last der Staatsverschuldung. Der durch die internationalen Verhältnisse gegebene Spielraum für Zinssenkungen ist voll auszuschöpfen. Die *Liberalen Demokraten* befürworten ein gemeinsames Handeln der Europäer gegen die von den USA ausgehende Zinspolitik.

## **4. Bodenpolitik**

Eine Bodenpolitik, die das Horten von Land durch steuerliche Mittel unwirtschaftlich macht, würde zu niedrigen Bodenpreisen führen und damit die Voraussetzung für private Investitionen verbessern. Die Förderung von Neugründungen selbständiger Existenzen und von Kooperativen auch im alternativen Bereich trägt ebenfalls zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei und schafft außerdem zusätzliche Möglichkeiten zu selbständiger Lebensgestaltung.

## **V. Arbeitsqualität**

### **1. Mitbestimmung**

Freiheit und Würde des Menschen verlangen, daß er nicht nur im Staat, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen mitbestimmen kann. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter. Die unternehmerische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 muß zu einer echten paritätischen Mitbestimmung ausgebaut werden.

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Weiterentwicklung der Teilhabe der Arbeitnehmer an Unternehmen einschließlich der Gewinn- und vermögensbeteiligung, z. B. in Form von Aktien. Gegenwärtig erkennbare Tendenzen, die Mitbestimmung zurückzudrängen, sind unternehmerisch unklug und nicht geeignet, Arbeitsqualität und Arbeitsleistung zu stärken und zu sichern. Gegebenenfalls sind rechtliche Vorkehrungen zu entwickeln, die Absicht zur Umgehung in geeigneter Weise vorzubeugen.

Der Betriebsrat muß künftig auch über Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren mitbestimmen können. Soweit ein Unternehmen nicht unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976 fällt, muß sich das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten wie Rationalisierungsinvestitionen, Betriebsänderungen und Stilllegungen erstrecken. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist auszubauen. Die Beschäftigten eines Arbeitsbereiches eines Betriebes sollen

Arbeitsgruppen bilden können. Diese Arbeitsgruppen sollen Träger der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sein. Ihnen sind Entscheidungskompetenzen zu übertragen. Die Arbeitsgruppen artikulieren sich über ihre gewählten Sprecher. Die unterste (aber natürlichste) Ebene der Mitbestimmung - die Mitbestimmung am Arbeitsplatz - hat noch keine gesetzliche Verankerung. Sie kommt aber der liberalen Forderung nach Selbstbestimmung am nächsten. Die Arbeitsgruppen sollen keine Statusgruppe sein.

## **2. Flexibilisierung der Arbeitszeit**

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit ist wünschenswert. Die gilt gleichermaßen für die Tages- die Wochen- und die Jahresarbeitszeit.

Es muß aber Grenzen geben für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

## **3. Arbeitsort**

Neue Techniken gestalten, eine Reihe von Arbeiten mit Maschinen zu erledigen, die außerhalb des Betriebes , z. B. „zuhause“, aufgestellt werden. Diese Fernarbeit birgt große Gefahren in sich, z. B. Lohndruck, Leistungskontrolle, Entsolidarisierung. Ausbeutung, unregelmäßige Rechtsverhältnisse. Wo immer diese Art von Fernarbeit eingeführt wird, muß dafür gesorgt werden, daß der erreichte soziale und rechtliche Schutz von physisch im Betrieb abwesenden Arbeitnehmern nicht unterschritten wird.

## **VI. Zur künftigen Bewertung und Anerkennung der Nicht - Erwerbstätigkeit**

Die Einführung von 6 - Stunden - Tag und 30 - Stunden - Woche bringt nicht nur hunderttausende von Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot, sondern sie verändert auch die Organisation des Arbeitslebens. Tag und Woche können in flexibler Weise ganz anders eingestellt werden als bisher. Jedenfalls alle abhängig Erwerbstätigen - und das könnte dann fast jeder 2. Bürger sein, Kinder und Alte mitgerechnet - gewinnen einen Zeitanteil der ihnen auch eine Teilhabe an unbezahlter Arbeit in verschiedenster Art ermöglicht.

Ehepartner können Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit gerechter als bisher auf sich verteilen. Vermehrt ermöglichte Nachbarschaftshilfe wie zunehmendes Bürgerengagement bedeuten eine weitere Befreiung des Menschen von entfremdeter Arbeit und führen auf Dauer zu einer Änderung der Erwerbsgesinnung. Wo nicht Aufstieg und Wachstum, sondern Engagement und Verantwortung handlungsleitende Kategorien bedeuten, da gewinnt die Gesellschaft insgesamt erhebliche Spielräume, um bislang unerledigte Aufgaben in Angriff zu nehmen. Armut und Not, Krankheit und Leid, Hunger und Obdachlosigkeit, Einsamkeit und Aggressivität seien als Stichworte genannt. Sie haben nicht nur in unserem eigenen Land Bedeutung.

Zeit ermöglicht Zuwendung zum Nächsten. In einer menschlichen Gesellschaft wird jeder gebraucht und kann jeder zugleich frei entscheiden, zu welchen außererwerblichen Tätigkeiten er sich berufen fühlt. Diese Entwicklung ereignet sich nicht über Nacht. Sie verlangt neben anderem eine zukunftsbezogene Erziehung und Bildung. Elternhaus, Schule, Medien müssen dazu beitragen. Nicht die Kategorie der Zwänge, des Einordnens und des Anpassens kann da noch im Vordergrund stehen, des Engagements und der Verantwortung.

Wird so der erreichte Stand der Produktivkräfte genutzt, um den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen, so entfallen damit nicht alle materiellen Überlegungen. Weder werden die Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen so hoch sein, daß sie von allen Existenzsorgen befreien, noch kann man den ohne Erwerbszweck Tätigen zumuten, daß sie ohne alles Entgelt ausgeschlossen sein sollen von der Befriedigung materieller Wünsche. Um daher neue Abhängigkeiten zu vermeiden, die sich aus der Entlohnung nur der einen Kategorie ergeben, und um zugleich die Bewertung und

Anerkennung der Gesellschaft für die Tätigkeit der anderen manifest zu machen, muß ein weiterer Schritt getan werden: die Garantie eines Mindesteinkommens für alle.

Was vor vielen Generationen die Selbstversorgung von kleinen sozialen Einheiten, verbunden mit einem naturalen Tauschverkehr, war, das läßt sich in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft, die auf Geld als Wertmaßstab und allgemeines Zahlungsmittel nicht verzichten kann, nur über größere Transfermechanismen organisieren. Die *Liberalen Demokraten* werden die bisherigen Ansätze hierzu, z. B. negative Einkommenssteuer, weiter verfolgen und eigene Vorschläge unterbreiten.

Die benötigten Finanzmittel für eine solche Grundsicherung sind hoch.

Auch ist noch sorgfältig zu prüfen, wie diese Mittel aufgebracht werden.. Ein nicht geringer Teil jedoch wird aus verschiedenen Töpfen der heutigen Sozialpolitik freizumachen sein. Daß die einzelnen Jahrgänge nur nach und nach einbezogen werden können und längerfristige Übergangsregelungen für die gegenwärtige Arbeitsgeneration nötig sein werden, sollte nicht als grundsätzliches Hindernis angesehen werden.

Auf lange Sicht ist auf diese Weise angestrebt und erreichbar, daß nicht mehr Erwerbsarbeit und ihre Entlohnung das maßgebliche Kriterium darstellt, um Menschen zu ihrer Identität zu verhelfen und sie gesellschaftlich einzuordnen, sondern das individuell verwirklichte Konzept einer ganzheitlichen Lebensgestaltung, dem Stachel und Peitsche existenzieller Not genommen sind.

Es kommt an auf die menschliche Art zu leben.

## VII. Umsetzung der Arbeitspolitik in die Praxis

### 1. Instrumentarium:

Soweit staatliche Entscheidungen gefordert sind, kommen vier Kategorien in Betracht: Gebote, Verbote, Anreize und Leistungen. Darauf muß es also stets hinauslaufen, wieviel an Planung, Programm, Aktion und anderem sonst gedacht, gefordert und beschlossen wird.

Ausgehend von der gegenwärtigen Verfassungs- und Rechtslage sind verschiedene Einflußfelder der Arbeitspolitik zu berücksichtigen.

Einige dieser Einflußfelder sind der Sphäre des staatlichen Zugriffes weitgehend entzogen.

Hierzu sind zu nennen:

- die Tarifhoheit der Sozialpartner
- die Marktstrategien der Unternehmen,
- die wissenschaftliche / technische Entwicklung,
- die Verbesserung der Produktivität,
- das internationale Lohngefälle,
- der Wertewandel in der Gesellschaft..

Bei anderen Einflußfeldern wiederum sind die Dispositions- und Einflußmöglichkeiten des Staates relativ groß. Hierunter fallen:

- Ordnungs- und Schutzmaßnahmen durch rechtliche Regelungen (Arbeitsrecht),
- die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben,
- Bildungsziele, Bildungswege, Anerkennung von Bildungsabschlüssen in Bezug zum Arbeitsleben (z. B. duales System der Berufsbildung),
- die quantitative und qualitative Gestaltung des Arbeitsbedarfs durch öffentliche Aufträge wie auch steuerliche Regelungen unter Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Aufgaben (z. B. der Umweltschutz),
- die Regulierung der Verteilung von Arbeit (z. B. durch Verbot bezahlter Überstunden und Kontrolle der Schattenwirtschaft),
- die soziale und materielle Anerkennung nicht - bezahlter Arbeit (z. B. in der Rentenversicherung).

Es gibt also nicht nur einen außerordentlichen Handlungsbedarf für die Arbeitspolitik, sondern ein in wichtigen Zügen schon entwickeltes Instrumentarium. Mit diesem Instrumentarium sind in der Vergangenheit Sachfragen in bestimmter Weise gelöst, Rechte zugesprochen und Pflichten auferlegt worden, die in ihrer Summe zu einer weitgehenden Verfestigung und Unbeweglichkeit geführt haben. Den *Liberalen Demokraten* ist klar, daß zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen zur Arbeitspolitik erhebliche und damit auch konfliktträchtige Eingriffe in diese verfestigten Interessenstrukturen nötig sein werden.

## 2. Finanzierung

Sieht man von der noch nicht aktuellen Forderung nach einem Mindesteinkommen ab, dann verursacht das hier vorgelegte Konzept zusätzliche Kosten vor allem in zwei Punkten: bei der Rentenversicherung durch geringere Beiträge in Folge verkürzter Arbeitszeit (Abschnitt III) und bei den Staatsausgaben wegen zusätzlicher Aufgabenzuweisung (Abschnitt IV,1.). Diese Kosten können derzeit nicht genau in Zahlen bestimmt werden, da geeignete, gesamtwirtschaftliche Rechenmodelle nicht allgemein verfügbar sind. Im übrigen kommt es auf den Saldo an: unter bestimmten Annahmen kann die 30 - Stunden - Woche merklich zur Stabilisierung der Rentenversicherung beitragen, da die Relation Einzahler - Zahlungsempfänger gegenüber heute verbessert; ebenso dürfte sich eine steigende Erwerbsquote positiv auf die Steuereinnahmen sowie auf Einsparungen bei Zuschüssen zur Rentenversicherung und beider Sozialhilfe auswirken.

Soweit dennoch zusätzlicher Finanzbedarf besteht, können Mittel in den öffentlichen Haushalten gewonnen werden:

- Abbau von Subventionen einschließlich der Sparförderung (wissenschaftliche Institute schätzen das Gesamtvolumen aller Subventionen auf einhundertzwanzig Milliarden DM),
- Abbau der Ausgaben für Rüstung und Unterhalt der Streitkräfte,
- Beteiligung des öffentlichen Dienstes (Beamte) durch eine Arbeitsmarktabgabe,
- Vermeidung von Verschwendung und Vergeudung, z. B. bei den Ausgaben für Verkehr, Gesundheit, EG - Landwirtschaft, Verkabelung, Umweltnachsorge, Energie, Wasser, Wohnungsbau, Bildung sowie bei Einnahmeentgängen wegen widersprüchlichen Steuerrechts mit zu hohen Bewertungsspielräumen und unzureichenden steuerlichen Betriebsprüfungen.
- Bodenwertzusatzabgabe und steuerliche Änderungen.

## 3. Flankierung der Arbeitspolitik:

So zentral das Konzept der Arbeitspolitik angelegt ist, so sehr hat es die Wechselwirkungen mit anderen Politikbereichen zu beachten.

Diese Beziehungen können hier nicht im einzelnen entfaltet, sondern nur in einigen Strichen umrissen werden.

### a. Wirtschaft

Die *Liberalen Demokraten* gehen davon aus, daß Deutschland in weltwirtschaftliche Verflechtungen eingebunden ist und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten muß. Dabei kann in absehbarer Zeit der zusammenwachsende, europäische Binnenmarkt als Aktionsfeld und Grenzmarke gelten.

Aufgrund dieser Einschätzung sind die *Liberalen Demokraten* von einer Verteufelung des technischen Fortschritts ebenso weit entfernt wie von einer Idealisierung etwa der Genossenschaften.

Unbefangener Realismus muß jedoch auch erkennen, daß die Prinzipien des Marktes und des Wettbewerbs nicht in reiner Form wirken können und dürfen. Einerseits haben sich Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht ergeben, die sich öffentlicher Kontrolle entziehen;

andererseits besteht aus guten Gründen eine gemischte Wirtschaftsverfassung, die erst in der Summe den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen deckt. Damit die Vorzüge dieser Ordnung auf der Grundlage der Demokratiegebote im Grundgesetz besser zur Geltung kommen, muß die Position des Einzelnen gestärkt werden, sei er Arbeitnehmer, Firmengründer oder Verbraucher. Denn letztlich wird die Gesellschaft von der Kreativität und Motivation ihrer Bürger getragen. In diesem Zusammenhang streben die *Liberalen Demokraten* an:

- Ausbau der Mitbestimmung,
- Dekonzentration von Unternehmen und Fusionskontrolle,
- Begünstigung von Gründern (z. B. Kapitalisierung von Arbeitslosenhilfe)
- Verhaltenskodex von Großfirmen (z. B. kein Export von Wehrtechnik),
- Abbau von Hindernissen für Innovationen,
- Einrichtung von hierarchiefreien Qualitätszirkeln in den Unternehmen.

Bei allen gesamt- und einzelwirtschaftlichen Entscheidungen der öffentlichen Hand müssen die quantitativen und die strukturellen Beschäftigungseffekte in den Vordergrund gestellt werden, insbesondere bei der Auswahl von Projekten, bei der Erarbeitung von Investitions- und Konjunkturprogrammen, bei der Gestaltung von Steuer- und anderen Wirtschaftsgesetzen sowie bei der Gewährung von Subventionen. Ziel muß sein, Anreize zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen zu beseitigen und Vergünstigungen für beschäftigungsintensive Betriebe anzubieten.

## **b. Steuern**

Folgende Grundsätze leiten unsere Steuerpolitik:

- So viel direkte und so wenig indirekte Steuern wie möglich, weil direkte Steuern sich an der Leistungsfähigkeit orientieren können, indirekte aber nicht. Diese Forderung gehört seit mehr als hundert Jahren zum Grundbestand fortschrittlicher Politik, während die Vertreter der Besitzenden mit wechselnder Bemäntelung jeweils das Gegenteil verlangen. Es ist unklar, daß die Steuerharmonisierung in der EG hier enge Grenzen zieht.
- Es muß dafür gesorgt werden, daß die Bezieher höherer Einkommen ihrer Steuern auch wirklich zahlen. Der Rückgang des Anteils der veranlagten Einkommensteuer zeigt, daß dies immer noch weniger der Fall ist. Die Möglichkeiten, Beträge von steuerbaren Einkommen abzuziehen, sind rigoros auf echte Kosten zu beschränken. Quellensteuer auf alle Kapitalerträge, Schritte gegen die Steuerflucht und mehr Betriebsprüfungen sind weitere Möglichkeiten.
- Millioneneinkommen und Milliardenvermögen sind stärker zu belasten, um der Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen entgegenzuwirken.
- Die indirekte Besteuerung muß die sozialen Kosten der Produktion ausdrücken. Nicht die Wertschöpfung soll Grundlage der Steuer sein, wie bei der Mehrwertsteuer, sondern der Verbrauch an Energie und nicht erneuerbaren Rohstoffen sowie Umweltbelastung. Diese Umstellung muß auf EG - Ebene durchgeführt werden.

## **c. Bildung und Jugend**

Die *Liberalen Demokraten* weisen diesem Bereich einen hohen Rang zu. Sie gehen aus von einem grundsätzlichen Vertrauen in die jeweils junge Generation und anerkennen den Wandel von Wertvorstellungen. Die *Liberalen Demokraten* streben an, daß die nächsten Generationen weder eine „no - future - Haltung“ entwickeln noch zur Anpassung erzogen werden. Daher ist es nötig, von Kindheit an auf diese Selbsttätigkeit und die schöpferische Entfaltung der Kräfte zu setzen, sowie Freiräume zu gewähren, die Selbstfindungsprozesse ermöglichen. Diesen Zielen dienen mit Kopf und Hand, eine Hinführung zum Alltag in Gesellschaft und Wirtschaft durch Projektunterricht,

Arbeitslehre, Sozial- und Betriebspraktika sowie Gelegenheiten zu alternativen Lebens- und Selbsterfahrungsformen.

#### **d. Familie und Alte**

Die Neuverteilung der Erwerbsarbeit und die Anerkennung der Nicht - Erwerbsarbeit werden neue Lebensformen ermöglichen. Die *Liberalen Demokraten* lehnen eine rollenspezifische Verteilung der Aufgaben nach dem Muster, der Mann verdient den Unterhalt im Beruf - die Frau besorgt die Kinder und den Haushalt, als überholt ab. In jeder auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft (z. B. Eltern und Kinder, Erwachsene unter sich, Erwachsene und Hilfsbedürftige) soll frei entscheidbar und vor allem revidierbar sein, wer welche Pflichten übernimmt. Anstelle wirklichkeitsferner Leitbilder werden damit Familien unterschiedlicher Art aus ihren inneren Zwecken heraus neu begründet und mit Leben erfüllt. Durch die Verwirklichung der Arbeitspolitik erhalten Gleichberechtigung und Partnerschaft ihre längst nötige ideelle und materielle Fundierung. Fehlentwicklungen wie Ehe um der Versorgung willen oder Familie als humane Kompensation inhumaner Arbeit können entfallen.

Die Überbewertung der Erwerbsarbeit hat zu einer verzerrten Einschätzung und Behandlung des Alters geführt. Dies mindert den geistigen, kulturellen und zwischenmenschlichen Reichtum der Gesellschaft. Die *Liberalen Demokraten* sprechen sich dafür aus, die besonderen Fähigkeiten älterer Menschen für die Entfaltung familiären und gesellschaftlichen Lebens zu nutzen, z. B. Zeit zu haben, Respekt zu genießen, dank Wissens von früher staunen und vergleichen zu können, Erfahrungen einzubringen, weniger an materiellen Gütern zu denken und Tradition zu bewahren. Das Ziel totaler Versorgung, die zugleich totale Entmündigung darstellt, ist verfehlt. Die Würde des älteren Menschen ist ebenso unantastbar wie sein Grundrecht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Zufriedenheit, Glück und Wohlbefinden des älteren Menschen verlangen ein Bündel differenzierter Maßnahmen, das auf seine Wünsche und seine Möglichkeiten Rücksicht nimmt. Demgemäß nimmt die Alten - Politik der *Liberalen Demokraten* Abstand von den Maximen Betreuung und Versorgung. An erster Stelle steht vielmehr, bei Anerkennung kleiner und größerer Beschwerlichkeiten, die Selbständigkeit älterer Menschen so lange wie möglich zu erhalten und ihre Kommunikationsmöglichkeiten untereinander wie mit der jüngeren Generation zu stärken. Mehr Phantasie heißt daher das Gebot der Familie, Nachbarschaft, sozialen Diensten, Architektur und Städteplanung, wie bei gesetzlichen und institutionellen Vorkehrungen.

#### **e. Gleichstellung von Frau und Mann**

Als Folge von überkommener Tradition werden Frauen und Männer auch im Arbeitsleben in wichtigen Fragen verschieden behandelt. Im Verhältnis des Bürgers zum Staat verbietet Art. 3 Grundgesetz eine ungleiche Behandlung aufgrund des Geschlechts. Dieses Prinzip muß Zug um Zug auch im Verhältnis zwischen Privaten, nämlich Beschäftigern und Beschäftigten, durchgesetzt werden.

Diese tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann verlangt miteinander verknüpfte Maßnahmen auf mehreren Gebieten. Nur ein Teil der Maßnahmen liegt in der Zuständigkeit des Staates, der übrige Teil der Maßnahmen dagegen bei bestimmten gesellschaftlichen Kräften, vor allem den Tarifvertragsparteien. Damit hier eine Änderung beschleunigt wird, muß der Staat geeignete Maßnahmen ergreifen können, z. B. Erlass eines Antidiskriminierungsgesetzes, verbunden mit der Verhängung von Bußgeldern und Abgabenlasten bei Nichtbeachtung des Gleichheitsgebots. Im folgenden werden einige Anhaltspunkte und Richtungen aufgezeigt, die künftige Aktivitäten kennzeichnen sollen:

- Förderung von Arbeitsplätzen in Frauen- oder alternativen Projekten, von Frauen in Männerberufen, von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen.

- Hilfen bei der Wiedereingliederung nach Kindererziehung in Form von Beratung, Fort- und Weiterbildungsangeboten, steuerlichen Vergünstigungen für Aus- und Weiterbildungskosten.
- Einrichtung von Kindertagesstätten oder Hilfen bei selbstgewählter Form der Kinderbetreuung.
- Große Bedeutung kommt der ausgleichenden Steuerung durch berufliche Weiterbildung und durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen zu.
- Beschäftigungswirksame Subventionen an die private Wirtschaft sollten mit der Auflage verbunden werden, positive Maßnahmen zur Ausbildung und qualifizierten Beschäftigung von Frauen zu ergreifen, die mit der Berichts- und Informationspflicht zu verbinden sind.
- Der öffentliche Dienst sollte bei der Personalpolitik an Frauenförderungspläne vor allem in den qualifizierten Positionen gebunden werden. Möglich wäre auch eine Quotierung bei der Ausbildung und Besetzung von Stellen.
- Tele - Heimarbeit und kapazitätsorientierte Lohnarbeit müssen arbeits- und sozialrechtlich abgesichert werden.
- Auch für niedrige Einkünfte (unter DM 420,--) sollte eine Sozialversicherungspflicht gelten.
- Altersgrenzen für die Aufnahme in Fachschulen, für Weiterbildungsmaßnahmen, für Einstellungen und Einstieg in höhere Positionen müssen abgebaut werden.
- Arbeitsschutzbestimmungen müssen überprüft werden, die sich auf die Einstellung von Frauen negativ auswirken. Allgemeine Schutzbestimmungen müssen den Vorrang vor geschlechtsspezifischem Arbeitsschutz haben.

#### f. Freizeit

Begriff und Problem der Freizeit sind ein Produkt der modernen Industriegesellschaft. Fehlentwicklungen in der Arbeit (z. B. übermäßige Belastung, Sinnentleerung durch Arbeitszergliederung und Automatisierung) haben zu Fehlentwicklungen auch außerhalb der Arbeit geführt (z. B. „Flucht in die Freizeit“, Einrichtung von Freizeitparks, Medienkonsum).

Die *Liberalen Demokraten* streben an, die ganzheitlichen Perspektiven im menschlichen Leben zu verstärken. Demgemäß darf Freizeit sich nicht verselbständigen und nur den Zwecken der Erholung und Entspannung zugeordnet werden. Freizeit gewinnt vielmehr ihren Sinn durch die Aspekte Muße und Genuß, die in Arbeitsprozessen (ob bezahlt oder unbezahlt) regelmäßig weniger bedeutsam sind. Zur erfüllenden Gestaltung ihres Lebens fehlt vielen Menschen jedoch noch die Fähigkeit, mit ihrer Zeit eigenbestimmt so umzugehen, daß sie ihre geistigen und körperlichen, ihre ästhetischen und musischen, ihre kreativen und sozialen, ihre sportlichen und handwerklichen Wünsche und Möglichkeiten dabei entdecken und befriedigen.

Insofern sind Bildung und Weiterbildung stark gefördert. Im übrigen kann unmittelbar auf Freizeit bezogene Politik nur ausgerichtet sein auf Beispiel, Anregung und Angebot, nicht dagegen auf Bevormundung, Gängelung und Verplanung (auch kommerzieller Form).

#### g. Vermögen

Abhängige Erwerbsarbeit kommt den einen, und zwar der Mehrzahl, als Lohn zugute, den anderen, einer relativ kleinen Minderheit als Gewinn. Seit der Währungsreform von 1948, die eine „Stargleichheit“ aller Bürger beabsichtigt, aber aufgrund unterschiedlicher Behandlung von Geld- und anderem Vermögen nicht wirklich herbeigeführt hat, wächst das Produktivvermögen höchst asymmetrisch nur relativ wenigen Kapitalbesitzern zu. Diese Ungleichheit hebt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ aus den Angeln und unterhöhlt damit das Fundament der Wettbewerbswirtschaft.

Die *Liberalen Demokraten* sind sich bewußt, daß die bestehenden Verhältnisse nicht durch einen einmaligen Akt grundlegend korrigiert werden können. Auf der anderen Seite würde eine weitere tatenlose Hinnahme der Entwicklung wirtschaftlich wie gesellschaftlich eher schaden als nützen.

Daher fordern die *Liberalen Demokraten* eine ständige Beteiligung breiter Schichten insbesondere am Zuwachs von Produktivvermögen.

Konkrete Lösungswege hierfür müssen noch ausgearbeitet werden. Die Einrichtung überbetrieblicher Fonds, verbunden mit der Ausgabe von Anteilscheinen an Arbeitnehmer, ist ein Gedanke, der trotz mancher schon erhobenen Bedenken nicht von der Hand zu weisen ist. Im übrigen ist die Ansammlung übergroßer Vermögen durch eine drastische Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuersätze zu begegnen.

#### **4. Einstieg**

Die *Liberalen Demokraten* werden, um die Diskussion über den 6 - Stunden - Tag und die 30 - Stunden - Woche voranzutreiben, einen Gesetzentwurf vorlegen. Es handelt sich um eine Neufassung der Arbeitszeitordnung nach dem Beratungsergebnis des Parteitages am 12. Und 13. April 1986 in Osnabrück. Sie soll den Tarifpartnern, aber auch dem bald zu wählenden 11. Deutschen Bundestag als Anstoß dienen, endlich eine Entscheidung zu treffen, die die Gesellschaft voran bringt, indem sie für möglichst viele Grundrechte einlösbar macht und die Teilhabe am sozio - ökonomischen Fortschritt sichert.

### **Gesetz über Arbeitszeit**

#### **§ 1 Regelarbeitszeit**

Die regelmäßige Arbeitszeit für abhängig Beschäftigte in privaten und öffentlichen Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen beträgt als Obergrenze werktäglich 6 Stunden und wöchentlich 30 Stunden.

#### **§ 2 Andere Verteilung**

In Tarifverträgen und Einzelarbeitsverträgen kann eine andere Verteilung der täglichen Regelarbeitszeit auf Dauer vorgesehen werden, wenn zwingende Gründe der Arbeitsorganisation dies erfordern und Beschäftigte dadurch nicht unzumutbar belastet werden. Durch Betriebsvereinbarung kann in gleichartigen Fällen eine zeitlich begrenzte Regelung getroffen werden. 8 Stunden Arbeitszeit je Tag dürfen dabei nicht überschritten werden.

#### **§ 3 Verlängerung**

Arbeitszeiten, die über die Obergrenzen der 1 und 2 hinausgehen, kann die zuständige Aufsichtsbehörde in Ausnahmefällen mit zeitlicher Begrenzung zulassen, wenn

- a) regelmäßig und in erheblichem Maß Arbeitsbereitschaft in die Arbeitszeit fällt oder
- b) durch die Arbeitszeitverlängerung der Eintritt erheblichen wirtschaftlichen Schadens verhindert wird oder
- c) während der Arbeitszeit Angebote zur Weiterbildung vorgesehen sind.

Die Jahresarbeitszeit eines Beschäftigten, das ist die Summe der Werktage á 6 Stunden oder der Arbeitswoche á 30 Stunden abzüglich der gesetzlichen oder vertraglich zustehenden Urlaubstage oder -wochen, darf durch derartige Regelungen nicht erhöht werden.

#### **§ 4 Überstunden**

Die regelmäßige Leistung von Überstunden ist grundsätzlich unzulässig. Soweit Überstunden in begründeten Fällen statthaft sind, findet ein Ausgleich durch Freizeit statt. Überstunden sind wie normale Stunden zu vergüten; der Arbeitgeber hat für jede Überstunde einen zusätzlichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von 50 Prozent des Stundenlohnes abzuführen.

#### **§ 5 Sonstige Schutzregelungen**

Durch die Einführung der Regelarbeitszeit gemäß 1 darf der Schutz, den bestehende Regelungen zugunsten der Beschäftigten gewähren, zum Beispiel bei Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, nicht verschlechtert werden.

#### **§ 6 Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1991 in Kraft. Die Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 wird mit diesem Zeitpunkt aufgehoben.

## **9. BPT der LD am 22.06.1986 in Dortmund**

### **UN - Konvention gegen Folter**

Die *Liberalen Demokraten* fordern von der Bundesregierung die Unterzeichnung der 1984 von der UNO verabschiedeten Anti - Folterkonvention.

Von den westeuropäischen Ländern haben neben der Bundesrepublik bisher nur Malta und Irland diese Konvention nicht unterschrieben. Die Bundesregierung weigert sich, dem Abkommen beizutreten, weil es internationale Kontrollen in den Gefängnissen der Unterzeichnerstaaten vorsieht. Dies würde zum Beispiel auch internationale Kontrollen in Stuttgart - Stammheim einschließen. Da die Anwendung der Folter heute in vielen Staaten der Welt verbreitet ist, ist es wichtig, daß wenigstens die demokratischen Staaten sich am Kampf gegen die Folter beteiligen. Auf Grund der historischen Erfahrungen in Deutschland zwischen 1933 und 1945 erscheint es geboten, daß auch in der Bundesrepublik internationale Maßnahmen und Kontrollen wirksam werden, die einen Rückfall in solche Zeiten wirksam verhindern.

### **SDI - ein tödliches Abenteuer**

#### ***Liberalen Demokraten* nehmen Stellung zur Militarisierung des Weltraums**

##### **I.**

Es wird behauptet, SDI diene der Verteidigung, denn die Abkürzung stünde für „Strategic Defence Initiative“.

Richtig aber ist:

SDI ist die Militarisierung des Weltraums.

##### **II.**

Als die Bundesregierung SDI zustimmte, behauptete sie: „SDI erhöht die militärische Sicherheit für Europa.“

Richtig aber ist:

SDI wird nur interkontinentale, also auf die USA gerichtete Raketen abwehren. Die Bedrohung Europas bleibt

unverändert. Sie wird - im Gegenteil - noch erhöht, weil die Verträge ABM, SALT I und SALT II, welche die

Rüstung begrenzen und kontrollieren, durch SDI unwirksam werden.

SDI würde die Überlegenheit der USA außerordentlich vergrößern.

Damit wächst zudem - während Krisenzeiten - die Gefahr des Präventivschlages.

Die Sowjetunion wird Nachteile durch weiteres Aufrüsten ausgleichen.

##### **III:**

Es wird behauptet: „SDI wird die USA enger mit der NATO und Europa verbinden und solidarisieren.“

Realität aber ist das Gegenteil:

SDI wehrt Interkontinental - Raketen ab. Es kann bestenfalls militärische Anlagen und Raketensilos in den USA schützen.

Im Ausgleich dazu soll Westeuropa durch die neue NATO - Strategie des AIR LAND BATTLE - Konzepts und des FIELDS - MANUAL 100 - 5 geschützt werden.

Hinter dieser neuen Strategie aber verbirgt sich in Wahrheit der Übergang von der Verteidigungsfähigkeit zur Kriegsführungsfähigkeit, d. h.: Sie macht es möglich, auf dem Schlachtfeld Europa „begrenzte“ Kriege zu führen. Damit jedoch verabschieden sich die USA aus der Sicherheits - Solidarität mit Europa und aus ihrer Verpflichtung zur Entspannung, wie im NATO - Vertrag, in der Harmel - Vereinbarung und im KSZE - Vertrag festgelegt sind.

#### IV.

Es wird behauptet: „Die Bundesregierung wird durch die Beteiligung an SDI eine bemerkenswerte Wirtschaftsförderung und den Anschluß an die moderne Technologie - Entwicklung gewinnen“.

Richtig aber ist:

Was hier versprochen wird, verstößt - solange er sich in Kraft befindet - gegen den Wortlaut des ABM - Vertrages.

Außerdem schränken unverändert gültige amerikanische Bestimmungen die Teilnahme ausländischer Firmen an Rüstungsaufträgen drastisch ein. Der US - Kongreß und die Regierung wollen sich streng an diese Bestimmungen halten. Die Geringfügigkeit des Umfanges der Aufträge, welche Europa bisher von den Vereinigten Staaten erhalten hat, beweist dies deutlich.

#### V.

Dem deutschen Anteil an SDI wird ein bedeutender Nutzeffekt für den zivilen Bereich zugeschrieben.

Richtig aber ist:

Eine gezielte Forschung auf dem zivilen Sektor ist wesentlich effektiver als der Umweg über das militärische Projekt SDI. Das beste Beispiel hierfür bietet Japan: Für seine Rüstung gibt es sehr wenig aus; dagegen finanziert es massiv die zivile Forschung. Mit den daraus gewonnenen Produkten hat es weltweit Erfolg.

Überdies: Der Finanzierungsbedarf für SDI bringt das ökonomische Gleichgewicht in Gefahr. Zunächst geht das zu Lasten der Dritten Welt; auf Dauer aber schädigt es auch die eigene Volkswirtschaft.

#### VI.

Es wird behauptet: „SDI mindert die Gefahr eines Krieges.“

Richtig aber ist das Gegenteil:

SDI vergrößert die Gefahr eines Krieges aus Versehen. Die Entscheidung für den Einsatz von SDI muß innerhalb von Bruchteilen von Sekunden getroffen werden und in Aktion umgesetzt werden. Da der Mensch für einen solchen Entscheidungsprozeß zu langsam ist, wird an seine Stelle der Computer eingesetzt.

Dieser wird der eigentliche Träger der Entscheidung. Aber auch Computer können irren oder versagen. Eine Fehlentscheidung kann also nicht ausgeschlossen werden; diese aber ist irreversibel.

Das Computerprogramm für das SDI - System kann nicht einmal erprobt werden, bevor es zum Ernstfall zum Einsatz kommt.

\*\*\*

So ist SDI weit davon entfernt, für die Bundesrepublik Deutschland die Kriegsgefahr zu mindern und ihr gleichzeitig wirtschaftliche und wissenschaftliche Vorteile einzubringen.

Wenn SDI seine Feuerprobe besteht, dann wird das hochgiftige Plutonium aus „vernichteten“ Raketen mit seiner Strahlung alles Leben - besonders in Europa - über Jahrtausende verseuchen.

## **10. BPT der LD am 25./26.04.1987 in Unkel am Rhein**

### **Chemische Kampfstoffe**

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die zuständigen Behörden zu veranlassen, zu untersuchen, ob in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik Deutschland der chemische Kampfstoff CS=OCBM rechtswidrig hergestellt und eventuell rechtswidrig eingesetzt wird. Der Bundesvorstand soll die zuständigen Institutionen auf Bundes- und Landesebene ansprechen, rechtliche Schritte einzuleiten, da die Fabrikation und der Einsatz chemischer Kampfstoffe seit der Genfer Konvention von 1925 verboten ist.

### **Kernenergie / Kohle**

Es werden keine neuen Kernkraftwerke mehr errichte. Bestehende Kernkraftwerke werden nach dem Ende ihrer Nutzung nicht mehr durch Neubauten ersetzt.

Für die Übergangszeit wird auf die heimische Kohle als arbeitsplatzschaffenden Energieträger zurückgegriffen unter Ausnutzung umweltschonender Technologien wie der Filterung der Abgase.

Die **These 13** zur **Innen- und Rechtspolitik** wird neu gefaßt:

Trotz der Reform des § 175 StGB besteht die gesellschaftliche und rechtliche Diskriminierung von Homosexuellen weiter.

Die *Liberalen Demokraten* fordern:

- Abschaffung des § 175 StGB
- Der § 173 (Beischlaf zwischen Verwandten) darf keine Anwendung auf homosexuelle Kontakte haben.
- Aufnahme des Verbots der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Orientierung in ein Anti-Diskriminierungsgesetz und in das Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3.
- Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus, auch die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden.
- Information über Homosexuelle und Homosexualität im schulischen Unterricht, die die sexuellen Neigungen gleichwertet.
- Verbot der systematischen Verfolgung von Homosexuellen.
- Abschaffung der sogenannten Rosa Listen.
- Keine Berufsverbote wegen sexueller Orientierung
- Für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung
- Homosexualität darf nicht als Krankheit angesehen werden, wie dies zur Zeit noch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) tut.
- Die WHO wird aufgefordert die Homosexualität aus ihrem Krankheitskatalog zu streichen.
- Beendigung zwangsweiser medizinischer Behandlung zur sexuellen Umorientierung.

## **NULL - LÖSUNG JETZT**

1. Die *Liberalen Demokraten* fordern die Bundesregierung auf, ihre Konzeptionslosigkeit und Widersprüchlichkeit bei der atomaren Abrüstung in Europa zügig zu überwinden und alsbald konkrete Schritte zum Abbau der Mittel- und Kurzstreckenraketen einzuleiten. Nur durch ein

solches entschiedenes Handeln jetzt kann die Bundesregierung ihre langfristige Friedenswilligkeit beweisen und Impulse an die europäischen Vertragspartner insbesondere Großbritannien und Frankreich weitergeben.

2. Der Einstieg in eine erste Stufe einer west - östlichen Sicherheitspartnerschaft mit tatsächlich weniger Waffen darf auch nicht durch Druck der militär - industriellen Lobby gestört werden, die durch Waffenexport und neue Waffensysteme Schein - Sicherheit vermarkten will.
3. Das gegenwärtige Verhalten der CDU setzt den früheren Wählerbetrug fort.  
Statt Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen wurde nachgerüstet. Den ernstzunehmenden Angeboten der Sowjetunion werden immer neue Bedingungen und Gesprächsbarrieren entgegengestellt, statt in Verhandlungen einzutreten. Es werden keine vertrauensbildenden Maßnahmen ergriffen, sondern die sowjetischen Vorschläge lediglich als Propagandamanöver hingestellt.
4. Gegenwärtig werden alle Verhandlungsmöglichkeiten mit der numerischen Überlegenheit der konventionellen sowjetischen Truppenstärke abgetan.
5. Im Interesse der langfristigen Friedenssicherung fordern die *Liberalen Demokraten* die Regierungsparteien auf, schnellstens ein eigenes abrüstungsstrategisches Konzept vorzulegen, das die positiven Vorschläge und Vertragselemente der Sowjetunion aktiv einbezieht (Reykjavik, Prag, Genf, Moskau).
6. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb als Bestandteile eines friedenssichernden, abrüstungsstrategischen Konzeptes:
  - unverzüglicher, vollständiger Abbau der Mittelstreckenraketen ohne Ersatzaufrüstung,
  - Abbau der Kurzstreckenraketen in beiden Paktsystemen als raketenfreier Gürtel in Europa
  - Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen wie: wechselseitige Inspektion bei Raketenvernichtung, Ausbau der wechselseitigen Manöverbeobachtung, wechselseitige Seeschiffsbesuche, Bergungshilfe bei Seeunfällen auch bei Kriegsschiffen, Zulassung satellitengestützter Luftüberwachung auch über fremd - nationalen Territorien, Vorschaltung von Warnsystemen zur Vermeidung technischer Fehler bei Gegenschlagsystemen.

### **Wider die Restauration - ein mahnender Aufruf**

Freisinnig und wider die Restauration: sollte man diese beiden Aussagen eigentlich mit einem „und“ verknüpfen? Muß es nicht sehr viel eher heißen: freisinnig wider die Restauration? Gehen nicht beide Hand in Hand? Wenn es so ist, gibt es nicht viele Freisinnige in unserem Land. Kaum einer regt sich gegen die Welle der Restauration, die unser Leben im Augenblick beherrscht. Grundgenug für die verstreuten Freisinnigen und radikalen Demokraten sich zusammenzufinden, um gegen die Restauration anzugehen. Einen solchen Anstoß will dieser Beschluß geben.

### **Wider die Restauration**

Wir leben mitten in einer Epoche der Restauration. Eine solche Rückentwicklung rechtlicher und sozialer Errungenschaften in Deutschland hat Vorläufer: 1819, als die Fortschritte der Französischen Revolution durch die „Karlsbader Beschlüsse“ zunichte gemacht wurden, und 1849, als die „Frankfurter Nationalversammlung“ zwangsweise aufgelöst und damit der Schutz der Bürger durch Grundrechte gegenüber dem Staat um 70 Jahre hinausgeschoben wurde. Seit Beginn der achtziger Jahre verbreitet sich nun aufs Neue der Geist der Unduldsamkeit und der Unfreiheit, klingen nationalistische Töne stärker und nimmt die Überwachung von Menschen zu.

Eine Ursache ist: Die liberalen Vorkämpfer für Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat haben wichtige politische Schlachten verloren. Der Fortschritt der freiheitlichen Demokratie ist gestoppt.

Jetzt schlägt das Pendel zurück. Der Staat wird restaurativ ermutigt, die Gesellschaft orientiert sich nicht mehr an liberalen Grundwerten.

Die Starken haben das Sagen, die Schwachen leiden Not. Wieviel inzwischen tatsächlich verloren ist - keine mutigen Mahner wie Ossietzky und Tucholsky in den zwanziger Jahren machen genügend darauf aufmerksam.

Kein Zweifel: Diese Restauration trifft uns alle als Menschen und Bürger. Sie macht uns im Inneren wie nach außen unfähig zu Verhandlung und Ausgleich, zu Abrüstung und Frieden. Um diese bedrohliche Rückentwicklung zu stoppen, muß die scheinbare Attraktion des Sicherheits- und Ordnungsdenkens entlarvt werden. Die Restauration hat viele Gesichter.

Stichworte der zurückgenommenen Bürgerrechte, der fortschreitenden Unduldsamkeit und der Rücknahme faktischer Möglichkeiten zur Emanzipation, die Geist und Ziel unserer Grundgesetzes aushöhlen, sind:

#### **a) Überwachungsstaat**

Verschärftes Demonstrationsstrafrecht, straffreier Kronzeuge, schrankenloser Zugriff auf zentrale Kfz. - Daten (ZEVIS), Gesetz über die Zusammenarbeit der Geheimdienste (ZAG), Atomstaat = Überwachungsstaat, Volkszählung = ausgehöhlter Datenschutz, maschinenlesbarer Personalausweis, kritisches Denken unter Terrorismusverdacht (§ 129a), Literaturverfolgung (§ 130a), AIDS - Meldepflicht, illegale Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Privatwirtschaft

#### **b) Minderheitenrechte**

Einschränkung des Asylrechts, Verweigerung eines Antidiskriminierungsgesetzes, Aufrechterhaltung der Berufsverbote, Unduldsamkeit gegenüber ethnischen, religiösen Minderheiten und Ausländern, Ausgrenzung von Homosexuellen

#### **c) Militarisierung der Gesellschaft**

Erleichterung für Rüstungsexport, verlängerte Wehrpflicht, Ausgrenzung der Wehrdienstverweigerer, Wehrkunde statt Friedenkunde, Widerstände gegen Abrüstung, Glorifizierung des Militärs und seiner Tradition

#### **d) Nationalismus**

Gründung des historischen Museums in Berlin mit der Debatte, ob und wie Österreich hierbei als Teil Deutschlands darzustellen sei, Bitburg und „Schlesien ist unser“, Nationalhymnen in Rundfunk und Fernsehen wiedereingeführt, „ein Däne darf nicht das Schicksal Schleswig - Holsteins bestimmen“

#### **e) Un - Bildung**

Wachsende Chancenungleichheit vom Kindergarten bis zur Weiterbildung, Auslese der 9 - jährigen für weiterführende Schulen, Einengung für gemeinsame Schulbildung aller Kinder in Förderstufen und Gesamtschulen, Überbetonung von Hochbegabungen und Leistungselite, neuerliche Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, Rücknahme der neugestalteten Oberstufe, Kürzungen

bei der Ausbildungsförderung, Wiedereinführung von Studiengebühren, Wiederherstellung der Ordinarienherrschaft statt Mitbestimmung in der Hochschule

**f) Bevormundete Kultur**

Zimmermanns Krieg gegen kritische Filmemacher: ob sie nun Achternbusch oder Krieg heißen. Es werden unverzichtbare Werte in Gefahr gesehen und dementsprechend gehandelt. Nicht anders übrigens steht es im Funk- und Fernsbereich, wo ein Franz Alt sich mühsam durch alle Instanzen klagen muß

**g) Entsolidarisierung der Gesellschaft**

Beschneidung der Streitfähigkeit der Gewerkschaften durch Schaffung von Waffenungleichheit zu Lasten der Arbeitnehmer und Gewerkschaften (§ 116 AFG), Arbeitsverträge auf Zeit mit geringer sozialer Sicherung (Zeitarbeitsvertragsgesetz), geplante Abschaffung der Montan - Mitbestimmung, Rücknahme des Mieterschutzes in Berlin, Erschwerung legalisierter Schwangerschaftsabbrüche, Abbau sozialer Leistungen zu Lasten von Schwachen, Frauen als Reservearmee.

Die Kräfte der Restauration sind stark, stärker als dieser Katalog der Anklage sichtbar macht. Mögen nun die Aussichten noch so trübe erscheinen: Die Hände schlapp in den Schoß legen, hieße den Restaurateuren freie Bahn zu lassen. Statt dessen müssen wir den politisch - demokratischen Kampf aufnehmen, um freiheitliche Lebensverhältnisse für alle, eine offene Gesellschaft ohne festes Oben - Unten und die Friedensfähigkeit unseres Volkes durchzusetzen. Wie in der Natur der Wald, so stirbt in der Gesellschaft die Freiheit. Jahr für Jahr etwas mehr. Eines Tages ist nichts mehr zu retten.

**Auf unser Handeln kommt es an!**

## 11. BPT der LD am 11./12.06.1988 in Aachen

### Wahlprogramm für die Europawahl

#### **Wir wollen Europa - doch dieses Europa wollen wir nicht!**

Wir, die *Liberalen Demokraten*, wollen ein demokratisches, freiheitliches Europa. Wir wollen kein halbherziges Europa, das in Bürokratie, Technokratie und Unverständnis erstickt.

Wir wollen ein Europa, dessen Schicksal von seinen Bürgern und dem von ihnen gewählten Parlament, nicht aber von einzelstaatlichen Bedenken bestimmt wird. Wir wollen ein Europa der öffentlichen Entscheidungen und nicht ein Europa der Beratungen hinter verschlossenen Türen.

Wir wollen den Grundwerten der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nicht nur in den einzelstaatlichen Verfassungen, sondern auch in der Europäischen Gemeinschaft und in ihrem Alltag Geltung verschaffen. Die Völker Europas haben diese Revolution weithin gemeinsam erlebt. Sie ist zu einer gemeinsamen geistig - politischen Wurzel geworden. Wir wollen, auf ihren Idealen fußend, die Grundrechte und -freiheiten der Bürger für Europa festschreiben. Wir wollen eine demokratische, freiheitliche Europäische Verfassung: eine Verfassung, die dem über zweitausendfünfhundertjährigen Erbe Europas gemäß ist, eine Verfassung, die allen Europäern gleiche Rechte gibt und das gemeinsame Bewußtsein dieses Kontinents ausdrückt, eine Verfassung schließlich, die die Gemeinschaft für alle anderen Europäer offenhält. Die im Innern der Staaten geltenden verfassungsrechtlichen Grundsätze müssen auch für Europa insgesamt gelten, d. h. Volkssouveränität, Grundrechte und -freiheiten, Verantwortlichkeit der ausübenden gegenüber der gesetzgebenden, der gewählten Gewalt.

Wir sind bereit, dafür einen Preis zu zahlen, dafür auf viele vertraute Regelungen im Nationalstaat und auf ein ständiges Aufrechnen zu verzichten. Wir möchten Vertrauensvorschuß gewähren. Dies gilt der Art und Weise, wie andere die gleichen Probleme lösen, die auch wir kennen. Wir müssen die häufig gefühlsmäßig bedingte Angst gegenüber einer möglichen Übervorteilung oder einem ungenügenden Schutz überwinden und dabei auf die Kraft einer gemeinsamen Willensbildung vertrauen. Wir müssen beispielsweise den Umweltschutz, die medizinischen, tiermedizinischen und lebensmitteltechnischen Untersuchungen sowie die Ahndung von Gesetzesübertretungen bei unseren Nachbarn ebenso akzeptieren, wie wir bereit sein müssen, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu führen, deren erstes Ziel vielleicht die Vollbeschäftigung, nicht aber - wie gewohnt und bei uns mehrheitsfähig - die Preisstabilität ist. Kurz, wir müssen um des Neuen willen bereit sein, auf Geliebtes zu verzichten. Wir müssen auf die Macht des Wortes im Europäischen Parlament vertrauen, ohne stets auf die nationale Notbremse zu schielen.

Wir sind bereit, für ein demokratisches, parlamentarisch verantwortetes Europa etwas zu wagen, ohne bis ins letzte abgesichert zu sein. Wir wollen nicht fragen, ob eine Sache uns denn kurzfristig einen Nutzen bringt. Unsere europäische Perspektive reicht über die nächsten vier, fünf Jahre weit hinaus. Sie zieht zugleich auch die Partner Europas in der Ersten, Zweiten und der Dritten Welt in die Betrachtung mit ein, die mit uns in vielfältigen Wechselbeziehungen stehen und dies auch immer bleiben werden. Nur mit einem mit allen demokratischen Rechten ausgestatteten Parlament vermag die Europäische Gemeinschaft die Impulse der Zukunft aufzufangen und auf sie gemeinsame Antworten zu finden. Die jetzt vorhandene Hierarchie der bürokratischen Instanzenwege neigt erkennbar zu Verkrustungen und zur Schaffung von Räumen, die entweder nicht oder nur unvollkommen kontrolliert werden.

Wir wollen eine Einheitlichkeit in Europa dort, wo sie sinnvoll ist. Wir wollen keine Vereinheitlichung um jeden Preis. Europas Stärke ist seine kulturelle Vielfalt, die Vielfalt der regionalen und nationalen Identifikationen. Diese Vielfalt müssen wir bestärken, wo der einzelne

unmittelbar betroffen ist, wie beispielsweise in seiner Sprache, seinem historisch gewachsenem Umfeld. Wir müssen sie bekämpfen, wo sie nichts zur wahren Identifikation des Einzelnen und seiner kulturellen Persönlichkeit beiträgt, wie beispielsweise bei den Paßkontrollen an den Grenzen, bei den nationalen Schutzmechanismen jeglicher Art, bei den nationalen Vorbehalten.

Die Liberalen waren im vergangenen Jahrhundert Schrittmacher für die Nationalstaaten. Sie wandten sich gegen die Kleinstaaterei und die Hemmnisse, die einem freien Austausch von Menschen und Sachen entgegenstanden. Sie haben zugleich die Verfassungen gestaltet, in denen Bürgerrechte und Gewaltenteilung verankerten. Die *Liberalen Demokraten* wollen helfen, dieses Werk heute auf europäischer Ebene fortzusetzen.

Im einzelnen fordern die *Liberalen Demokraten* für die Europäische Gemeinschaft in den nächsten Jahren:

- **Jegliche Grenzkontrollen sind abzuschaffen.** Die innerstaatlich entwickelten polizeilichen und steuerlichen Kontrollen sind auch über die Grenzen völlig ausreichend.
- **Die Landwirtschaftspolitik muß verbraucherfreundlicher und umweltverträglicher werden.** Ihre bisherigen Ziele der Stützung des bäuerlichen Familienbetriebes und der Versorgungssicherung in strategischer Sicht haben sich überholt. Der bäuerliche Familienbetrieb verschwindet. Die zu seinen Gunsten geschaffenen Bestimmungen werden von Großbetrieben genutzt, die mit ihrem chemisch unterstützten Anbaumethoden und ihren Massentierhaltungen Umweltschäden in beträchtlichem Ausmaß verursachen. Die Sicherung der Versorgung sollte kurzfristige Aspekte in den Vordergrund rücken, weil eine langfristige Unterbrechung des Verkehrs mit den überseeischen, in ihrer Produktion klimatisch begünstigten Erzeugerländern angesichts der militärisch - technischen Entwicklungen immer unwahrscheinlicher wird. An die Stelle der bisherigen Ziele der Landwirtschaftspolitik sollten die preiswerte Versorgung der Verbraucher, der vom Landbau ausgehende tatsächliche Umweltschutz sowie die Verantwortung Europas für seine überseeischen Partner treten. Dies bedeutet Preissenkungen und die Auflösung bzw. Verkleinerung der Fleisch- und Butterberge, Milch- und Weinseen. Statt dessen sollte die Pflege der Umwelt durch bäuerliche Familienbetriebe direkt entlohnt werden und sollten wesentliche Teile unserer Nahrungsmittel aus Übersee importiert werden - ohne daß es allerdings dort zu umweltstörenden Auswirkungen kommen darf.
- **Europäer/innen müssen selbständige oder unselbständige Arbeit zu den gleichen Bedingungen wie Inländer/innen aufnehmen können,** d. h. auf fremdenpolizeiliche Formalitäten und Erschwernisse ist zu verzichten. Zugleich sind Befähigungsnachweise, wie beispielsweise der Schul-, Fachhochschul- und Hochschulzeugnisse, großzügig nach dem Sinn und nicht in bürokratischer Detailfuchserie anzuerkennen.
- **Die europäische Verkehrsordnung** sollte dem Kleinunternehmer alle Möglichkeiten einer Betätigung lassen, die ihn aber nicht zum Maßstab nehmen. Die Wirklichkeit des Verkehrs auf der Schiene, der Straße, den Binnengewässern, auf dem Meer und in der Luft wird von Großunternehmen bestimmt.
- **Die europäische Wettbewerbsordnung** sollte die Kleinen vor den Großen schützen, d. h. zeitweise Hilfen für Kleine insbesondere in strukturschwachen Regionen ermöglichen und zugleich Subventionen an Große sowie von ihnen ausgehende Marktabsprachen und -beherrschungen mit aller zur Verfügung stehenden Macht bekämpfen.
- **Die indirekten Steuern** müssen auch in ihrer Höhe vereinheitlicht werden, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu ermöglichen und um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Dies wird auch eine Angleichung der direkten Steuern und der sozialen Leistungen erfordern.
- **Es ist eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik zu führen.** Die von den USA aufgrund der Reagan'schen Haushaltspolitik ausgehenden finanzpolitischen Einflüsse zeigen ebenso wie die Gefahren, die von den übermäßigen Verschuldungen einiger Länder der Zweiten

und Dritten Welt auf Europas Wirtschaft ausstrahlen, daß einzelstaatliche Gegenkräfte ihnen gegenüber machtlos sind.

Störquellen wie diese sind zudem nicht gegen Europa gerichtet, sondern das Ergebnis autonomer Finanzentscheidungen, deren Auswirkungen auf andere nicht sofort gesehen wurden und gegen die sich deshalb auch keine Stimme erhob. Der unbemerkt so eng gewordene weltwirtschaftliche Zusammenhang erfordert ein einheitliches Handeln Europas.

- **Die gemeinsame Außenpolitik** muß vom Parlament kontrolliert werden. Das ist insbesondere mit Rücksicht auf die Bewahrung des Friedens in Europa und der Welt wichtig.
- **Für alle EG - Angehörigen ist das unbeschränkte Wahlrecht** als Zeichen ihrer europäischen Inländereigenschaft einzuführen. Erst wenn sich die Staatsbürgerschaft in eine Europabürgerschaft verwandelt, wird Europa als das verstanden, was heute tatsächlich schon ist - eine Schicksalsgemeinschaft, die einen gemeinsamen politischen Willen bilden muß. Erst dies führt zur Verwirklichung der Vision vom einheitlichen, friedlichen Europa.

#### Tag der deutschen Einheit.

Der 17. Juni wird als Tag der deutschen Einheit abgeschafft.

Als Alternativen für den Nationalfeiertag sind der 3. November, 9. November, 18. Mai, 23. Mai oder 27. Mai in Betracht zuziehen.

#### Gegen die Vergiftung der Nordsee

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung der Nordsee einzuleiten.

---

Zwanzig Jahre MAGISCHES VIERECK - Anlaß zum beschäftigungspolitischen Kurswechsel von Heiner Jüttner in „Freisinnig wider die Restauration“ 1988

### 13. BPT der LD am 10.02.1990 in Kassel

#### **Umweltschutz ins Grundgesetz**

Die LD greifen die vom Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit 1988 erarbeiteten Vorschläge zur Ergänzung des Grundgesetzes auf und machen sie zu ihrer eigenen programmatischen Forderung. Sie sollen eine wirksame verfassungsrechtliche Verankerung des Umweltschutzes sowohl als Grundrecht wie als Staatsziel bewirken. Sie betreffen die Art. 2,1; 2,2; 14; 20 und 28,1.

#### Art. 2 (1)

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. **Dies schließt ein angemessenes Verhalten zur Umwelt ein.**

#### Art. 2 (2)

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, **die Erhaltung seiner natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz seiner Umwelt.**

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Art. 14 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2, Satz 2 erhält folgende Fassung:

Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit **und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen** dienen.

b) Abs. 3, Satz 1 erhält folgende Fassung:

Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit **und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen** zulässig.

In Artikel 20 wird ein Absatz 4 eingefügt:

**Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen, auch um ihrer selbst willen, unter dem besonderen Schutz des Staates. Das Nähere regeln die Gesetze.**

Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

Art. 28 (1) erhält folgende Fassung:

Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundgesetzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes **und der Verantwortung des Staates für die natürlichen Lebensgrundlagen** entsprechen.

(Die **fetten** Passagen weisen auf die Veränderungsvorschläge hin).

#### **Entmilitarisierung**

Die LD unterstützen Initiativen zum Rüstungsabbau mit dem Ziel der Entmilitarisierung sofern andere Instrumente einer europäischen Sicherheitspartnerschaft entwickelt werden.

## **Bündnis mit den „Grauen“**

Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesverband über ein Parteienbündnis mit der Partei „DIE GRAUEN“ zu verhandeln, mit der Option, gemeinsam an den Bundestagswahlen 1990 teilzunehmen.

## **Schaalsee**

Die LD ist um den Schaalsee besorgt, weil dort bedrohte Tier- und Vogelarten leben. Wir wollen den Schaalsee zum Naturschutzgebiet erklären lassen.

## **Tag von Tschernobyl**

Der 26. April ist als „Tag von Tschernobyl“ als gemeinsamer europäischer Gedenk- und Mahntag einzuführen.

## **16. BPT der LD am 05./06.10.1991 in Nürnberg / Franken**

### **Regelung der Pflegeversicherung**

Die neu einzuführende Pflegeversicherung ist in bestehende gesetzliche Krankenversicherungen zu integrieren.

„Private“ Pflegeversicherungen sollen nur für Versicherungsnehmer zulässig sein, die von den gesetzlichen Versicherungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind.

### **Asylrecht**

Eine Aushöhlung des Grundrechtes auf Asyl (Art. 16 GG) im Sinne einer Verfahrensbeschleunigung steht nicht im Einklang mit der Menschenrechtskonvention.

Die *LD* fordern daher die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung und parlamentarischen Kontrolle des angekündigten Verfahrensänderung im Asylrecht.

Dieser Kommission müssen in angemessenem Umfang Bürgerinnen und Bürger angehören, die in Asylverfahren und -problemen erfahren sind.

### **Straffreiheit für DDR - Staatsbürger**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Straffreiheit für alle ehemaligen DDR - Staatsbürger, die der Spionage beschuldigt werden.

Die Straffreiheit bezieht sich nur auf Spionagetätigkeit.

### **Besitzverhältnisse in den neuen Bundesländern**

Der ordentliche Bundesparteitag 1991 der *Liberalen Demokraten* unterstreicht mit Nachdruck die Kritik der Partei an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, vor allem in folgenden Punkten: Die Bundesregierung behandelt die besitzrechtlichen Probleme in den neuen Bundesländern nach dem Grundsatz:: „Rückgabe vor Entschädigung“.

Dieser Grundsatz hat für den wirtschaftlichen Aufbau dort verheerende Folgen, denn er wirkt massiv als Investitionsbremse. Beängstigend anwachsende Arbeitslosigkeit ist die Folge.

Unser Grundgesetz schützt zwar ausdrücklich das Eigentum (Art. 14 , 1), doch es sagt auch „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14 , 2). Enteignung erklärt es ausdrücklich für zulässig , wenn sie dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen und „Art und Ausmaß der Entschädigung“ geregelt werden (Art. 14 , 3). Das eingeschlagene Verfahren ist daher u. E. grundgesetzwidrig. Zudem hat kein Bundesbürger ernstlich vor 1989 damit gerechnet, daß alte Besitzrechte im Gebiet der damaligen DDR jemals wieder aufleben könnten. Viele haben u. W. Entschädigungen dafür erhalten. Jetzt Ansprüche so zu beleben, daß das „Wohl der Allgemeinheit“ dort geschädigt wird, ist verantwortungslos. Für eine Regierungspolitik, die ein solches Vorgehen fördert, muß dasselbe gesagt werden.

## **Asylsuchende**

Die *Liberalen Demokraten* verurteilen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in jeder Form. Sie lehnen eine Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl und darauf zielende Grundgesetzänderungen ab. Sie nehmen die Vorgänge in Hoyerswerda und ähnliche Ausschreitungen in anderen Teilen Deutschlands mit tiefer Beschämung zur Kenntnis, ebenso die dabei sichtbar gewordene Kapitulation des Rechtsstaates vor rechtsextremistischer Kriminalität.

Dabei vermissen sie auf Seiten der Regierenden auch eine ausreichende Sensibilität nicht nur für die Situation der Asylbewerber, sondern auch für das soziale Konfliktpotential, das sich durch verfehlte Politik in den neuen Bundesländern aufgestaut hat.

Die *Liberalen Demokraten* fordern die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik Deutschland auf zur praktischen Teilnahme am Leben in den Asylheimen und zur Aufnahme von Asylanten in der eigenen Familie, um der Ausländerfeindlichkeit vor allem in den neuen Bundesländern entgegenzutreten.

## **Nachrichtendienstliche Tätigkeiten**

Die *Liberalen Demokraten* nehmen mit Bestürzung Kenntnis von den Stasi - Aktivitäten, in die William Born verwickelt gewesen sein soll.

Das Bekenntnis zu dem sozialliberalen Gedankengut, das Born vor der Parteiöffentlichkeit vertreten hat, bleibt davon unberührt.

Ob die seinerzeit beschlossene Ernennung zum Ehrenvorsitzenden aufrechterhalten werden kann, ist eventuell nach abschließender Klärung der Anschuldigungen neu zu überdenken.

Gleichzeitig fordern die *LD*, daß alle Politiker des Deutschen Bundestages und der Landtage in allen Bundesländern auf nachrichtendienstliche Tätigkeiten überprüft werden.

## **Schutz von Nichtrauchen, Kranken, Behinderten und Kindern**

Allein in den alten Bundesländern werde sehr viele durch Passivrauchen gesundheitlich geschädigt, belästigt und in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Weil rauchen eine Sucht ist, können selbst geduldigste Appelle keine auf Dauer befriedigende Lösung bringen. Der Staat hat jedoch die Aufgabe, die Würde des Menschen und sein Recht auf körperliche Unversehrtheit zu schützen. In anderen Ländern kommt der Staat dieser Aufgabe längst nach, z. B. in Schweden, USA, Kanada. Folgende Schutzrechte sind deshalb notwendig:

1. Niemand darf andere durch Tabakrauch in ihrer Gesundheit schädigen oder in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigen.
2. Arbeitnehmer in geschlossenen Räumen haben Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.
3. In gastronomischen Betrieben mit mehr als 50 Plätzen sind Raucher- und Nichtrauchergebiete einzurichten.
4. Generelle Rauchverbote für Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Erziehung und Bildung.
5. Beschränkung des Rauchens auf Raucherzonen in sonstigen öffentlichen Einrichtungen, z. B. U - Bahnhöfen, Sportanlagen, Behörden, Freizeit- und Vergnügungsstätten.
6. Im öffentlichen Personenverkehr (Luft, Land, Wasser) sind mindestens 2/3 aller Plätze für Nichtraucher auszuweisen. Ist nur 1 Passagiererraum vorhanden, gilt Rauchverbot.
7. Bei sonstigen Veranstaltungen, z. B. Wahlversammlungen, Eigentümerversammlungen, Parteitagungen, darf geraucht werden, sofern alle Teilnehmer einverstanden sind.
8. Raucherzonen sind einzurichten, daß Nichtrauchende tatsächlich vor Rauch und Qualm geschützt sind.

9. Verantwortlich für die Einhaltung dieser Bestimmungen in den jeweiligen Örtlichkeiten ist der Hausherr bzw. der Inhaber der Verfügungsgewalt.
10. Nichtbeachtung dieser Vorschriften stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die nach dem OWiG zu ahnden ist.

## 18. BPT der LD am 28./29. 11.1992 in Leipzig

### **Beschluß zu Artikel 16 Grundgesetz (GG) ASYL und Asylverfahrensfragen**

Artikel 16 Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes wird wie folgt geändert:

„Politisch, ethnisch und religiös Verfolgte genießen Asylrecht.

Ausländer, die in ihrem Heimatland die Todesstrafe oder Folter zu erwarten haben, dürfen nicht ausgeliefert werden.“

Die *LD* fordert die Bundesregierung auf, **die Kriterien der politischen Verfolgung** in den Ausführungsbestimmungen **zu verdeutlichen und diese öffentlich zu machen.**

Darüber hinaus fordert die *LD* die Bundesregierung auf, **zu erläutern, welche Gruppen von Menschen in der Statistik als Beantragter von Asyl erfaßt sind.**

### **Erweiterung des Grundgesetzes zum Schutze der fremdsprachigen Nationalitäten**

Die fremdsprachigen Volksteile (Sorben, Dänen, Friesen) in ihren angestammten Siedlungsgebiet - Brandenburg / Sachsen, Schleswig - Holstein, Niedersachsen - sind durch Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung und Kultur zu fördern. Sie dürfen insbesondere **nicht am Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterricht, in der inneren Verwaltung und in der Rechtspflege gehindert werden.**

### **Runder Tisch gegen Rechtsradikalismus**

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für einen **Runden Tisch gegen Rechtsradikalismus** ein und fordern, daß alle Parteien, Gruppen und Vereine, die gegen die rechtsradikalen Gewalttäter eintreten, am **Runden Tisch** teilnehmen.

Jede Partei, Gruppe oder jeder Verein benennt zwei Vertreter, wobei aber nur ein Vertreter Rede- und Stimmrecht hat, unabhängig von der jeweiligen Mitgliederzahl.

Ziel und Aufgabe des **Runden Tisch** sollten sein:

- Aufklärung zu betreiben,
- Probleme zu erkennen,
- Lösungen zu finden und anzubieten,
- zu versuchen, Anträge in den Bundestag einzubringen
- und auch verantwortliche Politiker aufzufordern, sich den kritischen Fragen des **Runden Tisch** zu stellen.

Den Vorsitz des **Runden Tisch** sollten zwei bekannte Persönlichkeiten haben, jedoch ohne Stimmrecht.

### **Kaiserliche Kriegsflagge**

Die *Liberalen Demokraten* fordern:

Die Verwendung der **kaiserlichen Kriegsflagge** in der Öffentlichkeit wird **unter Strafe** gestellt.

## **Einsätze der Bundeswehr**

Die **LD** lehnen jeden Einsatz der Bundeswehr mit Waffen außerhalb der NATO und ihres Gebietes mit Nachdruck ab und bekräftigen damit die im Schreiben vom 30. August 1992 an den Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl geäußerte Rechtsauffassung.

Ergänzend betonen sie, daß die **Vereinten Nationen** bisher nicht bewiesen haben, daß in ihrem Rahmen jeder Mißbrauch zugunsten spezieller machtpolitischer und ökonomischer Sonderinteressen ausgeschlossen ist.

**Vielmehr gelte es, in den Vereinten Nationen auf entsprechende Sicherungen und Strukturen zu dringen.**

**Deutsche Politik muß nicht auf Waffeneinsatz** unter neuen Rahmenbedingungen, **sondern auf das Entwickeln von wirksamen außermilitärischen Formen** zur Eindämmung von Konflikten, die auf kriegerische Art ausgetragen werden, **ausgerichtet sein.**

(Schreiben an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Herrn Dr. Helmut Kohl vom 30. August 1992 .

Zur Kenntnisnahme an den Verteidigungsausschuß, den Petitionsausschuß, den Auswärtigen Ausschuß, die Präsidentin des Deutschen Bundestages und den Präsidenten des Bundesrates.

Betr.: **Out - of - area Einsätze der Bundeswehr**

Bezug: Sitzung des Bundesvorstandes der **LD** vom 22. / 23. August 1992

Der Bundesvorstand der **Liberalen Demokraten** bestreite grundsätzlich die Auffassung. Daß Krieg eine legitime Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Die Bundeswehr ist Verfassungsorgan gemäß den Artikeln 12 a, 80 a und 87 a des Grundgesetzes. Ihr Einsatz gilt für den Verteidigungsfall und der Abwehr von „Spannungsfällen“ im Innern sowie für die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen, die gleichfalls defensiv definiert sind. Ein darüber hinaus gehender *bewaffneter* Einsatz der Bundeswehr ist weiterhin mit äußerstem Nachdruck abzulehnen.

Der Bundesvorstand der **Liberalen Demokraten** vermißt im Grundgesetz eine klare Definition des Begriffes „SPANNUNGSFALL“ und fordert eine entsprechende, rechtsverbindliche Ergänzung.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die unzweifellos gegebene Einbindung unserer Republik in Aufgaben internationaler Friedenswahrung so wahrzunehmen, daß es zu einer konstruktiven Entwicklung *neuer* und *unmilitärischer* Formen von Konfliktbewältigung kommt.

Hochachtungsvoll

- Bundesvorsitzende - )

## **Jugoslawienkonflikt**

Die **LD**, sozialliberale Partei der Bundesrepublik Deutschland, teilen die Auffassung der Bundesregierung, vertreten von Außenminister Kinkel (F.D.P.) vor dem Deutschen Bundestag am 22. Juli 1992, „daß die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien eine ganz neue Herausforderung an die Staatengemeinschaft darstellen.“

Ebenso unterstützen sie die Erklärung der Bundesregierung, daß die Bundesrepublik Deutschland infolge des neuen Gewichts, daß sie durch den Anschluß der DDR gewonnen hat, zur Übernahme entsprechender internationaler Verpflichtungen im Sinne einer „**aktiven Friedenssuche**“ bereit sein muß.

Sie warnen jedoch eindringlich davor, aus dieser Erkenntnis falsche Konsequenzen zu ziehen und verweisen in diesem Zusammenhang auf ihre allgemeine Entschließung zur Frage von **out - of - area Einsätzen** der Bundeswehr vom 29. November 1992.

Die **LD** teilen dabei den Standpunkt von Verteidigungsminister Rühle (CDU), daß schon aus historischen Gründen ein **bewaffneter Einsatz von Bundeswehreinheiten ausgerechnet auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien unvertretbar ist**.

Sie sind mit ihm der Auffassung, daß es uns daraufhin schlecht ansteht, ein bewaffnetes Eingreifen im dortigen Konfliktgebiet zu fordern, bei dem „andere ihre Haut zu Markte tragen müßten“ (**LD** - Zitat).

Die **LD** begrüßen andererseits die Initiative der SPD - Fraktion des Deutschen Bundestages, die Verfassungsmäßigkeit des Einsatzes von Bundeswehreinheiten in der Adria zu überprüfen.

Sie äußern ihr Befremden darüber, daß die **Bundesregierung es unterlassen hat**, auf die auftauchenden Zweifel hin das Parlament einzuschalten und so von Anfang an **eine zweifelsfreie Entschlußbasis zu schaffen**. Mit Rechtsempfinden und Demokratieverständnis der **LD** ist diese Verfahrensweise nicht vereinbar.

Das betrifft vor allem eine weitere **Verschärfung des UN - Embargos** gegen alle kriegsführenden Parteien **für kriegsfördernde Güter**. Die nötigen Kontrollen müssen so nachhaltig und wirksam wie möglich durchgeführt werden.

Notfalls muß auf eine **internationale Ächtung** des auf Serbien und Montenegro eingeschränkten Jugoslawiens gedrungen werden, sowie auf den **Abbruch der diplomatischen als auch wirtschaftlichen Beziehungen**.

**Der deutsche Waffenhandel**, der diese Konflikte künstlich nährt, **ist** ebenso wie **der internationale zu kriminalisieren**.

Die **LD** fordern die **Bundesregierung auf**, beschleunigt Maßnahmen zu ergreifen, um **diese Opposition** mit allem Nachdruck **zu stützen**, sofern deren Vertreter Garantien für die **Eindämmung des militanten serbischen Imperialismus** bieten.

Dies ist dringlich in Betracht der am 20. Dezember 1992 anstehenden Wahlen in Serbien.

## **Pflegeversicherung**

**Die Liberalen Demokraten nehmen die Koalitionsvereinbarung zur Pflegeversicherung vom 30. Juni 1992 zur Kenntnis**. Die Pflegeversicherung wird als fünfte Säule der Sozialversicherung bewertet; sie wird als Pflichtversicherung gegen den Pflegefall auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgedehnt und mit 1,7 Prozent im Umlageverfahren über die Krankenversicherung durch Beiträge der Versicherten finanziert. Die Arbeitgeber tragen fünfzig Prozent der Kosten.

In den einzelnen Ausführungen sind die **LD** jedoch anderer Meinung, beziehungsweise fordern sie Änderungen und Ergänzungen:

1. So ist bei den **freiwillig Versicherten**, die sich von der Pflegeversicherung befreien lassen können noch offen, ob und wer den Anteil von fünfzig Prozent des Beitrages zahlt, bzw., **wer zuschlußpflichtig ist**. Dies verlangt das Gebot der Gleichbehandlung.
2. Der maximale **Leistungsumfang von 2.100,- deutsche Mark** pro Monat **deckt** bereits aus heutiger Sicht **keineswegs die Lebenshaltungskosten**. Die Regelung hinsichtlich einer Zusatzversicherung sind nicht offengelegt worden. Die gilt nachzuholen.
3. Maßnahmen der **Prävention und Rehabilitation haben Vorrang**. Aus diesem Ansatz geht hervor, daß es sich bei der **Pflegeversicherung nicht** vorwiegend **um** den Personenkreis der **alten Menschen** handelt. Hier ist offenzulegen, welche Gruppe der Pflegebedürftigen die **höchsten Kosten** verursacht.  
Auch sind die Personengruppen, die den Kreis der zu Pflegenden auszumachen, **deutlich darzustellen** und mit Zahlen zu belegen.  
Hinzu kommt, daß es **keine Kriterien der „Allgemeinen Pflegebedürftigkeit“** gibt. In diesem Zusammenhang ist unter Bezug auf Punkt acht der Vereinbarung zu erläutern, welcher Personenkreis der **Pflegebedürftigen** mit **monatlich 400,- deutsche Mark gepflegt wird. Eine Antwort der Bundesregierung (Drs. 12 / 3253) vom 21. September 1992 erklärt, daß etwa 86 Prozent der Bewilligungen auf 400,- deutsche Mark pro Monat entfallen;** von den 878.000 gestellten Anträgen auf **häusliche Pflege** machen diese 634.000 Anträge aus.
4. In Punkt **neun** der Vereinbarung wird die **soziale Absicherung der Pflegepersonen** erklärt. **Offen** ist jedoch, in welcher Höhe dies geschehen soll und **welchen Gegenwert vor allem die Frauen erhalten, die in der Regel die häusliche Pflege erbringen**.
5. In Punkt **zehn** der Vereinbarung wird die **Belastung der Wirtschaft** durch den Anteil an den Pflichtbeiträgen angesprochen. Sie soll einen **Ausgleich** durch die Einsparung von Lohnfortzahlungen **über Karenz- oder Urlaubstage** erhalten.  
Für den Kreis der **schwerbehinderten Arbeitnehmer**, die ohnehin nicht entsprechen der gesetzlichen vorgeschriebenen Quote von sechs Prozent bei den Bundesbehörden beschäftigt und über „Ausgleichszahlungen“ abgegolten werden, ist diese **Regelung unzumutbar**. Sie **untergräbt** das geltende **Schwerbehindertenrecht** und dessen Schutz und **stellt eine der Errungenschaften des sozialen Rechtsstaates infrage**.  
Weiterhin zu Punkt **zehn** der Vereinbarung: **Entlastung der Wirtschaft:** die Entlastung durch den **§ 128 Arbeitsförderungsgesetz (AFG)** bedeutet, daß die **Arbeitgeber von den Erstattungen des Arbeitslosengeldes für vor allem ältere Arbeitslose „befreit“** werden. Dies bedeutet, daß die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) also geringeren Einnahmen zu rechnen hat und trägt insbesondere in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit, wie sie heute zu verzeichnen sind, zu einer weiteren **Schwächung der Solidargemeinschaft** bei. Der Wegfall der Lohnfortzahlungen bedeutet weitere **6,5 Milliarden deutsche Mark**

„**Entlastung**“ für die Arbeitgeber. Hinzu kommt die **Kürzung der Sozialhilfe**, so daß verkürzt gesagt werden

muß: **diese Pflegeversicherung wird auf dem Rücken der Schwächsten finanziert und entkoppelt die**

**Wirtschaft von ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber den Menschen.**

Aus diesen Gründen sehen wir dem noch vorzulegenden Gesetzesvorhaben mit **größter Skepsis** entgegen. Wir

können uns mit einer **Pflegeversicherung**, deren Intention offensichtlich nicht und vor allem die Pflege unserer

alten Menschen ist, **nicht einverstanden** erklären, gleich unter welchen „Dach“ diese angesiedelt ist.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich zu den Punkten eins bis fünf der *Liberalen Demokraten* zu äußern.

**Eine derartige und von den Lohnkosten auf „Umwegen“ befreite Lösung der Pflegeproblematik lehnen wir ab.**

## **Treuhand“**

Die *Liberalen Demokraten (LD)* fordern die Streichung der sogenannten **Altschulden** für den ostdeutschen Mittelstand und die Förderung potentieller Investoren aus den neuen Bundesländern.

Gleichfalls fordern die *LD* die **Offenlegung** sämtlicher abgeschlossener **Verträge** und deren Bedingungen **mit der Treuhand** und die Namen der Erwerber von Objekten und Grundstücken, sowie die **Kontrolle der Tätigkeit der Treuhand** durch die Landesparlamente der fünf neuen Bundesländer und Berlins.

## **Deutsche Handelsflotte**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Bundesregierung auf, für die deutsche Handelsflotte eine **Charterdifferenzgarantie** in Höhe von **mindestens 350 Millionen deutsche Mark jährlich bereitzustellen**, die zum Ausgleich des internationalen Lohngefüges dient. Zudem fordern wir die Wiederaufstockung des Finanzbeitrages aus dem Bundeshaushalt um das in 1991 reduzierte Drittel, um der **Ausfluggung der deutschen Handelsflotte Einhalt zu gebieten**.

## **F I A N (Food First Informations & Aktions - Netzwerk)**

Die *Liberalen Demokraten*, Partei des sozialen Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland, treten mit Nachdruck für die Verwirklichung des **Menschenrechtes auf Nahrung** ein.

Diese Recht ist im Sinne der Wahrung der Würde des Menschen (Artikel 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) zu sehen.

Die *LD* erklären sich mit den Zielen der FIAN, Sektion Bundesrepublik Deutschland, solidarisch und empfehlen ihren Parteimitgliedern die Mitgliedschaft.

Die FIAN ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren.

## **19. BPT der LD am 20./21.11.1993 in München**

### **Doppelte Staatsbürgerschaft**

Das ins Jahr 1913 zurückreichende Staatsangehörigkeitsgesetz unseres Landes ist dringend zu novellieren, um es modernen Anforderungen anzupassen. Dabei ist das starre Geburtsprinzip in angemessener Weise aufzulockern, um die Integration ausländischer Bevölkerungsteile zu erleichtern, soweit diese selbst sie wünschen.

Neben der Staatsangehörigkeit ist ein Gemeinderecht vorzusehen, das ohne Rücksicht auf gegebene Staatsbürgerschaft Gleichheit der Rechte und Pflichten auf Gemeindeebene sicherstellt und von Ausländern erworben werden kann, wenn sie wenigsten fünf Jahre im Inland ansässig sind, die deutsche Sprache hinreichend beherrschen.

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist zu erleichtern für Personen, die mindestens fünf Jahre im Inland ansässig sind, die deutsche Sprache hinreichend beherrschen oder im Inland geboren sind und das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen das „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft“.

### **Innere Sicherheit**

Bundesregierung, Landesregierung und gesetzgebende Körperschaften unseres Landes werden aufgefordert, in wechselseitiger Abstimmung je nach Zuständigkeit die folgenden Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit durchzuführen:

1. Drastische Einschränkung und Erschwerung des Waffenerwerbs durch Private.
2. Verschärfte Überwachung bereits gegebenen Waffenbesitzes (Meldepflicht),
3. Übernahme des aktiven Schutzes von Unterkünften für Asylbewerber und vergleichbaren Personenkreise durch den Bundesgrenzschutz, dessen Zuständigkeit entsprechend zu erweitern wäre.

### **Holocaust - Museum**

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen den Aufruf des Instituts für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung (Hannover) an die Bundesregierung zur „Gründung eines Zentralmuseums gegen die Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte ‘Holocaust’ für Frieden und Humanität.“ Der Standort ist Berlin.

### **Politische Kooperation**

Die politische Kooperation mit der ÖDP ist beendet. Der diesbezügliche Beschluß des Bundesparteitages vom 30. / 31. Mai 1992 in Kassel wird hiermit wieder aufgehoben.

### **Beendigung des Sozialabbaus in der Bundesrepublik**

Die *Liberalen Demokraten* - sozialliberale Partei der Bundesrepublik Deutschland - beobachten mit Sorge, daß unter dem Deckmantel des Begriffs „soziale Ausgewogenheit“ ein fortschreitender Abbau

des sozialen Netzes betrieben wird. Das Ergebnis ist eine empfindliche Störung des sozialen Friedens, die unvermeidlich ein weiteres Hochwuchern rechtsextremer Strömungen bedingt. Wir haben schon einmal erlebt, daß eine deutsche Demokratie an der sozialen Frage gescheitert ist und sollten dieses Experiment nicht wiederholen.

Die **Liberalen Demokraten** fordern daher Bundesregierung und Bundestag dringend auf, diese Politik nicht fortzusetzen.

### **Selbstbestimmung der Kurden**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf die Regierungen der Türkei, des Iraks, Iran, Syriens, Georgiens und Armeniens dahingehend einzuwirken, daß dem kurdischen Volk ein friedliches Leben in freier Selbstbestimmung ermöglicht wird.

### **„Temporary protected status“ für Kriegsflüchtlinge**

Die **Liberalen Demokraten** schließen sich den Argumenten von Menschenrechtsorganisationen des UNHCR und des Pax Christi, Sektion Deutschland an und fordern die Schaffung eines besonderen Status für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge - den „temporary protected status“ (zeitlicher Schutzzustand), ohne Individualprüfung und in Anlehnung an das Kontingentsflüchtlingengesetz. Der „temporary protected status“ ist europäischen und außereuropäischen Bürgerkriegsflüchtlingen zu gewähren;

- für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge muß die Möglichkeit, einen Asylantrag nach Art. 16.2.2 GG zu stellen oder die Anerkennung als Flüchtling nach Art. 1A Ziff. 2 GFK zu betreiben, uneingeschränkt erhalten bleiben;
- der befristete Sonderstatus darf erst aufgehoben werden, wenn eine Rückkehr in Sicherheit möglich und die Respektierung der Menschenrechte im Herkunftsland gewährleistet ist.

Für die weiteren Ausführungen und Forderungen verweisen wir auf die Forderung, wie sie von Pax Christi in Probleme des Frieden 1 / 1993, Seite 109f. niedergelegt sind.

### **Großer Lauschangriff**

Die **Liberalen Demokraten** - sozialliberale Partei der Bundesrepublik Deutschland - äußert Empörung über die laufenden Bestrebungen, den sogenannten „Großen Lauschangriff“ zu legalisieren. Vorliegende Studien erweisen zwingend, daß dieses Mittel keine verbesserten Erfolge in der Verbrechensbekämpfung bringt. Statt dessen würde damit ein grundsätzlicher Schritt in Richtung auf einen totalitären Polizeistaat vollzogen, der einen massiven Verstoß gegen die grundgesetzlichen Persönlichkeitsrechte darstellt. Ziel ist die Ablenkung der Öffentlichkeit von verfehlter Regierungspolitik, die das festzustellende Anwachsen krimineller Umtriebe begünstigt hat. Daß selbst die SPD sich derartigen Bestrebungen anschließt, kann nur bedauert werden.

## **Offenlegung der Kosten von Heimträgern**

Die *Liberalen Demokraten* - die Sozialliberalen - fordern, daß alle Heimträger in der Bundesrepublik Deutschland ihre Kosten offen legen.

## **Menschenrechtsverletzungen in Tunesien**

Die *Liberalen Demokraten*, sozialliberale Partei der Bundesrepublik Deutschland, fordern die Bundesregierung Deutschland auf, folgende Forderung von ai zur Erhaltung der Menschenrechte gegenüber der tunesischen Regierung zu unterstützen:

- niemand darf in verlängerter garde - à - vue Haft (Vorbeugehaft) gehalten werden und alle Vorwürfe von Folter und Mißhandlungen sind öffentlich zu unterstützen;
- bei Verhören von Frauen muß weibliches Personal anwesend sein;
- willkürliche Verhaftungen und Schikanen von Frauen und Familien der Gefangenen sind einzustellen.

## 20. BPT der LD am 29./30.04.1995 in München

### **Geschäftsstelle**

Der Bundesvorstand legt den Sitz der Bundesgeschäftsstelle fest. Dabei ist darauf zu achten, daß die entstehenden Kosten so gering wie möglich zu halten sind.

### **Verkehrspolitik**

Liberaler Verkehrspolitik fordert unter umweltpolitischen, energiepolitischen und sozialen Erwägungen einen Vorrang für das öffentliche Transportwesen. Deshalb sprechen sich die *Liberalen Demokraten* aus:

- für eine vorrangige Unterstützung des Straßenbahn- und Busverkehrs und für die Förderung der Schaffung von weiteren Verbundnetzen bzw. deren Erweiterung
- gegen weitere Stilllegungen von Eisenbahnstrecken, wenn keine gleichwertige Lösung angeboten werden kann
- stillgelegte Strecken sind den Nahverkehrsunternehmen auf Verlangen zuzuführen
- für den Ausbau eines bedarfsgerechten schienengebunden Systems (ähnlich S - Bahn, etc.) für alle Ballungszentren
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen deutschen Straßen
  - Bundesautobahnen 130 km / h
  - Bundesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften 100 km / h
  - andere Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften 80 km / h
  - Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, sowie Umleitungsstraßen der Bundesautobahnen in geschlossenen Ortschaften 50 km / h
  - alle anderen Straßen (Wohnbereich) in geschlossenen Ortschaften 30 km / h
- Sperrung von Innenstadtbereichen bei hoher Schadstoffbelastung (Winter- und Sommersmog)
- Förderung von schadstoffarmen Treibstoffen (z.B. schwefelarmer Diesel, Elektroantrieb)
- Grüne Welle für Bus und Bahn, auch wenn der MIV (Mobiler Individualverkehr) dadurch benachteiligt wird
- Vernünftige Taktzeiten auch in den Abendstunden und im ländlichen Raum müssen die Beförderung von Mitfahrern garantieren

### **Jugendrat**

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für die Einrichtung von Jugendräten in kreisfreien Städten ein. Der Jugendrat setzt sich aus Kindern ab dem 10. Lebensjahr und Jugendlichen, sowie jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr zusammen.

Ordentlich gewählte Mitglieder eines kommunalen, Landes- oder Bundesparlamentes dürfen nicht mehr als 25 % aller Mitglieder sein.

Der Jugendrat hat sich mit allen wichtigen Angelegenheiten zu beschäftigen, die in den kommunalen Parlamenten oder Ausschüssen behandelt werden.

Beschlüsse des Jugendrates sind in dem entsprechenden kommunalpolitischen Gremium zu behandeln.

Die Wahl der Jugendratsvertreter soll nicht nur über Schulen, Vereine oder andere Organisationsformen vorgenommen werden.

Auch Einzelbewerbern soll die Möglichkeit offen stehen.

Wahlberechtigt sind alle Einwohner der zuständigen Gemeinde zwischen 10 und 25 Jahre.

Gemeint sind alle Einwohner, egal welcher Nationalität und Hauptwohnsitzes.

## **Bundeswehreinsatz**

Die *Liberalen Demokraten / Sozialliberale Partei* der Bundesrepublik Deutschland appellieren an den Deutschen Bundestag, der geplanten Entsendung von Bundeswehr - Einheiten im Bereich der ehemaligen SFR Jugoslawien nicht zuzustimmen.

## **Konzepte für eine sozialliberale Arbeits- und Sozialpolitik**

### **A. Arbeitspolitik**

#### **I. Vorbemerkungen**

Erwerbsarbeit besitzt überragende Bedeutung für die Selbst- und Fremdbewertung von Menschen. Sie verschafft die Grundlage für den Lebensunterhalt des Einzelnen. Arbeit ist Element unserer Kultur. So richten die Menschen ihre individuelle Lebensplanung, ihr Bildungsstreben, ihre Berufswahl, ihre soziale Anerkennung, ihren Aufstieg, ihren Status, ihre Kontakte zu anderen, ihren Beweis eigenen Könnens, ihre Ausprägung von Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die Einteilung von Tag, Woche und Jahr sowie manches andere an bezahlter Arbeit aus.

Zugleich ist Arbeit wesentlicher Faktor der Wertschöpfung in der Volkswirtschaft. Ihr Ertrag kommt daher auch Unternehmer und Staat zugute.

Die Entwicklung unserer Industriegesellschaft vermindert die Gelegenheit zur Erwerbsarbeit:

- 1.) Die Produktivität steigt ununterbrochen, nicht zuletzt durch den Einsatz neuer Technologien und durch neue Organisationsformen. Das heißt, eine größere Menge an Gütern kann mit immer weniger menschlicher Arbeit hergestellt werden.
- 2.) Die Ausdehnung der Produktion stößt an Grenzen: Weder ist der Markt unbegrenzt aufnahmefähig, noch können Rohstoffe beliebig verbraucht, noch darf der Umwelt weiter mit Abfall aller Art belastet werden.

Hinzu kommt, daß mehr Menschen als früher den Zugang zur Erwerbsarbeit suchen, nämlich die Angehörigen der „geburtstarken Jahrgänge“ bis etwa 1966, die sich noch längere Zeit auswirken

werden, sowie ein höherer Anteil an Frauen. Außerdem ist Arbeit in hohem Maße ungleich verteilt. Während die einen vielfach Überstunden leisten, sind andere Arbeitslos.

Ein Ende der hohen Arbeitslosigkeit, besonders in den neuen Bundesländern, ist nicht abzusehen. Bundesweit müssen Millionen von Menschen unmittelbar oder mittelbar als Familienangehörige mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit fertig werden.

Die sich abzeichnende Änderung der Einstellung zur bezahlten Arbeit und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sowie die gesteigerte Bedeutung von Haus- und Eigenarbeit, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt in gemeinnützigen Einrichtungen, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegediensten sowie Bürgerengagement muß schon bald Folgen haben sowohl für die Frage der Finanzierung des sozialen Netzes als auch für die Aufgabenerfüllung des Staates.

Das sich durch die Arbeitslosigkeit ergebene Unrecht kann von einer Gesellschaft, die von den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ausgeht, nicht geduldet werden. Dies alles begründet die Notwendigkeit einer Arbeitspolitik.

## **II. Grundsätze und Ansatzpunkte einer Arbeitspolitik**

Die *Liberalen Demokraten* verstehen die Arbeitspolitik als Bestandteil nicht nur der Wirtschaft, sondern der gesamten gesellschaftlichen Kultur. Bei Formulierung ihrer Arbeitspolitik gehen die *Liberalen Demokraten* von folgenden Grundsätzen aus:

### **1. Ganzheitliches Leben**

Eine Beschränkung des Menschen auf seine Arbeitskraft ist inhuman. Jeder muß Gelegenheit erhalten, aus bezahlter wie nicht bezahlter Arbeit, aus Muße und aus Genuß sein individuelles Leben zu gestalten und zwar nicht auf Kosten anderer.

### **2. Wahlfreiheit**

Wer bezahlte Arbeit leisten will, muß Möglichkeiten vorfinden. Dabei muß geleistete Arbeit so entlohnt werden, daß materielle Existenz und der soziale Status angemessen gesichert ist.

Wer Leistung erbringen will, die der Gesellschaft nützlich sind, die aber gegenwärtig nicht entlohnt werden (z. B. Kindererziehung, Altenpflege, Bürgerengagement, Fort- und Weiterbildung, Hausarbeit), darf nicht diskriminiert werden, nicht nur bei der Aufnahme bezahlter Arbeit oder bei der Alterssicherung.

### **3. Gleichstellungsgebot**

Die grundgesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau ist auch im Arbeitsleben sicherzustellen. Dies gilt für die Entlohnung ebenso wie für die Beförderung auf höherwertige Stellen und die Wiedereingliederung nach vorübergehendem Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis.

#### 4. Aufwertung der Nicht - Erwerbsarbeit

Die aus klassischer Arbeitsethik überkommene Überbewertung bezahlter Erwerbsarbeit ist zu überwinden. Die Erfüllung von Aufgaben zugunsten anderer verdient soziale Anerkennung und begründet Ansprüche auf Lebensunterhalt und soziale Sicherung bei Krankheit, Unfall und im Alter, auch wenn diese Tätigkeiten nicht marktfähig sind und nicht entlohnt werden.

#### 5. Abgabepflicht

Die Neugestaltung des Arbeitslebens und eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine erfordert zwingend, die bisherigen Anknüpfungspunkte im System von Steuern und Abgaben zu überprüfen.

### III. Arbeitszeitverkürzung

Der Ausgleich zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistungen muß in der Hauptsache durch die Verminderung des Angebots erzielt werden. Denn eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitsleistung ist wegen der erreichten Grenzen des Wachstums weder in dem erforderlichen Umfang möglich, noch wünschenswert.

Den Ansatz, das Angebot von Arbeitsleistungen durch Fernhalten oder Ausscheiden von Personengruppen aus dem Arbeitsleben zu vermindern, lehnen die *Liberalen Demokraten* ab, da von derartigen Maßnahmen überwiegend Frauen betroffen wären und die Gleichberechtigung von Mann und Frau unterlaufen würde.

Es bleibt daher nur der Weg der Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit.

#### 1. Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit

Eine Neuverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ist dringend erforderlich. Dabei muß die Arbeitszeitverkürzung in ihrem Ausmaß hinreichen,

- das Absinken des Bedarfs an Arbeitsleistungen durch den Produktivitätsfortschritt auszugleichen,
- zur Aufnahme der bisher Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß beizutragen und
- die Integration nachwachsender Generationen in den Arbeitsprozeß sicherzustellen.

Aus diesem Grund sollen längerfristig der 6 - Stunden - Tag bzw. die 30 - Stunden - Woche als Eckwert für die Arbeitsorganisation eingeführt werden. Bis dahin haben die Tarifparteien Zeit, den schrittweisen Übergang zum neuen Zustand durch Tarifverträge zu sichern. Kommt es dazu nicht, so soll eine entsprechende Neufassung der Arbeitszeitordnung in Kraft treten.

Können aus arbeitsorganisatorischen Gründen in Ausnahmefällen der 6 - Stunden - Tag bzw. die 30 - Stunden - Woche nicht realisiert werden, kann statt dessen auch die Jahresarbeitszeit entsprechend verkürzt werden.

Die Kosten dieser Arbeitszeitverkürzung sind differenziert zu verteilen. Lohn- und Gewinneinbußen sind unumgänglich, ihre Höhe kann jedoch niedrig gehalten werden. Dazu gibt es mindestens die folgenden drei Ansätze:

- Der stetige Fortschritt der Produktivität erlaubt einen teilweisen Ausgleich des Reallohnverlustes. Dabei schafft die Arbeitszeitverkürzung selbst zusätzliche Produktivitätsfortschritte: Die Arbeitsintensität ist in 6 Stunden am Tag höher als bei 8 Stunden.
- Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung ermöglicht die Senkung der Abgabesätze.

- Verbleibende Einkommenseinbußen für alle Beschäftigten sind aus Solidarität mit den sonst Arbeitslosen hinzunehmen.

Überdurchschnittliche Belastungen besonders lohnintensiver Wirtschaftszweige durch die Arbeitszeitverkürzung sollen durch geeignete steuerliche Maßnahmen aufgefangen werden.

Teilzeitarbeit ist besonders zu fördern, da sie einen wirksamen beschäftigungspolitischen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten kann. Benachteiligungen von Teilzeitbeschäftigten sind abzubauen.

## **2. Jahresarbeitszeit und Jahresurlaub**

Durch die flexible Regelung der Urlaubsgestaltung ist es dem Arbeitnehmer zu ermöglichen, einen Teil seines Jahresurlaubs (maximal 25 %) unbegrenzt anzusparen und so für eine längere Unterbrechung des Arbeitslebens zu verwenden.

## **3. Lebensarbeitszeit**

### *Berufseinstieg:*

Jedem Schulabsolventen muß ausreichend Gelegenheit geboten werden, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen. Wer keine Berufsausbildung findet, soll in der Berufsschule (im Zusammenwirken mit Lehrwerkstätten) die Möglichkeit haben, eine vollzeitliche Berufsausbildung abzuschließen.

### *Unterbrechung der Berufstätigkeit:*

Anstelle des auf einen Elternteil beschränkten Erziehungsurlaubs soll beiden Eltern unter Verbesserung des Familienlastenausgleichs der Anspruch auf Teilzeitarbeit von der Geburt eines jeden Kindes eingeräumt werden, so daß die Eltern zwischen Erziehungsurlaub und Teilzeit wählen können.

### *Eintritt in das Rentenalter:*

Ein noch früheres Herausdrängen von Älteren aus dem Arbeitsprozeß als heute schon der Fall ist generell nicht vertretbar, und zwar aus Rücksicht auf die Senioren selbst und im Hinblick auf die jetzt schon maroden Rentenfinanzen. Der Übergang von der Rente muß gleitend erfolgen können, z. B. durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

## **4. Überstunden und Mehrfachstätigkeit**

### *Überstunden:*

Überstunden sind grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Bezahlte Überstunden sind nur noch in geringem Maß und nur ausnahmsweise zuzulassen.

### *Mehrfachstätigkeiten:*

Mehrfachstätigkeiten sind für Vollzeitarbeitnehmer grundsätzlich nicht mehr zulässig. Wer als Selbständiger ein hinreichendes Einkommen erzielt, soll grundsätzlich nicht zugleich als Arbeitnehmer tätig sein dürfen.

Die Erwerbstätigkeit von Rentnern und Pensionären ist zu beschränken.

Für Teilzeitarbeitnehmer darf die gesamte Arbeitszeit ihrer Mehrfachtigkeit die einer Vollzeitätigkeit nicht mehr als 20% übersteigen.

#### **IV. Steigerung des Angebots an Arbeitsplätzen**

##### **1. Arbeitslosigkeit und Staatsaufgaben**

Während Millionen arbeitsfähiger Menschen als arbeitslos gelten, bleiben auf der anderen Seite öffentliche Aufgaben in immer größerem Maß unerledigt. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb die bessere Erfüllung öffentlicher Aufgaben, selbst um den Preis höherer Staatsaufgaben. Es ist besser, Menschen für gesellschaftlich nützliche Arbeit z. B. im Umweltschutz und im sozialen Bereich, zu bezahlen, als Gelder für das Fernbleiben von Arbeit zu verschwenden.

##### **2. Vermögenspolitik**

Eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen, beispielsweise durch steuerliche Mittel, ist zugleich ein Beitrag für mehr Beschäftigung, weil dadurch die Konsumneigung von Angehörigen einkommensschwächerer Schichten gesteigert wird.

##### **3. Zinspolitik**

Durch eine Politik niedriger Zinsen ist die private Investition und die Neugründung selbständiger Existenzen zu erleichtern.

Vermögenstransfer ins Ausland muß durch EU - Recht uninteressant gestaltet werden.

#### **V. Arbeitsqualität**

##### **1. Mitbestimmung**

Die Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter sind auszubauen.

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Teilhabe der Arbeitnehmer an Unternehmen einschließlich der Gewinn- und Vermögensbeteiligung, z. B. in Form von Aktien.

Der Betriebsrat muß künftig auch über Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren mitbestimmen können.

Mitarbeitern ist bei der Besetzung des Postens ihrer direkten Vorgesetzten Mitbestimmung einzuräumen.

## **2. Flexibilisierung der Arbeitszeit**

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit ist wünschenswert. Dies gilt gleichermaßen für die Tages- und Wochen- und die Jahresarbeitszeit. Es muß aber Grenzen geben für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

### **VI. Umsetzung der Arbeitspolitik in der Praxis**

#### **1. Instrumentarium**

Als staatliche Handlungsform kommen Gebote, Verbote, Anreize und Leistungen in Betracht.

Einige Einflußfelder der Arbeitspolitik sind dem staatlichen Einfluß allerdings weitgehend entzogen, wie z. B. die Tarifhoheit der Sozialpartner, die Marktstrategien der Unternehmen, die technische Entwicklung, die Verbesserung der Produktivität, das internationale Lohngefälle, sowie der Wertewandel in der Gesellschaft.

Bei anderen Einflußgebieten sind Dispositions- und Handlungsfelder des Staates relativ groß. Hierunter fallen:

- Ordnungs- und Schutzmaßnahmen im Arbeitsrecht
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Bildungsziele und -wege, Anerkennung von Bildungsabschlüssen,
- Steuerung des Arbeitsbedarfs durch öffentliche Aufträge
- Steuerliche Regelungen
- Regulierung der Verteilung der Arbeit, z. B. Einschränkung von Überstunden
- Materielle Anerkennung von nichtbezahlter Arbeit, z. B. in der Rentenversicherung
- Verhinderung untertariflicher Beschäftigung, besonders ausländischer Billigarbeiter.

Das staatliche Instrumentarium für die Arbeitspolitik ist also in weiten Zügen bereits vorhanden. Jedoch müssen zur Verwirklichung dieser Politik erhebliche und damit auch konfliktbeladene Eingriffe in diese verkrusteten Strukturen durchgeführt werden.

#### **2. Finanzierung**

Das hier vorgeschlagene Konzept verursacht vor allem Kosten in zwei Punkten: Bei der Rentenversicherung durch geringere Beiträge in Folge verkürzter Arbeitszeit und bei den Staatsausgaben wegen zusätzlicher Aufgabenzuweisung.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit besteht die Möglichkeit mehr Arbeitnehmer einzustellen. Dadurch verbessert das hier vorgeschlagene Konzept auch die Relation Einzahler / Zahlungsempfänger in der Rentenversicherung. Ebenso dürfte sich eine steigende Erwerbsquote positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.

Zur Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs können Mittel in den öffentlichen Haushalten gewonnen werden:

- Abbau von Subventionen einschließlich der Sparförderung
- Abbau der Rüstungsausgaben
- Finanzielle Beteiligung des öffentlichen Dienstes (Beamte)
- Steuerliche Änderungen
- Vermeidung von Verschwendung in der öffentlichen Verwaltung und Planung, z. B. durch Ausstattung der Rechnungshöfe mit Exekutivbefugnissen.

### 3. Flankierung und Wechselwirkung der Arbeitspolitik

#### *Wirtschaft:*

Die Bundesrepublik Deutschland ist in europäische und weltwirtschaftliche Verflechtungen eingebunden und muß ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten. Dabei kann der europäische Binnenmarkt als Aktionsfeld und Grenzmarke gelten.

Allerdings könne und dürfen die Prinzipien des Marktes und des Wettbewerbs nicht in reiner Form wirken. Einerseits haben sich Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ergeben, die der öffentlichen Kontrolle entzogen sind, andererseits besteht aus guten Gründen eine gemischte Wirtschaftsverfassung („soziale Marktwirtschaft“), die erst in der Summe den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen deckt.

#### *Steuern:*

Die Grundsätze der Steuerpolitik der **Liberalen Demokraten** sind:

- Drastische Vereinfachung des Steuerrechts
- So viel direkte und so wenig indirekte Steuern wie möglich, weil direkte Steuern sich an der Leistungsfähigkeit orientieren, indirekte aber nicht.
- Es muß dafür gesorgt werden, daß vor allem die Bezieher höherer Einkommen ihre Steuern auch wirklich zahlen. Steuerlich absetzbare Beträge sind auf die wirklichen Kosten zu beschränken.
- Millioneneinkommen und Milliardenvermögen sind stärker zu belasten, um übermäßiger wirtschaftlicher Konzentration entgegenzuwirken.  
Einer Steuerflucht ist vorzubeugen.
- Die indirekte Besteuerung muß die sozialen Kosten der Produktion ausdrücken. Nicht Wertschöpfung soll Grundlage der Steuer sein (Mehrwertsteuer), sondern der Verbrauch an Energie und nicht erneuerbaren Rohstoffen sowie die Umweltbelastung.

#### *Wechselwirkungen mit anderen Bereichen der Politik:*

- Bildungs- und Jugendpolitik
- Familien- und Altenpolitik
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Probleme der Freizeit
- Umwelt- und Energiepolitik
- Wirtschaftspolitik

## **22. BPT der LD am 04.05.1996 in Heidelberg**

### **Schuldenberatung**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend den Ländern einen angemessenen Zuschuß für die Schuldenberatung zur Verfügung zu stellen. Dieser ist an die Träger von Schuldenberatungsstellen, vor allen an die Wohlfahrtsverbände und Vereine in freier Trägerschaft weiterzuleiten. Wir verweisen auf das Grundgesetz Artikel 1 Absatz (1) : „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ und auf Artikel . 6 Absatz (1): „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“.

## 23. BPT der LD vom 16./17.11.1996 in Heidelberg

### **Bundeswehr**

Die *Liberalen Demokraten* stehen in der **Tradition des demokratischen und sozialen Liberalismus**. Sie sind dem Erhalt und der Sicherung des Friedens verpflichtet. Wichtiger Bestandteil einer wirksamen Friedenspolitik ist eine Politik des internationalen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs sowie des kulturellen Austauschs.

Sie fordern die öffentliche Diskussion und somit Transparenz über den sich vollziehenden Strukturwandel der Bundeswehr.

Sie weisen hin auf Art. 87 a des Grundgesetzes und auf ihren Bundesparteitagbeschuß vom 28. / 29. November 1992 zu out - of - area - Einsätzen der Bundeswehr, die sie ablehnen und die durch Schaffung eines Berufsheeres verstärkt werden können.

### **Schuldnerberatung**

1. Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zur Verankerung der Schuldnerberatung als kommunale Pflichtaufgabe. Sie nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß sich die Alternativvorschläge der BAGFW von 1994 zur „Gewährleistung von Schuldnerberatung durch den örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe“ bei der Novellierung des BSHG nicht durchsetzen ließen.
2. Sie stellen fest, daß eine Verankerung der Schuldnerberatung bei den Kommunen in Anbetracht leerer Kassen die Beratungsstellen in eine zunehmend schwierige Lage bringt und somit zu Lasten der Hilfesuchenden und Hilfsbedürftigen geht.
3. Sie fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, durch einen angemessenen, dynamisierten Zuschuß an die Länder die kommunale Basis - Finanzierung zu erweitern.
4. Sie fordern ein **nationales Verschuldungs- und Überschuldungsregister** der privaten Haushalte unter strenger Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zur gezielten Verstärkung der Schuldnerberatung und unter Hinweis auf den noch zu erstellenden **nationalen Armutsbericht!**
5. Sie schließen sich weitestgehend den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband (AWO) „Schuldnerberatung“ (Bonn, 1995, S.18) an und fordern:
  - 5.1 Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Netzes von spezialisierten Schuldnerberatungsstellen.
  - 5.2 Schaffung eines anerkannten Berufsbildes und Verankerung der Schuldnerberatung in den Studiengängen der Fachhochschulen.
  - 5.3 Sicherung durch dauerhafte Finanzierung der Schuldnerberatung
  - 5.4 Erweiterung des Rechtsberatungsgesetzes zur Absicherung der Schuldnerberatung
  - 5.5 Recht auf Girokonto
  - 5.6 Schaffung einer Insolvenzkostenhilfe für das Verbraucherkonkursverfahren.
  - 5.7 Dynamisierung der Pfändungsgrenzen.

### **Kindertagesstättenplatz**

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird umgewandelt auf einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz.

Außerdem sind ausreichend Plätze an Hortplätzen zur Verfügung zu stellen.

Die Größe der jeweiligen Gruppen - bei zwei Erzieher/innen - sollte fünfzehn Kinder betragen.

Zeitlich begrenzte Mehrbelegung (maximal ein Jahr) darf die Grenze von zwanzig Kindern pro Gruppe nicht überschreiten.

Die Entfernungen zwischen Kindertagesstätte und Wohnung oder eventuell Arbeitsplatz sollten im städtischen Bereich eine halbe Stunde Fußweg und im ländlichen Bereich eine halbe Stunde Fahrzeit mit dem Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) nicht überschreiten. Im letzteren Fall sind Umsteigezeiten und Taktfrequenzen zu berücksichtigen.

## **Deutsches Holocaust - Museum**

Die Initiative zur Gründung des **Deutschen Holocaust - Museum. Dokumentations- und Informationszentrum gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit, Lern-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität** bemüht sich seit Juni 1993 um die Gründung dieses Dokumentationszentrums.

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft - so über fünfzig Oberbürgermeister großer deutscher Städte, zahlreiche Bischöfe der lutherisch - evangelischen Kirche, annähernd einhundert Museumsdirektorinnen und Museumsdirektoren sowie die Ministerpräsidentin Heide Simonis und die Ministerpräsidenten Professor Kurt Biedenkopf und Oskar Lafontaine - gehören zu dem Unterstützerkreis, der täglich weiter wächst.

Diese Initiative geht unseres Erachtens weit über das hinaus, was von staatlicher Seite zur Bewußtseinerhaltung der grauenhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Dritten Reiches gefördert wird.

So sind die Pflege der ehemaligen Konzentrationslager und die Errichtung eines Mahnmales für die ermordeten europäischen Juden in Berlin notwendige Erfordernisse gegen das Vergessen. Dennoch scheint es uns geboten, und dies auch in Anbetracht der sich weltweit wiederholenden Völkermorde, durch umfassende Aufklärung einer Wiederholung derartiger Geschehen entgegenzuwirken.

Besonders junge Menschen, denen historische Sicht und Lebenserfahrung zwangsläufig fehlen, können sich zwar in den ehemaligen Konzentrationslagern und anhand der dort befindlichen Dokumentationsmaterialien ein Bild von der Grauenhaftigkeit der NS - Verbrechen machen, fühlen sich aber in der Regel mit deren Verarbeitung und Aufbereitung allein gelassen. Ein umfassendes Dokumentations- und Informationszentrum, das die Hintergründe erklärt, muß dies bezüglich Hilfe leisten.

Deshalb appellieren wir an alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich dieser Aufgabe zu stellen und die Initiative zur Gründung dieser Dokumentationsstätte zu unterstützen und verweisen auf unseren Bundesparteitagbeschuß vom 20. / 21. November 1993, sowie auf die Beschlüsse von 1983.

## **24. BPT der LD am 28.06.1997 in Heidelberg**

### **Sicherheitspolitik**

- (1) Die *Liberalen Demokraten* lehnen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges „Eurofighter“, an dessen Herstellung die Daimler - Benz Aerospace maßgeblich beteiligt ist, für die Bundeswehr ab.
- (2) Sie stellen fest, daß die Bundesregierung bis zum heutigen Tag kein schlüssiges Luftverteidigungskonzept vorgelegt hat.
- (3) Sie stellen fest, daß der Eurofighter offensichtlich den Anfang einer neuen militärpolitischen Struktur der Europäischen Union darstellt. Sie verweisen diesbezüglich auf ihren Bundesparteitagsbeschluß zur Sicherheitspolitik / Bundeswehr vom 16. November 1996.
- (4) Sie protestieren gegen die Absicht der Bundesregierung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und weiteren Sozialabbaus dieses Vorhaben dennoch durchzuführen.
- (5) Sie fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Vorhaben entschieden und mit aller Kraft entgegenzutreten.
- (6) Kriegsbereitschaft wurde nachweislich durch soziale und wirtschaftliche Not gefördert. Dem gilt es mit allen Nachdruck Einhalt zu gebieten.

### **Energiepolitik / Lagerung von Atommüll**

## 25. BPT der LD am 27.09.1997 in Freiburg/Breisgau

### Programm zur Bundestagswahl 1998

#### 1. Vorwort zum Bundestagswahlprogramm 1998

- (1) Die *Liberalen Demokraten (LD)* treten zur Bundestagswahl 1998 an, um den Menschen in Deutschland Alternativen im Sinne des Sozialen Liberalismus aufzuzeigen. Für politisch denkende und handelnde Menschen gibt es keine absoluten Wahrheiten, sondern stets die Suche nach finanzierbaren Lösungen für die anstehenden Probleme.
- (2) Für uns Sozialliberale ist der Schutz der Freiheit und der Rechte des Bürgers von herausragender Bedeutung. Sie sind der Garant für die gesellschaftliche Fortentwicklung. Von der Mehrheit abweichende Meinungen und das Respektieren dieser bieten die Chance zur Korrektur der Gegebenheiten und deren Anpassung an veränderte Bedingungen; sie ermöglichen die Überlebensfähigkeit aller.
- (3) Demokratisierung der Gesellschaft ist für uns nur denkbar und möglich, wenn die Idee der Freiheit von jedem einzelnen verwirklicht werden kann. Die Würde in freier Selbstbestimmung ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür.
- (4) Unsere Lage ist gekennzeichnet durch hohe und andauernde Arbeitslosigkeit, Existenznöte uns steigende Verarmung eines Großteils der Bevölkerung, wachsenden Egoismus und Suchtprobleme sowie schwindendes Vertrauen in die Fähigkeiten des Staates, die Probleme zu lösen.
- (5) Wir sind in Sorge um die Sicherung und Finanzierbarkeit der Versorgung jetziger und vor allem künftiger Generationen sowie um den Erhalt der natürlichen Umwelt.
- (6) Die Neustrukturierung Europas nach dem „Fall der Mauer“ sowie auch die Vollendung der Europäischen Union stellen uns aber auch international vor ganz neue und schwierige Herausforderungen.
- (7) Die Osterweiterung der NATO stellt uns vor ungelöste Fragen der Sicherheit und der Finanzierbarkeit dieses Vorhabens,
- (8) Wachsende Konfliktherde in Europa, aber auch weltweit , und damit verbundene kriegerische Aktionen haben zu einer stillen Umstrukturierung der Bundeswehr und ihres Verteidigungsauftrages geführt. Out - of - area - Einsätze finden immer größere Zustimmung bei der Mehrheit der Bevölkerung.  
Aufrüstung der Armee wie Luftwaffe (Eurofighter u. a. ) und der Bau von Kriegsschiffen sind festzustellen. Die Rüstungsindustrie blüht noch mehr auf.
- (9) Europa hat seine Grenzen für Flüchtlinge und Asylbewerber fast undurchlässig gemacht. In der öffentlichen Meinung stoßen ausländerfeindliche Parolen auf wachsende Zustimmung.
- (10) Der Ruf nach innerer Sicherheit wird immer lauter, obwohl die tatsächliche Bedrohung bei weitem nicht so gestiegen ist, wie man in der Bevölkerung glauben machen will. Der große Lauschangriff wurde beschlossen, m organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Die Auswirkungen auf Schutz der Wohnung und der Privatsphäre sind noch nicht zu ermessen.
- (11) Im sozialen Bereich sind durch die Gesundheitsreform große Ungleichheiten in der Behandlung von Kranken entstanden; die Ärzteschaft der Kassen wird zunehmend in ihrer ärztlichen Tätigkeit bürokratisiert. Gute ärztliche Versorgung wird immer mehr zu einer Frage des Geldes; private Praxen und Krankenhäuser nehmen ständig zu.
- (12) Die Zunahme der verschuldeten und überschuldeten Haushalte und Einzelpersonen steigt stetig an; vor allem Kinder sind die Leidtragenden, da sie unter Armut und mangelnder Ernährung

am meisten zu leiden haben. Aber auch Frauen gehören zum Kreis der Betroffenen. Sie sind von der Arbeitslosigkeit am nachhaltigsten betroffen. Auch haben sie durch die Rentenreform mit noch weniger Rente und längere Wartezeiten bis zum Ruhestand das Nachsehen.

Die Gesellschaft muß sich wieder auf die wesentlichen Dinge besinnen, wie sie im liberal - gesellschaftlichen

Reformprogramm der 70 er Jahre (Freiburger Thesen) festgelegt wurden. Wie die Würde des Menschen, unabhängig

von seinem Stand und seiner körperlichen und wirtschaftlichen Verfassung durch soziale Verpflichtung des

Eigentums und den Generationenvertrag verankert sind. Werden die gesellschaftlichen Reformen nicht umgesetzt, so

drohen Konflikte und Krisen.

Mit den folgenden Aussagen wollen sich die *Liberalen Demokraten* an der Lösung dieser Probleme beteiligen und

sich für eine soziale und liberale Zukunft Deutschlands einsetzen.

## 2. Wirtschaft und Soziales

### 2.1 Renten

- (1) jedes Einkommen oberhalb des Existenzminimums ist sozialversicherungspflichtig
- (2) jeder Mitbürger hat ein persönliches Rentenkonto: **Renten können steigen und sinken, deshalb Punkte nach Einkommen. Differenzen zwischen Grundrente und Rentenanspruch werden aus dem Bundesetat gedeckt. Keine Sozialhilfe mehr.**
- (3) Beiträge von Ehepartnern werden zu gleichen Teilen zu persönlichen Konten gut geschrieben.
- (4) das Konto wird in Punkten gezahlt: Bemessungsgrenze: 100 Punkte
- (5) Anrechnungszeiten (Kinder) erfolgen direkt in Punkten
- (6) durch das persönliche Konto gibt es keine Verteilungsprobleme bei Trennung und kein Vererben von Rentenansprüchen.
- (7) Berechnung der Rente; Rentenbeitragssumme Vorjahr wird nach Punkten verteilt, keine Abhängigkeit vom letzten Einkommen oder der Art des Einkommens
- (8) Besitzstandssicherung ist neu berechnete Rente geringer, wird Differenz aus Bundeshaushalt gezahlt
- (9) der Arbeitgeberanteil wird unabhängig vom Arbeitnehmeranteil berechnet und gezahlt: der Anteil wird auf den Mehrwert oder Umsatz bezogen: hiervon kann der Arbeitnehmeranteil abgezogen werden!

### 2.2 Arbeit

- (1) die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist kein eigenständiges politisches Ziel, sondern möglicherweise ein Werkzeug auf dem Weg zu dem Ziel , den Menschen ein Leben ohne körperliche, geistige und seelische Beeinträchtigung zu ermöglichen.
- (2) Förderung ohne Arbeitnehmerfirmen, dadurch Sicherung von Arbeitsplätzen im Inland
- (3) Abkoppelung des Arbeitnehmeranteils zur Arbeitslosenversicherung wie bei Rentenversicherung als längerfristiges Ziel
- (4) Ausbildungsrecht vom 5. bis 25. Lebensjahr plus Dienstzeit; Ausbildungspflicht vom 7. bis 18. Lebensjahr. - Ausbildungszertifikat

- (5) Dienstpflicht für alle 18 jährigen Mitbürger und alle Arbeitslosen (z. B. Jeder Bürger über 18 Jahre hat einen einmaligen sozialen Dienst für ein Jahr abzuleisten. Zivil- und Bundeswehrzeiten werden angerechnet.

### **2.3 Gesundheit**

- (1) Abkoppelung des Arbeitgeberanteils wie bei der Rentenversicherung
- (2) alle Einkommen sind krankenversicherungspflichtig (der Begriff „alle Einkommen“ bezieht auch Zinsen u. a. Einkünfte ein.)
- (3) Anspruch der Versicherten auf vierteljährliche Auszüge des Kassenleistungen sogenanntes Gesundheitskonto.

### **2.4 Umwelt**

- (1) Kosten- und erstattungsfreie Rücknahmeverpflichtung - alle Waren sind vom Händler zurückzunehmen nach Gebrauchsende ist zugelieferte Ware abzuholen.
- (2) Gemeinden können identifizierte Abfälle ebenfalls den Herstellern zustellen.

## **3. EURO / Renten / Lauschangriff / Verkehr / Arbeit**

### **3. 1 Euro**

Der Euro hat eine Eigendynamik entwickelt, die nicht mehr aufzuhalten ist. Die Steuern, insbesondere die Mehrwertsteuer, müssen vereinheitlicht werden.

- (1) Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Einführung des Euro als einheitliche Währung in Europa, lehnen aber die derzeitige Einführung ab, da nicht alle wirtschaftlichen und fiskalischen Voraussetzungen erfüllt sind.
- (2) Durch das Verschieben von Ausgaben im Nebenhaushalt (Fremdrenten) wird das Einhalten der EURO - Kriterien vorgegaukelt.

### **3.2 Großer Lauschangriff**

Die *Liberalen Demokraten* fordern die Abschaffung des „Großen Lauschangriffs“. (siehe BPT 20./21.11.1993)

### **3.3 Verkehr**

BPT 29.04.1995

### 3.4 Arbeit

wichtige Punkte aus „Arbeit für Alle“ (BPT 12. / 13. 04. 1986) und „Arbeits- und Sozialpolitik (BPT 29. / 30. 04 1995)

### 4. Bildung

- (1) Unterstützung der Länder für die Modernisierung der Schulen und Hochschulen.
- (2) Die Anzahl der Lehrer muß der Anzahl der Schüler entsprechend steigen, denn das grundgesetzlich festgelegte Recht auf Bildung ist so nicht mehr garantiert.
- (3) Um den NC (numerus clausus) abzuschaffen, sind ausreichend Studienplätze zu schaffen; als Übergangslösung sind Aufnahme verfahren zu suchen, die den Studiengängen gerecht werden.
- (4) Abschaffung des elternabhängigen BaföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz)
- (5) Schaffung einer Akademikersteuer zur Finanzierung.

### 5. Drogenpolitik

- (1) Die *Liberalen Demokraten* setzen sich für eine humane Drogenpolitik ein.
- (2) Sie fordern die Maßnahmen zur Prävention zu verstärken durch eine offensive und noch breitere Aufklärung über Ursachen und gesundheitliche sowie gesellschaftliche Folgen des Drogenkonsums.
- (3) Sie setzen sich dafür ein, daß Drogenabhängigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. Dies bedeutet bedingt die kontrollierte Freigabe von Drogen durch Apotheken und Ärzte; die verstärkte Förderung von Ersatzprogrammen wie z. B. Methadon und einem Ausbau der Rehabilitationskliniken.
- (4) Sie setzen sich ein für ein gut ausgebautes Netz von Beratungs- und Betreuungsstellen für Drogenabhänige.
- (5) Sie setzen sich dafür ein, daß die Regierungen der Länder Lateinamerikas und Asiens (z. B. Bolivien, Burma), die Grundsubstanzen für Drogen anbauen (Koka- und Mohnpflanzen sowie Cannabis) und / oder synthetische Drogen herstellen, politisch geächtet und wirtschaftlich sanktioniert werden. Dies betrifft die Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe sowie Pflege außenpolitischer Kontakte.
- (6) Gleichwohl verkenne sie nicht, daß diese Länder Hilfe beim Anbau alternativer Agrargüter benötigen. Entwicklungshilfeabgaben darf nur mit strengen Auflagen an diese Staaten gewährt werden.
- (7) Drogenhändler müssen noch strenger bestraft werden.. Sie sind zusätzlich zu ihrer strafrechtlichen Ahndung zu einer hohen Geldstrafe zu verurteilen. Diese ist ausschließlich für die Rehabilitation Drogenabhängiger zu verwenden.
- (8) Sie weisen daraufhin, daß die Jugend nicht zum Konsum von Alkohol „erzogen wird“ und fordern deshalb ein preislich günstigeres Angebot an nicht - alkoholischen Getränken in Gaststätten, Diskotheken und sonstigen öffentlichen Lokalen.

### 6. Frauenpolitik / Ausbildung / Renten / Kindererziehung

- (1) Die *Liberalen Demokraten* setzen sich ein für eine frauenfreundliche Politik.

- (2) Sie stellen fest, daß Deutschland im Jahre 1997 vom 18. Auf den 19. Platz zurückgefallen ist .im internationalen Wohlstandsgefälle und im geschlechtsbezogenen Index (gender index) nahm sie weit hinter Kanada, USA, Japan und vielen europäischen Staaten, die 16. Stelle ein.
- (3) Sie fordern eine noch bessere Ausbildung für Mädchen (79 % besuchen eine höhere Schule oder absolvieren eine weiterführende Ausbildung; 83,9 % sind es in anderen Industrieländern).
- (4) Sie fordern gleichwertigen Lohn für Frauen und eine angemessene Rentensicherung, die vor allem ihrer Erziehungsarbeit von Kindern noch mehr Rechnung trägt.
- (5) Sie fordern für alle 3 bis 6 jährigen Kinder einen entsprechenden Kindertagesstättenplatz.
- (6) Sie setzen sich ein für eine Arbeitsplatzgarantie während der Familienpause.
- (7) Sie fordern eine Rücknahme der Festsetzung des Rentenalters für Frauen ab Jahrgang 1941 auf 65 Jahre und lehnen den geplanten Abbau der Erwerbsunfähigkeitsrenten, von denen in der Regel Kranke und Schwerbehinderte betroffen sind, entschieden ab.
- (8) In dem Bewußtsein, daß vor allem Frauen im Alter am meisten von Armut betroffen sind, fordern sie eine Grundrente, die oberhalb der 20 % der Sozialversicherungspflichtobergrenze liegt.

## **7. Sicherheitspolitik / Verteidigungspolitik / NATO**

### **7.1 Verteidigungspolitik**

- (1) Die Welt entwickelt sich im Rahmen der Globalisierung zu regionalen Macht- und Wirtschaftsböcken. Das geforderte „Recht auf Selbstbehauptung“ kann und darf jedoch nicht dazu führen, daß unser Land in militärische Aktionen verwickelt wird, die über die Grenzen unseres Landes hinausgehen.
- (2) Die *Liberalen Demokraten* fordern Formen unmilitärischer Konfliktlösung.
- (3) Sie lehnen out - of - area - Einsätze und die damit verbundene strukturelle Entwicklung hinzu einer Berufsarmee ab. Sie verweisen auf ihre diesbezüglichen BPT - Beschlüsse vom 28. / 29. November. 1992 und 16. November. 1996 und vom 28.Juni 1997.
- (4) Insbesondere beobachten sie mit großer Sorge die Umstrukturierung der Bundeswehr im Sinne von Spezialeinheiten wie das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) (BPT - Beschluß v. 28.Juni 1997).
- (5) Sie lehnen ebenfalls die Beschaffung des Eurofighters ab.
- (6) Sie fordern die konsequente Umstellung der Bundeswehr in eine Verteidigungsarmee.
- (7) Sie sprechen sich gegen Herstellung und Einsatz von Landminen aus. Sie fordern, den Rüstungsetat so umzuwidmen, daß die im Bundeshaushalt 1997 ausgewiesenen 100 Millionen DM für die „Entwicklung neuer Minentechnologien“ für die humanitäre Räumung von Minen bereitgestellt werden.

### **7.2 NATO**

## **8 UNO / Reform**

- (1) Die *Liberalen Demokraten* befürworten eine Strukturreform der Staatengemeinschaft UNO wie sie sich derzeit abzeichnet. Diese darf jedoch nicht davon ablenken, daß die finanzielle Lage der UNO auch durch die Außenstände von Pflichtbeiträgen der 185 Staaten mitverursacht ist. Die USA schulden derzeit der UNO 1,3 Milliarden US - \$.

- (2) Sie begrüßen den Vorschlag des Generalsekretärs Kofi Annan drei Entwicklungsländer aus Asien, Afrika und Lateinamerika als ständige Mitglieder in den Sicherheitsrat zu berufen. Dieser Umfaßt dann 20 Mitglieder.
- (3) Sie treten für die Abschaffung des Vetorechts im Sicherheitsrat ein und somit für eine Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaate,

## 9. Mietrecht

- (1) Mieterschutz ist ein Gebot des sozialen Rechtsstaates. Die Wohnung ist für jeden Menschen der Mittelpunkt seiner privaten Existenz. Der einzelne ist auf ihren Gebrauch zur Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse sowie zur Freiheitssicherung und Entfaltung seiner Persönlichkeit angewiesen. Der Großteil der Menschen kann zur Deckung des Wohnbedarfs nicht auf Eigentum zurückgreifen, sondern ist zur Anmietung von Wohnraum gezwungen.
- (2) Die *LD* begrüßen die Vereinheitlichung des Mietrechts und werden sich entschieden gegen jeden Versuch wenden, diese Vereinheitlichung als Hebel für eine Mietrechtsänderung zu Lasten der Mieter zu benutzen.
- (3) Mietspiegel haben für die Vermieter die Rolle eines formellen Begründungsmittel des Mieterhöhungsverlangens. Nach geltendem Recht können Mieterhöhungsbegehren neben der Bezugnahme auf Mietspiegel auch mit Sachverständigengutachten und mit der Bezugnahme auf Vergleichswohnungen begründet werden.  
Mietspiegel bieten dem Mieter eine verlässliche Orientierungshilfe bei der Wohnungssuche. Sie sind zudem wichtige  
Arbeitsmittel für die Kommunen und stellen ein erhebliches Einsparpotential an Sozialhilfekosten dar. Sie sind auch  
ein wichtiges Hilfsmittel zur Überprüfung von Mieterhöhungen.
- (4) Deshalb fordern die *LD* die gesetzliche Regelung, daß in Städten und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner Mietspiegel erstellt werden müssen, und daß die Verbände der Vermieter und Mieter an der Aufstellung von Mietspiegeln zu beteiligen sind.
- (5) Die Kosten müssen in Anbetracht der öffentlichen Funktion von Mietspiegeln grundsätzlich auch öffentlich getragen werden.

## Beschluß zur Demokratischen Republik Kongo

- (1) Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Vereinbarung zwischen Präsident Kabila und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bezüglich der Menschenrechtsverletzungen im Kongo. Sie fordern die Bundesregierung auf, diese Vereinbarung und deren Umsetzung kritisch zu begleiten.
- (2) Die vom Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo angekündigte Demokratisierung innerhalb von zwei Jahren mit freien und fairen Wahlen begrüßen Sie ebenfalls
- (3) Sie stellen jedoch fest, so die Aussagen der Presse und insbesondere von kongolesischen Gewährsleute der *LD* , daß in Bezug auf den Demokratisierungsprozeß eher Repressionen gegen politische Parteien zu beobachten sind, als Freizügigkeit und Unterstützung dieser.
- (4) Sie stellen fest, daß die von der Staatspartei ADFL getragene und durch ausländisches Militär gestützte Regierung versucht, ein totalitäres System aufrechtzuerhalten.
- (5) Sie fordern die Einhaltung der universellen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf politische Selbstbestimmung und auf freie Meinungsäußerung und fordern deshalb die

Bundesregierung auf, gerade in Anbetracht der intensiven außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo (rd. DM94 Mrd. Exportvolumen), die Zusammenarbeit mit dem Kongo von der Umsetzung der Demokratisierung und der Erwirkung der Menschenrechte abhängig zu machen.

## 26. BPT der LD am 26.07.1998 in

### **Kooperation mit anderen Parteien**

Der Bundespartei beauftragt den Bundesvorstand unverzüglich mit den Bundesvorständen der im folgenden genannten Parteien erste Gespräche zu führen zwecks politischer Kooperation und möglicher Verschmelzung zu einer neuen Partei. Der Bericht über diese Gespräche ist dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag Anfang November 1998 zur weiteren Beschlußfassung vorzulegen.

Soziale und demokratische Arbeitsuchende Deutschlands (SAD)

Chance 2000 sowie der

Partei für Arbeit und soziale Gerechtigkeit / Partei der Arbeitslosen und sozial Schwachen (PASS)  
sowie

Partei der Studenten

### **Wahlprogramm**

#### Verkehrspolitik

Liberaler Verkehrspolitik fordert unter umweltpolitischen, energiepolitischen und sozialen Erwägungen einen Vorrang für das öffentliche Transportwesen. Deshalb sprechen sich die *Liberalen Demokraten* aus:

- für eine vorrangige Unterstützung des Straßenbahn- und Busverkehrs und für die Förderung der Schaffung von weiteren Verbundnetzen bzw. deren Erweiterung
- gegen weitere Stilllegungen von Eisenbahnstrecken, wenn keine gleichwertige Lösung angeboten werden kann
- stillgelegte Strecken sind den Nahverkehrsunternehmen auf Verlangen zuzuführen
- für den Ausbau eines bedarfsgerechten schienengebunden Systems (ähnlich S - Bahn, etc.) für alle Ballungszentren
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen deutschen Straßen
  - Bundesautobahnen 130 km / h
  - Bundesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften 100 km / h
  - andere Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften 80 km / h
  - Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, sowie Umleitungsstraßen der Bundesautobahnen in geschlossenen Ortschaften 50 km / h
  - alle anderen Straßen (Wohnbereich) in geschlossenen Ortschaften 30 km / h
- Sperrung von Innenstadtbereichen bei hoher Schadstoffbelastung (Winter- und Sommersmog)
- Förderung von schadstoffarmen Treibstoffen (z.B. schwefelarmer Diesel, Elektroantrieb)
- Grüne Welle für Bus und Bahn, auch wenn der MIV (Mobiler Individualverkehr) dadurch benachteiligt wird

- Benutzerfreundliche Taktzeiten auch in den Abendstunden und im ländlichen Raum müssen die Beförderung von Mitfahrern garantieren

## **Bildung**

- (1) Aufgrund der immer schnelleren neuen Techniken und übergreifenden Arbeitsweisen sind Schulen und Hochschulen derart zu unterstützen, daß sie mit diesen Techniken umgehen können und sich wie z. B. durch Vernetzung und Internet mit anderen Schulen austauschen können.
- (2) Der Schüler / Lehrer - Schlüssel von 25 : 1 darf nicht überschritten werden. Durch Neueinstellungen und ändern der Klasseneinheiten ist die zu gewährleisten.
- (3) Der Numerus Clausus ist abzuschaffen. Vorrangiges Ziel ist es genügend Studienplätze zu schaffen. In der Übergangszeit sind Aufnahmeverfahren zu wählen, die den Studiengängen gerecht werden. Für jeden Studiengang ist ein sinnvoller Fächerkatalog zu erstellen.
- (4) Das Bafög ist abzuändern, damit Studenten ein ausreichendes elternunabhängiges Einkommen erhalten. Hierdurch soll erreicht werden, daß Mütter und Väter nicht in finanzielle Not geraten oder evtl. von ihren Kindern verklagt werden müssen. Ebenfalls sind die Darlehnsregelungen durch eine Akademikersteuer abzulösen., damit nach Studienende keine hohen Kredite anstehen. Die Akademikersteuer wäre von allen zu bezahlen, die ein Studium begonnen haben. Pro abgeschlossenes Semester könnte dies 1 % der Einkommenssteuer betragen.

## **Jugendpolitik**

Kinder und Jugendliche sind Grundrechtsträger. Diese Auffassung der *Liberalen Demokraten* ist Ausgang für alle Forderungen zur Jugendpolitik, und diese Auffassung soll auch in der Beziehung der Eltern und der Gesellschaft zu den Kindern deutlich sein, z. B.

- Eltern müssen den Schulwunsch ihrer Kinder und ihre Berufswahl sachgerecht vorbereiten und möglichst berücksichtigen.
- Bei der Regelung des Sorgerechtes muß der Wille des Kindes berücksichtigt werden.
- Familienerziehung vor Heimerziehung

Die Perspektiven der Jugendlichen sind abhängig von der Bildungs- und Arbeitsplatzpolitik. Deshalb kommt der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine herausragende Bedeutung zu.

Besonders wichtig ist es für die *Liberalen Demokraten*, dafür einzutreten, daß Jugendlichen Entscheidungsräume zugebilligt werden und diese auch gewährt werden.

Die *Liberalen Demokraten* fordern u. a.

- Entschiedene, qualifizierte Maßnahmen gegen Kindesmißhandlungen.
- Mehr offene Angebote für Kinder, z. B. Aktivspielplätze - auch für Kinder über 14 Jahre.

Die *Liberalen Demokraten* setzen sich ein für die Beibehaltung des Schüler - Bafög und lehnen eine Umstellung auf ein reines Darlehnsverfahren ab.

## **Kindergartenrechtsanspruch**

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird umgewandelt in einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz.

Außerdem sind ausreichend Plätze an Hortplätzen zur Verfügung zu stellen.

Die Größe der jeweiligen Gruppen - bei 2 Erzieher/innen - sollte 15 Kinder betragen.

Zeitlich begrenzte Mehrbelegung (max. 1 Jahr) darf die Grenze von 20 Kindern pro Gruppe nicht überschreiten.

Die Entfernungen zwischen Kindertagesstätte und Wohnung oder evtl. Arbeitsplatz sollten im städtischen Bereich eine halbe Stunde Fahrzeit mit dem ÖPNV nicht überschreiten. Im letzteren Fall sind Umsteigezeiten und Taktfrequenzen zu berücksichtigen.

### **These Innen- und Rechtspolitik :**

Trotz der Abschaffung des § 175 StGB besteht die gesellschaftliche und rechtliche Diskriminierung von Homosexuellen weiter.

Die *Liberalen Demokraten* fordern:

- Aufnahme des Verbots der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Orientierung in ein Anti - Diskriminierungsgesetz und in das Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3.
- Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus, auch die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden.
- Information über Homosexuelle und Homosexualität im schulischen Unterricht, die die sexuellen Neigungen gleichwertet.
- Verbot der systematischen Verfolgung von Homosexuellen.
- Keine Berufsverbote wegen sexueller Orientierung
- Für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung
- Homosexualität darf nicht als Krankheit angesehen werden, wie dies zur Zeit noch verschiedene Teile der Gesellschaft tun
- Beendigung von Forschung und zwangsweiser medizinischer Behandlung zur sexuellen Umorientierung.
- Einführung von Ehen für homosexuelle Paare
- Aufhebung aller Pflichterbtteile im Erbrecht, wenn die testamentarischen Erben natürliche Personen sind.
- Reform der Erbschaftssteuer, die auch eheähnliche Verhältnisse berücksichtigt.
- Reform des Mietrechts, so daß auch homosexuelle Partner in den Mietvertrag eintreten können.
- Änderung des Angehörigenbegriffes im Strafrecht, so daß homosexuelle Ehen und eheähnliche Verhältnisse den heterosexuellen Ehen gleichgestellt werden.
- Adoptionsrecht für homosexuelllebende Menschen.
- Asylrecht für homosexuelle Menschen
- Anpassung der Alters-, Kranken- und Pflegeversicherung (Gleichstellung aller Partnerschaften)
- Sicherung der AIDS - Forschung und Hilfen

### **Die Liberalen Demokraten fordern:**

1. **die gesetzliche Regelung von Abstimmungen (Volksbegehren und Volksentscheid) gemäß Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz**

Über 35 Jahre nach der Schaffung des Grundgesetzes erscheint es angesichts des nunmehr erreichten Maßes an demokratischem Bewußtsein nicht mehr erforderlich zu sein, die Gleichheit der Bürger derart einzuschränken, daß ihre politische Artikulation im wesentlichen auf die einmalige Stimmabgabe zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beschränkt wird.

## **2. die Streichung der 5 % - Klausel in Wahlgesetzen**

Ihre ehemals möglicherweise stabilisierende Wirkung hat die 5 % - Klausel inzwischen verloren. Weil sie die Artikulation neuer politischer Strömungen weitgehend verhindert, führt sie ihrerseits sogar zur Destabilisierung, wobei die 5 % - Klausel im Zusammenhang mit der Medienwirklichkeit gesehen werden muß.

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn sie nur dazu dienen kann, Gruppen unterschiedlichster Art mit dem Ziel zusammenzuführen, die Sperrwirkung zu überwinden, und nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß sich die Strömungen in der Gruppierung nicht gegenseitig blockieren, was schließlich ebenso zur „Unregierbarkeit“ führen kann wie die Zulassung eines Wahlerfolges auch kleinerer Parteien?

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn sie zur übermäßigen Machtkonzentration an der Spitze „etablierter“ Parteien führt - weil viele fürchten, den Aufbau einer neuen Partei nicht bewältigen zu können?

Was nützt eine 5 % - Klausel, wenn gerade aufgrund der Machtkonzentration bei einigen wenigen Personen jene Kräfte im besonderen Maße angelockt werden, die an die Stelle von Wählerstimmen bares Geld setzen?

## **3. die Mitwirkung des Bürgers bei der Aufstellung von Kandidaten und Listen**

Heute bestimmen die Parteien - und in ihnen kleine Gruppen von Personen -, wer zur Wahl aufgestellt oder benannt wird. Dabei spielen viele Interessen mit, nur nicht die Belange derer, um deren Stimme es geht. Daher gilt es, Formen und Verfahren zu finden und einzuführen, die dem Bürger Möglichkeiten der Beteiligung eröffnen. (Panaschieren, Kommulieren)

## **4. die Gewissensfreiheit des Abgeordneten zu stärken**

Viele Abgeordnete sind nicht unabhängig genug, um in der politischen Willensbildung eigenen Gedanken und Wünschen der Wähler Ausdruck zu geben. Auf diese Weise leidet eine Demokratie, die auf Diskussion, Argumentation und Überzeugung beruht, an Atemnot. Mehrheitsentscheidungen dürfen nicht allein aus Parteiräson und Fraktionsmanagement beruhen. Die Hürden, die die parlamentarische Praxis (um Art. 38 Grundgesetz) aufbaut, müssen abgebaut werden.

## 27. BPT der LD am 15.11.1998 in Heidelberg

### **Kooperation mit anderen Parteien**

Der Bundesvorstand wird weiter beauftragt, die Kooperation mit der PASS (Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit), SAD ( Soziale Alternative Partei) und Chance 2000 weiterzuführen.“

### **Definition „Partei“**

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen Entwurf zur Änderung des Parteiengesetzes § 2 Abs. 1 (Definition von Parteien) und / oder des Bundeswahlgesetzes § 18 Abs. 4 . 2 (Anerkennung als Partei) bis zum nächsten Bundesparteitag, spätestens jedoch bis Ende 1999 zu erarbeiten, und diesen zur Abstimmung vorzulegen.“

### **Koalitionsvereinbarungen der SPD / Bündnis 90 / GRÜNE**

Die *Liberalen Demokraten*, sozialliberale Partei Deutschlands, sehen sich als Sachverwalter der Menschen- und Bürgerrechte. Sie treten ein für sozialen und ökologischen Ausgleich. Sie nehmen die Koalitionsvereinbarung der SPD / Bündnis 90/Grüne - Regierung zur Kenntnis.

1. Sie fordern die Bundesregierung auf, den **Großen Lauschangriff** zurückzunehmen und verweisen auf ihren Bundesparteitagsbeschluss vom 20. / 21. November 1993. Sie sind nach wie vor der Meinung, daß damit ein grundsätzlicher Schritt in Richtung auf einen totalitären Polizeistaat vollzogen wird, der einen massiven Verstoß gegen die grundsätzlichen Persönlichkeitsrechte darstellt.
2. Sie lehnen nach wie vor **out - of - area - Einsätze ohne UNO - Mandat** ab und fordern die Bundesregierung auf, diese ihre bisherige Position beizubehalten. Sie fordern zudem die öffentliche Darstellung der zu erwartenden Kosten des jeweiligen Auslandseinsatzes der Bundeswehr vor Beginn der Maßnahmen. (Anm.: der Bosnieneinsatz kostete 350 Mio. DM!).
3. Sie fordern die öffentliche Diskussion eines **Einwanderungsgesetzes** wie es bereits als „Einwanderungs- und Eingliederungspolitik als Gestaltungsaufgaben. Arbeitspapier zum Carl - Bertelsmann - Preis 1992“ von dem CDU - Mitglied Prof. Dr. Dieter Oberndörfer (Univ. Freiburg) und Uwe Berndt vorgelegt wurde und in dem u. a. festgestellt wird, daß Deutschland in den nächsten 25 Jahren mindestens 300.000 Einwanderer pro Jahr benötigt, um den Wohlstand zu erhalten (a. a. O. S. 19).
4. Die **doppelte Staatsbürgerschaft** soll auch für Deutsche im Ausland möglich sein.
5. Sie fordern die Bundesregierung auf, **jährlich** einen **Armutsbericht** zu erstellen und zu veröffentlichen.

### **Beförderungen von Staatsbediensteten**

„Ein halbes Jahr vor Bundes-, Landes- oder Kommunalwahlen bis zur Neuwahl des Vorsitzenden (Bundeskanzler, Ministerpräsident, Bürgermeister) dürfen keine höheren Beamten, Angestellte) der jeweiligen Regierung bzw. Parlamentes (BAT, A, H?) mehr befördert werden. Leistungszulagen sind nur befristet auf maximal 6 Monate und bezogen auf zusätzliche Arbeit zu gewähren.“

## 28. BPT der LD am 16.10.1999 in Freiburg/Breisgau

### **Stellungnahme an die Bundesregierung**

- Die *Liberalen Demokraten, die Sozialliberalen*, vermissen in der Arbeit und Vorgehensweise der neuen Bundesregierung zunehmend einen **Zielkonsens** sowie die rechtzeitige und öffentliche Begründung dieser Maßnahmen und Kompromisse.  
Sie kritisieren, daß zu sehr über Wege oder Umwege diskutiert wird.
- Sie nehmen mit Verwunderung zur Kenntnis, daß ihre Eingaben an die Bundesregierung nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn beantwortet werden. Dies zeugt von einer Mißachtung des Art. 21 GG, welches Parteien berechtigt und aufruft, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken.
- Sie stellen aufgrund ihrer bisherigen Erfahrung fest, daß sich die **Informationspolitik der Bundesregierung** wesentlich verschlechtert hat. Dies geht auch zu Lasten der Parteien.
- Sie begrüßen ausdrücklich, daß endlich der „**Atomausstieg**“ unumkehrbar, auf den Weg gebracht wurde, bemängeln allerdings die allzu große Rücksichtnahme auf die betroffenen Unternehmen. Außerdem bedauern sie, daß das Umweltministerium nicht in die Beratungen eingebunden war.
- Sie erneuern ihre Forderung vom 27. Juni 1997 an die Bundesregierung, einen **nationalen atomaren Entsorgungsplan** zu erstellen und diesen vor Inkraftsetzung öffentlich zu diskutieren.
- Sie sind der Meinung, daß das Verhalten der Regierung bei der **Altautoverordnung** beschämend und von zu großer Rücksichtnahme auf die Industrie begleitet war.
- Sie protestieren gegen die unbedachte Vorgehensweise der Regierung beim **630,-DM - Gesetz** sowie bei der **Scheinselbständigkeit**, die ohne Rücksicht auf Übergangszeiten umgesetzt wurden und somit zu sozialen Härtefällen geführt haben.
- Sie verkennen dabei nicht die vorherrschende Ungerechtigkeit bei der bisherigen **630,-DM - Regelung**. Diese bestand darin. Daß ein Arbeitnehmer Steuern und Sozialabgaben zahlen mußte, andere aber bei gleichem Einkommen über mehrere 630,-DM - Jobs von allem befreit waren.
- Sie begrüßen ausdrücklich, daß bei der **Scheinselbständigkeit** das Ausgliedern von Dienstleistungen aus Firmen, zu Lasten der Mitarbeiter, bekämpft werden soll.  
Dies darf aber nicht zu Lasten derer gehen, die sich eine „echte“ Scheinselbständigkeit aufbauen wollen.
- Sie verkennen nicht, daß es vordem in beiden Bereichen Mißbrauch gegeben hat, der zu sozialen Ungerechtigkeiten führte. Es war richtig, hier einen Riegel vorzuschieben.
- Dennoch sind sie der Meinung, daß diese Änderungen mit mehr Sorgfalt vorbereitet und mit einer ausreichenden Übergangsfrist hätten versehen werden müssen, um den Betroffenen die Chance zu geben, sich unter Vermeidung sozialer Härten an den neuen Gegebenheiten anzupassen. Diese Möglichkeit muß auch dem einzelnen Bürger und nicht nur Unternehmen eingeräumt werden.

- Sie können sich nicht des Eindrucks verwehren, daß bei beiden Regelungen 2reine Gewerkschaftssicht“ zum Tragen kam, der einzelne Mensch aber vergessen wurde. Weder Unternehmer noch Gewerkschaften sind gute Ratgeber, wenn es um die Vermeidung sozialer Härten geht. Diese sind nur zu Vermeiden, wenn man die Gemeinschaft und das Gemeinwohl nicht aus dem Blick verliert.

- Die *Liberalen Demokraten* können die neue **Rentenanpassung** nach Inflationsrate nachvollziehen. Sie sind aber der Meinung, daß die durch das Karlsruher Urteil endlich notwendig gewordene Familienentlastung über die Erhöhung der realen Nettoeinkommen nicht zu einer gleichen Erhöhung der Renten führen kann.

Die würde dem Urteil widersprechen und wäre ungerecht. Zumal es nicht um Rentenkürzungen, sondern um eine gerechte und angemessene Erhöhung geht.

- Sie fordern im Rahmen der Rentenreform eine **Korrektur des Rentenabzugs** bei vorzeitigem Ruhestand und den **Erhalt des Rentenanspruchs mit 60 Jahren bei Arbeitslosigkeit**.

- Sie sind der Meinung, daß es in der **Militärpolitik** mit der Entscheidung für den **Kosovo - Einsatz** einen **Prinzipienverrat bei Rot - Grün** gegeben hat, der folgerichtig zu Irritationen bei den Stammwählern führte. Sie glauben, daß nur deshalb Ruhe auf den Straßen herrscht, weil die potentiellen Demonstranten diese Regierung gewählt haben. Die Gegner militärischer Einsätze müssen nun ihre Sprache wiederfinden und ihre politische Heimat neu bestimmen.

- Deshalb wäre die Regierung gut beraten, vorbeugend eine aktive Diskussion über Veränderungen bei der **Wehrpflicht** herbeizuführen, um so alle politischen Kräfte kreativ in einen Veränderungsprozess einzubinden und um eine lähmende Lagerbildung zu vermeiden.

- Sie verweisen auf **Art. 87 a (1) Grundgesetz**, daß der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt.

- Sie fordern im Sinne des Erhalts des gesellschaftlichen Konsens eine baldige und öffentliche Diskussion über die **Abschaffung der Wehrpflicht / Bundeswehr** die **Reduzierung des Investitionsetats der Bundeswehr** und die **Einführung eines sozialen Jahres**.

- Sie verweisen auf ihren Beschluß des 23. Bundesparteitages vom 16. November 1996 zur Sicherheitspolitik / Bundeswehr, in dem sie bereits ihre Befürchtungen äußerten, daß durch Auslandseinsätze der Bundeswehr die **Schaffung eines Berufsheeres** verstärkt werden könnte.

- Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die ihnen am 10.12.1990 übermittelte Aussage des Petitionsausschusses (Pet 2 - 11- 12 - 570) in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, daß der Wandel in den Beziehungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages Anlaß gibt zu prüfen, in welchem Umfang die Bundeswehr verkleinert werden kann und dadurch **eingesparte Mittel für andere Zwecke eingesetzt werden können**.

- Sie empfinden die Diskussionen und Vorgänge zum Thema **Homosexualität in der Bundeswehr** als beängstigend und an den Beginn der CDU / CSU / F.D.P. - Regierung erinnernd. Die sich wieder verstärkende Diskriminierung ist für uns Sozialliberale unerträglich.

- Sie würden es begrüßen, wenn die Regierung auch bei dem Thema **gleichgeschlechtlicher Partnerschaften** nicht auf halbem Wege verharrt und begrüßen den mutigen Schritt zur Entkriminalisierung der **Prostitution**.

- Sie erhoffen sich von der Bundesregierung in der **Drogenpolitik** einen ähnlich mutigen Schritt.
- Sie raten der Bundesregierung eindringlich, nicht nur bei den Unternehmern betreffenden Themen, sondern auch bei sozialen Themen das **Umsetzungstempo zu drosseln**, Übergangszeiten zu gewähren und die eingeschlagenen Wege deutlicher über Ziele zu begründen. Die *Liberalen Demokraten* sind fest davon überzeugt, daß es nur bei politischem Einverständnis über die Ziele Kompromisse bei den Wegen geben kann, bei denen aus **sozialliberaler Sicht immer der Mensch im Mittelpunkt** steht.

### **Bürgerrechte / Innere Sicherheit / Großer Lauschangriff**

Die *Liberalen Demokraten, die Sozialliberalen*, begrüßen die Initiative des Bundesministeriums der Justiz, den **Nutzen des „Großen Lauschangriffs“** zu überprüfen.

- Sie äußern erneut ihr Bedauern darüber, daß die SPD diesem bereits vor Übernahme der Regierungsverantwortung zugestimmt hat.
- Sie verweisen auf ihren diesbezüglichen Bundesparteitagbeschuß vom 20. / 21. November 1993, in dem sie vor diesem Schritt gewarnt und daraufhingewiesen haben, daß diese Mittel nach bereits vorliegenden Studien keine verbesserten Erfolge der Verbrechensbekämpfung bringen würde, sondern vielmehr ein grundsätzlicher Schritt in Richtung auf einen totalitären Polizeistaat vollzogen würde, der einen massiven Verstoß gegen die grundgesetzlichen Persönlichkeitsrechte darstellt.
- Sie fordern die Bundesregierung auf, das Ergebnis dieser Untersuchungen sowie die Kosten dieser Abhörmaßnahmen zu veröffentlichen und dann entsprechend zu handeln im Sinne der **Abschaffung des „Großen Lauschangriffs“**.
- Sie fordern die Bundesregierung auf, den Begriff **„Organisierte Kriminalität“** eindeutig zu definieren.
- Sie beobachten mit großer Sorge die zunehmenden gesetzlichen Befugnisse des Staates durch Polizei und Bundesgrenzschutz sowie die Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Telefonüberwachungen und anderem.
- Sie stellen fest, daß die **Grundrechte der Bürger** zunehmend an den Rand gedrängt werden.

### **Out - of - area - Einsätze / Kosovo - Krieg**

- Die *Liberalen Demokraten, die Sozialliberalen*, stellen fest, daß der Kosovo ein fruchtbares Agrarland ist, reich an Bodenschätzen und durch seine Flußverbindungen zu den drei Meeren (Adria, Schwarzes Meer und Ägäis) auch von geostrategischer Bedeutung ist.

- Anlässlich des Kosovo - Krieges fordern sie den Deutschen Bundestag auf, künftig Maßnahmen der Regierung, deren Finanzierungsnachweis vorab nicht offen und verbindlich dargelegt wird, ihre Zustimmung zu verweigern.

- Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die Kosten des **Kosovo - Einsatzes** der Deutschen Bundeswehr im Rahmen der NATO, die den Bundshaushalt mit **620 Mio. D - Mark** pro Jahr

zusätzlich belasten, so der Bundesminister der Verteidigung am 25. Februar 1999 vor den Deutschen Bundestag. Nach neuesten Schätzungen werden diese jedoch mit **drei Milliarden D - Mark** pro Jahr für die nächsten vier Jahre anzusetzen sein.

- Sie teilen die am 14. 10. 1998 geäußerte Auffassung von Dr. Burkhard Hirsch, der damals noch MdB F.D.P. und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, daß die für den 16. Oktober 1998 einberufene „**Kosovo - Sondersitzung**“ **verfassungswidrig** gewesen sei, da der alte Bundestag weder „verfassungsrechtlich noch politisch legitimiert gewesen sei“, die Entscheidung über den Bundeswehreinsatz im Kosovo zu treffen und fordern darüber eine öffentliche Debatte.

- Auch teilen sie die Meinung von Dr. Burkhard Hirsch und anderen Völkerrechtlern, daß der **Kosovo - Einsatz völkerechtswidrig** war.

- Sie stellen fest, daß militärische Interventionen ohne ausdrückliches Mandat des UN - Sicherheitsrates gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot **verstoßen**, das zugleich eine „allgemeine Regel des Völkerrechts“ im Sinne von **Art. 25 Grundgesetz** darstellt.

- Sie stellen fest, daß vor allem **Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** durch ihr Abrücken von ihrer 1995 noch festen Position des „**Neins**“ zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr außerhalb des Landes (out - of - area) das breite Vertrauen ihrer Wählerschaft und Anhänger verspielt haben.

- Sie fragen die Bundesregierung, ob sie den Deutschen Bundestag über den **Vertrag vom Rambouillet**, insbesondere auch über dessen Annex B (militärische Implementierung / Besetzung ganz Jugoslawiens durch die NATO) rechtzeitig und umfassend vor dessen Abstimmung über die Bombardierung der NATO (actord) informiert hat.

- Sie fragen die Bundesregierung, ob es zutrifft, daß der zivile (BND) und der militärische Geheimdienst (MAD) die **albanische Befreiungsarmee (UCK)** seit 1996 systematisch aufgebaut, geschult und ausgerüstet haben, daß der MAD und das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit der Lieferung von Ausrüstungen und Waffen an die UCK beauftragt gewesen seien und daß die NATO täglich direkte Kontakte zu den UCK Befehlshabern hatte.

- Die *Liberalen Demokraten* fragen die Bundesregierung, insbesondere den Außenminister Joseph Fischer, ob sie Kenntnis davon hatten, daß der jugoslawische Präsident Milosevic das „United Nations Population Fund (UNFPA)“ dazu aufgefordert hat, an einer **Kampagne zu Geburtenkontrolle (reproductive health campaign) der Kosovaren** mitzuwirken, deren Ziel es sei, die sehr hohe Geburtenstärke dieser vorwiegend muslimischen Bevölkerung, eine der höchsten in Europa, zu reduzieren, und daß die UNFPA bestätigt habe, daß sie in den nächsten Monaten dieses Programm durchführen werde, wenn die verfolgten ethnischen Gruppen zurückgekehrt seien.

- Sie verweisen abschließend auf ihren Bundesparteitagsbeschuß „**Stellungnahme zur Haltung der Bundesregierung im Jugoslawienkonflikt**“ vom 28. / 29. November 1992, in der sie die Meinung des damaligen Verteidigungsministers Rühle (CDU) teilen, daß schon aus historischen Gründen ein bewaffneter Einsatz von Bundeswehreinheiten ausgerechnet auf dem Boden Jugoslawiens unvermeidbar sei sowie

- auf ihren damals an die Bundesregierung gerichteten Forderungen: eine **Verschärfung des UN - Embargos gegen alle kriegsführenden Parteien** für kriegsfördernde Güter eine internationale **Ächtung Jugoslawiens (Serbien und Montenegro)**, sowie den **Abbruch der diplomatischen als**

**auch wirtschaftlichen Beziehungen**, die Kriminalisierung des deutschen wie des internationalen Waffenhandels, der diese Konflikte künstlich nährt.

- Sie warnten vor einer pauschalen Verunglimpfung des serbischen Volkes in der öffentlichen Meinung, wiesen auf die wenig beachtete **innerserbische Opposition** hin und fordern die Bundesregierung auf, diese zu stützen, sofern deren Vertreter Garantien für die Eindämmung des militanten serbischen Imperialismus böten.

### **Zulassung zur Bundestagswahl (§ 33, Abs. 2 BWO) und Definition `Partei` (§ 2 PartG)**

1. Die Bundeswahlordnung (BWO) § 33, Abs. 2 Satz 3 „Vor der Beschlußfassung ist den erschienen Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung zu geben“ ist wie folgt zu ändern:  
„Der Bundeswahlausschuß befragt alle Parteien gemäß einem für alle gleich geltenden Fragenkatalog. Dieser ist den Parteien vier Wochen vor dem Sitzungstermin des Ausschusses bekannt zu geben“ (hilfsweise), „dieser ist im Gesetz zu veröffentlichen“.
2. Das Parteiengesetz (PartG) ist in § 2 Abs. 1 wie folgt zu ändern:  
„Parteien sind Vereinigungen von Bürgern (Mindestmitgliederzahl gemäß § 56 BGB), die dauernd oder für längerer Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes oder in Europa auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestage, in einem Landtag oder im Europäischen Parlament mitwirken wollen ...“.

## **29. BPT der LD am 07.10.2000 in Freiburg/Breisgau**

### **Verkehr / Ökosteuer – Befreiung des ÖPNV**

- Die *Liberalen Demokraten* lehnen Autobahngebühren grundsätzlich ab, da der Verkehr teilweise auf gebührenfreie Straßen abgedrängt wird. Zusätzlich benachteiligt die entfernungsunabhängige Vignette die Kraftfahrzeughalter, die ihr Fahrzeug umweltbewusst wenig einsetzen.
- Umweltverträgliche Energieträger und Kraftstoffe sind zu fördern. Schwefelhaltige Kraftstoffe sind höher zu besteuern und schwefelarme bzw. -freie entsprechend finanziell zu fördern. Mehreinnahmen des Staates sollen nicht erfolgen, sondern die schwefelfreien Kraftstoffe sind so zu bezuschussen, so dass er billiger ist als alle anderen. Schwefelfreie Kraftstoffe sind flächendeckend anzubieten.
- Bevor den Kraftfahrzeugfahrern höhere Kosten aufgebürdet werden, sind alternativen wie z. B. der ÖPNV auszubauen.
- Die *Liberalen Demokraten* fordern die Bundesregierung auf, die Busse und Bahnen des ÖPNV von der Ökosteuer zu befreien. Dies gilt auch für Einsatzfahrzeuge der Notfalldienste. Außerdem soll geprüft werden, ob dies auch für den Fernverkehr und dem Güterverkehr auf Schiene berücksichtigt werden kann. Die Befreiung der Ökosteuer soll nicht nur für die Mineralölprodukte (vor allem Diesel), sondern auch für die Elektrizität gelten.

### **Parteienfinanzierung (§§ 18 + 20 PartG)**

Die *Liberalen Demokraten* fordern den Gesetzgeber auf, zur Herstellung der Chancengleichheit, das Parteiengesetz (§§18 und 20 PartG) bezüglich Wahlkampfkostenzuschüssen zugunsten kleiner Parteien wie folgt zu ändern:

„Jede zu einer Wahl zugelassene Partei bekommt unabhängig von den Ergebnissen vorausgegangener Wahlen einen angemessenen, einmaligen, verlorenen Zuschuss. Maßstab ist das Spendenaufkommen des Vorjahres.

Bei einer Wahlkampfkostenerstattung gemäß Parteiengesetz wird dieser Vorschuss angerechnet, ansonsten erlassen.“

### **Parteiengesetz §§ 23 + 31 (Rechenschaftsauslegung)**

Änderung des Parteiengesetzes  
Sechster Abschnitt

Rechenschaftslegung

§ 31

(2) Als Kassenprüfer darf nicht bestellt werden, wer Vorstandsmitglied, Mitglied des Parteischiedsgerichtes, Revisionsbeauftragter oder Angestellter der zu prüfenden Partei ist oder in den letzten zwei Jahren war.

Die Kassenprüfer dürfen auch nicht gem. Satz 1 den untergeordneten Gebietsverbänden angehören, wenn diese Gegenstand der Überprüfung gem. § 29 sind.

(3) wie vorher (2)

## **Innenpolitik / Recht / Rechtsextremismus**

Die *Liberalen Demokraten* fordern den Gesetzgeber auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch nationalsozialistische oder andere völkerrechtswidrige Literatur, die vor in Kraft treten des Grundgesetzes existierte, nicht hergestellt (kopiert) oder verbreitet werden darf.

Hierzu ist § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen um Unterabschnitt 5. zu erweitern.

-Wer Propagandamittel

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

-der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP), deren Vorläuferparteien und angeschlossener Organisationen, sowie deren Mitglieder

im Inland verbreitet oder zur Verbreitung im Inland oder Ausland herstellt, vorrätig hält, einführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Absatz (4) ist ersatzlos zu streichen.

(4) Ist die Schuld gering, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen.

## **Bürgerrechte / Datenschutz / Echelon; Enfpol; USA / EU – Abkommen zum Schutz persönlicher Daten**

„Die *Liberalen Demokraten* beobachten mit großer Sorge die Verschlechterung der Bürgerrechte, insbesondere die des Schutzes persönlicher Daten und der Privatsphäre.

Sie nehmen zur Kenntnis, dass die großen Fraktionen des Europäischen Parlamentes die Einrichtung eines **Echelon** – Untersuchungsausschusses behindern. (Seit den 70er Jahren unter Führung der USA betriebenes und weltweit satellitengestütztes Abhörsystem, das das Recht der Bürger auf Privatsphäre verletzt hat. Die durch Echelon gewonnenen Informationen seien in regelmäßigen

Treffender Geheimdienste von diesen analysiert und nutzbar gemacht worden. s. Berlin Online v. 17.03.2000)

Sie stellen fest, dass ein Rechtsabkommen zwischen den EU – Staaten unter anderem auch zur Überwachung des Telekommunikationsverkehrs (**Enfopol**) in Vorbereitung ist (Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (99636 / 99 v. 13. Juli 1999, insbes. Art. 17 und 18).

Sie greifen die Kritik der TACD (Transatlantic Consumer Dialogue), einer amerikanisch – europäischen Vereinigung von Verbraucherverbänden am „**Abkommen zum Schutz persönlicher Daten**“, das zwischen den **USA** und der **EU** ausgehandelt wurde, auf und fordern dessen Überprüfung auf Einhaltung der europäischen Datenschutzrichtlinie. Diese verlangt, dass persönliche Daten, die von europäischen Bürgern erhoben werden, im Ausland durch vergleichbare Regelungen geschützt werden. Das Abkommen sieht dies so nicht vor.

Sie stellen fest, dass mit der Einführung des Großen Lauschangriffs nun weitere Maßnahmen zur Einschränkung des Schutzes der Privatsphäre und der persönlichen Daten offensichtlich geplant sind, welche die Bürgerrechte massiv einschränken und die Entwicklung hin zum Überwachungsstaat noch weiter verstärken.“

### **Innenpolitik / Recht / Homosexualität – Anti – Diskriminierungs - Gesetz**

Die *Liberalen Demokraten* verurteilen jede Art der Diskriminierung von Homosexuellen. Hierunter fällt auch, dass Personen vor Gericht Entschädigungen erhalten, weil man sie als homosexuell, schwul oder lesbisch bezeichnet hat.

Es zieht niemand vor Gericht, weil man als „vollschlank“ bezeichnet wurde, auch wenn diese Bezeichnung nicht zutrifft,

Gerichte müssten solche Klagen als unbegründet abweisen.

In diesem Zusammenhang, sollten Arbeitgeber (Auftraggeber) überprüfen, ob Arbeitsverhältnisse hiervon betroffen sind und man sich von diesen Personen trennt, ohne selbst in den Ruf zu kommen homosexuelle Menschen zu diskriminieren.

Dies zeigt, wie dringend notwendig es ist, dass ein Anti – Diskriminierungs – Gesetz verabschiedet wird, welches die *Liberalen Demokraten* seit 1983 fordern..

### **Sozialpolitik / Gesundheitsreform / Versorgung alter Menschen**

- Die *Liberalen Demokraten* nehmen mit großer Besorgnis die ihnen von Teilen der Ärzteschaft vorgetragene Verschlechterung in der medizinischen Versorgung alter Menschen zur Kenntnis.
- Sie stellen fest, dass nunmehr das Prinzip der Eigenverantwortung auf alte Menschen in dem Sinne angewendet wird, als dass man ihnen weiterversorgende Maßnahmen nach Unfällen oder Krankenhausbehandlungen massiv kürzt oder gar versagt.
- Sie wehren sich gegen die zunehmende Gängelung und Bevormundung der Ärzteschaft durch die Krankenkassen, die dazu führt, dass die angeordneten medizinischen Maßnahmen angezweifelt werden oder deren Durchführung aus Kostengründen gar behindert wird.

- Sie setzen sich mit allen Mitteln dafür ein, dass alten Menschen, die ein Leben lang Krankenkassenbeiträge gezahlt und offensichtlich dank ihrer guten Gesundheit ein hohes Lebensalter erzielt und somit geringe Kosten verursacht haben, wieder eine ihrem Alter entsprechende und notwendige Versorgung gegeben wird.
- Sie verweisen auf die Widersprüchlichkeit und somit Unglaubwürdigkeit der politischen Argumentation und des politischen Handelns, wenn einerseits für den „humanitären“ Kosovo – Krieg Milliarden zur Verfügung stehen, andererseits aber für „humanitäre“ medizinische Behandlung der eigenen Bevölkerung diese Maxime nicht gilt, geschweige denn ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden,
- Sie fordern Gesundheitsministerin Fischer (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) auf, den eingeschlagenen Weg zu verlassen und sich auf das Wesentliche zu besinnen, nämlich auf eine den medizinischen Erkenntnissen angemessene, verantwortbare und menschenwürdige Behandlung von Patienten, ohne Ansehen der Person und des Einkommens. Dies gilt nicht nur für alte Menschen, sondern auch für Chronisch Kranke und HIV – Patienten.

### **Alterspolitik der *Liberalen Demokraten* – Die *Sozialliberalen* -**

- Sie setzen sich für die Aufrechterhaltung und Unantastbarkeit der Würde, die Beachtung der individuellen Bedürfnisse und die gesellschaftliche Anerkennung der alten Menschen ein.
- Der Grad der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung bedingt das Maß an Zufriedenheit, Glück und Wohlbefinden auch und gerade des alten Menschen!
- Sie wollen eine Alterspolitik in Deutschland, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert und damit auch andere Wohn- und Lebensformen ermöglicht, deshalb müssen die Betroffenen an den Entscheidungen, die ihren Alltag formen, mitbestimmen können!
- Sie wollen, dass Alterspolitik, Altenarbeit und Altenhilfe immer zuerst auf die Möglichkeit der Selbsthilfe alter Menschen ausgerichtet ist.
- Überpflegtheit ist das Gegenteil von Selbstbestimmung und trägt nicht zum Wohlbefinden bei, wenn man „Befinden“ subjektiv bewertet, nicht objektiv!
- Sie wollen, dass alle notwendigen sozialen und (oder) pflegerischen Hilfen der Erhaltung oder Wiederherstellung von größtmöglicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit alter Menschen dienen und nicht etwa dazu beitragen, alte Menschen wegen einer eingetretenen Hilflosigkeit in irgendeiner Form zu unmündigen Objekten von Hilfseinrichtungen oder Helfern machen.
- Versorgung soviel wie notwendig (und das dann großzügig und optimal) und so wenig, wie möglich (Überangebot an Altenhilfe schafft sich zu nehmend ihre Klienten).
- Sie wollen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen im Bereich der Altenhilfe (Begegnungsstätten, Sozialstationen, Altenheime, Pflegeheime etc.) weniger totale Versorgung anbieten (also Hilfe), als vielmehr Hilfen zur Selbsthilfe, um eine weitmögliche Eigenbestimmung zu erhalten.

- Sie wollen ein verstärktes Mitspracherecht der alten Menschen in den Kommunen, z. B. in Form von Altenbeiräten.
- Die finanzielle (existenzielle) Absicherung im Alter sollte für Männer wie Frauen gleichermaßen durch die Gesellschaft (den Staat) gewährleistet sein, z. B. durch die Schaffung einer Grundrente!
- Die Würde des älteren Menschen misst sich nicht nur an der Lückenlosigkeit des sozialen Netzes, sondern auch an dem Ausmaß, in dem die Betroffenen an den Entscheidungen, die ihren Alltag formen, mitbestimmen können!
- Die Beurteilung der Lern- und Handlungsfähigkeit eines Menschen, sollte immer davon ausgehen, was sich an positiven Möglichkeiten vorhanden ist und sollte sich nicht an der Feststellung der objektiven Defizite orientieren!
- Fazit: Selbsthilfe!
- Wenn das nicht möglich ist: Hilfe zur Selbsthilfe!
- Erst wenn das auch nicht möglich ist, dann: Hilfe
- Bevor ältere Menschen in Heime kommen, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine Unterbringung in der gewohnten Umgebung (möglichst die eigene Wohnung) zu lassen.

### **Kosovo – Krieg / Umweltverseuchung durch militärische Einsätze der NATO / u. a. Uranhaltige Geschosse**

Die *Liberalen Demokraten* beauftragen den Bundesvorstand folgende Anfrage an die Bundesregierung zu richten:

- Trifft es zu, dass die NATO im Kosovo – Krieg 30.000 uranhaltige Geschosse eingesetzt hat und hatte die Bundesregierung (Bundesministerium der Verteidigung) davon Kenntnis?
- Trifft es zu; dass infolge dieser Bomben Menschen wegen des Eindringens von Urandampf in die Blutbahn und der Einlagerung von größeren Partikeln in Lunge und Knochen sterben werden?
- Hat die neugegründete und erstmals vom 21. – 23. Juni 1999 tagende Arbeitsgruppe der NATO, die „Environmental Protection Working Group“ (EPWG) sich auch mit diesem Thema befasst?
- Ist die dort angekündigte Richtlinie zur Umweltpolitik für NATO Befehlshaber und Planungsstab, die STANAG 7141 – EP bereits der Bundesregierung zur Ratifizierung vorgelegt worden?
- Wo fand das NATO – Manöver INTEX 2000 (NATO International Warning and Detection Exercise) am 18. März 2000 statt, dem eine Anzahl von fiktiven nuklearen, chemischen und Satelliten – Zwischenfällen zugrunde lagen?

## **Sicherheitspolitik / Joint Vision 2020 – Militärdoktrin der USA / Information Warfare (IW) / Rüstungskontrolle**

Die *Liberalen Demokraten* nehmen zur Kenntnis,

- dass seit dem 30. Mai 2000 eine neue Militärdoktrin der USA, die Joint Vision 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, in der die Vorstellung der US – Militärs niedergelegt sind, wie die **Streitkräfte im Jahr 2020** organisiert sind und welche Aufgaben sie bewältigen sollen.
- Dass diese Streitkräfte noch „tödlicher“ als die bisherigen sein sollen,
- Dass die Forderung nach einer uneingeschränkten Informationsüberlegenheit im Raum steht wie
- Die klassische elektronische Kriegführung, erweitert um bereits vorhandene oder neue erwartete technische Möglichkeiten
- Eine „verbesserte“ C2 (command and control) – Kriegführung
- Intelligence operations
- „Netzkrieg“ im öffentlichen Raum, also im wesentlichen klassische Propaganda und Desinformation in den neuen elektronischen Medien
- „Netzkrieg“ oder „Cyberwar“ in militärischen elektronischen Netzen.
- Sie stellen weiterhin fest,
- dass die Entwicklung hin zu einer **Informationskriegführung (IW)** schnell voranschreitet und dass die IW –Konzepte mittlerweile Eingang in die Strategieüberlegungen der russischen und chinesischen Streitkräfte gefunden haben.
- dass die **IW – Führung** als neues Element in von Staaten geführten Kriegen auftaucht – der Golfkrieg und der Krieg um das Kosovo in Jugoslawien 1999 Vorboten und gleichzeitig Legitimation dieser Entwicklung sind – und diese massive Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und das Kriegsrecht hat.
- Sie fordern die Bundesregierung auf,
- Sich in der zivilen **Außenpolitik** mit den Auswirkungen der **Informationsentwicklung** mit ihren weitreichenden zivil – militärischen Folgen für die nationale wie internationale Sicherheitspolitik zu beschäftigen und internationale Abkommen und Rüstungskontrollverhandlungen im Bereich der IW - Führung anzustreben.
- **innenpolitisch** eine ausgewogene Politik zum Schutz der elektronischen Infrastruktur zu betreiben, bei der die Bundeswehr auf eine offensive Forschung im Bereich der IW – Führung verzichtet, auch um der Informationsverbots – Norm Nachdruck zu verleihen. Die Aufgabe der Bundeswehr soll sich hierbei auf den Schutz des eigenen Netzes beschränken.
- zu erklären, dass vereinzelte Hackerattacken noch keinen Kriegszustand bedeuten.
- Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Risikoanalyse und Präventionspolitik.
- Sie stellen fest, dass Informationsoperationen (Cyberattacke oder Netzkrieg) die internationale Sicherheit gefährden und fordern, dass diese Gegenstand von **Rüstungskontrollverhandlungen** werden. **Ziel** dieser Rüstungskontrolle muss sein, ein Klima der Berechenbarkeit für die damit

befassten politischen und militärischen Eliten zu schaffen und einen **gemeinsamen Verhaltens- und Tabukodex** zu errichten.

- Sie fordern, dass **IW – Kapazitäten** zum Gegenstand der Rüstungskontrolle gemacht werden in Kenntnis, dass die Informationstechnologie eine Risikotechnologie darstellt und dass technologische Innovationen im militärischen Bereich aktiv durch nationale wie internationale Politik gesteuert werden können, z. B. durch Verbot der IW – Vorbereitung sowie eine No – First – Use – Doktrin für Cyberattacken.
- **durch Verbot offensiver Informationsoperationen** (Angriffe auf die physische wie nichtphysische Informationsstruktur des Gegners) z. B. auch Konzepte, alle Forschungen und Entwicklungen offensiven Charakters.
- **Code of Conduct und No – first – use** (z. B. Umgangsweisen und Ersteinsatz mit Informationswaffen nationaler Streitkräfte und ethischer Standard im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen (VBM))
- **Informationskriegsordnung** zur Regelung des Umgangs mit Informationen in Kriegsfällen. Als Vorstufe eine „Konvention über den Informationskrieg und über Informationen im Krieg“, Geltung des Völkerrechts für Informationsoperationen in bewaffneten internationalen Konflikten; Anerkennung der Bestimmungen des allgemeinen Kriegsrechts auch für Kriegführung im Cyberspace und für Informationsoperationen.
- **Schutz bestimmter ziviler und militärischer Ziele** (z. B. Vereinbarungen der Kernwaffenstaaten zur Verhinderung von gegenseitigen Angriffen auf die Informationsinfrastruktur zur Führung und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen (C41). Verschonung von Krankenhäusern, Staudämmen, Kernkraftwerken).

## **Außenpolitik / Waffenexporte / Kampfpanzer für die Türkei**

„Die *Liberalen Demokraten* unterstützen die Kampagne zahlreicher Friedensinitiativen und Nichtregierungs- – Organisationen (NGO's), den Export von 1.000 Leopard II A5 – Panzern der Firma Krauss – Maffei – Wegmann in die Türkei zu verhindern.

Sie sind der Meinung, dass die Entscheidung des Bundessicherheitsrates vom 25. Oktober 1999 einen Leopard II Kampfpanzer zu Testzwecken in die Türkei zu liefern weiteren Rüstungsanfragen Tür und Tor öffnet. So zum Beispiel der Voranfrage der Vereinigten Emirate für 64 Spürpanzer Fuchs sowie für die Genehmigung von 1.000 Leopard II Panzern in die Türkei. Dazu kämen das Chemiewaffenlabor, Fregatten, Minensuchboote und viele weitere Waffen.

Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, auf die Lieferung der Panzer zu verzichten. Das rot – grüne Versprechen „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“ darf durch die Rüstungsexportpraxis nicht ad absurdum geführt werden.“

Sie stellen fest, dass die Türkei eine gigantische Neurüstung von über 30 Milliarden Mark plant, dass die Türkei offensichtlich Geld für die Rüstung hat, aber ihre wirtschaftlichen Defizite sowie inneren Probleme und die Menschenrechtsslage nicht zu lösen imstande ist.

Sie fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich endlich ernsthaft für einen türkisch – kurdischen Dialog und ein Ende des Krieges, für Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte in der Türkei einzusetzen und verweisen auf ihren Bundesparteitagbeschuß vom 20. / 21. Oktober 1993, in dem sie die damalige Bundesregierung aufforderten, auf die Regierungen der Türkei, des Iraks, Irans, Syriens, Georgiens und Armeniens dahingehend einzuwirken, dass dem kurdischen Volk ein friedliches Leben in freier Selbstbestimmung ermöglicht wird.

Sie befürchten, dass die Bundesregierung zunehmend nach dem Motto handelt „geschlossene Grenzen für Flüchtlinge, aber offene Grenzen für Waffenlieferungen“.

Sie weisen daraufhin, dass Deutschland nach den USA der zweitgrößte Waffenexporteur mit Verkäufen von rund 10 Milliarden Mark ist. (medico rundschriften 4 / 99, S. 24)“

### **Innenpolitik / Rechtsextremismus**

- Die *Liberalen Demokraten* begrüßen die Initiative der Bundesregierung gegen rechtsextremistische Strömungen, lehnen aber ab hierfür eine spezielle Stiftung oder Initiativen einzurichten.
- Dieses Geld ist bestehenden Projekten zuzuführen, die keine zusätzlichen organisatorische Leistungen aufbauen müssen.
- Sie verweisen auf das von ihnen bereits seit 1993 unterstützte Holocaust Museum, das diesen Zweck erfüllen würde.
- Vorbeugende Maßnahmen und die Opferhilfe sind hier verstärkt zu unterstützen.
- Außerdem ist zu überprüfen, inwieweit auch Parteien, die in den Parlamenten sitzen und durch ihre Aktionen fremdenfeindliche Begründungen liefern, belangt werden können. (Kinder statt Inder)

### **Kampagne gegen Rechts**

Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand die Ausgestaltung einer Kampagne gegen Rechts zu prüfen, was sowohl die eingesetzten Mittel wie den Inhalt betrifft.

Die *Liberalen Demokraten* verurteilen die jüngsten Anschläge auf die Synagogen. Sie fordern alle Bürger auf sich gegen Rechtsextremisten zur Wehr zusetzen.

### **Nationalfeiertag**

Die *Liberalen Demokraten* lehnen den 09. November als Nationalfeiertag ab.

## 34. BPT der LD am 03.12.2005 in Kassel

### Grundsatzprogramm

#### *Wer sind die Liberalen Demokraten?*

Die Gründung der **Liberalen Demokraten (LD)** erfolgte am 28.11.1982 in Bochum, nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, in dessen Folge sich die FDP von ihrem bisherigen Koalitionspartner SPD abwandte und mit der CDU / CSU weiter regierte bis zum März 1983, ohne vorzeitige Neuwahlen einzuleiten.

Diese Missachtung des Wählerwillens als auch die Abkehr der FDP von den sozialliberalen Grundsätzen (den „Freiburger Thesen“ von 1971) führten zur Gründung der **Liberalen Demokraten** durch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger.

Gleichzeitig verließen 20.000 der 86.000 Mitglieder die „gewendete“ FDP. (1)

Unsere Partei besteht nun seit mehr als 23 Jahren. Es gelang einigen Gliederungen (z. B. Heidelberg von 1982 – 1999) als Abgeordnete in Stadt- und Gemeinderäte einzuziehen. Auch im Berliner Landtag war die **LD** seit ihrer Gründung zweimal vertreten.

Seit vielen Jahren ist die Partei auch auf internationaler Ebene aktiv. So traten die **Liberalen Demokraten** 2002 der **Europäischen Anti – Atomplattform** bei, einem Bündnis von mehr als 220 europäischen Nicht – Regierungsorganisationen, das für alternative, erneuerbare Energien einsetzt. Im April 2002 in Helsinki (Finnland) mit der finnischen Gespräche führte und auch von einer Delegation des finnischen Parlamentes angehört wurde. 2004 dehnt der gleiche Kreis – wieder mit Teilnahme der **LD** – seine Aktivitäten auf Sankt Petersburg (Förderung Russland) aus.

Seit 1993 unterstützt die **LD** als erste Partei die Bestrebungen zur Gründung des „**Deutschen Holocaust – Museums**, Zentralmuseum gegen das Verbrechen wider die Menschlichkeit Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für den Frieden und Humanität“, aus dem inzwischen eine Stiftung hervorgegangen ist. (2)

Parteiinterne Demokratie ist für uns **Liberalen Demokraten** unabdingbar. Jedes **LD** – Mitglied hat auf Parteitag Rede- und Stimmrecht, kann politische Anträge einbringen und hat so Einfluss auf die Entscheidungen und die Willensbildung der Partei nehmen.

Die **LD** setzt sich für mehr Bürgerrechte und Bürgermitbestimmung (u. a. durch Volksentscheide) ein sowie Frieden und Abrüstung, vor allem für eine offene und transparente Demokratie und wehrt sich gegen soziale Ungerechtigkeiten.

Standhafte und überzeugte Demokraten lassen sich nicht beirren! Mit mehr als dreiundzwanzig Jahren politischer Erfahrung und Kompetenz will die **LD** ihre Kraft und ihre Arbeit weiterhin zum Wohl der Menschen einbringen.

Große Hoffnung und Zuversicht setzen die **LD** in junge Menschen und appellieren an sie, in unserer Gesellschaft durch sozialliberales Denken und Handeln im Geist der „**Freiburger Thesen von 1971**“ (unter anderem „die soziale Verpflichtung des Eigentums“) wieder neu zu beleben.

Es gilt heute mehr denn je, sich den neoliberalen, der Globalisierung ergebenden Strömungen und Machtkreisen entgegenzustellen. Dies vor allem, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu erhalten, beziehungsweise wiederzuerlangen.

Die **Liberalen Demokraten** kritisieren im Rahmen der Globalisierung die unsoziale Entwicklung der neoliberalen Politik, die eine Verquickung von Staat und Großindustrie ermöglicht und voran treibt. Die Entfesselung des Marktes verschärft weltweit die soziale Lage.

- 
- (1) Theo Schiller: „Die FDP: Partei der wechselnden Wechselwähler“ Der Bürger im Staat, 39. Jg. Heft 4, Stuttgart, Nov. 1989 (hrsg. v. d. pol- Landeszentrale für politische Bildung Baden – Württemberg) S. 252
  - (2) Zum Initiator Dr. Hans – Jürgen Häbler vom Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Hannover bestehen schon Kontakte aus der Zeit vor der Gründung der **LD**.

## I. Grundsätze

Die **Liberalen Demokraten** stehen in der Tradition des **deutschen Liberalismus**. Sie verstehen sich als Erbe der bürgerlichen Revolution und ihrer Forderung nach **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit**.

Sie treten ein für

- Menschenwürde durch Selbstbestimmung
- Gleichberechtigung aller Menschen
- Fortschritt durch Vernunft
- Demokratisierung der Gesellschaft und
- Beteiligung aller Bürger am politischen Entscheidungsprozess
- Sicherung und Erweiterung der Bürgerrechte
- Vorurteilslosigkeit, Toleranz und Sachlichkeit im gesellschaftlichen Diskussionsprozess sowie  
Überschaubarkeit und Durchschaubarkeit der Strukturen und Prozesse in allen  
gesellschaftlichen Lebensbereichen
- Schutz der Minderheiten
- Erhaltung bzw. Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung
- Reform des Kapitalismus: Marktwirtschaft und Eigentum sind für sie Mittel zum Zweck der  
Wahrung menschlicher Freiheit und nicht Selbstzweck
- Globalisierung als Ausdruck von Neoliberalismus lehnen sie ab.

Die **Liberalen Demokraten** wollen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern politische Verantwortung übernehmen. Überzeugendes, aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln soll auf politische Veränderungen Antwort geben und die notwendigen Entscheidungen voranbringen. Wir wollen vor allem rechtzeitig das Gespräch über Grenzen hinweg mit den Betroffenen führen, dabei auch eigene Positionen kritisch hinterfragen und Minderheiten anhören.

Herausragende Bedeutung haben für die **LD** bis heute jene liberalen Grundsätze, die in den **Freiburger Thesen** von 1971 niedergelegt sind.

## II. Frieden und Sicherheit

Die **Entspannungspolitik** hat unser Leben sicherer gemacht. Sie ist Existenzgrundlage unseres Landes. Sie wurden von Liberalen entwickelt und durchgesetzt.

Im **westlichen Bündnis** muss das besondere Interesse Europas an Fortschritten zur Entspannung und Abrüstung mutig vertreten werden; wir dürfen uns nicht zum Satelliten der USA machen.

Bewaffnung und Einsatz der **Bundeswehr** müssen auf reine Verteidigung umgestellt werden.

**Out – of aerea Einsätze** (Auslandseinsätze) lehnen wir nach wie vor ab.

Ziel von Abrüstungsverhandlungen muss eine Welt **frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen** sein mit einer ausgewogenen Verminderung der konventionellen Rüstung, Herstellung, Erwerb und Einsatz von Massenvernichtungswaffen sowie von Geschossen mit angereichertem Uran und anti- Personen .- Minen müssen völkerrechtlich verboten werden.

**Liberale Demokraten** unterstützen jedes ernsthafte und ehrliche **Eintreten für den Frieden**. Deshalb sind wir zur Zusammenarbeit mit der **Friedensbewegung** weiterhin bereit. Die unabhängige **Friedens- und Konfliktforschung** muss erhalten und weiter ausgebaut werden.

## III. Inneres, Recht und Bildung

Die hohen Ziele des Grundgesetzes sind in unserem Land noch lange nicht verwirklicht. **Liberale Demokraten** wollen das **Grundgesetz in die Gesellschaft hineinbringen**.

Im Hinblick auf die von uns geforderte **Gleichberechtigung der Frau** begrüßen wir das **Antidiskriminierungsgesetz** und fordern die **Reform des § 218** im Sinne der Fristenlösung.

Um das Grundrecht auf **Verweigerung des Kriegsdienstes** zu gewährleisten, fordern wir die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer ohne Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den Soldaten.

Niemand darf in einer **Demokratie** wegen einer rechtmäßigen **politischen Tätigkeit** Nachteile erleiden. Die Regelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst ist diesem Grundsatz anzupassen.

Ein der angemessenes **Zuwanderungsgesetz** ist weiter zu entwickeln und Integration zu fördern.

Das **Recht auf Asyl** darf nicht angetastet werden. Hilfen zur Erleichterung der freiwilligen Rückkehr dürfen nur ohne Druck angeboten werden. An Staaten, in denen die Missachtung der Menschenrechte sowie Verfolgungen stattfinden, darf nicht ausgeliefert werden.

**Minderheiten** dürfen nicht benachteiligt werden.

Im **Drogenbereich** ist für süchtige Therapie an die Stelle von Strafe zu setzen.

Sondergesetze gegen **sexuelle Minderheiten** lehnen wir ab. Die erfolgte **Streichung des § 175 StGB** war für uns konsequent. Neue Formen des Zusammenlebens sollen gleichwertige Chancen wie die alten erhalten.

Gleiche und gute **Bildungschancen für alle** sind nicht nur Gebote von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern nach wie vor auch die wichtigsten Zukunftsinvestition und eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Der Staat hat insbesondere über Ausgleichsabgaben und Schaffung weiterer überbetrieblicher **Ausbildungsstätten** zu gewährleisten, dass für alle Schulabgänger ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten wird.

Ebenso muss im **Hochschulbereich** der **Numerus Clausus** überwunden werden und zwar in erster Linie durch stärkere Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten. Kürzungen der **Ausbildungsförderung** lehnen wir ebenso ab wie die Gewährung als Darlehn. Für das Erststudium dürfen keine **Studiengebühren** erhoben werden.

#### **IV. Umwelt und Wirtschaft**

Mehrbelastung der **Umwelt** und Mehrverbrauch an Energie und Rohstoffen können nicht mehr hingenommen werden; geboten sind vielmehr Entlastungen und Einsparungen. Das schränkt die Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum erheblich ein. **Ökologie ist Langzeitökonomie.**

Zur Verbesserung der **Umweltsituation** fordern wir insbesondere:

- die Verschärfung der Wasserschutzbestimmungen und eine umfassende Gewässersanierung
- ein weltweites Verbot der Verklappung auf See
- eine Senkung der zulässigen Immissions- und Emissionswerte,
- als Sofortmaßnahme bei Großfeuerungsanlagen auf 400 mg Schwefeldioxyd je m<sup>3</sup> Abgas.
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz,
- die Verbandsklage
- Umweltbilanzen zur Ermittlung der Kostenwahrheit und der Kostengerechtigkeit

Durch eine konsequente Politik der **Energieeinsparung** und der verstärkten Förderung **alternativer Energien** wollen wir den **Atomausstieg** weiter vorantreiben.

Zur Eindämmung der **Arbeitslosigkeit** setzen wir unter anderem auf Arbeitszeitverkürzungen und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik und eine beschäftigungspolitische Haushalts- und Finanzpolitik.

Durch vermehrte und unbürokratische Hilfen bei der **Existenzgründung** und Offenheit gegenüber **neuen Unternehmen** und **alternativen Produktionsweisen** soll der Arbeitsmarkt entlastet werden.

Die **Politik der gegenwärtigen Bundesregierung** <sup>1)</sup>, durch Gaben an die Unternehmer der Investitionen anzukurbeln und gleichzeitig den Haushalt zu Lasten der breiten Massen zu sanieren, lehnen wir als ungerecht und unwirksam ab. Diese Politik fördert allenfalls die Rationalisierungsinvestitionen, drosselt gleichzeitig den Verbrauch und **vernichtet** auf beiden Wegen **weitere Arbeitsplätze.**

Produktionsfortschritte sollen künftig vorrangig in Form von **Arbeitszeitverkürzungen** an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Tarifparteien.

Die **Arbeitszeitordnung** <sup>2)</sup> ist neu zu novellieren.

Die **Liberalen Demokraten** bekennen sich zur Weiterentwicklung von **Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmer** in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehören die Beteiligungen an Produktivvermögen.

- 
- 1) Diese Aussage wurde von der **LD** bereits 1982 in ihrem Grundsatzprogramm getroffen und hat nach wie vor Gültigkeit.
  - 2) Sieh den **LD** – Gesetzentwurf „Arbeit für Alle“ (Bundesparteitag vom 12. und 13. April 1986 in Osnabrück; veröffentlicht in „Freisinnig wider die Restauration“, hrsg. v. Ralf Bartz, Hanno Jochimsen, Hans – Herbert Wilhelmi, Bonn 1988: 156 – 174)

## **35. BPT der LD am 28.10.2006 in Kassel**

### **Kooperation von LD und STATT Partei**

- Die **Liberalen Demokraten** beenden mit sofortiger Wirkung die Kooperation mit der STATT Partei – die Unabhängigen. Der diesbezügliche Bundes – Parteitagsbeschuß der **LD** vom 04. Dezember 2004 in Freiburg wird hiermit aufgehoben.
- Sie stellen fest, dass die Ziele dieser politischen Kooperation wie sie im Bundesparteitagsbeschluss der **LD** vom 8. Dezember 2001 in Freiburg verankert sind – vor allem „die Bündelung und Stärkung der sozialliberalen Kräfte in Deutschland“ – nicht annähernd erreicht wurden noch künftig zu erreichen sind.“
- Sie schließen sich der Meinung der **LD** Baden – Württemberg an, wie auf dem Landesparteitag vom 12. Februar 2006 in Freiburg beschlossen.

### **Arbeit für Alle**

- Die **Liberalen Demokraten** verweisen ihren 1986er Beschluss „Arbeit für Alle“ zur Aktualisierung an die Programmkommission. Dieser Beschluss ist in die Globalisierungsdebatte / Aktualisierung des **LD** Grundsatzprogramms (Beschluss des BPT v. 3. Dezember 2005 / Kassel) mit einzubeziehen und zu berücksichtigen.
- Eine überarbeitete Fassung soll beim nächsten Bundesparteitag zur Diskussion und als Beschlussvorlage eingebracht werden. Unter Berücksichtigung der Ladungsfristen sollte der Text Anfang September 2007 vorliegen.
- Die bisherige Fassung ist auf der Homepage der **LD** zu veröffentlichen mit dem Hinweis, dass an einer Aktualisierung gearbeitet wird.

### **Beschleunigung des Atomausstiegs**

Die **Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen** – fordern zur Beschleunigung des Atomausstiegs bei Vertragsausstieg bzw. Vertragsbruch sowie bei Änderungen des Vertrages eine Ergänzung des Ausstiegsvertrages durch eine Kostenkomponente in Form einer Konventionalstrafe, bei vorzeitiger Abschaltung eines Kernenergiewerkes erlassen wird.

Alle staatlichen Zuschüsse, die jemals im Zusammenhang mit dem jeweiligen Werk gezahlt wurden, einschließlich Abgabeerlasse, sind in progressiv steigenden Raten zwischen 2010 und spätestens 2025 zurückzuzahlen, längstens bis zum Zeitpunkt der Abschaltung

### **Erwerbsminderungsrenten – Urteil des Bundessozialgerichtes vom 16. Mai 1006 (Az: B4 RA 22 / 05 R)**

- Die **Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen** – lehnen die Abschlüge auf Erwerbsminderungsrenten ab und begrüßen das Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel vom 16. Mai 2006 (Aktenzeichen: B4 RA 22 / 05 R), in dem eine Entscheidung über die Zulässigkeit von Abschlügen bei Renten wegen Erwerbsminderung für Rentner und Rentnerinnen, die bei Rentenbeginn jünger als 60 Jahre sind, getroffen wurde.

- Sie appellieren an die Rentenversicherungen dem Rechnung zu tragen und Beziehern und Bezieherinnen von **Erwerbsunfähigkeitsrente** sowie deren Hinterbliebenen die zu Unrecht einbehaltenen Abschläge auf die vorzeitig in Anspruch genommene Rente auszuzahlen und die Rente neu festzustellen.
- Sie fordern die Bundesregierung auf, das Gesetz vom Januar 2001 entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichts zu verdeutlichen.

### Hintergrund

Mit dem im Januar 2001 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbstätigkeit hat der Gesetzgeber die damaligen Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit durch eine zweistufige Erwerbsminderungsrente mit deutlich verschärften Zugangsvoraussetzungen ersetzt.

Auch wurden die Altersgrenzen bei der Altersrente für schwer behinderte Menschen stufenweise auf das 63. Lebensjahr angehoben. Ferner wurden Rentenabschläge bei der Altersrente für schwer behinderte Menschen, der neuen Erwerbsminderungsrente sowie einer Hinterbliebenenrente eingeführt, wenn diese Rente vor Vollendung des 63. Lebensjahres bezogen werden oder der Versicherte vor Vollendung des 63. Lebensjahres stirbt.

Nach der Gesetzesbegründung wollte der Gesetzgeber die Höhe der Erwerbsminderungsrente an die Höhe der vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrenten bei Verlängerung der Zurechnungszeit anpassen, obwohl dieser Personenkreis behinderungsbedingt auf den Zeitpunkt des Ausscheiden aus dem Erwerbsleben keinen Einfluss hat.

**Die Abschläge gelten lebenslang, das heißt auch bei späterer Umwandlung in eine Altersrente und wirken sich bei der Hinterbliebenenrente mit aus.** Von den Betroffenen werden diese Abschläge als zusätzlich Bestrafung empfunden.

Streitgegenstand in dem Verfahren einer 1960 geborenen Klägerin war die Frage, ob eine Rentenkürzung von 10,8 Prozent auch bei Versicherten, die Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung haben und bei Rentenbeginn noch nicht 60 Jahre alt sind, rechtmäßig ist.

Nach der Pressemitteilung des Bundessozialgerichts kommt der 4. Senat zum Ergebnis, dass das **Gesetz einen Rentenabschlag bei einem Recht auf Rente wegen Erwerbsminderung für Bezugszeiten vor Vollendung des 60. Lebensjahres ausschließt. Zur Begründung stellte das Gericht zunächst auf den Wortlaut von § 77 Absatz 2 Satz 3 SGB VI a.**

**(Quellen: HNA Kassel, Freitag, 15. September 2006 „Politik; sowie <http://www.vdk.de/de12583>: „Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten unzulässig / 07 / 2006)**

Der **Deutsche Rentenversicherung Bund** teilte mit Schreiben vom 04. Oktober 2006 einer Betroffenen mit:

„Der 4. Senat des BSG hat am 16.05.2006 (B 4 RA 22 / 05 R) entschieden, dass auch Rentner, die bei Rentenbeginn jünger als 60 sind, den Abschlägen unterliegen, dies aber nach dem Gesetz und dessen Entstehungsgeschichte erst, wenn sie die Erwerbsminderungsrente über das 60. Lebensjahr hinaus beziehen. **Diese Entscheidung des BSG entspricht der Rechtsauffassung der Deutschen Rentenversicherung Bund.** Das Urteil liegt uns zwar seit dem 07.08.2006 vollständig vor, wir bitten Sie jedoch, sich noch etwas zu gedulden. Erst nach Absprache aller Versicherungsträger kann das Verfahren fortgesetzt werden.“

## Sozialversicherung

Die *Liberalen Demokraten* fordern an Stelle der Rentenversicherung eine Bürgerversicherung (personenbezogene Abgabe), in die alle einen einkommens – abhängigen Betrag einzahlen. Das heißt, dass zum Beispiel auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete der Solidargemeinschaft beitreten.

## Splitterbomben, Verbot von Herstellung und Verbreitung

Die *Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen* – fordern das Verbot der Herstellung und Verbreitung von Splitterbomben.

## Schulbusse, Sicherheitsmaßnahmen

- Die *Liberalen Demokraten – die Sozialliberalen* – fordern zur Sicherheit der Schulkinder, dass kurzfristig nur noch maximal soviel Kinder in Schulbussen transportiert werden dürfen wie auch Sitzplätze in dem entsprechenden Bus vorhanden sind.
- Mittelfristig sind auch die Schulbusse mit Sicherheitsgurten auszurüsten.

## Linkspartei / LD – Forderung

Die *Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen* – nehmen zur Kenntnis, dass die Bundestagsfraktion der Linkspartei die Forderung des *LD* – Bundesparteitages vom 04.12.2004 zur vollen Steuerpflicht von im Ausland lebenden Deutschen ebenfalls vertritt.

## Zusammenarbeit Liberale Demokraten – Bündnis für die Zukunft gegr. 2001 (Hannover)

Die *Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen* – und das Bündnis für die Zukunft (pazifistische Partei) arbeiten – vorbehaltlich des schriftlich dokumentierenden Zustimmungsbeschluss des BZ – Bundesvorstandes – in Fragen der programmatischen Erörterung – bis auf Widerruf durch einen Bundesparteitag von *LD* oder *BZ* – zusammen.

Diese Zusammenarbeit betrifft Fragen zur Globalisierung und deren Folgen im sozialen und Beschäftigungs – Bereich anhand des *LD* – Programms 'Arbeit für Alle' (1986), wie zum Beispiel:

- Abbau des Sozialen in unserer Demokratie,
- Staatsverschuldung verursacht durch Militärausgaben, explodierende Zinslasten der Haushalte (und dadurch drohende Privatisierung des öffentlichen Sektors).

### 36. BPT der LD am 08.12.2007 in Kassel

#### **Neues LD – Logo**

„Die *Liberalen Demokraten* geben sich anlässlich ihres 25jährigen Bestehens ein **neues Logo**. Dieses ist ab dem 9. Dezember 2007 für alle Gliederungen der **LD** bindend.“

#### Begründung:

Mit dem neuen Logo soll auch ein „frischer Wind“ in der Partei wehen. Das zunehmende Interesse vieler junger Menschen zeigt, dass unsere politischen Gedanken und unser Handeln wahrgenommen werden und auch Zuspruch finden.

Die neuen Farben wurden vom Grafiker Heinz Lauer wie folgt umschrieben:

“die Farbe Orange ist für die *Liberalen Demokraten* aus ihrer Geschichte abzuleiten: Der Bruch der sozialliberalen Koalition von SPD und F.D.P. 1982 hatte die Spaltung der F.D.P. zur Folge. Enttäuschte F. D. P. Mitglieder gründeten daraufhin die **LD**. Die Parteifarben der FDP sind blau und gelb, gelber Grund und FDP in blauen Lettern.

Nimmt man die Farbe Gelb als Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der *Liberalen Demokraten* und ihre Wurzeln und fügt rot für das Sozialliberale hinzu, ergibt sich aus gelb – rot Orange. ... Signalwirkung und positive Anmutung der Farbe Orange können das Selbstbild der **LD** in der Öffentlichkeit wirkungsvoll und einprägsam darstellen.

Heinz Lauer“



#### **Bedingungsloses Grundeinkommen**

- Die *Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen – LD* sprechen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Sie verweisen auf Art. 1 Grundgesetz (GG).
- Dieses deckt den Grundbedarf (Existenzminimum) der Menschen ab, hierzu zählen Kleidung, Wohnung, Nahrung und Gesundheitsvorsorge und – pflege sowie gesellschaftliche Teilhabe.
- Das Grundeinkommen ist steuerfrei und soll alle Sozialtransferleistungen ersetzen.

## Kinder- und Jugendschutz § 184b; §182 StGB

- Die *Liberalen Demokraten* lehnen die von der Bundesregierung **angestrebten Änderungen des § 184b StGB** (Strafgesetzbuch) („Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften“) ab.
- Sie lehnen die mit dem gleichen Gesetz angestrebte erhebliche **Verschärfung des § 182 StGB** (sexueller Missbrauch von Jugendlichen“) ab.
- Sie weisen daraufhin dass im Falle der Beschließung dieser Änderung von § 184b und § 182 StGB das Alter für die Strafmündigkeit auf 18. Jahre heraufgesetzt werden müsste.

### Begründung:

Unter anderem **sieht dieser Entwurf vor, die bestehenden Verbote** zur Kinderpornografie, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zum Inhalt hat, **auf** Kinder- und Jugendpornografie, die sexuelle Handlungen von , an oder vor **Personen unter 18 Jahre** zum Inhalt hat, **auszuweiten**. Dies wird in der Gesetzgebung nicht inhaltlich gerechtfertigt, sondern lediglich auf die Verpflichtung zur Umsetzung des „**Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie**“ vom 22. Dezember 2003 verwiesen.

In diesem Rahmenbeschluss wird „Kind“ abweichend von unserem normalen und juristischen Sprachgebrauch, als eine Person unter 18 Jahren definiert“ ... In der alten Fassung gilt das Verbot des **§ 184b StGB** für pornografische Schriften (womit auch Bilder gemeint sind), die missbräuchliche, fremdbestimmte sexuelle Handlungen **mit Kindern unter 14 Jahren** darstellen. In der neuen Fassung wird es für pornografische Schriften gelten, die beliebige, auch selbst bestimmte Handlungen von **Personen unter 18 Jahren** darstellen.

Die mit dem gleichen Gesetz auch erhebliche Verschärfung des § 182 StGB bedeutet, dass das (so genannte) „Schutzalter“ bei diesem Delikt von 16 auf 18 Jahre erhöht werden soll, andererseits soll das bisherige Mindestalter von 18 Jahren für den „Täter“ fallengelassen werden. **§ 182 StGB** (sexueller Missbrauch von Jugendlichen“)

In der Petition an den Deutschen Bundestag (**Bundestagsdrucksache 16 / 3439 :“Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie**“) wird dargestellt: „Unter anderem sieht dieser Entwurf vor, **die bestehenden Verbote** zur Kinderpornographie, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zum Inhalt hat, **auf** Kinder- und Jugendpornographie, die sexuelle Handlungen von, an oder vor **Personen unter 18 Jahren** zum Inhalt hat, **auszuweiten**. ... Es ist zu befürchten, dass das Vorgehen gegen den tatsächlichen Missbrauch von Kindern bei der Herstellung von realer Kinderpornographie dadurch behindert wird, dass sich die gleichen Stellen nun mit einer großen Anzahl von Fällen beschäftigen müssen, in die überhaupt keine Kinder verwickelt sind und bei denen auch sonst niemand geschädigt wurde.“  
Quelle (<http://schutzalter.twoday.net/stories/3523915>)

Mit einem Wegfall des Begriffes „Jugend“ würde folglich die Jugendstrafbarkeit entfallen und somit das Alter der Strafbarkeit erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres eintreten können.

## **NPD – Wahlkampfkostenerstattung**

Die *Liberalen Demokraten* fordern alle Parteien des Deutschen Bundestages auf, die Parteienfinanzierung zu reformieren.

- Diese betrifft vor allem den Bereich der Wahlkampfkostenerstattung -  
Dreißig Prozent der Erstattung der Wahlkampfkosten müssen auf ein Sperrkonto gegeben werden.
- Sie müssen bis zur Entscheidung über das Ergebnis der folgenden Wahl dort gesichert bleiben.

### Begründung:

Siehe die Dokumentation der *LD* von 1993 über die NPD und ihre Finanzen

<http://www.liberale-demokraten.de/presse2.html>

und

<http://www.liberale-demokraten.de/npd93.html>

## **37. BPT der LD am 08.11.2008 in Köln-Mülheim**

### **Bonuszahlungen**

1. Die *Liberalen Demokraten* sehen es als bedenklich an, wenn Banken durch den Staat, also durch die Steuergelder, finanziell unterstützt werden und gleichzeitig die Vorstände üppige Einkommen oder gar Abfindungen erhalten.
2. Sie fordern die Bundesregierung auf, eine höchste Grenze für Vorstandsentgelte einzuführen.
3. Vorstandsmitglieder und Manager dürfen keine Abfindungen erhalten, die höher als ein Jahreseinkommen sind.

### **Parlamentarische Kostenrechnung**

- Für Haushaltsbeschlüsse von Parlamenten wird eine Kostenrechnung eingeführt.
- Ein Kosten verursachender Beschluss gilt als mit allen Folgekosten beschlossen.
- Alle Folgekosten sind durch den Haushalt zu tragen, für den das beschließende Gremium zuständig ist.

### **Kalte Progression**

Die Liberalen Demokraten fordern die Verhinderung einer kalten Progression sowie die der schleichenden Verschiebung und Umverteilung der Steuerlast nach unten durch die Einführung eines geldwertabhängigen Steuersystems.

Dieses regelt sich anhand einer Steuertabelle in Abhängigkeit von einer mindestens jährlich neu zu ermittelnden Bemessungsgrenze B.

### **Barcode**

Die *Liberalen Demokraten* fordern das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf,

für Geschäfte, bei denen über den Barcode die Preise gescannt werden, auch im Verkaufsraum Bildschirme mit Scann-funktion bereitzustellen.

### **Afghanistan**

- Die Liberalen Demokraten lehnen die bedingungslose Verlängerung des Afghanistan Einsatzes ab.
- Sie fordern die Zurücknahme des militärischen Einsatzes und fordern den verstärkten Aufbau der zivilen Zusammenarbeit, die Herstellung der Menschenrechte, sowie die Schaffung demokratischer Strukturen.
- Sie fordern die Bundesregierung auf, die Kosten für den bisherigen Einsatz als auch künftige Kosten offen zu legen. Hierzu zählen auch die Kosten für Soldaten und ihre Familien bei Invalidität und Tod.

### **Bundeswehr im Inneren**

Die Liberalen Demokraten nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die Koalition von CDU/CSU und SPD sich darauf geeinigt haben, die Bundeswehr auch im Innern bei „Notfällen“, einzusetzen und dass die Grosse Koalition die Änderung des Artikel 35 des Grundgesetzes anstrebt.

- Sie weisen daraufhin, dass die Bundeswehr nur zur Unterstützung von Polizeikräften der Länder angefordert werden kann
- Sie halten an der verfassungsrechtlichen Beschränkung fest, die der Bundeswehr den Einsatz spezifisch militärischer Waffen untersagt (z.B. Einsatz von Kampfpanzern, Kampfflugzeugen und Kampfschiffen).
- Sie lehnen eine Änderung des Artikel 35 des Grundgesetzes wie es die Grosse Koalition anstrebt im Sinne einer Militarisierung der Polizei entschieden ab.

- Sie verweisen auf ihren Bundesparteitagbeschluss zum Luftsicherheitsgesetz vom 3.Dezember 2005.

## **38. BPT der LD am 13.06.2010 in Köln-Mülheim**

### **Waffenrecht**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN fordern eine radikale Änderung des Waffenrechts.

- Waffen dürfen öffentlich außer von autorisierten staatlichen Bediensteten nicht einsatzbereit mitgeführt werden
- Transportiert werden dürfen nur entladene Waffen. Diese und die Munition müssen getrennt von einander jeweils in sicheren und verschlossenen Behältnissen untergebracht werden
- Im privaten Bereich dürfen nur am Körper getragene Waffen einsatzbereit sein
- Die Aufbewahrung von Waffen und Munition darf nur getrennt und muss in sicheren und verschlossenen Behältnissen erfolgen

### **Datenschutz**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN unterstützen die Forderung der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern

nach vollkommener Unabhängigkeit ohne Unterscheidung von privatem und öffentlichen Datenschutz.

Die Rechte der Bürger an ihren Daten müssen gestärkt werden, gerade im Hinblick auf Globalisierung und neue Medien. Dazu muss es eine Verpflichtung geben, dass jeder Datenhalter regelmäßig die Betroffenen unaufgefordert über die über ihn gespeicherten Daten, ihre Weitergabe und Verwendung unterrichtet.

### **Kernenergie**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN fordern, den Atomausstieg zu beschleunigen, weil die KKWeine technische Fehlentwicklung und die Subventionen daher nicht gerechtfertigt waren.

Der beste Weg wäre, die Abschaltung von KKW zu einem betriebswirtschaftlichen Vorteil für die Betreiber zu machen.

Dazu müssen alle Subventionen und indirekten Kosten des Staates für Entwicklung, Bau, Betrieb, Entsorgung und Endlagerung für KKW von den Betreibern in den nächsten 15 Jahren in 15 Raten zurückgezahlt werden, höchstens aber bis zum Zeitpunkt der Abschaltung. Die zurückgezahlten Mittel sollen der Förderung alternativer Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden. Einfuhr von Atomstrom aus dem Ausland ist zu unterbinden.

### **EURO**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN

- stellen fest, dass die Einführung des Euro ein Gewinn für Europa ist
- sprechen sich gegen die Rückkehr zu nationalen Währungen aus
- stehen zum Euro, der Euro-Zone und dem Stabilitätsabkommen
- begrüßen die Ermöglichung von Hilfsmaßnahmen bei Zahlungsschwierigkeiten einzelner Mitgliedsländer
- fordern Maßnahmen gegen Spekulanten und unseriöse Finanztransaktionen



## **Sozialliberale Bildungspolitik**

### **Konzept für eine Neuordnung des Bildungswesens**

„Bildung ist unser höchstes Gut.“  
„Kinder sind unsere Zukunft.“

#### **Vorbemerkungen**

Ein jeder kennt diese Aussagen und würde ihnen bedenkenlos zustimmen, aber niemand fragt sich dabei, wie es um die Bildung unserer Kinder und das hiesige Bildungssystem wirklich bestellt ist.

Die *Liberalen Demokraten* haben die zu Beginn zitierten Aussagen als Anlass dafür genommen sich diese Fragen zu stellen.

Auf der Bildung der Menschen als eine der Grundsäulen baut eine Gesellschaft auf und für die Bildung hat ein Bildungssystem bestmöglich Sorge zu tragen. Trägt es dies nicht, so nimmt es der Gesellschaft eine wichtige Grundsäule.

Für uns *Liberale Demokraten* muss Bildungspolitik aus diesem Grund einen der Kernpunkte, wenn nicht sogar den wichtigsten Kernpunkt, der Politik ausmachen. Die Bildung unserer Kinder ist die Grundlage für unsere und deren Zukunft, und somit die Zukunft unserer Gesellschaft.

Eine durch obige Aussagen geprägte Bildungspolitik kann die heutigen Zustände, wie wir sie in unserem Bildungswesen haben, nicht tolerieren.

Die *Liberalen Demokraten* fordern

- kleinere Lerngruppen
- die Einstellung neuer Lehrkräfte
- die Entlastung des Lehrpersonals durch Einsatz von Schulpsychologen, Jugendsozialarbeitern und Verwaltungsangestellten
- die gezielte Förderung der Stärken und Schwächen der Schüler
- eine praxisbezogenere und bessere Ausbildung der Lehrpersonen
- regelmäßige Überprüfungen der Fachkenntnis von Lehrpersonen
- ein bundesweit einheitliches Bildungssystem
- ein System welches Bildung und das Studium für Studieninteressierte aus allen Bevölkerungsschichten möglich und finanzierbar macht
- die Ablösung des getrennten Religionsunterrichts durch Einführung eines gemeinsamen Fachs "Kulturenkunde"

Es muss Schluss sein mit dem seit Jahren andauernden Herumprobieren an einem so wichtigen aber derzeit so maroden System wie dem Bildungssystem. Aus diesem Grund ist für uns *Liberale Demokraten* eine konsequente Neuordnung des Bildungssystems von Grund auf unerlässlich.

Einsparung im Bildungssystem ist Sparen am falschen Ende.

An der Bildung und der Förderung unserer Kinder darf nicht gespart werden sondern darin muss investiert werden, also muss auch wieder mehr ins Bildungssystem investiert werden.

Jede Ausgabe zur Verbesserung des Bildungswesens ist eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und somit unseres Staates. Unsere Kinder und Kindeskiner werden einmal das ernten was wir heute säen und jedes Mitglied unserer Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser Staat werden davon, langfristig gesehen, profitieren.

Aus diesem Grund wurde von uns *Liberalen Demokraten* das folgende Konzept einer sozialliberalen Bildungspolitik zur Reform des Bildungssystems ausgearbeitet.

Für uns Sozialliberale ist klar, dass die individuelle Entwicklung und Förderung mehr in den Mittelpunkt rücken muss. Talente, Interessen, Stärken und Schwächen der Kinder müssen erkannt und gezielt gefördert werden, sie dürfen vor allem mit ihren Schwächen nicht wie bisher sich selbst überlassen bleiben.

## **Reformenkatalog**

### **1. Bildung ist Bundessache**

Wir *Liberalen Demokraten* fordern ein bundesweit einheitliches Bildungssystem, durch das eine bundesweite Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit der jeweiligen Schulabschlüsse gewährleistet wird und Mobilität in Deutschland auch für Kinder möglich und unschädlich macht. Der Bund hat dabei ein für alle Länder geltendes minimales Bildungssystem zu definieren, welches von den Ländern verwaltet wird und durch Einbringung von Verbesserungsvorschlägen bundesweit gültig optimiert werden kann.

Zahlreiche Studien der letzten Jahre belegen eindeutig, dass in der Bundesrepublik ein deutliches Bildungsqualitätsgefälle zwischen den einzelnen Bundesländern existiert.

Die Tatsache, dass so schon allein der Wohnort als Kriterium über die Bildungschancen eines Kindes entscheidet, ist ein Missstand, der für uns Sozialliberale nicht länger hinnehmbar ist.

Ferner stellen wir fest, dass bisher der Weg zum gleichen Abschluss nicht nur zwischen den einzelnen Ländern verschieden ist, sondern auch von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich geregelt wird, wodurch ein Hochschulwechsel zusätzlich oft erschwert wird.

Das ist vorrangig in Deutschland durchzusetzen aber auch für Europa anzustreben.

### **2. Schaffung eines Beirats in den Kultusministerien der Länder**

Da in dem von uns angestrebten System die Aufgabe der Kultusministerien der Länder nur noch in der Verwaltung des vom Bund vorgegebenen Systems beruht, fordern wir *Liberalen Demokraten* zunächst einen Stellenabbau in den Kultusministerien und eine damit einhergehende zusätzliche Entbürokratisierung des bisherigen Bildungsapparats.

Damit einhergehend fordern wir als Kernpunkt die Schaffung eines, das Kultusministerium ergänzenden, Beirats, der innerhalb der Länder über praxisnahe und praxisdienliche Verbesserungsvorschläge des Bildungssystems, sowie dessen Aufbau und Verwaltung, berät und diese ausarbeiten soll. Dies beinhaltet Verbesserungen des Lehrplans, der Unterrichtsumstände, der zentralen Abschlussprüfungen, etc.

Die vom Beirat erstellten Vorschläge werden dann vom Kultusministerium eines Landes an die Kultusministerien der anderen Länder, und somit auch deren Beiräte, übermittelt. Bei ausreichender Zustimmung eines Vorschlags in allen betreffenden Beiräten, wird der Vorschlag im Bund, unter Beachtung des pro / contra - Urteils der Fachkundigen in den Beiräten, zur Abstimmung vorgelegt.

Folgend nun einige kurze Informationen zur Zusammensetzung der Beiräte:

- Jedes Mitglied des Beirats muss über mindestens 10 Jahre Berufserfahrung als Lehrer oder Hochschuldozent verfügen und noch diesem Beruf nachkommen.
- Es gibt einen Schul- und einen separaten Hochschulbeirat.
- Der Schulbeirat setzt sich aus Vertretern aller Schularten zusammen, also vereint Grund-, Haupt-, Real-, Gesamtschule sowie Gymnasium.
- Der Hochschulbeirat vereint Fachhochschulen, Technische Hochschulen und Universitäten.
- Pro Schul- bzw. Hochschulform soll der Beirat aus 10 Mitgliedern bestehen.
- Jede Schule oder Hochschule schlägt einen Lehrer oder Dozenten des Kollegiums vor.
- Die Wahl erfolgt nach dem Zufallsprinzip per Losverfahren auf eine Dauer von 4 Jahren.

Die wichtigste erste Aufgabe der neuen Beiräte besteht in der Ausarbeitung neuer aktualisierter Lehr- und Studienpläne zur Steigerung der Bildungsqualität unter Beachtung der daraus resultierenden Belastung der Schüler/Studenten.

Eine konkrete Überlastung der Schüler/Studenten ist dabei auf jeden Fall zu vermeiden.

Die Schaffung der oben beschriebenen Beiräte ist für uns *Liberale Demokraten* eine zwingende Notwendigkeit, da viele von den verschiedenen Kultusministerien der Länder erarbeiteten Reformen des jeweils betroffenen Systems zu keiner Verbesserung geführt haben; manche, die auf dem Papier noch sinnvoll erschienen in der Realität so nicht umsetzbar waren oder sogar zu einer Verschlechterung der Bedingungen geführt haben.

Dies führen wir darauf zurück, dass zu viele am Entschluss- und Erarbeitungsprozess beteiligte Mitarbeiter der Kultusministerien oftmals seit Dekaden keinen Schulalltag mehr bewusst erlebt haben und sie somit die Situation der Lehrer und der Schüler weder wirklich kennen noch in der Lage dazu sind diese richtig einschätzen zu können.

Durch die von uns geforderte Einbindung der oben geforderten Beiräte in den Entscheidungs- und Erarbeitungsprozess wäre auf diesem Weg eine deutliche Verbesserung zu erreichen.

### **3. Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren**

Wir stellen fest, dass das Abitur nach 12 Jahren zu einer Überforderung der Schüler führt, da der bestehende Lehrplan nicht oder nur unzureichend eingekürzt wurde und dass dadurch die Bildungsqualität leidet.

Einem überarbeiteten Schüler ist es nicht möglich soviel aufzunehmen wie ihm nun in kürzerer Zeit vermittelt werden soll und eine dies vermeidende weitere Einkürzung des Lehrplans würde nur zu einer weiteren Verminderung des Bildungsumfangs und der -qualität führen.

Aus diesem Grund fordern wir *Liberale Demokraten* eine bundesweite Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren an Gymnasien und Gesamtschulen.

Dies hätte eine Entlastung der Schüler zur Folge und würde dennoch mehr Zeit bringen die

Schüler durch einen darauf ausgelegten aktualisierten Lehrplan besser auszubilden.  
Ferner bliebe den Schülern in Zukunft neben der Schule mehr Zeit zur individuellen Entfaltung und zur Regeneration.

#### **4. Bundesweite zentrale Abschlussprüfungen an weiterführenden Schulen**

Wir *Liberalen Demokraten* begrüßen die zentral durchgeführten Abschlussprüfungen an den weiterführenden Schulen. Durch sie ist endlich eine echte Vergleichbarkeit der Abschlüsse gegeben und der Wohnort und die damit zusammenhängende Schulwahl führt nicht mehr zu einer Bevor- oder Benachteiligung.

Aus diesem Grund fordern wir die Abschlüsse nicht nur landesweit sondern auch bundesweit zentral zu steuern und zu vereinheitlichen.

Somit wird gewährleistet dass Abschlüsse einer Schulform in Bremen, Mecklenburg- Vorpommern oder Bayern auf der gleichen Grundlage basieren und folglich gleichberechtigt und gleichgestellt sind.

Eine solche Vergleichbarkeit erleichtert auch den Betrieben die Einstellung neuer Auszubildender und stellt für Studieninteressierte ein gerechtes Kriterium zur Zulassung dar.

#### **5. Einführung des gemeinschaftlichen Fachs „Kulturenkunde“ an Stelle des getrennten Religionsunterrichtes**

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Ablösung des bisherigen getrennten Religions-unterrichtes durch ein neu zu schaffendes Fach „Kulturenkunde“. Dieses Fach soll dann für alle Religionsgruppen gemeinsam unterrichtet werden und die verschiedenen Kulturen und Glaubensrichtungen, also u. a. Christentum (römisch-katholisch, altkatholisch, protestantisch, orthodox, koptisch, etc), Islam (Shiiten, Sunniten, etc), Judentum, Hinduismus, Buddhismus, Lamaismus, Naturreligionen, und auch aktuelle einflussreiche Glaubensgemeinschaften und Sekten (Zeugen Jehovas, Scientology, Mormonen, etc), möglichst gleichberechtigt behandeln.

Das würde nach Meinung der *Liberalen Demokraten* zu einer Bildung einer neuen Grundlage für größeren gegenseitigen Respekt zwischen den unterschiedlichen Kulturkreisen durch größeres Wissen über die kultureigenen und -fremden Grundsätze, die Geschichte, sowie Riten, Normen und Bräuche führen. Als Folge daraus könnte es auch zu einem Ausbau des bisherigen ethischen Wertesystems hin zu einem offeneren und globaleren Wertesystem in unserer Gesellschaft kommen, welches einem Kulturschmelztiegel wie Deutschland eher entspräche.

Nach unserer Auffassung ist dies durch den bisherigen Religionsunterricht nicht möglich, da er nicht nur strikt die Religionen voneinander trennt, sondern auch die jeweils anderen Religionen nur lückenhaft behandelt. Es kommt also schon in der Schule zu einer mangelhaften Aufklärung über die fremden Kulturen, woraus sich ein verringertes Verständnis und eine unzureichende Akzeptanz unter den Kulturen ergeben.

Folglich erfüllt das Fach Religion nicht den gewünschten Zweck der Verständigung unter den Kulturen, sondern erschwert durch seine strikte gegenseitige Abkapselung der Kultur- und Glaubensrichtungen die Integration.

Eine Tatsache, die in einem kulturellen Schmelztiegel wie Deutschland schnell zu Problemen führen kann.

Zur Förderung der Integration ist es für uns unerlässlich die Aufklärung bereits in der Schule zu verbessern und somit durch das Fach „Kulturenkunde“ eine höhere interkulturelle Akzeptanz und ein besseres interkulturelles Verständnis zu schaffen.

## **6. Abschaffung der Kopfnoten**

Die *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass die in einigen Bundesländern eingeführten sog. Kopfnoten keinen tieferen Sinn verfolgen und keinen direkten Nutzen für die Beurteilung der Schüler darstellen. Aus diesem Grund sind sie der Meinung, dass eine Beibehaltung der Kopfnoten nicht sinnvoll ist und fordern deshalb ihre bundesweite und ersatzlose Abschaffung.

## **7. Schaffung eines neuen Gesamt-Schulsystems unter Beibehaltung der einzelnen Schulformen**

Wir *Liberalen Demokraten* begrüßen den Übergang in eine weiterführende Schule nach der grundschulischen Ausbildung.

Vor allem in der Gesamtschule sehen wir dabei die ideale Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeit für Schüler, da sie dort ihren individuellen Stärken und Schwächen entsprechend optimal gefördert werden können.

Aus diesem Grund ist für uns eine Ausweitung der Gesamtschulversorgung und die Schaffung eines universellen Gesamt-Schulsystems, in welches alle bisher getrennten Schulformen miteinander vernetzt zu integrieren sind, unerlässlich.

In diesem neu zu schaffenden Gesamt-Schulsystem würde der Wechsel auf andere Schulformen vor allem von einer niedrigeren auf eine höhere deutlich erleichtert und ein Wechsel im System nach unten wäre nicht mehr gleichbedeutend mit einem sozialen Abstieg oder einem Scheitern, sondern würde als neue Chance auf bessere Noten und einen für den Schüler optimalen Abschluss angesehen werden können.

Die bisherige Regelung widerspricht unserem sozialliberalen Standpunkt, dass jedem Menschen die für ihn bestmögliche individuelle Förderung widerfahren soll. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb die Schaffung einer schulformübergreifenden Gesamt-Schule.

## **8. Neustrukturierung des schulischen Klassensystems und damit zusammen hängende Verbesserung der Wechsellmöglichkeiten zwischen den Schulformen und der angebotenen Abschlüsse**

Die *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass zur Schaffung eines optimalen Gesamt-Schulsystems folgende Änderungen in der bisherigen Struktur unerlässlich sind, um eine optimale individuelle Förderung, und auch Forderung, der Schüler an den Schulen zu gewährleisten.

### **a) Abschaffung der statischen Klasseneinteilung ab Beginn des 3. Schuljahres**

Die Entwicklung, die Erweiterung, sowie die Förderung sozialer Fähigkeiten ist für uns Sozialliberale von gleichem Stellenwert wie die Entwicklung und Förderung der kognitiven Fähigkeiten.

Aus diesem Grund ist die althergebrachte statische Klassenstruktur zu durchbrechen um optimale Lern- und Förderbedingungen für jeden einzelnen Schüler zu gewährleisten.

Die statische Struktur führt dazu, dass die meisten Schüler sich nur selten in eine neue Gruppe integrieren müssen, was wiederum zu festen Cliquenstrukturen innerhalb der Klasse führt und so die Abgrenzung und die Ausgrenzung von bestimmten Gruppen oder Einzelpersonen in der Klasse fördert. Dies ist nicht förderlich für die soziale Entwicklung und kann kein beabsichtigtes Ziel der Bildung und Erziehung an unseren Schulen sein.

Aus diesem Grund steht für die *Liberalen Demokraten* fest, dass ein fachabhängiges und stetig fluktuierendes Einteilungssystem zu finden ist, wodurch die Schüler gezwungen sind sich stetig von Fach zu Fach und von Zeit zu Zeit in wechselnde Gruppenzusammen-setzungen zu integrieren, was die soziale Interaktion und die soziale Kompetenz der einzelnen Schüler fordern und zugleich fördern würde.

### **b) Schaffung einer Einteilung in fachspezifische Förderstufen**

Mit Beginn des 3. und bis zum Ende des 10. Schuljahres sind die Schüler auf Grundlage ihrer bisher erbrachten Leistungen in jedem Fach in Förderklassen einzuteilen. Die Einteilung der Förderklassen kann zu jedem Halbjahreswechsel neu, den Leistungen und Förderbedürfnissen der Schüler entsprechend, erfolgen.

Die Einteilung in fachabhängige Förderstufen ist dreigeteilt und folgendermaßen strukturiert:

- Förderklasse A

Zur Förderklasse A zählen die Schüler, die in einem Fach herausragende und gute Leistungen erbringen, ein Talent für dieses Fach zeigen und gesondertes bzw. weiterführendes Interesse am Fach zeigen.

- Förderklasse B

Förderklasse B stellt die Standardklasse dar. Auf der Stufe B beginnt jedes neu einsetzende Fach für das erste Halbjahr. Danach zählen nur noch Schüler zur Förderklasse B, die weder den Stufen A noch C zuzuordnen sind.

- Förderklasse C

Zur Förderklasse C zählen diejenigen Schüler, die in einem Fach konstant deutliche Schwächen zeigen.

Für jede Förderklasse gelten gesonderte Förderbestimmungen um eine bestmögliche individuelle Unterstützung der Schüler bei ihren Stärken und Schwächen zu gewährleisten.

Die geschaffenen Förderklassen sind getrennt voneinander zu unterrichten und die Gruppengröße sollte nicht größer sein als 20 Schüler um eine optimale Lehratmosphäre zu erschaffen und dem Lehrer die Möglichkeit zu geben sich wirklich um jeden einzelnen Schüler individueller kümmern zu können.

Gruppen mit 25 oder mehr Mitgliedern sind kontraproduktiv und überfordern die Lehrperson, eine gerechte Ausübung ihres Lehrauftrags ist so nicht möglich.

Auch für die Schüler sind große Gruppen problematisch und führen zu Diskrepanzen innerhalb der Gruppe und zu einer gestörten und gereizten Grundatmosphäre innerhalb der betreffenden Gruppe, worunter wiederum das Lernklima leidet.

Die Einteilung eines Schülers in die jeweiligen Förderklassen in der Grundschule soll als maßgebliche Bewertungsgrundlage für den Wechsel auf eine weiterführende Schulform dienen.

### **c) Förderleistungen der jeweiligen Stufen**

- Förderklasse A

Schüler der Förderklasse A erhalten in den betreffenden Fächern ein verringertes Hausaufgabenpensum, wenn sie im Gegenzug den Stoff vertiefende oder weiterführende Förderkurse besuchen. Der Besuch dieser Kurse ist freiwillig, muss dann aber für das gesamte Halbjahr beibehalten werden, dies wird dann ohne Benotung auf dem Zeugnis vermerkt.

Hat der Schüler sich zum Halbjahresbeginn in der Förderklasse A für eine Teilnahme entschieden und besucht den Förderkurs doch nicht, so ist dies als Fehlstunde einzutragen.

- Förderklasse C

Schüler der Förderklasse C erhalten in den betreffenden Fächern den Lehrstoff aufarbeitende Förderkurse sowie eine gesonderte Hausaufgabenbetreuung. Das Hausaufgabenpensum entspricht dabei dem heutigen Standard. Besuch der Förderkurse und der Hausaufgabenbetreuung sind für Schüler der Stufe C Pflicht und Versäumen ist als reguläre Fehlstunde zu betrachten.

Der Besuch der Förderkurse und der Hausaufgabenbetreuung werden unbenotet auf dem Zeugnis vermerkt.

### - Förderklasse B

Schüler der Förderklasse B erhalten das normale Hausaufgabenpensum in dem betreffenden Fach und können freiwillig bedarfsbedingt eine Hausaufgabenbetreuung in Anspruch nehmen. Den Schülern bleibt dabei freigestellt wann und

ob sie diese nutzen, eine Teilnahme das ganze Halbjahr über ist nicht Pflicht

für die Schüler der Stufe B und es erfolgt kein Vermerk auf dem Zeugnis.

Die Förderkurse in den jeweiligen Fächern finden jeweils an den Nachmittagen statt.

Förderkurslos und befreit von der Einteilung in Förderklassen nach Leistung bleibt das Fach Sport, dort sollte für die Schüler vielmehr die Wahl eines Schwerpunkts möglich sein. Ein Sportkurs der vermehrt Wert auf Leichtathletik legt, einer der sich gesondert auf Team- und Ballsportarten konzentriert, ein weiterer der klassisches Turnen und Tanz in den Mittelpunkt stellt und ein letzter der sich speziell dem Wassersport widmet.

### **d) Verbesserung der Wechselmöglichkeiten zwischen den weiterführenden Schulen**

Die Wechselmöglichkeiten sind nach Meinung der *Liberalen Demokraten* dringend zu novellieren, da das bisherige Schulsystem eigentlich nur einen Wechsel nach unten von einer höheren auf eine niedrigere Schulform kannte.

Dies gelingt nun durch Nutzung der oben geforderten Förderklassen. Hat ein Schüler einer niedrigeren Schulform in vielen Fächern die Einteilung in Förderklasse A, darunter natürlich vor allem die Leistungsfächer Mathematik und Deutsch, so soll es ihm möglich sein auf eine höhere Schulform zu wechseln, wo sie dann zunächst in die Förderklasse B einzustufen sind. Im umgekehrten Fall natürlich gilt für Schüler, die in sehr vielen Fächern in die Leistungsklasse C eingestuft sind, dass sie auf eine niedrigere Schulform wechseln, wo sie ebenfalls zunächst in Förderklasse B einzuordnen sind.

Diese Wechsel zwischen den Schulformen sind alle 2 Jahre, also nach der 6., der 8. und der 10. Klasse, durch Auswertung der gezeigten Entwicklung in den jeweiligen Einteilungen zu prüfen und mit den Eltern der Schüler zu beraten. Zentrale Bedeutung sollte dabei das Wohl des Kindes haben. Die Möglichkeit der Wechsel sorgt somit dafür, dass jeder Schüler, den für ihn besten Abschluss mit einem bestmöglichen Resultat erzielen kann. Ein Wechsel auf eine Gesamtschule jedoch ist stets möglich, da dort eine umfassende Ausbildungsmöglichkeit besteht und sie somit in unseren Augen die optimale Versorgungsmöglichkeit für die Schüler darstellt.

### **e) Wiederholung eines Schuljahres**

Im Zuge der gezielteren Förderung in der Förderklasse C und der neuen Wechselmodalitäten zwischen den Schulformen ist zu prüfen ob die Wiederholung eines Schuljahres, und somit eine unplanmäßige Verlängerung der Schullaufbahn noch sinnvoll ist.

Eine Wiederholung eines Schuljahres macht für uns *Liberalen Demokraten* nur dann Sinn, wenn z.B. krankheitsbedingt ein Großteil des Schuljahres verpasst wurde und es dem Schüler nicht zuzumuten ist, den verpassten Stoff schulunabhängig nachzuarbeiten.

Eine Wiederholung eines Schuljahres kann darüber hinaus auf Wunsch des Schülers, in Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten und den Lehrern erfolgen.

### **f) Gymnasiale Oberstufe**

Die gymnasiale Oberstufe bleibt von den Neuerungen der Förderklassen unangetastet, da sie von uns *Liberalen Demokraten* in ihrer bisherigen Form als Mischung von Grund- und Leistungskursen als ideal angesehen wird. Die Fächerwahl sollte aber jedem Schüler freigestellt sein, lediglich die Anzahl der erlaubten Grund- und Leistungskurse ist festzulegen.

Die Modalitäten der Oberstufe sind jedoch bundesweit einheitlich zu regeln. Eine bundesweit einheitliche Regelung ist von den Kultusministerien der Länder unter Mitarbeit der Beiräte zu verhandeln und auszuarbeiten.

Dies trägt zur Einheitlichkeit und zur Vergleichbarkeit der Abschlüsse untereinander bei.

### **g) Abschlüsse**

Jede weiterführende Schulform in diesem Gesamt-Schulsystem, ausgenommen der universellen Gesamtschule, ist dabei auf einen Abschluss spezialisiert und bietet nur diesen an. Hauptschulen bieten die Möglichkeit zur „Grundreife“ an, welche ausschließlich für den sofortigen Eintritt in die Arbeitswelt berechtigt, jedoch nachträglich über Abendschulprogramme zur „qualifizierenden Reife“ ausgebaut werden kann.

Die Realschule schließt mit der „qualifizierenden Reife“ ab, welche sowohl für den Eintritt in die Arbeitswelt als auch für die Fortsetzung der Schullaufbahn in gymnasialen Oberstufen qualifiziert. Gymnasien bieten zum Ablauf der 10. Jahrgangsstufe ebenfalls die „qualifizierende Reife“ an und zum Ablauf des 13. Jahrgangs die Abschlussform der „Universalreife“, die zum Studium an Fachhochschulen, techn. Hochschulen oder Universitäten Grundvoraussetzung ist.

Gesamtschulen bieten alle drei Abschlussarten parallel an ohne Festlegung einer Jahrgangsstufe. An der Gesamtschule sollen individuelle Schuldauern bis zum jeweiligen Abschluss möglich sein.

## **9. Sprachen**

### **9.1 Einführung der ersten Fremdsprache und Förderung der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund und stark Dialekt sprechenden Kindern**

Der spielerische Beginn des möglichst frühen Erlernens der ersten Fremdsprache in der Grundschule wird von den *Liberalen Demokraten* als sinnvoll angesehen. Kinder im Vor- und frühen Grundschulalter sind, wie Studien beweisen, besser in der Lage neue Sprachen auf-zunehmen als Kinder oder Jugendliche höheren Alters. Ferner erleichtert ein Beginn mit der ersten Fremdsprache auf der Grundschule den Wechsel auf eine weiterführende Schule, da dort dann weniger für die Schüler neue Fächer aufwarten.

Das Hauptaugenmerk der Grundschule sollte aber auch weiterhin auf der Lehre der deutschen Sprache liegen.

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder die Dialekt sprechend aufgezogen wurden sind an Nachmittagen während der ersten beiden Schuljahre gesonderte Sprachförderkurse anzubieten.

### **9.2 Sprachen kultureller Minderheiten**

An Schulen in Siedlungsgebieten von kulturellen Minderheiten (z.B. Sorben und Friesen) ist die Muttersprache vom 1. bis zum 10. Schuljahr zu unterrichten.

## **10. Verpflichtendes Vorschuljahr zur Sicherstellung der Schulfähigkeit und zur frühen Förderung der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund und ausschließlich Dialekt sprechenden Kindern**

Zur Sicherstellung der Schulfähigkeit der Kinder und zur bereits unter Punkt 9 erwähnten sprachlichen Förderung ist nach Meinung der *Liberalen Demokraten* ein Pflicht-Vorschuljahr einzuführen. Dies hilft es sicherzustellen, dass diese Kinder nicht bereits ab Schulbeginn des 1. Schuljahres durch das Nicht-Beherrschen der Unterrichtssprache benachteiligt werden. Ferner können auf diesem Weg verhaltensauffällige Kinder besser betreut werden und ggf. an speziell dafür ausgerichtete Vorschulen oder Förderschulen weitervermittelt werden um auch für diese Kinder eine bestmögliche Förderung zu gewährleisten.

## **11. Ganztagschule**

Für uns *Liberalen Demokraten* ist im Zuge der unter Punkt 8 geforderten Fördermaßnahmen, sowie der Hausaufgabenbetreuung, die Einführung der Ganztagschule unerlässlich.

In dieser Form könnte der reguläre Lehrbetrieb vormittags und mittags durchgeführt und nach einer längeren Mittagspause dann die neuen Angebote als nachmittägliche Kurse angeboten werden. Die Ganztagschulen sind dabei zur Verpflegung der Schüler dazu verpflichtet Mensen oder zumindest Caféterien, mit einem entsprechenden Angebot an warmen und kalten Speisen, einzurichten. Die dort ausgegebenen Mahlzeiten sind den Schulkindern kostenlos anzubieten und es ist verstärkt auf deren Ausgewogenheit und Qualität zu achten.

## **12. Einheitliche schulische Praktika**

Wir *Liberalen Demokraten* fordern, während des 9. und 10. Schuljahres für die Schüler der Gesamt- und Sekundarschulen und des 10. und 11. Schuljahres für die Schüler der Gymnasien drei ein- bis zweiwöchige schulische Praktika einzurichten.

Dafür sind von der Industrie, Handwerk, anderen Betrieben und Behörden spezielle Praktikumsstellen mit gesonderten Praktikumsprogrammen zu schaffen, die den Schülern einen besseren Einblick in die jeweilige Industrie bzw. ins jeweilige Handwerk oder Dienstleistungsbranche und einen besseren Einblick ins dazugehörige Berufsleben gewähren sollen.

Die Praktikumsprogramme sind von den einzelnen Betrieben mit den betreffenden Industrie- und Handelskammern, Ämtern, o.ä. abzusprechen, zwischen den Betrieben einer Sparte möglichst einheitlich zu gestalten, und in der Umsetzung strikt einzuhalten.

Die *Liberalen Demokraten* sind des Weiteren der Auffassung, dass speziell in den Bereichen des Medien-, Kommunikations- und des IT-Sektors ein Ausbau der Praktikumsstellenstruktur dringend und zwingend erforderlich ist.

## **13. Der Beruf „Lehrer“**

Wir *Liberale Demokraten* befürworten den Abbau des Beamtenverhältnisses des Lehrberufs im Schulbereich um den Spielraum für die Gewinnung und die Einstellung von Lehrkräften auszubauen. Weitergehend unterstützen wir die Forderung nach einer einheitlichen Bezahlung der Lehrkräfte an den verschiedenen Schulformen und in den verschiedenen Altersstufen. Diese Neuregelung ist zugleich in Verbindung mit einer deutlichen Gehaltssteigerung zu verwirklichen.

Der Lehrberuf würde durch die oben aufgeführten Maßnahmen wieder attraktiver und diese gesteigerte Attraktivität des Lehrberufs würde helfen den Mangel an Lehrkräften zu beheben.

Weiter sollten in einem bundesweit einheitlichen Schulsystem die Lehrkräfte Angestellte des Bundes sein. Ein bundeslandübergreifender Arbeitsplatzwechsel darf nicht mehr dazu führen das dieser bei Arbeitsaufnahme in einem anderen Bundesland vom Gehalt her als Berufs-anfänger eingestuft wird.

Wir reagieren damit auf den Sachverhalt, dass der Lehrberuf heutzutage keinen hohen Stellenwert mehr in der Gesellschaft genießt.

Mit der von uns geforderten Gehaltserhöhung reagieren wir zugleich auf den Missstand, dass die Lehrer bisher für ihre physisch und vor allem psychisch Kräfte zehrende und für unsere Gesellschaft immens wichtige Arbeit nicht ausreichend bezahlt werden und bekräftigen damit, dass der Lehrberuf in Wahrheit kein Halbtagsjob ist.

Die *Liberalen Demokraten* fordern weiterhin die Ausbildung der Lehrkräfte zu verbessern und der Praxisanteil in der Ausbildung zu erhöhen. So könnten z.B. Lehramtsstudenten in Form bezahlter im Studienverlaufsplan vorgesehener Praktika dazu herangezogen werden die Hausaufgabenbetreuungen in den Schulen zu übernehmen. Im Zuge dessen sind als notwendige Konsequenz die Studienverlaufspläne und -richtlinien von Grund auf durch die neugeschaffenen Beiräte in den Ministerien zu überarbeiten.

Außerdem sind wir *Liberalen Demokraten* der Auffassung, dass in Fächern mit deutlichem Lehrermangel zu prüfen ist, Absolventen der entsprechenden Fachrichtungen befristet oder auf

Langzeit als Lehrperson für das jeweilige Fach einzusetzen. Die befristete Lehrtätigkeit könnte neben dem Erhalt des regulären Pädagogengehalts zudem durch die Möglichkeit zur Promotion attraktiver gemacht werden.

Ferner fordern wir eine für Lehrer verpflichtende regelmäßige Prüfung auf Fachtauglichkeit, wodurch die Lehrer dazu angehalten wären sich in Zukunft stetig auf ihrem Fachgebiet fortzubilden.

Entsprechende Maßnahmen wären fachspezifisch von den Kultusministerien auszuarbeiten und anzubieten.

Dies würde nach unserem Dafürhalten zu einer Steigerung der Bildungsqualität beitragen, da nur diejenigen Lehrer ein Fach weiterhin unterrichten dürfen, wenn sie die fachliche Kompetenz in den alle 5 Jahre stattfindenden Prüfungen beweisen.

Wird eine solche Leistung nicht erbracht, so ist ein Lehrer solange nicht als Fachlehrer dieses Faches einzusetzen bis er sie in einer Wiederholungsprüfung erbringt.

Neben dem Ausbau der fachlichen Kompetenz der Lehrer ist aber auch auf die psychische Belastung der Lehrpersonen zu achten. Psychologische Unterstützung ist anzubieten um einer Überarbeitung und Überbelastung im Spannungsfeld zwischen Kindern, Eltern und Lehrplänen vorzubeugen.

Im Zuge dessen ist es nach Auffassung der Liberalen Demokraten unerlässlich für Lehrer unbezahlte Sabbaticals anzubieten um auch, wie in anderen Berufen üblich, auf diese Weise einem Burn-Out der Lehrpersonen vorzubeugen. Ebenso sind verschiedene Modelle der Altersteilzeit anzubieten.

#### **14. Entlastung des Lehrpersonals**

Die *Liberalen Demokraten* sind der Ansicht, dass die Lehrer von berufsfremden Tätigkeiten, insbesondere von verwaltungs-, organisationstechnischen und reinen Betreuungsaufgaben, entlastet werden müssen um sich mehr auf die reine Lehrtätigkeit konzentrieren zu können.

Dazu sind in erster Linie speziell ausgebildete Verwaltungsangestellte an den Schulen einzusetzen. Ferner ist der Einsatz von Schulpsychologen und Jugendsozialarbeitern an Schulen auszubauen und entsprechende Stellen in Abhängigkeit von der Schülerzahl sind vor Ort zu schaffen und zu besetzen. Diese Maßnahmen sind zur Entlastung des Lehrpersonals an Schulen unumgänglich und dienen zugleich der Verbesserung des Arbeitsklimas für Lehrer und auch des Lernklimas für Schüler. Lehrer können auf diese Weise wieder der Arbeit nachgehen für die sie ausgebildet wurden in dem sie auf das Fachpersonal zurückgreifen können und die Schüler erhalten dadurch eine zusätzliche Betreuung.

#### **15. Das Umfeld „Schule“**

Um wie in Punkt 13 gefordert die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern ist auch eine Verbesserung des Arbeitsumfeldes und somit auch eines verbesserten Lernumfeldes für die Schüler unumgänglich. Wir *Liberalen Demokraten* vertreten die Ansicht, dass zur Schaffung eines annehmbaren Umfelds „Schule“ dringend Sanierungs- und Modernisierungs-, sowie mancherorts auch Ausbaumaßnahmen zu treffen sind.

Unterricht in zu kleinen Räumen in dringend sanierungsbedürftigen Gebäuden bei unzureichendem Zugriff auf moderne Technik darf nicht länger der Alltag für unsere Schüler und Lehrer sein.

Ferner fordern die *Liberalen Demokraten*, separate Schulbusse, die mit Sicherheitsgurten ausgerüstet sein müssen und die zusätzlich zum normalen Linienverkehr verkehren sollen.

Dies gilt vor allem für die ländlichen Gebiete, weil es Schülern nicht zuzumuten ist umständlich mit dem oft überfüllten Linienverkehr unterwegs zu sein um dann ggf. auch noch viel zu früh am

Schulort anzukommen oder nach der Schule lange warten und fahren zu müssen um wieder nach Hause zu gelangen.

Dieser Schulbusverkehr soll für alle Schüler kostenfrei nutzbar sein.

Weiterhin fordern wir *Liberale Demokraten* die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen und Elternschaften bei den Ausschreibungen und Besetzungen von Stellen zu erweitern. Schulen sind entsprechend zu autonomisieren und sie müssen gegenseitig in Konkurrenz treten können. Ein entstehender Konkurrenzdruck unter den Schulen hätte in unseren Augen einen weiteren positiven Effekt auf die Ausbildungsumstände der Schüler.

## **16. Förderung der kreativen und musischen Fähigkeiten**

Für uns *Liberale Demokraten* sind nach unseren sozialliberalen Grundsätzen die kreativen und musischen Fertigkeiten ebenso wichtig wie die kognitiven oder sozialen.

Aus diesem Grund fordern wir, in Bezug auf Regelungen in Skandinavien, dass es Schülern unserer Schulen möglich gemacht werden sollte im Zuge ihrer schulischen Ausbildung ein Musikinstrument zu lernen, oder Kurse z.B. im Bereich Kunst oder Fotografie zu belegen.

Ein solches Angebot ließe sich mit subventionierten Kooperationen zwischen Jugendmusikschulen, der VHS oder anderen Einrichtungen und den jeweiligen Schulen bewerkstelligen.

Dies könnte außerhalb des geregelten Lehrplans in Form von AGs von den Schulen angeboten werden um den Schülern dort die Gelegenheit zu geben einem Hobby nachzugehen.

## **17. Studiengebühren**

Die *Liberalen Demokraten* vertreten die Auffassung, dass es einem jeden Menschen unabhängig seiner Herkunft, gesellschaftlichen oder finanziellen Stellung möglich sein muss zu studieren. Aus diesem Grunde fordern sie die Studiengebühren in ihrer jeweiligen jetzigen Form abzuschaffen.

Ein Erststudium muss, abgesehen von den Semesterbeiträgen der Universitäten, innerhalb eines bestimmten Rahmens kostenlos bleiben. Die dazugehörigen Kosten an Materialien, ggf. Miete, etc., sind oft ohnehin schon groß genug und für viele Studenten auch so nur schwer aufzubringen.

## **18. Bafög**

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wodurch das Bafög in seiner bisherigen Form, ebenso wie alle anderen Sozialtransfers, ersatzlos wegfallen würde.

Bis zur Einführung des BGE ist für uns *Liberale Demokraten* die bisherige Bafög-Regelung übergangsweise zu novellieren. Im Zuge der steigenden Lebenshaltungskosten und der zunehmenden Inflation sind die Bafög-Regelsätze in allen Bereichen zu erhöhen. Diese darf jedoch nicht wie bisher damit einhergehen, dass auch die Kriterien für Bafög - Berechtigung verschärft werden, sondern im Gegenteil, auch diese Kriterien sind dann zu lockern.

Diese angestrebte Neuregelung gibt Studenten mehr Möglichkeiten ihr Leben zu gestalten und sich trotz Studium ein wenig selbst zu verwirklichen ohne ein Leben am Minimum zu führen. Durch bessere Aussichten auf finanzielle Beihilfen bei wie unter Punkt 17 geforderter Abschaffung bzw. Reduzierung der Studiengebühren wird auch für viele Kinder aus finanziell weniger gut gestellten Elternhäusern ein Studium ermöglicht und attraktiv gemacht.

Diese gesteigerte Attraktivität eines Studiums würde zugleich dazu beitragen den Fachkräfte-mangel in Deutschland zu mindern.

Wir *Liberalen Demokraten* sind der Auffassung, dass selbst der beste Student sein Studium

nicht erfolgreich beenden kann, wenn die Förderung aufhört oder nur minimaler Natur ist und er durch Erwerbsarbeit nebenher sein Pensum an der Uni vernachlässigen muss und von Existenzängsten heimgesucht wird.

Ein Abschluss in der Regelstudienzeit ist unter solchen Bedingungen kaum mehr möglich und es führt zu einer Verlängerung des Studiums, so dass die Studenten erst verspätet ins Berufsleben Einstieg finden oder ihr Studium ganz abbrechen müssen, weil sie es zeitlich und finanziell, physisch und psychisch nicht mehr schaffen können.

Aus diesem Grund ist es für uns zwingend notwendig die finanzielle Versorgung der Studenten zu verbessern, als Idealmodell sehen wir dabei das BGE an.

## **19. Abkehr vom Bachelor / Master – System**

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Abkehr vom Bachelor / Master-System und damit einhergehend die Reinstallation der althergebrachten und international hoch angesehenen deutschen Diplom und Magister Abschlüsse. In manchen Studienrichtungen ist dabei zu überprüfen das alte Diplom oder den alten Magister, wenn sinnvoll, durch ein Staatsexamen zu ersetzen.

Wir reagieren damit auf den Sachverhalt, dass die mit der Einführung des Bachelor / Master- Systems beabsichtigte internationale Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse gescheitert ist.

Aktuell benennen die Staaten die Abschlüsse zwar gleich und verkaufen diese als gleich-wertig und gleichberechtigt, doch ist der Weg zu diesem Abschluss von Staat zu Staat und auch innerdeutsch sehr unterschiedlich.

Ferner stellen wir fest, dass auch die beabsichtige nationale Vereinfachung nicht statt-gefunden hat. Es wurde weder ein Hochschulwechsel erleichtert, da auch von Hochschule zu Hochschule die Wege zum Abschluss differieren, noch ist es wie versprochen problemlos möglich mit einem an der Fachhochschule abgeschlossenen Bachelor auf eine Universität zu wechseln um dort den Master zu machen.

Des Weiteren weisen wir *Liberalen Demokraten* darauf hin, dass inzwischen selbst das Mutterland des Bachelor / Master-Systems, die Vereinigten Staaten, in vielen Fachrichtungen dieses System durch das ehemalige deutsche Diplom abgelöst haben.

Ebenso besorgt nahmen sie dabei die auf der ChemCologne 2010 in Bonn von Industrie-vertretern, Professoren und Vertretern der Studentenschaft diskutierten Inhalte zur Kenntnis, dass es vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich mit dem Bachelor / Master-System zu Problemen kommt und durch die steigende Zahl an Studienabbrechern auch der Fachkräfte-mangel auf diesem Gebiet gefördert statt eingedämmt wird. Die Vertreter der Industrie stellten weiterhin fest, dass es für den Bachelor-Abschluss in der Industrie gar keine Verwendung und auch keine passende Stellenstruktur gibt. Bachelor einer Naturwissenschaft sind also genötigt auch den Master zu machen um beruflich eine Chance zu haben.

Diese aufgeführten Sachverhalte bekräftigen uns in unserer Forderung in Deutschland das Bachelor / Master-System zu Gunsten des Diploms und des Magisters wieder abzuschaffen.

## **20. Berufliche Ausbildung**

Die *Liberalen Demokraten* fordern einen strikten Ausbau der beruflichen und schulischen Ausbildungsstellenstruktur in Deutschland.

Ferner sehen sie die aktuelle Beratung und Vermittlung durch die Agentur für Arbeit kritisch.

Schüler werden bei der Frage nach der Berufswahl und beim Bewerbungsvorgang und der Stellensuche zu oft sich selbst überlassen. Die Beratung der Schüler ist dringend auszubauen und

individuell auf die Talente, Kenntnisse und Bedürfnisse des jeweiligen Schülers zuzuschneiden um ein für alle Seiten optimales Ergebnis zu erzielen.

Ferner ist nach Meinung der *Liberalen Demokraten* eine Möglichkeit zu schaffen um mit Abschluss der Ausbildung zusätzlich auch die Fachhochschulreife zu erlangen. Damit würde den Talenten und Kenntnissen der Berufsauszubildenden entsprechend Rechnung getragen und der Weg für eine weiterführende Qualifikation eröffnet.

## **21. Bildungskosten**

Für die *Liberalen Demokraten* steht fest, dass eine bestmögliche Bildung für jeden Menschen bezahlbar und erreichbar sein muss, denn die Bildung zählt zu den Grundrechten eines jeden Menschen unabhängig vom gesellschaftlichen oder finanziellen Status.

Aus diesem Grund fordern wir eine generelle Überarbeitung und somit durch Senkungen oder Streichungen der Gebühren im Bildungssektor eine sozialere Gestaltung derselben vor-zunehmen; z.B. Kindergartengebühren, Anmeldegebühren an Schulen oder Berufskollegs, Studiengebühren etc.

## **22. Berufsakademien**

Die Förderung und der Ausbau von Berufsakademien in denen Praxis und Theorie im Wechsel erfolgt, eröffnet Möglichkeiten, dass eine Ausbildung von qualifizierten Fachkräften (Hochschulabsolventen) bei Bedarf in den Unternehmen erfolgt. Gerade für mittelständische Unternehmen eröffnen sich hier Möglichkeiten die in den letzten Jahren entstandenen erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Diese Art der Ausbildung eröffnet, nach Meinung der *Liberalen Demokraten*, neue Möglichkeiten und wird den Anforderungen der Wirtschaft nach jungen praxisorientierten Absolventen gerecht und muss daher weiter ausgebaut werden.

## **Finanzierung**

Die Liberalen Demokraten fordern, dass die gesamte Finanzierung unseres Bildungssystems durch unseren Staatshaushalt getragen werden muss. Die Änderungen im Bildungssystem werden allen Bürgern, Institutionen und Unternehmen zu gute kommen.

Deutschland ist bekannt für seine Erfindungen und seine wissenschaftlichen Leistungen. Da es wichtig ist diesen Standard zu halten, sehen wir eine Notwendigkeit die Bildung vom Geldbeutel der Eltern unabhängig zu gestalten und jedem Bürger den Zugang zu höherer Bildung einzuräumen.

Zur Finanzierung des oben genannten Reformenpaktes sehen die *Liberalen Demokraten* vor, Ausgaben in Bereichen, die sozial weniger von Nutzen und Interesse sind, zu kürzen, um das Geld in die Bildung und andere Bereiche, die sozial von Belang sind, investieren zu können.

Ferner ist das deutsche Steuersystem zu überarbeiten, sozial gerechter, einfacher und effizienter zu gestalten.

## außerordentlicher BPT „30 Jahre LD“ in Bad Rothenfelde am 24. November 2012

### **Sozialliberale Reform des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit Rauschgiften**

#### **Vorbemerkungen**

Die *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass der Umgang mit Rauschgiften in Deutschland keinen rationalen Regeln unterliegt.

Alkohol und Nikotin dürfen, obwohl ihre Gefährlichkeit seit langem bekannt ist, als gesellschaftlich akzeptierte Drogen selbst im Übermaß konsumiert werden, weil sie in Europa zu guter alter Tradition geworden sind. Vergleichbar ungefährliche Rauschgifte, wie z.B. Cannabis, werden dagegen rigoros verboten und deren Besitz strafrechtlich verfolgt.

Die Giftigkeit von Rauschgiften oder Medikamenten lässt sich am besten an einem Vergleich der LD50(Maus, peroral)-Werte aufzeigen. Dieser Wert gibt an bei welcher Menge eines Stoffs pro Kilogramm Körpergewicht 50% der Versuchstiere sterben, wenn man ihnen die Substanz oral verabreicht. Diese Zahlen lassen sich zwar nicht 1:1 auf den Menschen übertragen, aber sie lassen dennoch einen berechtigten Vergleich zu.

Ethanol (Trinkalkohol) 3450,00 mg/kg Körpergewicht

Acetaldehyd (Abbauprodukt v. Ethanol) 900,00 mg/kg Körpergewicht

Nikotin 3,34 mg/kg Körpergewicht

THC (Wirkstoff des Cannabis) 482,00 mg/kg Körpergewicht

Kokain 96,00 mg/kg Körpergewicht

Koffein 127,00 mg/kg Körpergewicht

Amphetamine ~ 20,00 mg/kg Körpergewicht

Strychnin 2,00 mg/kg Körpergewicht

Morphin 524,00 mg/kg Körpergewicht

Paracetamol 338,00 mg/kg Körpergewicht

Allein dieser Vergleich zeigt deutlich die Gefahr der gesellschaftlich akzeptierten Droge Tabak. Das Zubereiten weniger Zigaretten als Tee wäre innerhalb kürzester Zeit tödlich. Oral aufgenommen ist Tabak genauso giftig wie Strychnin, und niemand würde auf die Idee kommen freiwillig Strychnin zu sich zu nehmen außer in suizidaler Absicht. Tabak hingegen wird ohne zu zögern bereitwillig konsumiert und ist im Handel im Vergleich zu Strychnin ohne Auflagen frei erhältlich. Lediglich über die Atemwege als Rauch wird Nikotin nicht gut genug resorbiert um seine volle Giftwirkung zu erzielen.

Koffein ist nahezu ähnlich giftig wie Kokain und seine Wirkung auf den Organismus ist vergleichbar. Viele Menschen kämen ohne ihren Morgenkaffee nicht aus dem Bett, dabei wäre eine morgendliche Prise Kokain nicht giftiger als die morgendliche Tasse Kaffee.

Kaffee ist als Aufputzmittel gesellschaftlich akzeptiert, Kokain hingegen nicht.

Aber nicht nur die Giftigkeit spielt in der Gefährlichkeit von allen Rauschgiften eine Rolle, sondern auch die physiologischen Folgen die der Drogenkonsum mit sich bringt spielen bei der Einteilung eine Rolle.

Alkohol schädigt bei zu hohem und regelmäßigem Konsum auf lange Zeit Gehirn, Leber und andere Organe.

Der Genuss von Tabak ist erwiesenermaßen kanzerogen; Mundhöhlen-, Kehlkopf- und Lungenkrebs sind hier nur einige Folgen.

Wird Koffein in zu hohen Mengen über eine längere Zeit genommen gewöhnt sich der Körper

daran und benötigt immer höhere Mengen um die gleiche Wirkung zu erhalten; niemand würde diese Symptome bei Kaffee als Abhängigkeit bezeichnen, bei Kokain hingegen schon. Die Impulsübertragung in den Synapsen der Nervenzellen und der Kreislauf werden durch das Koffein gestört. Herzrasen, Bluthochdruck, etc sind die Folgen.

THC besitzt ähnlich wie Alkohol in geringen Mengen konsumiert sogar medizinischen Wert und ist in seinen Spätfolgen verglichen mit dem ebenfalls gerauchten Tabak nicht annähernd so gefährlich.

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf die Schmerzmittel an Hand der Beispiele Paracetamol, Morphin und Heroin. Heroin gehört wie auch Morphin zu den Opiaten und wäre somit als Schmerzmittel medizinisch verwendbar und wurde zu Zeiten des deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik bereits langjährig von der Firma Bayer als solches produziert und vertrieben.

Paracetamol ist aus der Hausapotheke bekannt und ist in den meisten Fällen, neben Ibuprofen, das Mittel zu dem man, sobald man Schmerzen hat, bereitwillig ohne Zögern greift. Morphin oder Heroin in vergleichbar wirksamen Dosen hingegen würde nicht einfach so bereitwillig eingenommen. Dabei ist Paracetamol gefährlicher als diese beiden Opiate.

Paracetamol lagert sich mit der Zeit in Leber, Milz und Niere an und schädigt diese Organe auf lange Sicht irreparabel. Eine Überdosierung von Paracetamol führt unweigerlich zu Nieren- und Leberversagen und ist in allen Fällen nur durch Transplantationen zu beheben. Die Einnahme von 40-50 Paracetamol 500mg Tabletten führt bei einem erwachsenen Menschen unweigerlich zum Tod.

Für alle Opiate gilt, dass bei bestimmungsgemäßem Gebrauch, auch über lange Zeiträume, keine Organschäden auftreten. Morphin und Heroin werden vom Organismus restlos abgebaut und ausgeschieden; sie lagern sich nicht im Körper ab.

Auch führt der seltene Konsum geringer Mengen Opiate anders als landläufig verbreitet nicht unweigerlich zur Abhängigkeit, aber auch hier gilt natürlich, dass eine hohe Überdosierung tödlich ist. Die bekannten Organschäden und Krankheiten bei Heroinabhängigen rühren alle von den Beimischungen in der auf der Straße angebotenen Ware und den unsterilen Injektionsbedingungen her. Bei ordnungsgemäßem Konsum von nicht gestreckten Opiaten kommt es nicht zu gesundheitsschädigenden Folgen, bei Paracetamol jedoch langfristig schon.

Diese kurze Betrachtung der wissenschaftlichen Tatsachen zeigt schon die Irrationalität mit der in der Bundesrepublik mit dem Thema Rauschgift umgegangen wird.

Drogenabhängige werden gesellschaftlich geächtet und strafrechtlich verfolgt, während Kettenraucher, Alkoholiker und Kaffee-Junkies zum gesellschaftlichen Alltag gehören und toleriert werden ohne strafrechtliche Verfolgung fürchten zu müssen.

Wo ist der Unterschied zwischen einem Kettenraucher und einem „Kiffer“?

Wo der zwischen einem Kaffee-Junkie und einem „Kokser“?

Worin liegt der Unterschied zwischen einem Alkoholiker, der seine Sorgen mit Alkohol betäubt, und einem „Fixer“, der seine Sorgen mit Heroin zu betäuben versucht?

Lediglich in der Akzeptanz durch die Gesellschaft und rechtlich durch den Staat.

Für den Menschen sind alle Substanzen, ob legal oder illegal, auf lange Sicht gleich gut bzw. schlecht. Der Organismus entscheidet nicht auf Grundlage der rechtlichen Legalität einer Substanz, ob er von ihr geschädigt wird oder nicht.

Die *Liberalen Demokraten* haben aus diesem Grund folgenden Maßnahmenkatalog beschlossen.

Sie wollen damit, getreu ihren sozialliberalen Grundsätzen, Hilfe und Therapie an Stelle von gesellschaftlicher Ausgrenzung, strafrechtlicher Verfolgung und Bestrafung setzen und unterstützen auf diesem Wege die Arbeit des von Ärzten und Wissenschaftlern geschaffenen

## Maßnahmenkatalog

### Entkriminalisierung

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine endgültige Entkriminalisierung und somit die Legalisierung aller Drogen.

Sie stellen fest, dass es durch die staatliche Verfolgung auf dem Rauschgiftmarkt zu einer künstlichen Verknappung der entsprechenden Handelsware kommt. Dadurch wird die Ware zu sehr hohen Preisen angeboten und oft auch mit billigen Fremdsubstanzen gestreckt um einkalkulierte Verluste zu minimieren und den Gewinn zu maximieren. Durch die bisherigen Verbote und die damit einhergehende Verfolgung der Delikte fördern wir also die organisierte Kriminalität. Überspitzt formuliert könnte man sagen, dass wir Deutschen indirekt die Drogen-Gang-Fehden in Mexiko und Lateinamerika oder den Rocker-Krieg zwischen den „Bandidos“ und den „Hells Angels“ staatlich subventionieren.

Die hohen Preise für die Handelsware führen direkt zu einem weiteren Problem: die Beschaffungskriminalität.

Abhängige, die sich ihre Dosis nicht mehr leisten können sind durch ihre Sucht gezwungen sich ab einem bestimmten Punkt über kriminelle Machenschaften zu finanzieren.

Da aber auch die Zwischenhändler, auch Dealer genannt, ihren Gewinn möglichst maximieren wollen, schlagen diese noch etwas auf den Preis auf oder versetzen die Ware ggf. erneut mit preiswerten Fremdsubstanzen.

Diese zugesetzten Fremdsubstanzen machen für den Drogenkonsumenten den Konsum der Drogen erst richtig gefährlich, da sie weder wissen um welchen Stoff es sich handelt und wie hoch genau der Reinheitsgrad der eben erworbenen Mischung ist.

In der Bundesrepublik verursacht die Verfolgung von Drogendelikten und den mit Drogen in Zusammenhang stehenden Verbrechen jährlich Unsummen an Kosten und überfordert Polizei und Staatsanwaltschaft soweit, dass inzwischen minderschwere Fälle gar nicht erst weiter verfolgt werden können und es somit ohnehin schon zu einer Teil-Duldung von Drogen kommt.

Die strafrechtliche Verfolgung und damit einhergehende gesellschaftliche Ächtung erschwert den Abhängigen die Entscheidung sich Hilfe zu holen um sich therapieren zu lassen.

Durch eine Entkriminalisierung der Drogen:

- würde dem organisierten Verbrechen eine wichtige Einnahmequelle genommen
- würde der Abhängige ermutigt sich therapieren zu lassen
- würden Staatsanwaltschaft und Polizei entlastet
- würden Geldmittel, die bisher in die Verfolgung investiert werden musste, frei um es in die Versorgung und Therapie der Abhängigen zu investieren
- würde der Preis für die Drogen deutlich einbrechen
- würde die Beschaffungskriminalität wegfallen
- würden die Abhängigen nicht mehr durch verunreinigten Stoff und durch ggf. unsterile Bedingungen gefährdet
- würde die erlaubte Herstellung von Rauschgiften neue Arbeitsplätze und Einkunftsmöglichkeiten für den Staat schaffen
- würde die erlaubte Verwendung der meisten Rauschgifte neue medizinische Behandlungsmöglichkeiten ermöglichen
- würden neue Forschungsgebiete ermöglicht

### Herstellung

Die *Liberalen Demokraten* sind der Meinung, dass eine Herstellung der harten Drogen

lediglich staatlich kontrolliert in den Pharmafirmen erfolgen sollte. Dabei ist darauf zu achten dass diese Unternehmen nicht das Leid und die Sucht der Abhängigen zur Profitmacherei ausnutzen.

Sollte die Herstellung der Drogen unter diesen Umständen von den Pharmafirmen abgelehnt werden, so sind zur Drogenherstellung vom Staat eigene Laboratorien zu schaffen und zu unterhalten.

Eine erlaubte Herstellung durch Pharmakonzerne oder staatseigene Laboratorien würden nebenbei auch neue Arbeitsplätze schaffen.

Pflanzliche Rohstoffe könnten, staatlich kontrolliert, von Landwirten in eigens dafür errichteten Anlagen angebaut werden und würden somit eine weitere Einnahmenquelle für diese darstellen.

Cannabis hingegen sollte zum privaten Anbau freigegeben werden, da es sich um eine weiche und ungefährliche Droge handelt.

### **Vertrieb**

Die *Liberalen Demokraten* beabsichtigen den Erwerb von derzeit illegalen Drogen in Apotheken zu ermöglichen.

Nicht körperlich abhängig machende oder den Organismus dauerhaft schädigende Drogen sollten frei im Handel erhältlich sein ab einem Mindestalter von 18 Jahren.

Die härteren Drogen sollten nur auf ein ärztlich ausgestelltes Rezept ausgegeben werden dürfen oder bei einigen Fällen nur vom Arzt selber ausgegeben und die Verabreichung ärztlich beaufsichtigt werden. Diese dürfen nur an bereits abhängige Personen abgegeben oder bei medizinischer Relevanz zu Therapiezwecken genutzt werden.

Da die *Liberalen Demokraten* es strikt ablehnen, dass mit dem Leid Anderer Geschäfte gemacht werden, sind die Verkaufspreise so festzusetzen, dass der Bruttopreis der Ware die Herstellungskosten kaum übersteigt, die maximal erlaubte Gewinnmarge ist dabei gesetzlich festzuschreiben.

Die schon heute legalen Drogen sollten von diesen Änderungen verschont bleiben und weiterhin wie gewohnt verkauft werden dürfen.

### **Einteilung der Drogen**

Die *Liberalen Demokraten* fordern umfangreiche Forschungsreihen deren Ergebnisse dazu dienen sollen die Drogen in entsprechende Gefahr- und somit auch Freigabeklassen einteilen zu können.

Dabei würden sich der Wissenschaft, einhergehend mit der Entkriminalisierung, auch neue Forschungsgebiete eröffnen.

### **Besteuerung**

Die *Liberalen Demokraten* sind der Auffassung, dass alle Drogen der gleichen Besteuerung wie Medikamente zu unterliegen haben, da die Grenze zwischen Medikament und Droge oft nur schwer gezogen werden kann; darunter fallen dann aber auch Alkoholika, Tabakerzeugnisse und Kaffee u.ä.

Die bisherige Tabaksteuer würde somit wegfallen.

Durch eine Besteuerung von Drogen, die bisher keiner Besteuerung unterlagen, würde der Bundesrepublik eine weitere Einnahmenquelle ermöglicht, die zusätzlich zu den wegfallenden Kosten zur Verfolgung den Bundeshaushalt entlasten würden.

## **Aufklärung**

Die *Liberalen Demokraten* fordern, dass der Staat seine Bürger im Zuge der Legalisierung der Drogen besser über die einzelnen Drogen, dabei speziell deren Risiken und Folgen, aufklärt. Anfangs könnte dies über staatlich an alle Haushalte herausgegebene Informationsbroschüren geschehen, jedoch sollte mit der Aufklärung bereits in der Schule begonnen werden.

Auch in Apotheken und bei Ärzten sollten Beratungen möglich sein, oder es könnten darauf spezialisierte Beratungsstellen geschaffen werden.

Eine bessere Aufklärung und der Umgang mit dem Thema Drogen im normalen Alltag könnte auf lange Sicht zu einer gesellschaftlichen Akzeptanz und zu einem Grundverständnis führen, wodurch sich die persönliche Situation eines Abhängigen im Alltag verbessern würde. Er könnte sich somit leichter zu einer Inanspruchnahme von Hilfe entscheiden, da er nun keine größere Ausgrenzung aus der Gesellschaft mehr fürchten müsste.

## **Hilfe und Therapie**

Für die *Liberalen Demokraten* steht dabei vollkommen außer Frage, dass das Hauptaugenmerk dennoch in der Hilfe und der Therapie der Drogenabhängigen stehen soll.

Sie sehen die Entkriminalisierung der Drogen dabei als ersten Schritt der Hilfe zur Selbsthilfe für die Drogenabhängigen an.

Die Studie von Glenn Greenwald im Auftrag des amerikanischen Cato-Institutes belegt, dass durch eine Entkriminalisierung von Drogen viele Abhängige dazu ermutigt würden sich in ärztliche Hilfe zu begeben. Bisher hält ihre Angst vor der Verfolgung und Bestrafung sie von diesem Schritt ab, da sie eine damit einhergehende weitere gesellschaftliche Ächtung fürchten.

Ferner könnten die in der Verfolgung eingesparten Geldmittel nun in weitergehende Hilfsangebote und weitere Therapieplätze für Drogenabhängige investiert werden.

## **Sonstige Regelungen**

Die *Liberalen Demokraten* fordern weiterhin, dass es dennoch weitere gesetzliche Regelungen im Zusammenhang mit Drogen und deren Konsum geben muss, sofern dadurch andere Menschen gefährdet werden.

Am Nichtraucherschutzgesetz ist dabei festzuhalten unter der Voraussetzung die bisherige rechtliche Regelung zu überarbeiten. Wirten von Kleinlokalen in denen kein gesonderter Raucherbereich vorhanden ist, soll freigestellt bleiben dürfen bei sich das Rauchverbot umzusetzen. Eine Nicht-Umsetzung des Rauchverbots hat von außen für den Besucher deutlich kennbar gemacht zu werden.

Zugleich gilt ein „Kiffverbot“ an den Orten wo ein Rauchverbot besteht, ferner soll es möglich sein auch ein reines „Kiffverbot“ auszusprechen wo es kein Rauchverbot gibt. Die Regelung des Rauch- und „Kiffverbots“ gilt nur für öffentliche Gebäude, nicht für Privatgebäude oder offene Straßen und Plätze.

Was das Führen von Fahrzeugen angeht, so sollte dies unter Einwirkung von Drogen oder Medikamenten, die die Wahrnehmung, Konzentration und Reaktion beeinträchtigen, verboten sein.

Eine Zuwiderhandlung ist empfindlich zu bestrafen.

Die eigene Gefährdung durch Konsum von Drogen gehört zur persönlichen Freiheit des einzelnen, jedoch hört diese dort auf, wo andere Menschen dadurch gefährdet werden.

## **Änderung des BWG**

Das Bundeswahlgesetz (BWG) soll wie folgt geändert werden:

§1

(1) Der Deutsche Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 601 Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 200 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die Übrigen nach Landeswahlvorschlägen gewählt.

Sollten weitere §§ des BWG geändert werden müssen, sind diese entsprechend anzupassen.

Begründung:

Die Größe des Bundestages sollte eine ungerade Zahl sein, um Stimmgleichheit von Koalitionslagern zu vermeiden.

Die Absenkung der Kreiswahlvorschläge (Direktmandate) wird um etwa ein Drittel verkleinert. Hierdurch werden 102 Sitze gewonnen, die für Überhang- und Ausgleichsmandate ausreichen müssten ohne den Bundestag zu vergrößern.

Außerdem werden hierdurch Steuergelder eingespart und nicht wie im Beschluß der übergroßen Koalition vergeudet.

Die meisten Bundestagsabgeordneten findet man in ihrem Wahlkreis nur in Wahlkampfzeiten. Die Verbindung zwischen Bürger und Abgeordneten ist nicht (mehr) gegeben. Von daher können diese auch vergrößert werden.

## **Bundesparteitage**

Der Bundesvorstand wird aufgefordert Bundesparteitage in Orten durchzuführen die auch mit Fernzügen gut erreichbar sind.

Begründung:

Orte an denen Bundesparteitage abgehalten werden, sollten mit umwelt-freundlichen Verkehrsmitteln vernünftig erreichbar sein. Bei Nebenstrecken muss mindestens einmal umgestiegen werden und diese Züge (RE, RB, S) benötigen für die Strecke längere Zeit.

## **Nebentätigkeiten von Abgeordneten**

Abgeordnete und Regierungsmitglieder des Bundestages dürfen keine Neben-tätigkeiten ausüben, die während der Parlamentssitzungen oder der Sitzungen der Ausschüsse, in denen sie ordentliches Mitglied sind, stattfinden.

Außerdem sind die Nebentätigkeiten so einzuschränken, dass die Abgeordneten auch ihren Wahlkreis betreuen können.

Begründung:

Dieser Personenkreis wird durch Steuern der Bürger bezahlt. Dann besteht auch ein Anspruch, dass diese Personen auch ihren Verpflichtungen nachgehen.

**FAMILIE**  
**- das Fundament der Zukunft -**  
Skizze einer sozialliberalen Familien-,  
Jugend- und Seniorenpolitik

**Einführende Worte**

Die *Liberalen Demokraten* folgen der Aussage „Kinder sind unsere Zukunft“ und weisen aus diesem Grunde der Familien- und Jugendpolitik einen hohen Rang zu. Sie gehen dabei von einem grundsätzlichen Vertrauen in die nachfolgenden Generationen aus und begrüßen den diese Generationen begleitenden möglichen Wandel.

Wir *Liberalen Demokraten* haben erkannt, dass es von großer Wichtigkeit ist, die jungen Generationen schon von klein auf zu stärken, damit diese weder eine no-future-Haltung entwickeln noch zur Anpassung erzogen werden. Daher ist es nötig auf die Selbstständigkeit der Jugend und die Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte zu setzen, diese zu bestärken und die dafür nötigen Freiräume zu schaffen um Selbstfindungsprozesse zu ermöglichen.

Aus diesem Grund ist den nachfolgenden Generationen politisch bereits heute eine Grundlage zu schaffen, die die Möglichkeit zu einer optimalen Entwicklung bietet.

Dazu zählt neben einer Stärkung des Kollektivs „Familie“ auch eine verbesserte Chance zur Bildung und Ausbildung, eine optimale Grundversorgung der Jugend von Kindesbeinen an - hierzu zählt auch deren Schutz - sowie eine bessere Integration der Jugend in die Gesellschaft.

Die *Liberalen Demokraten* vertreten die Auffassung, dass die grundlegende Voraussetzung zur Entwicklung der Kinder im familiären Gefüge des häuslichen Umfelds liegt, in das sie hineingeboren werden und aufwachsen. Aus diesem Grund verdient das Kollektiv „Familie“ Förderung und Unterstützung in jeglicher Hinsicht durch den Staat und die Gesellschaft. Hierzu wiederum gehören auch eine Erhöhung des Stellenwertes der Kinder in der Familie selbst als auch in der Gesellschaft, sowie eine Stärkung des Familienbildes als Lebensentwurf. Eine Familie zu gründen und Kinder aufzuziehen und zu erziehen darf nicht länger als Belastung empfunden werden, sondern muss durch unsere Gesellschaft geachtet und gefördert werden.

Derzeit liegt die Geburtenrate in Deutschland bei etwa 1,4 Kindern pro Frau, was weltweit mit zu den niedrigsten Werten zählt. Der daraus resultierende demographische Wandel, die zunehmende Überalterung unserer Gesellschaft, hat dabei weitreichende Folgen für unsere bisherigen Sozial- und Rentensysteme.

Aus der Alterspyramide wird mehr und mehr ein „Altersballon“, da durch die heutigen Standards Menschen zwar immer älter werden, jedoch auch immer weniger junge Menschen nachfolgen.

Der Problematik des fehlenden Ausgleichs durch nachrückende Jugend hat eine Familienpolitik entgegenzuwirken.

Die *Liberalen Demokraten* haben erkannt, dass durch eben diese Überalterung und die zeitgleich nötige Modernisierung unserer Gesellschaft die gegenseitige Akzeptanz und Verantwortungsübernahme zwischen den verschiedenen Generationen immer schwieriger geworden ist.

Vor allem Familien mit Scheidungsfolgen sowie Alleinerziehende dürfen nicht länger an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, sondern ihnen soll ein besonderes Augenmerk zuteil und somit ihre soziale Position gestärkt werden.

Als Familie gilt für uns *Liberalen Demokraten* dabei jede Form des Zusammenlebens von

Menschen. Der Staat sollte nicht nur die traditionellen Lebensweisen, die Ehe von Frau und Mann, begünstigen, sondern auch die neuen Formen des Zusammenlebens, dazu zählen auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, sollen gleichwertige Chancen erhalten. Dies gilt auch für die Akzeptanz durch die Gesellschaft und den Umgang innerhalb der Gesellschaft. Ferner ist es für die *Liberalen Demokraten* nicht hinnehmbar, dass Kinder dazu verpflichtet werden können, mit ihrem erarbeiteten Vermögen ihre in Not geratenen Eltern zu unterstützen. Wie schon bei der Grundversorgung der Jugend haben auch hier die Gesellschaft und der Staat ihre Beiträge zu leisten.

Neben der Versorgung und dem Schutz der Jugend muss natürlich auch für die Versorgung und den Schutz der Alten durch die Gesellschaft und den Staat Sorge getragen werden. Es kann und darf nicht sein, dass ein Altwerden automatisch in eine Altersarmut und ein Versorgungsdebakel führt.

Wie bei der Jugend ist auch bei den Alten eine bessere Integration in unsere Gesellschaft von Nöten. Senioren müssen nach einem langen Arbeitsleben in Würde, ohne Diskriminierung und Armut leben können. Für ihre Lebensbedingungen muss eine bezahlbare, altersgerechte, barrierefreie und unbürokratische Zukunftsperspektive geschaffen werden.

All diesen Anforderungen muss eine moderne Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik gerecht werden.

Die *Liberalen Demokraten* sind der Ansicht, dass all dies vom Gesetzgeber schon viel zu lange versäumt wurde und haben demgemäß die nachstehende Skizze konzipiert.

## **Übersicht unserer Standpunkte**

### **1. Finanzielle Grundsicherung**

Die *Liberalen Demokraten* sehen zur finanziellen Grundsicherung von Familien, Jung und Alt keinen anderen Ausweg als die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens (kurz: bGE).

Die bisherigen Regelungen zum Kindergeld haben, allen Erhöhungen zum Trotz, nicht zum gewünschten Ziel der gesteigerten Geburtenrate geführt, sondern haben zugleich einen enormen Bürokratie- und Verwaltungsapparat von Familienkassen entstehen lassen. Durch das bGE würde dieser Verwaltungsapparat überflüssig und könnte abgebaut werden, wodurch Gelder, die bisher in die Verwaltung dieses Apparats geflossen sind, frei würden.

Ferner ist es seit Jahren für Jedermann ersichtlich, dass unser Rentensystem nicht für ein Auffangen des demographischen Wandels geeignet ist. Es ist von seinen Grundzügen her auf eine Gesellschaft mit einer Alterpyramide angelegt und müsste zumindest auf die geänderten Bedingungen des „Altersballons“ neu ausgerichtet werden.

Diese Neuausrichtung ist zum einen längst überfällig, da das Problem der zunehmenden Überalterung unserer Gesellschaft schon seit langem bekannt ist und wäre zum anderen durch das bGE leichter möglich.

Hierdurch würden staatliche Zuschüsse frei, die dann für andere Zwecke genutzt werden könnten.

Es sollte eine gestufte Anrechnung des bGE geben, so dass es eine Rente zusätzlich zum bGE gibt. Renten oberhalb bGE könnten wesentlich niedriger sein als bisher. Statt für jede Sozialleistung einen eigenen Verwaltungsapparat zu beschäftigen, würden alle Sozialleistungen in einem bGE vereint und es wäre nur noch eine zentrale Stelle für die Verwaltung und Auszahlung des bGE zuständig.

Aus diesem Grund fordern wir *Liberalen Demokraten* eine Abschaffung des bisherigen

Rentensystems, des Kindergeldes und anderer Sozialleistung zu Gunsten der Einführung des bGE.

## **2. Versorgung der Kinder**

Das Ehegattensplitting bei der Steuer oder Vergünstigungen bei anderen Abgaben muss durch ein Familiensplitting abgelöst werden. Dann würde nur die Personenzahl in einer Familie zählen, also Alleinerziehende mit einem Kind sind mindestens so zu entlasten wie zwei erwachsene Partner.

Krippen, KITAs, Kindergärten und Grundschulen, sowie Spiel- und Bolzplätze, sollten wohnortnah und in Neubaugebieten verpflichtend vorgesehen werden. Hierdurch ergibt sich, dass bei Neuplanungen diese Einrichtungen nicht an Ortsrandlagen, in Industriegebieten oder an gefährlichen Hauptstraßen liegen dürfen. Alle Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen kostenlos sein.

Jedes Kind hat ein Anrecht auf einen Platz in den oben genannten Einrichtungen. Die Versorgung mit diesen Einrichtungen, sowie mit Spiel- und Bolzplätzen hat großzügig zu erfolgen.

Bei getrennt lebenden Eltern sollte für die Kinder das Wechsel-Aufenthaltsmodell der Standard sein, außer es widerspricht dem Kindeswohl. Dazu ist es notwendig, dass im Vorschulalter eine Teilzeit-Anmeldung in zwei Kindergärten möglich sein muss.

Die Rolle von Tagesmüttern muss mit Weiterbildung, geregelter und angemessener Entlohnung und regelmäßiger Kontrolle aufgewertet und gefördert werden.

Eine flächen- und bedarfsdeckende Kinderbetreuung durch gut ausgebildete Fachkräfte, verbunden mit finanzieller Unterstützung von Familien ist sehr wichtig.

In Deutschland ist in der Vergangenheit der Schwerpunkt einzig auf die Geldleistungen gelegt worden und die Betreuungsangebote wurden zu sehr vernachlässigt.

Die Wirtschaft muss bei allen gesellschaftlichen Themen ihren Beitrag leisten, so auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wirtschaft steht nicht außen vor.

Für den gesellschaftlichen Aufwand der Kindertagesbetreuung sollte jede Firma einen Beitrag leisten müssen, proportional zum Umsatzanteil am Bruttosozialprodukt.

Davon kann sie Eigenleistungen zur Kinder-Betreuung absetzen.

Kindertagesstätten müssen sich an öffentlichen Dienstzeiten, Schichten, Gleitzeit, Samstag/Sonntag-Arbeit ausrichten.

Bei gemeinsamer Nutzung von Einrichtungen darf es keine Zuschuss-Unterscheidung nach Firma oder Wohnort geben, da es sonst zu Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten kommt.

Verbesserungen der Strukturen und der Aufgaben von Kinderheimen sollten z.B. nach dem Familienvorbild der „SOS Kinderdörfer“ durchgeführt werden. Kinderheime dürfen nicht wie Verwahranstalten verwaltet werden, sondern müssen die ihnen anvertrauten Kinder bestmöglich ins Leben begleiten.

Eine Änderung der Aufgaben, Strukturen und rechtlichen Vorschriften der Jugendämter ist dringend erforderlich.

Kinder sollen von Eltern, Elternteilen, Pflegeeltern und Kinderheimen vollwertig ins Leben begleitet werden.

## **3. Versorgung der Jugend**

Jugendzentren, Jugendtreffs, offene Schulen müssen geschaffen, gefördert und betreut werden und sollen gebührenfrei allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Es darf auf diesem Gebiet nicht zu weiteren Schließungen kommen.

Die Zusammenarbeit dieser Einrichtungen mit Sport-, Musik-, Kunst-, Jugendschulen

oder sonstigen Vereinen/Verbänden muss gefordert und gefördert werden. Jedem Kind/Jugendlichen muss ein Platz entsprechend seinen Begabungen und Interessen in einem der aufgeführten Vereine, Verbände oder Schulen ermöglicht werden.

Ferner fordern die *Liberalen Demokraten* für alle einen freien Zugang zu Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. (Nähere Informationen hierzu in unserem Programm „Sozialliberale Bildungspolitik – Konzept für eine Neuordnung des Bildungswesens“) Wir müssen die Jugend mit interessanten Aufgaben und Möglichkeiten in die Gesellschaft begleiten, deren wichtiger Bestandteil sie ist.

#### **4. Versorgung der Familien**

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine grundlegende Verbesserung der Betreuung durch Jugendämter oder ähnlicher Stellen bereits von der Schwangerschaft an.

Die Jugendämter sollten nicht als Justizersatz- oder Ergänzungsstellen arbeiten, sondern sollten allen Familien, nicht nur „Problemfamilien“ ganz selbstverständlich bei allen familiären Fragen zur Seite stehen.

Das Jugendamt muss als Familienunterstützung empfunden werden.

Wir *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass dieses Land nicht nur kinderfeindlich, sondern auch elternfeindlich ist.

#### **5. Versorgung der Senioren**

Wir, die *Liberalen Demokraten*, fordern den flächendeckenden Ausbau der Struktur von Altenheimen, Altenwohnungen, Senioren-WGs, betreutem Wohnen sowie häuslichen Pflege- und Versorgungsdiensten um den Erhalt des gewohnten Wohnstandorts und Lebensstandards zu ermöglichen.

Es sollte eine öffentlich finanzierte Grundversorgung mit solchen Einrichtungen geben.

Ferner fordern die *Liberalen Demokraten* einen Ausbau der Versorgung mit Heimen die speziell für Demenz- und Alzheimerpatienten ausgerichtet sind, da diese eine gesonderte Pflege bedürfen.

Des Weiteren muss es zu einer Anrechnung und Verbesserung der Umstände der häuslichen Pflege von Senioren (und Kranken) durch die Familie kommen.

Auch sind Verbesserungen in den Berufen der Altenpflege auf den Gebieten der Bezahlung, Arbeitszeit, Aus- und Weiterbildung dringend notwendig.

So ist auch eine weitere Förderung des Bundesfreiwilligendienstes, kurz BFD, durch Gleichbehandlung mit dem Militärdienst (Ausbildung, Bezahlung, berufliche Förderung, Längere Verpflichtung) unerlässlich.

Kranken- und Pflegeversicherung sollten ununterscheidbar zusammengefasst werden.

Nach dem Verursacherprinzip sollten sich ausreichende rechtzeitige medizinische Versorgung durch die damit einhergehende Verringerung des Pflegebedarfs für die Krankenversicherung lohnen. Es wird damit Aufgabe der Krankenversicherungen, beide Bereiche der gesundheitlichen Betreuung auszutarieren.

Abschließend fordern die *Liberalen Demokraten* auch die Einrichtung und den Betrieb von bedarfsgerechten „Seniorentreffs“ ähnlich den Jugendeinrichtungen.